

DAS ARGUMENT 130

A 22352 F

Das Argument-Konzept 777

Peter Weiss: Dante, der Reporter 782

Kulturelle Identität als Problem des Marxismus

Baber Johansen

Islam und Staat im Imperialismus

Säkularisierung oder Sakralisierung des Staates? 787

Anouar Abdel-Malek

Prometheus in Fesseln 812

H.C.F. Mansilla

Kollektive Identität und Ökologie in Lateinamerika 823

* * *

Nora Rätzzel: Thesen zur Facharbeiter-Identität 838

Otto Kallscheuer: Wie von Gramsci lernen? 843

Karl-Heinz Götze: Formatwechsel. Beitrag zum »sozialismus« 850

Alternative Wirtschaftspolitik

Ottwald Demele: Neuer Typ von Wirtschaftskrise? 856

Besprechungen: Gorz; Anthropologie; Abenteuerliteratur;

Kunstgeschichte; Kinderkultur; Frau und Familie; Sozialpsychiatrie;
Politik und Widerstand gegen den Faschismus 875

Kongreßberichte: Psychiatrie und Faschismus; Sozialismus
und nationale Identität; Medienpädagogik 864

Dokumentation: Homosexualität; Wohnungspolitik 869

Neue Zeitschrift »Widerspruch« 872

Intervention: Friedenspolitik im »Argument« 873

Autoren; Summaries; Inhaltsverzeichnis '81; Zeitschriftenschau 928

23. Jahrgang November/Dezember 1981

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberdtz, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Bischoff, Joachim</i> (Hrsg.): Grundbegriffe der marxistischen Theorie (W.F. Haug)	875
<i>Gorz, André</i> : Abschied vom Proletariat (M. Jäger)	876
<i>Colletti, Lucio</i> : Il tramonto dell'ideologia (M. Hinz)	878
<i>Sahlins, Marshall</i> : Kultur und praktische Vernunft (H. Zinser)	880
<i>Stentzler, Friedrich</i> : Versuch über den Tausch (R. Konersmann)	881
<i>Schaff, Adam</i> : Stereotypen und das menschliche Handeln (R. Konersmann)	882
<i>Bloch, Ernst, Dietrich Garska und Werner Seppmann</i> (Hrsg.): Marxismus und Anthropologie (W.-D. Schönleiter)	884

(Fortsetzung auf S. XXVI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten (ab 1.1.82: 12,— DM/9,— DM bzw. 9,80 DM/7,50 DM). — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1981. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. — 1. — 7. Tausend Dezember 1981.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe Prospekte der Verlage C.H. Beck und Ästhetik und Kommunikation sowie das Verlagsverzeichnis und einen Zahlkartenprospekt des Argument-Verlages.

Das Argument-Konzept

Vor zwölf Jahren veröffentlichten wir den ersten *Argument-Sonderband*. Der symbolische Anlaß war doppelt: die fünfzigste Nummer der Zeitschrift und deren zehnjähriges Bestehen. Der Titel des Bandes faßte den Hauptakzent unserer damaligen Arbeit: *Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften*. Der Band wurde ein Erfolg. Er wurde immer wieder nachgedruckt und erreichte schließlich das vierundzwanzigste Tausend.

Die *Argument-Sonderbände* wurden zu einem Begriff. Heute stellt die Zeitschrift umfangmäßig nur noch weniger als 25 Prozent unserer Verlagsproduktion dar, obwohl ihr Umfang nicht verringert wurde. Rund 15 *Argument-Sonderbände* sind 1981 erschienen. Ein Verlagskonzept ganz eigener Art (mit spezifischen Vorteilen, aber auch Risiken) hat sich herausgebildet. Da das Ganze nur als Projekt seiner Leser und Schreiber existieren kann, also auch transparent sein muß, skizzieren wir den Zusammenhang:

Die *Argument-Sonderbände* sind ein Projekt-Verbund:

- Gewerkschaftsfragen / Arbeitergeschichtsschreibung
- Frauen-Forschung
- Kultur-von-unten / Eisler / Brecht
- * Literatur im historischen Prozeß
- * Gulliver / Deutsch-Englische Jahrbücher
- Ideologie-Theorie
- * Kritische Psychologie
- * Kritische Medizin
- Automation und Qualifikation
- Alternative Wirtschaftspolitik
- Alternative Umweltpolitik

Die einzelnen Serien innerhalb der *Argument-Sonderbände* sind Medien der Forschung und Kommunikation spezifischer Praxisbereiche.

Wie bei einem Buchklub kann man die einzelnen AS-Bände auch billiger beziehen, wenn man sich auf eine jährliche Mindestbestellung festlegt. Das *Auswahl-Abo* verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach Wahl aus der Jahresproduktion. Man kann sich auch auf ein *Spezial-Abo* einer der mit Sternchen bezeichneten Serien beschränken. Schließlich gibt es das besonders preisgünstige *AS-Gesamt-Abo*. Jede dieser Abo-Arten berechtigt zum Bezug weiterer AS-Bände — auch aus früheren Jahrgängen — zum Abo-Preis.

Die einzelnen Projekte der *Argument-Sonderbände* werden verbunden über die Zeitschrift *Das Argument*. Sie dient der Entwicklung des allgemeinen Wissens- und Diskussionszusammenhangs. Sie enthält, was jeder wissen sollte. Eine Waffe gegen das Fachidiotentum. Die Sonderbände verhalten sich zur Zeitschrift wie Spezialöffentlichkeiten zu einer allgemeinen Öffentlichkeit.

Die Zeitschrift ist ein Forum

- in dem die verbindenden politischen und methodischen Diskussionen ausgetragen werden können;
- in dem Exposés, Forschungsergebnisse und Literaturübersichten aus den Spezialgebieten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können;
- in dem ein umfangreicher Rezensionsteil und ein jährliches Rezensionsbeihft helfen, einen Überblick über die wissenschaftliche Literatur zu gewinnen.

Die Zeitschrift bietet die Möglichkeit, allgemeintheoretische Entwicklungen kritisch und kollektiv (= diskutierend) anzueignen, auch Entwicklungen in anderen Ländern:

- damit der Zusammenhang von Arbeit, Wissenschaft, Kultur und Politik entwickelt werden kann;
- damit permanente Erneuerung marxistischer Theorie stattfinden kann;
- damit wir nicht stehen bleiben auf dem Diskussionsstand unserer Studentenzeit;
- damit die linken Spezialistengruppen sich ebensowenig voneinander abkoppeln wie die »Generationen« kritischer Intellektueller.

Der Kontinuität der theoretischen Kultur der Linken dienen auch die *Argument-Studienhefte* (SH). Diese Reihe soll dazu dienen, Grundlagen- und Einführungstexte für Arbeitsgruppen verfügbar zu halten.

Hinweis: Diesem Heft liegt die Abo-Rechnung für 1982 bei. Da wir es hauptsächlich den Abonnenten danken, daß wir durchhalten, bieten wir wieder Prämienbände an (denen, die umgehend bezahlen). Dieses Jahr ist ein besonders attraktives Angebot dabei: der soeben erschienene Band *Die 'Ästhetik des Widerstands' lesen* (mit Beiträgen von Lisa und Wolf Abendroth, Volker Braun, Christian Geissler, K.-H. Götze, W.F. Haug, Jost Hermand, Klaus Scherpe, Peter Weiss und anderen. Zur »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss siehe auch den Abdruck einiger Seiten aus den dazugehörigen Notizbüchern in diesem Heft.)

Die Reihe der *Argument-Sonderbände* nähert sich ihrem hundertsten Titel. Es ist enorm teuer, soviel Bände ständig vorrätig zu halten, dabei den Studenten und Erwerbslosen einen ermäßigten Preis anzubieten. Wir denken, daß die politische Kultur eines Landes solche Medien braucht, der Aufwand dafür von der unabhängigen Linken auch getragen werden muß. Die wirksamste Form der Unterstützung ist auch hier das Abonnement.

Und nicht nur zu Weihnachten: Warum nicht *Argument-Bücher* schenken? Oder Johannes Hodeks Schallplatte *Musik gegen die Dummheit*?

Diesem Heft liegt das neue Gesamtverzeichnis bei. Wir hoffen, daß Ihr von der eingeklebteten Bestellkarte regen Gebrauch macht.

Herbstprogramm 1981

Argument-Bücher

Jost Hermand: Konkretes Hören. Zum Inhalt der Instrumentalmusik

Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus

Kapitalismus-Faschismus-Populismus (mit Anhang 1979 und Glossar)

Argument-Sonderbände (AS)

AS 63 Entstehung der Arbeiterbewegung

Deppe, Lambrecht (Hrsg.), Zwahr u.a.

AS 75 Die 'Ästhetik des Widerstands' lesen

Literatur im historischen Prozeß, NF1; L. u. W. Abendroth, Volker Braun u.a.

AS 76 Faschismuskritik und Deutschlandbild im Exilroman

Literatur im historischen Prozeß, NF2; Hermand, Peltsch, Winckler u.a.

Argument-Sonderbände (AS): Programm 1982

AS 70 Projekt Ideologie-Theorie (PIT): Bereichstheorien

(erscheint im Herbst 1982 aus dem Programm 1981)

AS 77 Alternative Medizin

Argumente für eine soziale Medizin X

AS 78 Neue soziale Bewegungen und Strategien der 'Neuen Rechten'

Internationale Sozialismus-Diskussion 2

AS 79 Projekt Automation und Qualifikation: Empirie 4

'Universalarbeiter' — Lebensläufe — 'Resttätigkeiten'

AS 80 Faschismus und Ideologie 3

Projekt Ideologie-Theorie (PIT). Materialstudien zu Recht, Religion, Musik u.a.

AS 81 Literaturdidaktik: Gulliver 11

AS 82 Ideologietheorie. Forum Kritische Psychologie 10

AS 83 Aspekte der westdeutschen Nachkriegsliteratur

Hermand/Peltsch/Scherpe (Hrsg.), Literatur im historischen Prozeß, NF3

AS 84 Internationale Ideologie-Diskussion

Internationale Sozialismus-Diskussion 3

AS 85 Westeuropäische Gewerkschaften

Albers (Hrsg.), Kissler, Moynot, Trentin u.a.

AS 86 Jahrbuch Kritische Medizin 8

AS 87 Georg Forster in seiner Epoche

Literatur im historischen Prozeß, NF4

AS 88 Arbeiterkultur: Gulliver 12

AS 89 Alternative Wirtschaftspolitik 4

AS 90 Frauenformen 2

Sexualisierung von Körper und Sprache

AS 91 Partei-Entstehung. Projekt Parteien-Theorie (PPT)

AS 92 Literatur des 20. Jahrhunderts: Entwürfe von Frauen

I. von der Lühe (Hrsg.), Literatur im historischen Prozeß, NF5

AS 93 Forum Kritische Psychologie 11

AS 94 Arbeiteralltag. Neue Wege der Geschichtsschreibung

AS 95 Wissenschaft, Technik, Entwicklungsstrategien (Arbeitstitel)

Internationale Sozialismus-Diskussion 4

AS-Auswahlabo: mind. 3 Bände aus der Jahresproduktion. Preis pro Band 14,80 DM/12,80 DM für Stud. incl. 1,— DM Versandkosten. Gesondert abonniert werden können: Literatur im historischen Prozeß (mit 3 Bänden pro Jahr), Medizin, Forum Kritische Psychologie und Gulliver (mit je 2 Bänden pro Jahr). AS-Abonnenten bekommen alle anderen AS-Bände auf Wunsch zum Abo-Preis.

Zum vorliegenden Heft

Iran und Afghanistan zeigen die Virulenz des Islam: im einen Land konfrontiert er die USA, im andern die Sowjetunion. Die Ermordung Sadats scheint eine Reaktion auf seinen Versuch gewesen zu sein, eine islamisch-fundamentalistische Opposition auszuschalten. Aus Lateinamerika haben wir gelernt, daß es einen revolutionären Katholizismus gibt. Hierzulande ist es nicht zuletzt das starke christliche Element in der Friedensbewegung, das es der Rüstungslobby schwierig macht, sie als Moskauer Marionettenspiel zu denunzieren und zu isolieren. Wir müssen zugeben, daß wir als Marxisten solch politischer Kraft der Religionen zunächst hilflos gegenüber standen. Das hatten wir weder erwartet, noch besaßen wir die theoretischen Fähigkeiten, es zu begreifen. Mit dem Aufsatz von *Johansen* veröffentlichen wir eine Analyse des Islam, die über den aktuellen Anlaß der iranischen Revolution weit hinausgeht. Der Beitrag löst zwei Ansprüche ein, die nur selten zusammenkommen: er beruht auf spezialisierter historischer Detailforschung und verbindet dies mit einem entwickelten theoretischen Zugriff. *Johansen* zeigt den Islam als Kampffeld zwischen dem Staat und den Massen unter dem Druck des Imperialismus. Der Islam ist keine Religion, die zur übrigen Gesellschaft auch noch hinzukommt, sondern eine widersprüchliche Vergesellschaftungsform, die Staat, Recht, Familie umfaßt und zueinander ins Verhältnis setzt. Er ist zugleich kulturelle Identität von unten und ideologische Unterwerfung von oben. In einer resakralisierten Staatsmacht ist dieser Gegensatz mühsam zusammengehalten.

Auch für *Abdel-Malek* ist die islamische Revolution im Iran von mehr als regionaler Bedeutung. Denn gegenwärtig hätten wir es nicht mehr nur mit einer ökonomischen oder politisch-ideologischen Krise zu tun, sondern mit einer umfassenderen »Zivilisationskrise«. Das Potential zur Bewältigung dieser Krise liege aber nicht in den entwickelten kapitalistischen Ländern und auch nicht in einem wachstumsorientierten Sozialismus, sondern in der »Spiritualität« und den einheitsstiftenden Kräften der Gesellschaften in der Dritten Welt. Vielleicht können diese provokanten Thesen unserem spontanen Eurozentrismus doch wieder mal einen Stoß geben. *Abdel-Malek* stellt in Frage Vorstellungen von der Weltgeschichte, wonach alles auf eine weltweit einheitliche Produktionsweise hinausläuft, für welche die entwickelten Länder das Modell abgeben. Er meint, daß wir vielmehr mit einer langen Periode rechnen müssen, in der es sehr unterschiedliche Gesellschaften gibt, deren Verhältnis zueinander nicht auf den Ost-West-Gegensatz reduzierbar ist, und er fragt, welche Rolle die Dritte Welt spielen könnte, um unter diesen Bedingungen Koexistenz möglich zu machen. — *Mansilla* vertritt dagegen die Auffassung, daß in die kulturelle Identität der Dritten Welt die westlichen Werte eingeschrieben seien und daß der Antiimperialismus diese westliche Orientierung noch befestige. Damit sei die ökologische und demographische Katastrophe vorprogrammiert.

Projekt Frauenredaktion

Inzwischen hat die Diskussion um die geplante Frauenredaktion (vgl. Editorial zu Heft 129) — wenn auch zunächst nur mündlich¹ — begonnen. Sie reicht von Begeisterung (zumeist von Frauen), über wohlwollendes Abwarten, bis zu telefonisch übermitteltem Entsetzen. Die Abwehr argumentiert mit Positionen aus der Arbeiterbewegung, deren Ziele doch längst die Frauenbefreiung umfaßten. Eine eigene Frauenredaktion stelle eine Ablösung aus einer nur als gemeinsame Strategie denkbaren Befreiungsbewegung dar und sei mithin Zeichen von Verbürgerlichung. Auch innerhalb der *Argument*-Redaktion wird die Position vertreten, die Einrichtung einer Frauenredaktion sei Schwächung der gewerkschaftlichen Position; als ob jetzt weibliche Lobbyistinnen den knappen Raum mit speziellen Fragen und Problemen einem vorherigen Allgemeinen streitig machen wollten.

Was wir (die Frauen) noch nicht deutlich genug machten, ist unser Anspruch, die Frauenfrage in den allgemeinen Zusammenhang einzuschreiben. Das unterstellt, daß es da tatsächlich noch eine Lücke gibt, daß die Frauen nicht ausreichend vertreten sind, nicht in der Arbeiterbewegung und nicht in der Wissenschaft; und dies nicht nur personell nicht², sondern auch in der theoretischen Begründung der Standpunkte. Hier zu einer Veränderung beitragen zu wollen, ist bescheidener als befürchtet wird — wir wollen uns nicht abspalten und — unverschämter — wir wollen in der Tat das Ganze verändern, auf Dauer Wissenschaft und Politik mitgestalten. Einen weiblichen Standpunkt einzubringen und damit einen bisher männlichen unterstellen in Wissenschaft und Politik, mag für manche neumodisch verrückt klingen. Hier können nur unsere Arbeitsergebnisse überzeugen, keine Versprechungen. Daß befürchtet wird, die Frauen könnten sich durchsetzen gegen den bisherigen gewerkschaftlichen Standpunkt des *Argument*, scheint uns dagegen abenteuerlich. Unser Versuch gilt allen Bereichen der Wissenschaft und begreift sich als notwendiger Teil des Standpunkts der Arbeit.

Wie wollen wir vorgehen? Wie der theoretische Sozialismus nicht lebt ohne die vielen diskutierenden, arbeitenden, lesenden und die Erkenntnis vorantreibenden Gruppen, wird die Entwicklung einer eingreifenden wissenschaftlichen Theorie der Frauenbewegung nicht gelingen, wenn das Projekt »Frauenredaktion« nicht getragen wird von allerorts entstehenden Arbeitsgruppen, von einer Diskussionskultur, die in die Lebensweise eingreift. Hier wollen wir arbeiten. Die Auseinandersetzung um die Frauenredaktion selber — um Notwendigkeit, Unmöglichkeit, Anspruch und Verwirklichung und die Folgen für die Gesamtkonzeption — kann auch für die bisherigen gewerkschaftlich orientierten Leser und Mitarbeiter ein neuer Anstoß sein zum Durchdenken bisher als unverrückbar gedachter Standpunkte. Bewegen wir uns!

Projekt Frauenredaktion

1 Bitte äußert Euer Unbehagen oder Eure Zustimmung in öffentlich geführter Diskussion; schreibt uns.

2 Die Diskussion um die Frauenredaktion hat uns dazu gebracht, einige bisher für unwichtig gehaltene Details zur Kenntnis zu nehmen. So z.B. die Zusammensetzung der *Argument*-Mitarbeiter nach Geschlecht. Frauen sind 10% unserer Mitarbeiter. Entsprechend sind 9,9% der Aufsatzbeiträge von Frauen geschrieben (zu unterschiedlichen Gegenständen, keineswegs zu »Frauenfragen«).

Peter Weiss

Dante, der Reporter aus den Notizbüchern zur »Ästhetik des Widerstands«

Redaktionelle Vorbemerkung: Für viele von uns ist die »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss von außerordentlicher Bedeutung. In der Form eines Romanberichts gestaltet es die Klassenkämpfe unserer Epoche und, in ihnen, ein zugreifendes Verhältnis marxistischer Arbeiter und Intellektueller zu Kultur und Kunst. So ist es programmatisch zu verstehen, daß wir die nun in der Reihe Argument-Sonderbände erscheinende neue Folge von »Literatur im historischen Prozeß« (LHP), gegründet von Gert Mattenklott und Klaus R. Scherpe, mit einem Band beginnen, der den Titel trägt: *Die »Ästhetik des Widerstands« lesen* (AS 75). (Mit Beiträgen von Lisa und Wolfgang Abendroth, Volker Braun, Herbert Claas, Ludger Claßen, Christian Fritsch, Christian Geissler, Karl-Heinz Götze, Wolfgang Fritz Haug, Manfred Haiduck, Jost Hermand, Rainer Kawa, Burkhard Lindner, Klaus R. Scherpe, Silvia und Dieter Schlenstedt, Hans-Ulrich Treichel, Peter Weiss.)

Zum dreibändigen Roman »Ästhetik des Widerstands« erschienen jetzt die Notizbücher.* Sie enthalten eine Fülle von Illustrationen und anderen Materialien. Darüber hinaus schreiben sie den Roman auf andere Weise fort, indem sie das Schreiben eingebettet zeigen in die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen und indem sie die Subjektivität des Schreibenden unmittelbar zum Ausdruck bringen.

Im folgenden bringen wir einige Seiten aus den Notizbüchern, um einen Eindruck von ihrer Vielschichtigkeit, ihrem Beziehungsreichtum — und zugleich von den oft harten Schnittstellen ihrer montage- oder collageartigen Kompositionstechnik zu geben.

Ich las die großen Buchstaben SIEG auf den Aushängeblättern der Abendzeitungen. Aber es war nicht Sieg in Vietnam, sondern Sieg beim Eishockey (Schweden-Finnland) 13/4

Das einzige Land, in dem der Sozialismus mit höchsten moralischen u ideologischen Begriffen verbunden ist, ist Vietnam. Die andern sozialist. Länder betreiben nur »Realpolitik«. Nur in Vietnam wird der Befreiungskampf gegen imperialistische u neokolonialistische Unterdrückung geführt. Hier ist Politik = Menschenwürde. Gegen den Eigennutz in den übrigen sozialist. Ländern steht die Selbstlosigkeit in Vietnam. Gemessen an den Opfern, die in Vietnam erbracht werden, ist alles bei uns kleinlich, schäbig, feige. (64)

Mein Bild des Sozialismus/Kommunismus kann nie geprägt werden von denen, die von ihren Machtpositionen aus die Richtlinien geben, sondern immer nur aus der Perspektive derer, die sich ganz unten befinden u dort, Entbehrungen u Leiden auf sich nehmend, ihre Überzeugung gewinnen —

Dante im INF, immer moralisch beflissen, Gerechtigkeit herzustellen, immer nach den »Verantwortlichen« rufend, immer sich einbildend, daß die Missetäter, die Ausbeuter, Unterdrücker und Mörder entmachtet werden könnten, bis er (nachdem er selbst immer bestraft, gescholten, gehohlet worden war) sieht, daß mit seiner Ethik hier überhaupt nichts zu erreichen ist!

* Peter Weiss: Notizbücher 1971-1980, 2 Bände (= Bd. 67: edition suhrkamp, Neue Folge). Frankfurt/M. 1981 (930 S., 24,— DM). — Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp Verlags.

Im übrigen erinnern wir daran, daß die »Ästhetik des Widerstands« und die »Notizbücher« auch über den Argument-Vertrieb bezogen werden können.

Nur seine ungewöhnliche *Neugier* hält ihn wach u aktiv, und sein *Wahrheitsfanatismus*.

Dante, der Reporter. (84-85)

Im ersten Stadium d. rev. Kampfes sind die Frauen dabei, dann werden sie zurückgehalten. Oktober, und Spanien. Es sind die Männer, die an die *Arbeitsteilung* erinnern —

Lenin: den Aufstand marxistisch auffassen, d.h. als *Kunst*.

Die Mitteilung des Todes von Antonow (und Koltchov) beeindruckte mich sehr. Es waren nun so gut wie alle Gefolgsleute Lenins, alle, die die Oktoberrevolution hervorgerufen hatten, liquidiert worden.

: Wenn du jetzt weiter solidarisch zur Partei stehst, zeigt es sich, ob du ein guter Kommunist bist.

Aber ich bin nicht in der Partei — (167)

Es gibt doch keine andre Wahl, willst du denn, ich sollte mich auf die bürgerl. Seite schlagen. Sozialdemokratie, das kann mein Weg auch nicht sein, denn es ist nur ein halber Weg

Scholochow (bei seinem Besuch in Sthlm): die Frauen gehören in die Küche, sie haben nichts mit Politik zu tun

Hamburger: wir sind eure Betreuerinnen u Aufwäscherinnen.

Es war das übliche, sie trug zwar die Uniformjacke und die weiten Pumphosen — Die Männerwelt —

Brecht, zu den Prozessen: 25 Jahre nach Kriegsende darfst du darüber sprechen

Die Weltpresse war versammelt, er hätte rufen können, es ist alles erlogen, man hat mich gefoltert. Doch es wurden raffiniertere Mittel verwendet. Die Einsicht: ich habe verloren. Sie haben gewonnen. Die jungen Generationen draußen. Der Aufmarsch der Jugend am 1. Mai. Die SU hilft Spanien — (Grieg)

(...)

Brecht: ein Vierteljahrhundert wird es dauern, bis die Nachwirkungen der Katastrophe überwunden sind, dann wird die offene Diskussion zu den Gesundheitszeichen des Sozialismus gehören, denn siegen, dessen bin ich gewiß, siegen kann nur der Sozialismus in diesem Krieg —

Lenin glaubte nicht, daß eine zurückgebliebene Agrarbevölkerung zu internationalen Perspektiven fähig sei. Wollte deshalb in kolonisierten Ländern den Nationalismus stärken, so daß dieser gegen den Imperialismus wirksam gemacht werden könnte. Die *nationalen* Befreiungskämpfe (zur kolonialen Frage)

Trotzki, wäre er an die Macht gekommen, hätte er seine Konkurrenten ebenso rücksichtslos beiseite geräumt wie St.: Exempel Kronstadt.

Der neue Mensch — was ist das? Kann erst in der neuen Gesellschaft entstehen. Aber erst ein neuer Mensch kann eine neue Gesellschaft bauen. Ein Mensch, ich weiß nicht, ob alt oder neu, jedenfalls ein Mensch von besonderer Entschlossenheit, stürzt die alte Gesellschaft, errichtet eine neue.

Dabei entsteht ein neuer Mensch.

In der SU ist dieser Werdegang aufgehalten worden.

Oktoberrevolution, das Zeichen zur Geburt eines neuen Menschen. (30/9)

Es gibt ja keine Verteidigung, sondern nur Anklagen, Bekenntnisse, Selbstbeschuldigung (Moskau)

Brecht: ich weiß, Genossen, es gehört zu eurer selbstverständlichen Aufgabe, zu rapportieren — (nein, er sagte nie etwas — nur im engsten Kreis von Vertrauten. Nie in Gegenwart von Funktionären.)

Unsre ganze Generation ist davon geprägt, wir müssen darüber sprechen, solange es verboten ist, darüber zu sprechen, solange die Partei dieses Tabu verhängt, bleiben wir festsitzen in einer Psychose. Es ist notwendig für die Entwicklung des Kommunismus, daß die Kommunisten sich miteinander über diese Krankheit verständigen, diese Krankheit, die sich in ihnen festgefressen hat. Wir müssen uns endlich Luft verschaffen, endlich offen darüber reden — (Die Schizophrenie)

(...)

Alle, die Gesamtheit der führenden Kader, die ein sozialistisches Deutschland aufbauen wollten, waren durch die sowjetischen Prüfungen gegangen. Sie waren die übriggebliebene Auswahl derer, die ihre Loyalität immer wieder unter Beweis stellen konnten, die die Jahre härtester Verfolgung überlebt hatten. Sie wußten nicht nur, welche Opfer sie für das Entstehen eines neuen Staats gebracht, sondern auch, welchen Preis sie für die Erhaltung ihres Lebens bezahlt hatten. Würden sie jetzt, 25 Jahre nach dem Krieg, über ihre Erfahrungen, ihren Weg zur heutigen Stellung, sprechen —

In 25 Jahren, da liegt dies alles so weit zurück, daß niemand mehr danach fragt, da ist dies alles vom neuen überholt worden, und die jungen Menschen wissen nichts mehr davon.

Doch der Geist des Forschens vererbt sich. Er lebt weiter. Unmöglich, daß Sozialisten, die ein wissenschaftl. Denken fordern, sich zufriedengeben mit einer Geschichtsschreibung, die von Anfang bis Ende gefälscht ist. Unmöglich, daß ein sozialistischer Staat sich mit einem völlig erstarrten Vergangenheitsbild lebendig entwickeln kann.

Es muß aufgeräumt werden. —

Der Bau des Turms von Babel: in die Tiefe der Erde hinein. Gegensatz vom Brueghel, Hinwendung zum Danteschen Inferno.

(...)

Der Roman ist in der Form, in der ich seit dem Juli arbeite, nicht möglich. Es wird alles verkrampt. Die Bemühung um einen objektiven Realismus stellt genau das Gegenteil her: subjektivistische Unklarheit. Noch einmal beginnen. Und zwar ohne Versuch, den Stoff von einem erfundenen Erzähler darstellen zu lassen. Besser: den Prozeß der ganzen Suche in seinem tatsächlichen Ablauf zu zeigen. Nichts erfinden. Nur ausgehen von dem, was vorhanden ist. 1/10

Gespräch in Ost-Berlin über Brest Litowsk. Über Frage: warum Bucharin, Radek, Pjatakow, Sinowjew usw. noch nicht rehabilitiert. Warum der Anfang des 20. Parteikongresses nicht weitergeführt.

Gebe die Einseitigkeit und die damit zusammenhängende Idealisierung in meiner Schilderung Trotzki's zu. Frage: wie verhält sich die junge sowjetische Generation, die erfahren möchte, wie es zur Zeit ihrer Eltern zugegangen ist —

Neue Beschreibung des Frieses.
Empfindungen für Hodann.

Die Deutschlandlyrik Hölderlins u Heines.

Das deutsche Vater-Prinzip. (168-172)

Brecht: Wir können uns von den Arbeiten anderer inspirieren lassen. Das tun wir ständig. Das ist unsre Nahrung. Es schadet nicht, sich beeinflussen zu lassen, weiter zu bedenken, was andre erdacht haben — es wäre lächerlich, das zu leugnen.

Auch ein Projekt wie Dantes Divina Commedia: wir suchen nach etwas Verwandtem, nach etwas, aus dem wir schöpfen, das wir variieren können —

25/3

Die Figuren, die ich beim Lesen vor mir sah, sollen in dem Zustand gezeigt werden, in dem sie gerade Gestalt annehmen.

Eine Übung: eine Leseerfahrung so deutlich wie möglich wiederzugeben, d h Vernommenes zu analysieren, und dabei ständig dieses Lauschen, dieses Nachdenken und die dazugehörige Unsicherheit, dieses Tasten u Schweben zu schildern. (274-275)

Die Wirklichkeit verbleicht neben diesen Träumen, und doch sind es immer die Träume, die der Wirklichkeit weichen müssen — (341)

22/8

ihr Bewußtsein etwas Erleuchtetes, Rationelles, steht hoch über der Herrschaft der Triebkräfte, leitet sich ab aus der Ideologie und vor allem, aus der Treue zur Partei (Hodann)

Die Depressionen u Absenzen, die Ängste, geistigen Störungen u Selbstmorde, die Ausbrüche von Verzweiflung u Tobsucht, sind als psychische Äußerungen nicht nur der Bürgerlichkeit vorbehalten, sondern kommen im gleichen, oder noch größerem Ausmaß in der Arbeiterklasse vor. Hervorgerufen durch die Ausbeutergesellschaft, haben die Seele deformiert, ihre Zwänge auferlegt (Hodann) —

Schon Fürsprecher einer Gruppentherapie. Gegen individualisierende Behandlung der Psychoanalyse, aber für die psychologische Arbeitsgemeinschaft —

Die sexuelle Frage tritt neben all den sozioökonomischen Problemen zurück, ist aber doch notwendiger Bestandteil bei der Inangriffnahme einer Gesamtveränderung unsrer Lebensumstände —

auch ich war behaftet mit dem »kleinbürgerlichen« Übel depressiver Zustände —

Brecht mußte sich der Welt erhalten — paffte sich aber gleichzeitig zu Tode — (344)

7/12

Wenn ich aus bürgerl. Familie käme, würde ich mich schämen, wenn ich meine Leiden vergleiche mit den Mühen der Schwerarbeiter in den Fabriken, Gruben, Häfen —

Auf der untern Ebene das absolute Vertrauen, die selbstverständliche Brüderlichkeit. Wenn die oben immer wieder die Solidarität mit großen Buchstaben schrieben, wenn sie immer wieder ihr Spiel hinter den Vorhängen wegerklärten, wenn sie uns, die wir uns dem Kampf zur Verfügung stellten, immer wieder Mut zusprachen, so verbarg sich dahinter nur ihre Unsicherheit — eine Unsicherheit, die bei den Mannschaften nicht bestand. Die Geheimnistuerei wurde von uns verachtet. Das Verschweigen von Niederlagen rief unsern Zorn hervor. Man vorenthält uns etwas. Das ist eine Beleidigung. (394)

Gefahr: beim fortwährenden Schildern der gesellschaftl. Widersprüche können diese Widersprüche u Konflikte auch auf den Sozialismus u dessen Parteien überführt werden: der Antagonismus verdichtet sich dort (421)

Ein Pandaemonium steht auf. Ich möchte antworten mit einem Chorwerk, mit rasenden, schreienden Stimmen, einem unerhörten Orchesterapparat, ausdrücken was wir jetzt fühlen, in diesen Augenblicken, o daß die Stimmen hier hindurchdringen könnten, daß die Musik diesen Zeichen gewachsen wäre, möchte antworten mit allen Klangfarben, die mir zur Verfügung stehn, ein Meer von Zymbalen, Hörnern, grellen Trompeten, ein Ausbruch von ungeschulten, schneidenden Frauenstimmen, mit einer Stärke, die die Trommelfelle erbeben läßt. Ja, wir sind Visionäre, zum Wahnsinn getrieben von den Entstellern, den Lügner, den Höllenknechten, den Speichelleckern, den Totengräbern, die immer recht haben wollen, die sich uns aufdrängen mit ihrer Raublust, ihrem Blutdurst, ihrem Vernichtungswillen, einzelne Stimmen reichen gegen sie nicht aus, es muß ausbrechen gegen sie mit bisher unbekannter Stärke, mit unerträglichem, eisigem Diskant. Wir Schweinehirten, wir Aussätzige, nackt antworten wir, im Dreck, mit Sand zwischen den Zähnen, wir stimmen ein in den Chor, unsre Musik ertönt wie ein Erdbeben, der Tag der Wahrheit kommt, nie gehörte Klänge zeigen ihn an —

o ich möchte die Ausdrucksform wechseln, weg vom geschriebnen Wort, zu den unglaublichen Fähigkeiten der Stimmbänder, zum Sturm der Lautinstrumente, noch ist es nicht zu spät, hört, o Schreie meiner Göttin!

sie haben Namen, immer wechselnde Namen, immer die gleichen Namen, täuschende, hechelnde Namen, ich höre die Schreie, sehe die erhobnen Fäuste, höre nur Stimmen, keine Worte

weil wir einstehn für sie, dort in den aufgewühlten Reisfeldern, treffen uns die Speichelfladen, weil wir uns nicht abwenden von ihnen, hageln die Flüche über uns, o diese engen Geister, diese verkümmerten, verkrüppelten Korporale des Westens
Chefredakteure, Agenten, Provokateure (793-794)

wenn du etwas verheimlichst, wenn du dich selbst zensurierst, wenn du nur schreibst, was der Partei genehm ist, muß deine Sprache beinern werden —

von grausigen, fürchterlich lasterhaften Beziehungen, daß der Körper sich hinwegsetzt über alles, was der Intellekt aufgebaut hat, höhnisch die Eroberungen des Geists in Stücke reißt —

versuche mit dem Buch, diese Kluft zu überwinden —

daß die Namen nur sehr entlegen zu tun haben mit den Personen, welche sie tragen, daß vielmehr in ihnen zusammenströmt, was von zahllosen andern kommt (816)

Vietnam: Wendepunkt in den internationalen Beziehungen

Vietnam 15 Millionen

China 1 Milliarde

Vietnam muß bestraft werden

von den USA, weil es sich nicht besiegen ließ,

weil der Sozialismus nirgends siegen darf,

von China, weil es sich an die SU anschloß und

weil China den USA ihre neue Verbundenheit beweisen muß (820)

hier wurde eine Kultur geschaffen, die im Dienst der Politik stehn sollte, wir aber dachten uns eine Kultur (Kunst), die uns ein Mittel sei, uns selbst gegenüber der Politik zu verwirklichen (888)

Baber Johansen

Islam und Staat im Imperialismus (II)*

Säkularisierung oder Sakralisierung des Staates?

7. Kolonialismus und Imperialismus in der islamischen Welt

Das Verhältnis zwischen den Vertretern der islamischen Religion und dem Staat ändert sich grundlegend in dem Maße, wie im 19. und 20. Jahrhundert die Einbeziehung des Nahen Ostens in den kapitalistischen Weltmarkt die Herausbildung eines »säkularisierten Staats« nach sich zieht. Das geschieht in Etappen, die für die einzelnen Gesellschaften des Nahen Ostens von unterschiedlicher Bedeutung sind.

Schon im 17. und 18. Jahrhundert beherrschen die Ost-Indien-Gesellschaften der Niederlande und Großbritanniens den Handel auf dem Indischen Ozean. Sie — nicht, wie häufig zu Unrecht angenommen, die Spanier und Portugiesen — ruinieren den Teil des nah-östlichen Großhandels, der sich auf die Vermittlung des Gewürzhandels zwischen Ostasien und Europa spezialisiert hatte. Nur der erhöhte Export des jemenitischen Kaffees via Ägypten sichert den dortigen Fernhändlern das ökonomische Überleben. Seit dem 18. Jahrhundert beginnt der Export europäischer Produkte sich nachteilig auf das Handwerk der Städte des östlichen Mittelmeers auszuwirken.

Im 19. Jahrhundert erreicht der europäische Siedlungskolonialismus die arabische Welt. Zwischen 1700 und 1914 wächst die europäische Bevölkerung von 110 auf 468 Millionen. Europa wird zum dichtest besiedelten Erdteil. Einen Teil der Probleme, die aus dieser Bevölkerungsexplosion entstehen, lösen die europäischen Gesellschaften durch den Export ihrer Bevölkerung in Siedlungskolonien. Überwiegend richtet sich solche Siedlungskolonisation auf Gebiete, die heute mit zu den wichtigen kapitalistischen Industrienationen gerechnet werden. Aber einzelne Regionen der islamischen Welt sind auch von Formen des Siedlungskolonialismus betroffen. 1830 wird Algerien von den Franzosen besetzt und ab 1840 systematisch besiedelt. Ähnliche Formen des Siedlungskapitalismus in kleinerem Maßstab gibt es später in Marokko und Tunesien. Einen Versuch der Siedlungskolonisation unternimmt Italien in Libyen. Einen Sonderfall solcher Kolonisation stellt die Besiedlung Palästinas durch jüdische Auswanderer im Rahmen der zionistischen Bewegung dar.

Einen weiteren Teil der aus der Bevölkerungsexplosion resultierenden Probleme löst Europa, indem es der Landwirtschaft der nicht-europäischen Kontinente einen Markt für Nahrungsmittel und technische Kulturen zur Verfügung stellt, auf dem die Preise wesentlich höher sind als in den Herstellergebieten. Die kurzen Transportwege zwischen den nah-östlichen Ländern und Europa haben sechs Auswirkungen auf die nah-östliche Landwirtschaft:

1. Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird ausgeweitet, neue Anbautechniken werden eingeführt.
2. Die Landwirtschaften des Nahen Ostens produzieren mehr für den Export.
3. Sie exportieren Nahrungsmittel, die zum Teil im eigenen Lande dringend gebraucht werden. Der Nahrungsmittelaustausch zwischen den einzelnen Regionen eines Landes wird gestört oder

* Der I. Teil erschien in *Das Argument* 129, S.690-703. Das Literaturverzeichnis enthält nur die zitierte Literatur. Ein ausführliches, systematisches und alphabetisches Literaturverzeichnis, das wir aus Platzgründen nun doch nicht — wie angekündigt — hier abdrucken, kann der interessierte Leser von der Redaktion erhalten.

oder kommt zum Erliegen. An seine Stelle treten neue Bahnen des Austauschs, die Eisenbahnen, die die produzierenden Regionen mit den Hafenstädten verbinden. Selbst, wo diese Entwicklung nur den Übergang zu einer neuen regionalen Spezialisierung bildet, sind die sozialen und ökonomischen Kosten hoch. Immer geht diese Spezialisierung mit einer zunehmenden Abhängigkeit von den europäischen Märkten einher, die die neu hergestellte interregionale Kooperation bedroht.

4. Einige Länder gehen dazu über, statt Getreide oder Reis technische Kulturen als Monokulturen anzubauen. Die Verwandlung Ägyptens in ein Land der Baumwollproduktion gilt als ein Musterbeispiel dieser Entwicklung. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß diese Entwicklung von einer schnellen Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Techniken begleitet wird, so ist doch die Folge, daß der Anteil der Lebensmittelproduktion für den Binnenmarkt zurückgeht und die Abhängigkeit von den auswärtigen Märkten wächst. Die Lebensmittelkrise, die im 20. Jahrhundert so viele ehemals Getreide exportierende Länder zu Getreide-Importeuren macht, wird so vorbereitet.

5. Die zunehmende Marktorientierung der Landwirtschaft verstärkt die Tendenzen zur Bildung von Großgrundbesitz, zur Zerstörung der Dorfgemeinschaften, zur Vergrößerung der Zahl landloser Bauern und zur Landflucht.

6. Die Produkte der exportorientierten Landwirtschaft unterliegen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts den sich durchsetzenden, negativen Preisbildungstendenzen. Die Preise für Industriegüter steigen — relativ zu denen der landwirtschaftlichen Güter — ständig. Es können also für eine gleichbleibende Menge von landwirtschaftlichen Produkten immer weniger Industriegüter gekauft werden. Diese Tendenzen steigern die Abhängigkeit der Wirtschaften der nah-östlichen Gesellschaften von denen der kapitalistischen Industriegesellschaften.

Zugleich wird im 19. Jahrhundert die gewerbliche Produktion der nah-östlichen Städte weitgehend zerstört. Zum einen führt die Nachfrage nach technischen Kulturen auf dem europäischen Markt dazu, daß Baumwolle und Seide und andere Rohstoffe, die vom städtischen Handwerk benötigt werden, an den nah-östlichen Städten vorbei nach Europa verkauft werden. Zum anderen ist das Handwerk der Konkurrenz durch die in industriellen Verfahren hergestellten Waren europäischer Herkunft nicht gewachsen. Die Zunftorganisationen, in denen die Handwerker bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts organisiert waren, zerfallen. Die überlebenden Handwerker bestimmen nicht mehr die gewerbliche Produktion der Städte, sie existieren am Rande der städtischen Wirtschaft.

Der Großhandel verliert im 19. Jahrhundert seine Märkte an die europäische Konkurrenz. Der innerarabische Handel und der Handel zwischen den nah-östlichen Ländern verliert immer mehr an Bedeutung. Für alle nah-östlichen Länder wird Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der wichtigste Handelspartner. Mit den kommerziellen Bindungen zwischen den einzelnen islamischen Ländern zerfallen auch wichtige kulturelle und religiöse Bindungen.

Zugleich üben die europäischen Staaten wachsenden Druck auf die Staaten des Nahen Ostens aus, neue Aufgaben wahrzunehmen. Es sollen Straßen, Kanäle und Eisenbahnen gebaut werden, damit die Rohmaterialien Asiens und Afrikas nach Europa und die europäischen Waren auf die neuen Märkte gebracht werden können. Armee und Polizei sollen zum Schutz des Personen- und Güterverkehrs verstärkt werden. Die Steuereinnahmen reichen zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe nicht aus. Die Staaten des Nahen Ostens müssen sich bei den europäischen Banken verschulden: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt es zum Staatsbankrott des Osmanischen Reichs, Ägyptens und Tunesiens. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts folgt Marokko. Auch Iran ist zu Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem besten Wege, in diese Situation zu geraten, wird aber durch die innere Opposition und durch Einnahmen aus Ölrenten davor ge-

rettet. In den Staaten, die sie in den Bankrott getrieben haben, errichten die europäischen Gläubiger Gremien zur finanz- und wirtschaftspolitischen Kontrolle des Staats. In Tunesien und Ägypten folgt der finanzpolitischen Kontrolle die militärische Besetzung und der Übergang zur direkten Kolonialherrschaft Frankreichs bzw. Englands. Auch für die Besetzung Marokkos durch Frankreich ist die vorhergehende — von französischer Seite bewußt betriebene — Verschuldungspolitik eine wichtige Voraussetzung.

Die so hergestellte finanz- und wirtschaftspolitische Kontrolle wichtiger nah-östlicher Staaten durch die Gläubiger gibt die Möglichkeit, die Einnahmen und Ausgaben dieser Staaten zu überwachen und zu lenken und den gesamten von diesen Staaten angeeigneten Surplus zu kontrollieren. Damit beginnt der Aufbau der imperialistischen Kontrolle dieser Länder. In großem Maße erfolgt jetzt der Export von Finanzkapital, d.h. des von Banken kontrollierten Kapitals derjenigen Industrien, die sich bereits im Zustand der Monopol- oder Kartellbildung befinden.

Bevorzugte Investitionsobjekte sind die Eisenbahnen — wie die Bagdadbahn —, der Straßenbau, Bewässerungsanlagen, die Ölförderung und generell die Ausbeutung von Bodenschätzen. Geschäfte dieser Größenordnung können nur mit Hilfe der europäischen Regierungen betrieben werden. Diese sind in ihrem Verhältnis zu den nah-östlichen Staaten an die Geschäftsinteressen ihrer großen Banken und Konzerne gebunden. Sie richten daher die Wirtschaftspolitik in den nah-östlichen Staaten an diesen Interessen aus.

Wegen der großen Kapitalien, die man einsetzen muß, der hohen Gewinne, die zu erwarten sind, und der hohen Risiken, die die politische Konfrontation für die einzelnen nationalen Gruppen nach sich zieht, bilden sich zu Anfang dieses Jahrhunderts im Bereich der Rohstoffausbeutung und der Infrastruktur die ersten Ansätze zur Bildung multinationaler Konzerne heraus. Sie können sich aber nur im Bereich der Ölausbeutung endgültig durchsetzen. Noch ist die Bindung der großen nationalen Konzerne an ihre nationalen Regierungen in allen anderen Bereichen zu stark, als daß sie eine Internationalisierung des Kapitals zulassen würde. Die nationale Konkurrenz ist eins der Motive, die nach dem Ende des ersten Weltkriegs die europäischen Länder veranlassen, das Osmanische Reich zu zerstückeln. Fast alle arabischen Länder, die vorher Provinzen des Osmanischen Reichs waren, werden in diesem Prozeß zu Kolonien und Protektorat. Die Türkei selbst entgeht diesem Schicksal nur durch einen lang anhaltenden und mit Unterstützung aller Volkskräfte geführten Krieg. Aus der direkten politischen Abhängigkeit befreien sich die meisten Länder des Nahen Ostens in den 50er Jahren dieses Jahrhunderts, einige von ihnen — wie Algerien 1954-1962 — erst nach einem jahrelangen grausamen Krieg der Kolonialherren gegen die Volksmassen.

Anders als in Europa, wo der Widerstand der Betroffenen und die Stärke der Arbeiterklasse den Staat veranlaßten, durch Sozial- und Wirtschaftspolitik auf die Herstellung einer möglichst gleichförmigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hinarbeiten, und das heißt auch: eine in allen Bereichen kapitalistisch organisierte Gesellschaft zu schaffen — anders als in Europa wirken sich im unterworfenen Nahen Osten auf die Regierungsentscheidungen lange Zeit nur das Interesse an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die ökonomischen Interessen der nationalen und multinationalen Konzerne aus. Zu diesen tritt in einigen Ländern das der Siedlungskolonialisten. Es gibt also kein politisch und ökonomisch sich durchsetzendes Interesse an

einer gleichförmigen Umwälzung aller gesellschaftlichen Bedingungen, sondern nur an der Umgestaltung der Sektoren, die unmittelbar ausgebeutet werden sollen. Alle juristischen und sozialen Hindernisse, die dieser Ausbeutung entgegenstehen, werden zerschlagen. Diese Tradition setzt auch der nachkoloniale Staat fort. Er kontrolliert die Ausbeutung der Bodenschätze und die damit verbundenen Industrien. Er ist eingebunden in den kapitalistischen Weltmarkt, auf dem er seine Produkte absetzt und auf dem er die Technologien für seine Industrieproduktion kauft. Wo er ernsthaft das Ziel einer Industrialisierung verfolgt, besteht sein wesentliches Verdienst gegenüber seinem kolonialen Vorgänger darin, eine Landreform durchzuführen und die Rechte der Großgrundbesitzer zu beschneiden, sie so dazu anregend, ihr Geld in die Industrie zu investieren.

In wesentlichen Bereichen der Wirtschaftspolitik setzt er die Politik des politisch abhängigen Staats fort: Er fördert einseitig den industriellen Sektor. Armee und Polizei haben dafür Sorge zu tragen, daß die anderen Bereiche der Gesellschaft der Entfaltung des industriellen Sektors nicht hinderlich werden. Wie in vielen anderen Ländern der Dritten Welt führte diese Wirtschaftspolitik auch in den Gesellschaften des Nahen Ostens bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Entstehung eines kapitalistischen Sektors in Industrie und Landwirtschaft. Dieser Sektor ist ausgestattet mit einer Maschinerie, die zum größten Teil aus den kapitalistischen Industriegesellschaften importiert wird. Seine Produktivität übertrifft die aller anderen ökonomischen Sektoren. Er beschäftigt für relativ hohe Löhne qualifizierte Arbeitskräfte, die ihrerseits stark unter dem Einfluß westlicher Konsum- und Kulturvorbilder stehen. Daneben bleiben ökonomische Sektoren bestehen, in denen alte, vorindustrielle Produktionstechniken erhalten bleiben und die der politischen Kontrolle durch den Staatsapparat genauso unterliegen wie der kapitalistische Sektor, und innerhalb derer sich — als Resultat dieser Kontrolle — auch die internen politischen und sozialen Strukturen verändern. Die in diesen Sektoren lebenden und arbeitenden Menschen — und das ist noch immer die Mehrzahl der Einwohner der Länder des Nahen Ostens — verarmen nicht nur relativ zum kapitalistischen Sektor, in vielen Fällen verarmen sie auch absolut, d.h. ihr Lebensstandard nimmt ab in dem Maße, wie die Vorherrschaft des kapitalistischen Sektors ausgebaut wird.

7.1. Strukturelle Heterogenität, marginalisierter und industrieller Block

Die Trennung zwischen diesen beiden Sektoren haben die Verteidiger einer kapitalistischen »Modernisierung« in der »Dualismus-Theorie« als den Dualismus zwischen einem schon modernen, kapitalistischen Sektor und einem — noch — traditionellen Sektor verstanden. Es ist aber in der Literatur häufig herausgearbeitet worden, daß der »moderne« Sektor keineswegs völlig abgeschnitten ist vom »traditionellen« Sektor, sondern daß er dessen Entwicklung bestimmt und sich zugleich insofern parasitär zu ihm verhält, als er ihm die Kosten der Reproduktion der nicht ständig benötigten Arbeitskraft aufbürdet und sich so billige zeitweilige Arbeitskräfte sichert. Das wußte auch schon der Begründer der Dualismus-Theorie, *J.H. Boeke*, der — die indonesische Situation beschreibend — ausführt: »Daß die Gruppe der proletarisierten Lohnarbeiter sehr begrenzt geblieben ist und daß in der Regel Arbeiter nur zeitweilig arbeiten, tut beiden Parteien sehr wohl (is highly beneficial), sowohl dem westlichen Unternehmen als auch dem eingebornen Arbeiter. Das Unternehmen gewinnt durch die Tatsache,

daß man dem Arbeiter einen viel niedrigeren Lohn zahlen kann, wenn er nicht verpflichtet ist, sich und seine Familie davon zu ernähren. Er verschwindet im Dorf, wenn das Unternehmen seine Dienste nicht länger benötigt. Das Unternehmen muß sich nicht um seine Unterbringung und Ernährung kümmern oder für die Versorgung mit speziellen sanitären Einrichtungen oder medizinischer Betreuung aufkommen. Es wird auch nicht mit der Fürsorge für seine Familienmitglieder belastet, die es nicht beschäftigt. Es übernimmt keine Verantwortung für seine Unterstützung im Alter. Dies sind handfeste Vorteile. Aber es gibt auch Vorteile vom Gesichtspunkt des Arbeiters aus. Das Band zwischen ihm und seinem Dorf, zwischen ihm und seiner Familie und seinen Feldern — ein Band, das ihm so viel bedeutet — bleibt unberührt. Er ist nicht verpflichtet, seine Unabhängigkeit aufzugeben. Er behält die Freiheit zu gehen und zu kommen, wie es ihm gefällt und er behält die Würde eines Landbesitzers oder Hausinhabers. Und doch erhält er die Möglichkeit, etwas dualistisches Geld zu verdienen.« (Boeke, 1953, 139f.) Autoren, die diesen parasitären Charakter des kapitalistischen Sektors betonen und die ihm innewohnende Tendenz hervorheben, den Übergang zur Industriegesellschaft zu blockieren, betonen denn auch, daß der kapitalistische Sektor die sogenannten »traditionellen« Sektoren zum Teil selber schafft. Sie sprechen daher nicht vom Dualismus, sondern von der durch den Kapitalismus geschaffenen »strukturellen Heterogenität« der Wirtschaft und Gesellschaft in Ländern des peripheren Kapitalismus. Diese strukturelle Heterogenität hat sich in diesem Jahrhundert — auch nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit — in den Gesellschaften des Nahen Ostens eher verschärft als verringert.

Mit dem Export seiner Wirtschafts- und Sozialordnung in Teile der unterworfenen Gesellschaften hat Europa auch die Mechanismen seiner eigenen Bevölkerungsexplosion in den Nahen Osten — wie in den Rest der Welt — exportiert. Es hat durch eine verbesserte medizinische Versorgung die Sterblichkeitsrate gesenkt und damit das Bevölkerungswachstum beschleunigt. Andere Faktoren kultureller und sozialer Natur, die wenig untersucht sind, haben zu einer Erhöhung der Geburtenrate geführt. Das Beispiel Europas zeigt, wie wichtig kulturelle und ökonomische Faktoren für die Senkung der Geburtenrate sind und wie lange es — nach dem Beginn der Industriellen Revolution — gedauert hat, bis die veränderte ökonomische und soziale Situation der Bevölkerung sich auch in einem veränderten Bevölkerungswachstum ausdrückte. Insofern ist es nicht unwahrscheinlich, daß der blockierte Übergang zur Industriegesellschaft in den Ländern des Nahen Ostens auch für die Art des Bevölkerungswachstums entscheidend ist. Allerdings kann das nicht mehr als eine Hypothese sein. Tatsache aber ist, daß das schnelle Bevölkerungswachstum in den Gesellschaften des Nahen Ostens das Verhältnis der Bevölkerung zu den natürlichen Ressourcen verschlechtert und alle gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme verschärft hat.

Die strukturelle Heterogenität ist besonders ausgeprägt in den Ölstaaten. Ihr ökonomisches Wachstum ist weitgehend unabhängig von einer Steigerung der Produktivität in Landwirtschaft und Industrie. Die Einnahmen, die sie seit der Durchsetzung der OPEC-Politik im Jahre 1973 aus dem Verkauf des Öls erzielen, machen den Staat zum größten Renteneinnehmer, zum größten Investor, Konsumenten und Verteiler. Die Entwicklung von Landwirtschaft und Gewerbe ist also abhängig von der Verteilung der Ölrente auf diese Sektoren und von der Art der Planung, die damit verfolgt wird. Der Staat und die über ihn verfügende Staatsklasse bestimmen Art und Tempo der gesell-

schaftlichen und ökonomischen Entwicklung. In allen Ölstaaten ist dabei die Entscheidung für eine forcierte Industrialisierung gefallen. Investitionen werden vor allem in den Städten und in industriellen Unternehmungen getätigt. In dem Maße, in dem Industrie und Staatsverwaltung expandieren, werden qualifizierte Arbeitskräfte in Verwaltung und Produktion knapp. Das ganze Bildungswesen muß umgestellt werden, um höher qualifizierte Arbeitskräfte zu produzieren. Die jetzt vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte orientieren sich nicht an den »Durchschnitts«-Löhnen in ihrem Land und auch nicht an den Einkommen der Bauern, sondern an dem Lebensstandard ihrer Kollegen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Ein erheblicher Teil der Ölrente muß für Löhne und Gehälter und für die Importe von dauerhaften Konsumgütern ausgegeben werden, um die Konsumwünsche derjenigen Städter zu befriedigen, die sonst ihre qualifizierte Arbeitskraft auf dem internationalen Arbeitsmarkt verkaufen könnten, oder auf deren politische und soziale Unterstützung der Staatsapparat angewiesen ist. Ein Binnenmarkt mit vereinheitlichter Nachfrage nach den Produkten der nationalen Industrie und Landwirtschaft kommt aus den folgenden Gründen nicht zustande:

1. Die Landwirtschaft wird vernachlässigt. Die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land nehmen zu. Die Bauern kommen als Abnehmer der Industrieprodukte nicht oder nur in ungenügendem Maße in Betracht. Es gibt also für die Industriegüter keinen ländlichen Binnenmarkt, da die Landbevölkerung ein zu geringes Einkommen hat, um industrielle Konsumgüter in ausreichendem Maße zu erwerben.

2. Die Agrarproduktion stagniert oder wächst langsamer als die Bevölkerung. Die steigenden Konsumansprüche der Stadtbevölkerung des industriellen und tertiären Sektors müssen zunehmend auch durch den Import von Nahrungsmitteln befriedigt werden. Die Landbevölkerung profitiert vom steigenden Nahrungsmittelkonsum der städtischen Bevölkerung und den inflationär steigenden Nahrungsmittelpreisen nicht ausreichend, entweder weil der Staat keine ausreichenden Preise für landwirtschaftliche Güter zahlt und einen privaten Markt nicht zuläßt oder weil die soziale Schichtung auf dem Lande so stark ist, daß das bäuerliche Surplus von wenigen Grundherren angeeignet und vermarktet wird.

3. In Stadt und Land entsteht unter den wohlhabenden Schichten eine verstärkte Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ausländischer Herkunft. Selbst wenn diese — wie etwa Autos in Iran — im Lande selbst zusammengesetzt werden, machen sie kostspielige Importe notwendig, die nur durch die Ölrente finanziert werden können.

4. Ein erheblicher Teil der Industrie ist international nicht wettbewerbsfähig und lebt davon, daß er aus der Ölrente subventioniert wird, da seine Produkte sich nur dann mit Gewinn auf dem Binnenmarkt absetzen lassen.

Selbstverständlich treffen diese Charakteristika in unterschiedlichem Maße auf unterschiedliche Ölstaaten zu. Am konsequentesten versucht offensichtlich Algerien eine Industrialisierung über die Auswertung des ländlichen Binnenmarkts für industrielle Güter zu erreichen und gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, um so lohnteigernde Nahrungsmittelimporte unnötig zu machen und die Preise für die Güter der nationalen Industrie auf dem nationalen Binnenmarkt niedrig zu halten. Aber auch hier sind zumindest die beiden ersten die Industrialisierung hemmenden Faktoren gegeben und komplizieren den Entwicklungsprozeß. Tendenziell gibt es auch Druck in Richtung erhöhten Konsums ausländischer Waren durch die städtische Bevölkerung, die im industriellen und im tertiären Sektor arbeitet, auch wenn diesem Druck bisher nicht nachgegeben worden ist. Uneingeschränkt kann man sagen, daß in allen Ölstaaten die Kluft zwischen Stadt und Land und in Stadt und Land zwischen dem kapitalistischen und dem nicht-kapitalistischen Sektor sich verschärft hat.

Nicht nur in den Ölstaaten haben sich als Ergebnis dieser unterschiedlichen Entwicklung beider Sektoren bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zwei große soziale Blöcke gebildet, von denen ich den einen den »marginalisierten«, den anderen den »industriellen« Block nennen werde. Zum »marginalisierten Block« gehören all jene, die mit dem Fortgang der privatkapitalistischen und der staatlichen Industrialisierung bisher überwiegend negative Erfahrungen gemacht haben: die verelendete Landbevölkerung, die landlos gewordenen Bauern, die in der Stadt keinen Arbeitsplatz gefunden haben; die Handwerker und Basarhändler und die hohe Zahl der de facto Arbeitslosen, die sich im sogenannten informellen Sektor durch Dienstleistungen wie Schuhputzen und Wagenwaschen oder durch Kleinsthandel notdürftig am Leben halten. Dieser ganze Block wird von *Peter v. Siviers*, der ihn in Algerien untersucht hat, der »Basar-Sektor« genannt. Die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich sind gekennzeichnet durch geringen Verdienst, lange Arbeitszeiten, strikte Arbeitsteilung der Geschlechter (die Frauen gehören ins Haus, damit sie nicht als Konkurrentinnen auftreten), selbständige Einteilung der Arbeit, d.h. selbständige Kombination von Freizeit und Muße im Arbeitsgang und eine durch den geringen Verdienst notwendig werdende asketische Konsumhaltung. In diesem Sektor hält man fest an den Normen der einfachen Warenproduktion: der patriarchalischen Hausordnung, dem Privateigentum und der Selbständigkeit. Diese Normen stehen nicht im Widerspruch zur eigenen ökonomischen Praxis. Sie erlauben zugleich, sich in Gegensatz zu setzen zum ausländischen und inländischen Großkapital, das man für die elende ökonomische Situation verantwortlich macht, in der man lebt. Der säkularisierte Staat, der die Unternehmungen des kapitalistischen Sektors fördert und dirigiert, gilt als dessen Vertreter, als Förderer der ausländischen Konsumkultur und der mit ihr assoziierten Formen des Kulturimperialismus. **

Die großen Demonstrationen in Kairo im Januar 1977, die ausbrachen, als die Regierung die Zölle auf Lebensmittel verdoppeln und die Grundnahrungsmittel verteuern wollte, die Unruhen in Tunis im Januar 1978, in denen es um die Rechte der Gewerkschaften und das Recht auf Arbeit ging, endlich die Demonstration der Bevölkerung von Casablanca in diesem Sommer, bei der es, wie in Kairo, um einen Protest gegen die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel ging — diese drei Ereignisse sind symptomatisch für die Verschärfung der sozialen Krise in den arabischen Ländern. In jeder dieser Demonstrationen hat es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben, jede dieser Demonstrationen hat aber auch gezeigt, daß große Teile des »marginalisierten Blocks« bereit sind, mit den Arbeitern zusammenzugehen, wo diese ihre Forderungen als Teil eines allgemeinen Programms zur Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit offensiv vertreten. Wie die Entwicklung Irans zeigt, ist dieser Block aber auch offen für eine Allianz mit den ebenfalls an den Rand der Gesellschaft abgedrängten islamischen Gelehrten.

Diese sind durch die »Säkularisierung des Staats« ihrer einflußreichsten Positionen in Staat und Gesellschaft beraubt. Durch die Einführung europäischer Rechtsnormen haben sie ihre Stellung in Rechtsprechung und Verwaltung weitgehend verloren. Im Erziehungswesen haben neue Schulen und Universitäten mit aus Europa übernommenen Programmen und nach westlichem Muster ausgebildeten Lehrern und Professoren den Platz der alten religiösen Ausbildungsstätten eingenommen. Alte Moschee-»Universitäten« von Weltruf wie die Azhar in Kairo, die Zaituna in Tunis und die Qarawiyn in Fez

bleiben bestehen und werden weiterhin besucht. Zum Teil erhalten sie Fakultätsrang, zum Teil werden ihnen neue Universitäten angegliedert. Aber die Absolventen der traditionellen Fächer haben nicht viele Berufschancen. Sie verlieren innerhalb des kapitalistischen Sektors ebenso an gesellschaftlichen Funktionen wie an gesellschaftlichem Ansehen. Sie sind ebenso an den Rand des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gedrängt wie die anderen Mitglieder des »marginalisierten Blocks«.

Im kapitalistischen Sektor der Städte entsteht die moderne Industrie; ein neuer, von europäischen Management-Formen beherrschter und vorrangig am Export-Import-Geschäft interessierter Großhandel, sowie ein Reparaturhandwerk, das auf die Reparatur von Industrieprodukten spezialisiert ist, sind eng mit dieser Industrie verbunden. Das industrielle und kommerzielle Bürgertum, die Reparaturhandwerker, die Arbeiter ebenso wie die mittleren und oberen Ränge der Bürokratie und der Armee bilden den »industriellen Block«. Das Bürgertum löst sich nicht aus den Abhängigkeitsverhältnissen zu den großen kapitalistischen — und sozialistischen Industriestaaten. Es kann daher auch nicht die Aufgabe einer vollständigen Industrialisierung der eigenen Gesellschaft übernehmen. Die Arbeiterklasse ist numerisch und politisch schwach. Nur wenn es — wie in Kairo, Tunis und Casablanca — den Arbeitern gelingt, breite Bündnisse herzustellen, können sie politischen und ökonomischen Druck auf die Regierung ausüben. Die Aufgabe der Industrialisierung und der Erhöhung der Produktivität im primären und sekundären Sektor fällt daher dem säkularisierten Staat zu.

7.2. Die Säkularisierung des Staats

Seit dem 19. Jahrhundert verlieren die religiösen Normen, die an die Formen der einfachen Warenproduktion gebunden sind, an juristischer und politischer Geltung. Selbst in Saudi-Arabien, das doch kontinuierlich am islamischen Recht festhält, werden alle international üblichen Vertragsformen anerkannt, soweit sie nicht *expressis verbis* dem islamischen Recht, der *shari'a*, widersprechen. Deutlich zeigt sich in den Diskussionen zwischen den islamischen Juristen und den Ökonomen, die versuchen, die Theorie einer »islamischen Wirtschaftsordnung« zu entwickeln, die Tendenz, den Staat als oberstes Direktionszentrum wirtschaftlicher Leitung und Verantwortung zu legitimieren und dem privaten Kapital nur eine ergänzende Rolle zuzubilligen. Dabei geraten die Ökonomen gelegentlich in Konflikt mit den Normen des klassischen islamischen Rechts und versuchen, gemeinsam mit den Juristen Kompromißformeln zu finden, die den Bruch mit der islamischen Rechtstradition ersparen und dennoch die gegenwärtige zentrale Position des Staates für den ökonomischen Prozeß legitimieren sollen. Fragen der Staats- und der Wirtschaftstheorie nehmen daher in den gegenwärtigen Diskussionen über die Zukunft des Islam, wie sie unter dem Einfluß Saudi-Arabiens geführt werden, eine hervorragende Stellung ein. In allen anderen Staaten des Nahen Ostens aber ist die Kluft zwischen Staatspraxis und Staatstheorie einerseits, der Rechtstradition des sunnitischen oder schiitischen Islam andererseits, um vieles deutlicher anzusehen.

Schon im 19. Jahrhundert wird in diesen Staaten das islamische Vertragsrecht, das islamische Strafrecht und das islamische Steuerrecht aufgehoben. Der Geltungsbereich des islamischen Rechts wird eingeschränkt auf den Ritus und auf das Familien-, Ehe- und Erbrecht. Staat und Gesellschaft werden »säkularisiert«, d.h. von allen Formen der religiösen Gesetzlichkeit befreit, die der vollen Entfaltung einer ausschließlich an Tauschwert und Profitmaximierung orientierten Ökonomie entgegenstehen. Im 20.

Jahrhundert verstärkt sich diese Tendenz noch dadurch, daß der Staat selbst eine ständig zunehmende ökonomische Aktivität entfaltet. Die Säkularisierung des Staats führt in der Türkei, in den arabischen Staaten Nordafrikas und des Fruchtbaren Halbmonds ebenso wie in Iran zur Aufhebung der Geltung des islamischen Rechts. In Indien und Pakistan, im Sudan und in Algerien entstehen Mischformen eines anglo-islamischen, respektive algero-islamischen Rechts. Das neue Recht der nah-östlichen Staaten ist weitgehend europäisches Recht. Die Rechtsprechung obliegt europäisch ausgebildeten Juristen. Auch in der Ausbildung verlieren die islamischen Juristen dadurch einen großen Teil ihrer gesellschaftlichen Funktionen. Religion wird in diesem Rahmen Sache der Familie und des betenden Individuums.

8. Islamische Antworten auf die kapitalistische Herausforderung

Die Einsicht, daß die von Europa verlangte Einordnung in ein ökonomisches, politisches und juristisches System, das von den kapitalistischen Industriegesellschaften beherrscht wird, die überkommenen sozialen und politischen Ordnungen ebenso bedroht wie die ideologische Hegemonie der ihnen entsprechenden Formen religiöser Artikulation, prägt seit dem 19. Jahrhundert die religiös-politischen Antworten der Muslime auf die von Europa herbeigeführte neue historische Situation. Die Vielzahl solcher Reaktionen kann in diesem Rahmen unmöglich aufgezählt werden. Unter der Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat lassen sich aber sechs wichtige Bewegungen benennen, die die islamische Welt nachhaltig beeinflusst haben.

8.1. Der Pan-Islam

Der Name Pan-Islam ist sicher ebenso unglücklich wie der Name Pan-Christentum. Er hat sich aber in der Literatur so eingebürgert, daß ich es vorziehe, diesen unglücklichen Namen zu verwenden, um nicht weitere Verwirrung zu stiften. Es handelt sich um eine aus vielfältigen Wurzeln gespeiste Bewegung defensiven Charakters, die versucht, die Einheit der islamischen Welt zu fördern, um so der Aggression Europas entgegenzutreten zu können. Es liegt in der Natur eines solchen Ansatzes, daß er darauf abstellt, alles Trennende zwischen den muslimischen Richtungen als sekundär zu betrachten und die einende Kraft des gemeinsamen religiösen Erbes als vorrangig herauszustellen. Der bedeutendste Sprecher dieser Richtung ist zweifelsohne *Dschamal ad-Din al-Afghani*, ein Gelehrter iranischer Abkunft, dessen Ziel es ist, die Widerstandskraft der islamischen Welt gegen Europa zu stärken und — wie *Nikki R. Keddie* ihr Buch über ihn genannt hat — »Eine islamische Antwort auf den Imperialismus« zu finden. Unter Berufung auf die frühe Gemeinde der Muslime tritt er für das Recht aller Muslime auf *idschithād* ein, auf die selbständige Ableitung von Rechtsnormen aus den Grundlagen des Rechts. Er weist auf die religiöse Bejahung von Philosophie und Wissenschaft hin. Mit beiden Aussagen beeinflusst er nachhaltig seine ägyptischen Schüler, die von solchen Grundlagen her den sunnitischen Reform-Islam entwickeln. Aber sein Mißtrauen gegenüber den Massen, sein Versuch, politische Einheit nicht durch Ärgernis gebende Programme zu gefährden, hindern ihn daran, ein zusammenhängendes theologisches, politisches oder kulturelles Programm zu formulieren.

Ihr politisches Zentrum hat diese Bewegung am Osmanischen Hof. Publizistische Vertreter hat sie in allen muslimischen Ländern. Sie hat zahlreiche Anhänger in der ganzen islamischen Welt. Aber sie bleibt eine Bewegung ohne feste Organisation und

theologisches Programm. Ihr Zusammenhang ist größeren Belastungsproben nicht gewachsen. Daher scheitern die Versuche der deutschen Reichsregierung und einzelner deutscher Orientalisten, sie im ersten Weltkrieg für die Zwecke der deutschen Reichspolitik einzusetzen. Als politische Bewegung überlebt der Pan-Islam nicht die Zerstückelung des Osmanischen Reichs in seine einzelnen Bestandteile und den Sturz des Osmanischen Kalifen (1924). Die regionalen Nationalismen sind im 20. Jahrhundert bereits zu stark geworden, als daß der Pan-Islam eine tatsächlich vereinende Kraft darstellen könnte.

8.2. *Der tribale Widerstand unter mystischer Führung*

Die zweite wichtige Bewegung ist der militante Widerstand des ländlichen Islam auf mystischer Basis, wie er sich vor allem in den tribalen Regionen gezeigt hat: in Algerien, Südmarokko und Libyen begegnen wir zwischen 1830 und 1936 dieser Form. Es ist offensichtlich, daß auch die Mahdi-Bewegung, die sich theologisch anders artikuliert, in dieser Tradition des tribalen und mystisch legitimierten Widerstands steht. Die mystischen Organisationen, die in diesen Regionen nicht — wie z.B. in Ägypten — staatsabhängig sind, verfügen in Nordafrika über eine lange Tradition der Personalisierung und Politisierung der Religion, die es ihnen immer wieder erlaubt hat, sich als sekundäre Machtzentren neben dem Staatsapparat — und häufig im Einverständnis mit diesem — zu etablieren. Sie nehmen häufig staatliche Funktionen wahr und erhalten vom Staat entsprechende Staatsprivilegien. Im 19. Jahrhundert verlieren sie viele dieser Privilegien und Funktionen an den Staatsapparat. Während viele der großen mystischen Bruderschaften von Anfang an die Kollaboration mit dem Aggressor suchen, um ihren materiellen Besitzstand zu wahren, gehen viele andere angesichts der europäischen Besetzung des Landes und nach der Kapitulation des Staatsapparates dazu über, selbständig den militärischen Widerstand zu organisieren.

Unter Berufung auf die Notwendigkeit, die Muslime vor der Unterwerfung unter die Christen zu schützen, rufen sie ihre Anhänger auf, ihre Pflichten als Muslime wahrzunehmen und nicht auf den Staat zu warten, der seine Verpflichtungen nicht erfüllt und nicht selten selbst als Instrument der europäischen Aggression erscheint. Sie rekurrieren auf ihre eigenen Organisationsformen, die Bruderschaften, auf ihre eigenen heiligen Stätten und heiligen Geschlechter. Sie verteidigen — wie das die Mystik stets getan hat und in vielem der heutigen Entwicklung in Afghanistan vergleichbar — das partikulare, regionale muslimische Gemeinwesen gegen die feindliche Invasion eines fremden Staats und einer fremden Religion. Diese Aufstände, die 1830 in Algerien beginnen, ziehen sich in Marokko bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts hin, gleichzeitig verteidigt in Libyen der mystische Orden der Sanusiya sein Territorium gegen die italienische Siedlungskolonisation. Im Sudan und in Libyen sind diese Bewegungen dadurch gekennzeichnet, daß sie versuchen, eine neue Form politischer und ökonomischer Zentralisierung der Gesellschaft zu erreichen, die über die Stammesgesellschaft hinausgeht und dieser eine einheitliche politische Vertretung nach außen gibt. In beiden Fällen ist es wichtig, festzuhalten, daß mit diesem Anspruch die Verwerfung des Juristen-Rechts und der Rekurs auf einen Islam, der sich auf Koran, Lebenspraxis des Propheten und unmittelbare Gotteserfahrung der religiösen Führung beruft, verbunden ist. Das Element der Objektivität der Textbindung wird relativiert durch die unmittelbare Gotteserfahrung, die durch Visionen des Propheten oder durch mystische Gotteserfahrung

als Ergebnis einer mystischen tariqa, eines mystischen Wegs, der Theorie und Praxis der Religion als Erfahrung vereine, ausgewiesen wird.

Vier Faktoren scheinen mir dafür ausschlaggebend, daß der städtische Reform-Islam sunnitischer Prägung diese Form mystischer Theologie nicht als religiösen Vorläufer anerkennt — obwohl wir wissen, daß *Muhammad Abduh* engen Kontakt zu mystischen Kreisen hatte. Die Spannung zwischen städtischen und ländlichen, d.h. nomadischen und bäuerlichen Lebensformen ist sicher ein wichtiger Faktor für die Verwerfung der Mystik. Der schlechte Ruf mystischer Organisationen als Vertreter des Aberglaubens, Feinde der echten Religion und Kollaborateure mit dem Feind, der in allen Reformzirkeln arabischer Städte während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrscht, ist sicher auch in Rechnung zu stellen. Vor allem aber die Gesetzesfeindlichkeit des mystischen Ansatzes und das Moment der subjektiven Erfahrung — mit der zweifellos darin enthaltenen Gefahr der Willkür — scheinen verhindert zu haben, daß der städtische Reform-Islam, der sich als Antwort auf die Konsolidierung der europäischen Kolonialherrschaft konstituiert, und der ebenfalls das Juristen-Recht verwirft, den mystischen Islam als einen Vorläufer seiner Theologie anerkennt.

8.3. Der städtische Reform-Islam

Der städtische Reform-Islam sunnitischer Prägung wird in seiner konsequentesten Form in Ägypten gegen Ende des 19. Jahrhunderts von *Muhammad Abduh* und *Rashid Rida* entwickelt. Die Grundthese — die seine Vertreter von ihrem Lehrer *Dschamal ad-Din al-Afghani* übernommen haben, die sie aber auch mit vielen Vertretern des mystischen Islam des 19. Jahrhunderts gemeinsam haben — lautet, daß im Islam zu trennen sei zwischen den grundlegenden Normen, wie sie in der Offenbarung und in manchen Überlieferungen des Propheten enthalten seien, und den historisch gebundenen Bestimmungen des islamischen Rechts, die man daher aufheben könne. Die mittelalterlichen Rechtsnormen erscheinen nicht mehr als die höchste Verkörperung des Islam, sondern als eine zu überwindende, historisch bedingte Artikulationsform der Religion. Die Muslime seien daher frei, im Rückgriff auf den Text der Offenbarung und einen Teil der sunna des Propheten in Erfüllung des göttlichen Auftrags zu handeln, der sie zu Stellvertretern Gottes auf Erden mache und ihnen damit vorschreibe, die Welt, in der sie leben, nach ihrem Willen und in Übereinstimmung mit dem Geist der Offenbarung zu gestalten. Dazu sei der freie Gebrauch der Vernunft unerlässlich. Es sei Aufgabe der Muslime, mit rationalen Mitteln eine den grundlegenden Normen der Offenbarung entsprechende Gesetzgebung vorzunehmen. Dabei — so sagen die Reformer — sind es keinesfalls in erster Linie die islamischen Juristen, die dazu berufen sind. In ihrem zwölfbändigen Korankommentar interpretieren sie besonders ausführlich die Sure 4 (Vers 59), in der die Gehorsamspflicht der Muslime gegenüber den *ulī'l-amr*, den Leuten, denen die Befehlsgewalt zusteht, gefordert wird. Diese werden in Abduhs Kommentar definiert als »... diejenigen, denen man traut, Gelehrte und Heerführer und solche, die in öffentlichen Angelegenheiten tätig sind, wie Handel und Industrie und Landwirtschaft und ebenso die Führer der Arbeiter und die Direktoren der angesehenen Zeitungen und ihre Chefredakteure. Ihnen zu gehorchen, heißt denen zu gehorchen, die Befehlsgewalt haben.« (tafsīr al-manār V 187) An anderer Stelle wird der Kreis der Personen aufgezählt, deren Meinung den *idschmaa*, den *consensus*, bilde, der als dritte Rechtsquelle neben Koran und sunna gilt. Es sind »... die Großen unter den

Gelehrten und die Anführer der Armee und die Richter und die Großen unter den Händlern und Landwirten und diejenigen, die für die öffentlichen Interessen zuständig sind, die Direktoren der Sozietäten und Gesellschaften, die Führer der Parteien, die prominenten Schriftsteller, Ärzte und Rechtsanwälte ...« (ebd. V 198f.). Auch wenn dieser consensus — anders als im sunnitischen Recht — nach Abduh weder für die genannten Personen noch für ihre Nachfolger bindend sei, so gilt er ihm doch als ausreichende Rechtsgrundlage für die Entscheidung, die jeweils durch ihn getroffen wird. Er darf nur nicht einem eindeutigen Text aus Koran und Sunna widersprechen oder rituelle Fragen regeln wollen. In allen Fragen aber, die das materielle Wohl der Muslime betreffen, sind ihrem Urteil keine anderen Grenzen gesetzt als die hier benannten.

Händler, Industrielle, Großgrundbesitzer, Offiziere, Wissenschaftler, Gewerkschaftsführer und die führenden Vertreter der Massenmedien — hier ist die Gesellschaft, deren Wort zählt. In dieser Aufzählung wird deutlich, wie sehr diese Form des islamischen Modernismus auf die Bedürfnisse des kapitalistischen Sektors zugeschnitten ist und wie selbstverständlich seine Vertreter es als ihre Aufgabe ansehen, die theologischen und juristischen Grundlagen dafür zu schaffen, daß dieser kapitalistische Sektor aus den Fesseln einer mittelalterlichen Gesetzlichkeit befreit und dennoch islamisch legitimiert werden kann. Es ist eine Rückkehr zu den Fundamenten der Religion, die es erlauben soll, eine Veränderung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und einen veränderten Wissens- und Erkenntnisbegriff zu legitimieren. Diese Reformbewegung hat einen emphatischen Vernunftbegriff, durch den sie sich dagegen wehrt, die Muslime mit mittelalterlichen Gesellschafts-, Staats-, Rechts- und Wirtschaftsformen zu identifizieren. Sie hat aus diesem Grunde einen so großen Erfolg nicht nur unter der liberalen Intelligenz Ägyptens, sondern in der ganzen islamischen Welt. In den antikolonialistischen Bewegungen Nordafrikas, die in den Städten Nordafrikas entstehen, findet sie unter den religiösen Juristen und den Politikern Vertreter, die durch den Anspruch, Vernunft und Religion zu versöhnen, wesentlich dazu beitragen, die städtischen und teilweise auch die ländlichen Massen zu mobilisieren. In den antikolonialistischen Bewegungen Nordafrikas steht diese Versöhnung von Vernunft und Religion für den Willen der Kolonisierten, ihre eigene religiöse und kulturelle Identität zu wahren und sich dennoch nicht von den Kolonialherren in die marginalisierten Sektoren abdrängen und mit den Formen einer besiegten Gesellschaftsordnung identifizieren zu lassen. Nachdem die Kolonialherren vertrieben und die Widersprüche zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Sektoren geblieben waren, verlor diese Form des Islam schnell ihre die Massen mobilisierende Kraft.

Eine Variante dieses Reform-Islam, der die Berufung auf die Vernunft gründlich ausgetrieben worden ist, lebt fort in der Bewegung der Muslim-Brüder, die kleinbürgerliche Elemente aus beiden sozialen Blöcken organisiert. Das Ziel dieser Bewegung ist eine Industrialisierung ohne Klassenkampf und Sozialismus, ohne die Herrschaft der Militärs und ohne Abhängigkeit der nahöstlichen Staaten von westlichen oder östlichen Mächten. Ihr reformierter Islam dient im wesentlichen dazu, den Klassenkampf abzulehnen, die Unabhängigkeit eines islamisch organisierten Nationalstaats zu fordern und die Interessen des Kleinbürgertums und der Mittelklassen durchzusetzen. Im religiös-kulturellen Bereich wollen sie die Integration aller nützlichen Techniken ohne Erschütterung des religiösen Weltbildes und ohne eine Neuformulierung der Theologie. In dem Maße, in dem die Regierungen vieler nahöstlicher Staaten die Muslim-Brüder ei-

nerseits verfolgen und andererseits ihr Programm verstaatlichen, geraten die Muslim-Brüder in eine ideologische Krise. Diese Krise ist deutlich ablesbar an der Vielzahl der Gruppen, die sich mit ähnlichen Programmen neben den Muslim-Brüdern konstituieren. Die Auseinandersetzung mit dem Staat einerseits, den rivalisierenden islamischen Gruppen andererseits treibt die Muslim-Brüder zur Radikalisierung ihrer Positionen und zum Aktionismus, zur Bereitschaft zur Handlung um jeden Preis. Alles, was eine Erschütterung der bestehenden, ungerechten und das Existenzminimum nicht garantierenden Ordnung durch konkrete Handlungen verspricht, kann die Massen mobilisieren und auf ihre Unterstützung rechnen, ohne daß man deshalb diese Massen zur Gefolgschaft der Muslim-Brüder rechnen müßte. Besonders in Staaten, in denen die Regierung den Islam nicht zur Legitimationsquelle ihres Handelns macht (z.B. Syrien, Afghanistan), behalten die Muslim-Brüder Aktionsräume und politische Bedeutung. Überall aber wird die staatliche Kontrolle der Religion, insbesondere der Kultstätten — eins der ältesten Probleme des islamischen Rechts — zu einem zentralen Problem der »inneren Sicherheit« der Herrschenden. Mit Besorgnis erklärt die älteste ägyptische Tageszeitung, al-Ahram, unter Bezug auf das Freitagsgebet, das immer mit einer Predigt verbunden ist: »Es gibt gegenwärtig in Ägypten fast 5.500 von der Regierung kontrollierte Moscheen, aber auch 30.000 private Moscheen, die in ihrer Mehrzahl der Kontrolle des Ministeriums entgehen. Das Ministerium verfügt insgesamt über 3000 Imame, d.h. daß fast 2.500 Regierungsmoscheen keine Imame haben. Es ist außerordentlich gefährlich, den Geist der Leute, besonders der Jugend, dem Einfluß von 30.000 Freitagspredigern ausgesetzt zu lassen, von denen wir gar nichts wissen, nicht einmal, was sie sagen. Dieses Phänomen der *anarchischen Vervielfältigung der Moscheen* verlangt eine ernsthafte Prüfung, wo man doch jetzt in derselben Straße zwei Moscheen oder mehr nebeneinander liegen sieht. Die Lösung könnte darin liegen, die großen Moscheen für das Freitagsgebet zu reservieren und an diesem Tag die kleinen Moscheen zu schließen, um zu vermeiden, daß es eine zu große Zahl von unkontrollierten Predigten gibt. Diese Organisation herrscht zum Beispiel in Saudi-Arabien« (al-Ahram 29. April 1981).

Insofern viele der Freitagsprediger ihr Ziel in Aufforderungen zu Pogromen gegen die christliche Minderheit in Ägypten sehen, ist die Furcht vor den Auswirkungen solcher Predigten nicht unbegründet. Sie zeigt aber vor allem, wie wenig die Herrschenden die religiösen Symbole kontrollieren und wie sehr die religiösen Institutionen in den islamischen Gesellschaften zu Zentren des Protests gegen den säkularisierten Staat und die von ihm verantwortete soziale und ökonomische Ordnung geworden sind. Ideologisch scheinen die Muslim-Brüder dabei häufig in das Fahrwasser der weiter unten zu diskutierenden Theoretiker einer islamischen Wirtschaftsordnung zu geraten, deren geistige Heimat Saudi-Arabien ist. Über die ideologischen Bewegungen in den 30.000 privaten Moscheen sind wir nicht besser unterrichtet als al-Ahram.

8.4. Die Theoretiker des säkularisierten Staates

Eine selten artikulierte und doch außerordentlich einflußreiche — weil die Praxis der meisten arabischen Staaten bis heute bestimmende — Position ist die des Abduh-Schülers *Ali Abd ar-Raziq*. Er hatte seine Studien an der Azhar, der bedeutendsten islamischen Universität, betrieben und die Diplome erworben, die ihn als alim, als Rechtsgelehrten, auswiesen. 1925 publizierte er sein Werk »Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft«, in dem er versuchte, den Nachweis zu führen, daß auch im Islam keine

Einheit von Religion und Politik bestehe und daß der Prophet der Begründer einer religiösen Botschaft, nicht eines politischen Systems gewesen sei, und daß seit dem Tode des Propheten ein »islamischer« Staat immer »eine laizistische und politische Führung, eine Führung durch Autorität und Macht, keine Führung durch Religion« verkörpert habe (Johansen 1967, 89). Kein Staat dürfe sich daher — nach dem Tode des Propheten — als islamisch bezeichnen und für sich in Anspruch nehmen, eine religiöse Legitimation zu haben.

Ali Abd ar-Raziq, ein Liberaler und eng mit der Führung der Liberal-Konstitutionellen Partei Ägyptens verbunden, geht mit diesem Versuch, von Positionen der islamischen Theologie aus den Staat von allen religiösen Bindungen freizusetzen, über die Grenzen hinaus, die der Reformismus eines Muhammad Abduh gesetzt hatte. Er wird für das Überschreiten dieser Grenze bestraft. Die konservativen islamischen Juristen erkennen ihm seinen Rang als alim ab und erreichen, gegen den Protest des liberalen Justizministers und durch ihre guten Beziehungen zum Königshaus, seine Entlassung aus dem Staatsdienst. Der ägyptische Staat, der schon in den zwanziger Jahren de facto ein säkularisierter Staat ist, schützt den islamischen Theoretiker dieser Staatspraxis nicht. Er kann sich nicht zu dem muslimischen Theoretiker seiner Praxis bekennen, ohne den Zusammenstoß mit einflußreichen Kreisen des konservativen und des radikalen islamischen Lagers zu riskieren. Die Vertreter des Staats sind sich in der Regel wohl der Tatsache bewußt, daß der Protest dieser Kreise sich zumindest ebenso gegen ihre Praxis wie gegen deren muslimischen Theoretiker richtet; sie halten es aber für richtig, im Interesse des säkularisierten Staats den muslimischen Säkularisten zu opfern. Wenige haben nach Ali Abd ar-Raziq den Mut gehabt, ähnliche Auffassungen zu vertreten. Immer haben sie dafür Entlassungen, Gefängnis oder zumindest ökonomische und soziale Nachteile in Kauf nehmen müssen. Es steht aber außer Frage, daß sehr viele moderne Muslime einem muslimischen Säkularismus der Art Ali Abd ar-Raziqs nahestehen, und daß die Praxis vieler arabischer Staaten ihm bis vor kurzem weitgehend entsprach. Die Schwäche dieser Position liegt darin, daß sie keine politische Basis in der Gesellschaft hat, weil ihre Vertreter in der Regel zu kleinen Intellektuellenzirkeln gehören, die weder über konkrete politische Tätigkeit noch durch ihre gesellschaftliche Position mit den muslimischen Massen verbunden sind. Wirksam aber kann sie nur werden, wenn sie sich eine gesellschaftliche Basis schafft, vorher wird sie auch nicht den Schutz des Staates genießen.

8.5. *Die Ölstaaten und die islamische Wirtschaftsordnung*

Weder der Reform-Islam Muhammad Abduhs noch seine reduzierte Version, die die Muslim-Brüder vertreten, ist heute eine große, die Massen oder die Intellektuellen bewegende Kraft. Auf intellektueller und politischer Ebene hat aber der Traditionalismus konservativer Staaten wie Saudi-Arabien neues Gewicht gewonnen. Diese Staaten versuchen, die Staatsform der Monarchie durch das Festhalten an den Rechtsbestimmungen der schari'a, des islamischen Gesetzes, zu legitimieren. In dieser Legitimationsform ist die Monarchie die von der schari'a verlangte und deren Durchsetzung garantierende Staatsform.

Der zweifellos wichtigste Vertreter dieser Staatengruppe ist Saudi-Arabien. Entstanden ist dieser Staat im 18. Jahrhundert als eine Allianz zwischen dem Herrscher eines Stadtstaats und dem Begründer einer fundamentalistischen Reformbewegung. Die Dy-

nastie der Sa'udi-s stammt bis heute vom Herrscher dieses Stadtstaats ab, die Nachkommen des Theologen und Juristen *Muhammad b. Abd al-Wahhab* stellen bis heute bedeutende Vertreter der Rechtsgelehrten und Theologen des saudischen Reichs. Staat und Religion sind nicht in eins übergegangen, sondern ergänzen und legitimieren sich gegenseitig.

Die Reformbewegung, die von Muhammad b. Abd al-Wahhab gegründet wird, hält zwar am Recht einer sunnitischen, der hanbalitischen, Rechtsschule fest, besteht aber auf der Notwendigkeit des *idschtihad*, der freien Würdigung der »Grundlagen des Rechts«. Wo Koran und Sunna, so sagen ihre Vertreter, in Übereinstimmung mit sunnitischem Recht stehen, sind dessen Vorschriften bindend. Wo aber Koran und Sunna in Widerspruch mit dem überlieferten Schulrecht stehen und nicht mit diesem zu versöhnen sind, da muß der Vorrang von Koran und Sunna anerkannt werden. Politisch ist diese Bewegung nicht — wie gerade in der neueren deutschsprachigen Literatur politikwissenschaftlicher Provenienz gern behauptet wird — eine beduinische Bewegung. Sie strebt vielmehr die Vorherrschaft urbaner islamischer Lebens- und Rechtsformen an, kämpft gegen die Autonomie der Stämme und versucht diese unter urbaner Vorherrschaft zu vereinigen.

Der saudische Staat, entstanden in der Mitte des 18. Jahrhunderts, ist im 19. Jahrhundert zweimal von ägyptischen Truppen zerschlagen worden und einmal — 1891 — an seinen eigenen internen Widersprüchen zerbrochen. Erst der dritte Anlauf zur Staatsbildung, der 1901 beginnt, hat säkulare Dauer. Zur Konsolidierung der Macht des sa'udischen Staats sieht dieser sich aber veranlaßt, seine eigenen Anhänger, die ihre Stämme verlassen und sich in militärischen Siedlungen organisiert haben, die also die *hidschra* — den Bruch mit den eigenen Sippen und Stämmen — durch ihre räumliche Trennung von diesen vollzogen haben, niederzuschlagen. Ihr militantes Programm des Kampfs gegen alle »Ungläubigen«, Europäer ebenso wie die Bauern der Nachbarstaaten, und ihr Widerstand gegen die Einrichtung der herrschaftssichernden Mittel von Telegrafie, Telefon, Autostraße etc. begrenzt die faktische Machtausübung der Dynastie. Erst mit Hilfe Englands gelingt es dem saudischen Staat 1929, die sich gegen den Staat verselbständigende religiös-politische Gefolgschaft zu zerschlagen. Seither gibt es — zumindest öffentlich — keine religiös-politische Organisation, die den Staat als Exekutor der *shari'a* und als religiös determinierte und legitimierte Organisationsform in Frage stellt.

Lange Zeit hat die Lehre des Muhammad b. Abd al-Wahhab und haben die Kriege zwischen Osmanen, Ägyptern und Saudi-s den Sa'udi-s in Kreisen muslimischer Gelehrter den Ruf der Heterodoxie eingetragen. Ihr politischer Erfolg, die Schutzherrschaft über Mekka und Medina, die in allen islamischen Ländern wachsende Bereitschaft, den *idschtihad* als Mittel der Rechtsfindung anzuerkennen und last not least der Bedeutungsverlust des Rechts der überkommenen Schulen haben im 20. Jahrhundert dazu beigetragen, daß Saudi-Arabien von vielen islamischen Gelehrten als Hort des sunnitischen Islam angesehen wird.

Wie in den meisten Ölstaaten ist auch in Saudi-Arabien der Staat heute der führende Investor, Konsument und Distributor der Ölrente. Seine ökonomische Tätigkeit muß mit der der *shari'a* ausgesöhnt werden. Das geschieht teils durch eine Neuinterpretation des islamischen Gesetzes. So geht z.B. Saudi-Arabien davon aus, daß das islamische Recht den Grundsatz der Vertragsfreiheit anerkenne und daß daher alle internatio-

nal üblichen Vertragsarten auch unter dem islamischen Gesetz gültig seien. Die wahhabitische Theologie, die den *idschtiḥad*, die Würdigung der Rechtsquellen durch den Juristen und die Ableitung der Normen aus ihnen, in Grenzen bejaht, ist einer flexiblen Deutung des Rechts günstig, da nach ihr Koran und *sunna* Vorrang vor den einzelnen Bestimmungen des überlieferten Rechts haben. Diesen Spielraum versuchen die Theoretiker der saudi-arabischen Staats- und Wirtschaftsordnung und ihnen nahestehende Vertreter muslimischer Bewegungen aus anderen islamischen Ländern zu nutzen, um das Konzept einer islamischen Wirtschaftsordnung zu entwickeln, das den Erfordernissen staatlicher Interventionen ebenso gerecht werden soll, wie dem Rechtsverständnis islamischer Juristen. In wichtigen Fragen — etwa der Zulässigkeit von Versicherungen — gibt es deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Juristen und den Ökonomen. Diese können ertragen werden, da das Konzept der »Islamischen Wirtschaftsordnung« weniger eine Beschreibung der tatsächlichen Wirtschaftspolitik der konservativen Monarchien ist als vielmehr eine Definition der Perspektiven, die die Wirtschaft dieser Staaten einmal haben soll. Insofern sind die Kompromißmöglichkeiten im Rahmen dieser Diskussion größer als im realen ökonomischen Prozeß, in dem nach wie vor Risiken versichert und andere Usancen kapitalistischer Wirtschaft befolgt werden.

Die Verkündung der Perspektive der islamischen Wirtschaftsordnung hat großen Einfluß auf die Vertreter der traditionellen Ausbildungsmoscheen wie der Azhar in Kairo, der Zaituna in Tunis und der Qarawiyin in Fes. Abgesehen von den engen wissenschaftlichen und sozialen Kontakten, die zwischen ihnen und den Gelehrten und Universitäten Saudi-Arabiens bestehen, schafft die »Islamische Wirtschaftsordnung« neue gesellschaftliche Funktionen für die islamischen Juristen auch außerhalb Saudi-Arabiens. Soweit praktische Versuche mit Teilen der »Islamischen Wirtschaftsordnung« nicht nur in Saudi-Arabien angetreten werden, z.B. der Versuch, in Kairo islamische Banken zu gründen, die keine Zinsen nehmen und allein auf der Basis der Gewinnbeteiligung arbeiten, ist die Beratung durch angesehene islamische Juristen für solche Unternehmungen unerlässlich. Es ist wahrscheinlich, daß sich aus solchen Unternehmungen auch zusätzliche Berufschancen für die Absolventen der klassischen islamischen Disziplinen neue ergeben. Dennoch ist es offensichtlich, daß dies nicht die Form des Islam ist, die die marginalisierten Massen der islamischen Länder heute mobilisiert.

8.6. Die islamische Revolution: Auf dem Wege zum sakralen Staat

Die heute die Massen mobilisierenden Strömungen des Islam sind geprägt von der Enttäuschung an kapitalistischen und staatssozialistischen Lösungsmodellen. Sie fordern die Mobilisierung der Massen gegen ungerechte Staatsgewalt, soziale Not und wirtschaftliche Ausbeutung. Sie artikulieren ihre Hoffnung auf eine Gesellschaft, in der die Muslime nicht mehr außerhalb der dominierenden ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen stehen werden. Sie versuchen mit breiten Bündnissen — nach Möglichkeit zwischen den beiden sozialen Blöcken — zu arbeiten und legen den Nachdruck auf die Feststellung, daß ihre Forderungen nur durch die Massen selbst, nicht durch irgendeine andere Stellvertreterorganisation realisiert werden können.

Die wichtigste neue Form und diejenige, die gleichartige Tendenzen in der gesamten islamischen Welt ermutigt hat, ist zweifelsohne die iranische Revolution. Sie ist geführt worden gegen einen Staat, der erst 1975 die Notwendigkeit erkannte, die Massen in

den politischen Prozeß zu integrieren und der der islamischen Kultur der Massen in der Legitimierung der Staatsautorität und des Staatshandelns nicht Rechnung getragen hat. Sie ist geführt worden gegen einen Staat, dessen oberster Vertreter keinen Hehl daraus machte, daß er sich als Brückenkopf der stärksten imperialistischen Macht, der USA, im Nahen Osten sehe.

Die in Abschnitt 7.1. vorgestellten Krisenmomente, die alle Wirtschaften kennzeichnen, die ihre Industrialisierung auf der Basis von Ölrenten vorantreiben, sind in Iran durch eine Reihe zusätzlicher Entscheidungen der Staatsführung verschärft worden. Kaum ein Regime des Nahen Ostens hat einen so umfassenden staatlichen Terror- und Abschreckungsapparat aufgebaut wie Iran unter dem Schah. Die Industrialisierung ist als privatkapitalistische durchgeführt worden, d.h. der Schah hat sich eine eigene private Kapitalistenklasse geleistet. Er hat aus der Ölrente Industrien finanziert, subventioniert, durch Steuererlasse gefördert, die international nicht wettbewerbsfähig waren und doch den Unternehmern 20-200% ige Gewinne auf ihr Kapital brachten. Mit anderen Worten, er hat die staatlichen Renteneinnahmen in der Form von Gewinnen an eine Handvoll großer Familien verteilt, während gleichzeitig der Basar-Sektor und die Kleinunternehmen sowohl in der Kreditverteilung wie bei der Lizenzvergabe benachteiligt wurden. Nikki Keddie vermutet, daß die Weigerung der Banken, Kredite an Kleinunternehmen und Konsumenten zu geben, mehr zur antikapitalistischen und gegen die Banken gerichteten Stimmung des Basars beigetragen haben mag als das Zinsverbot des Islam.

Die Benachteiligung des Basar-Sektors gegenüber den Großunternehmen ausländischen und iranischen Kapitals ist sicher eine der Ursachen der iranischen Revolution gewesen. Die zweite ist die kontinuierliche und grausame Verfolgung der Vertreter der Linken und die Unterdrückung der Streiks der Arbeiter. Aber auch das Bürgertum hatte unter dem Schah kein Mitspracherecht in den Staatsgeschäften. Als die Staatsführung sich dann entschloß, eine Landreform durchzuführen, die vor allem das Ziel verfolgte, große Betriebseinheiten zu schaffen, um die Industrialisierung der Landwirtschaft zu erleichtern, und dabei Großgrundbesitzer und religiöse Institutionen enteignete, bzw. in ihrer Macht gegenüber den Pächtern beschränkte, machte sie sich auch einen Teil der alten politischen Elite, nämlich die Großgrundbesitzer, die Stammeschefs und die Geistlichkeit zum Feinde. Die Landreform selbst konnte nur einen Teil der Landbevölkerung zu Eigentümern machen. Einmal waren mechanisierte Betriebe und intensiv bewirtschaftete Ländereien wie Plantagen und Obstgärten von der Verteilung ausgeschlossen, weil man davon ausging, daß hier die Produktivität durch die Verteilung nicht hätte verbessert werden können. Zum anderen ist die Schichtung der Eigentums- und Besitzverhältnisse auf dem Lande durch die Reform zwar in den oberen Rängen reduziert, in den unteren Rängen aber verschärft worden. Die Großgrundbesitzer sind — gegen Entschädigung — enteignet worden. Aber unter ihnen gab es wohlhabende Bauern, Kleinbauern, Pächter, Teilpächter und Landarbeiter. Man schätzt, daß 1950 54% allen bebauten Landes durch Teilpächter bewirtschaftet wurde. Die Teilpachtabgaben schwankten zwischen 33% und 80% der Ernte. Die Teilpächter waren de facto schollengebunden und die Erträge, die sie erwirtschafteten, reichten in der Regel nicht zum Überleben aus, so daß sie gezwungen waren, weitere Arbeiten zu übernehmen. Die Landreform machte einen Teil der Teilpächter zu Kleinbauern, die anderen wurden durch die Landreform in Landarbeiter verwandelt, da das Land, das sie

bisher gepachtet hatten, an die neuen Eigentümer verteilt wurde. Rund 47,5 % der Landbevölkerung erhielt auf diese Weise durch die Landreform kein Eigentum. Die Konsequenz war eine neue soziale Schichtung: die wohlhabenden Bauern dominierten die Genossenschaften, in denen sie mit den alten und den neuen Kleinbauern zusammengeschlossen waren. Darunter existierte weiter etwa die Hälfte der Landbevölkerung als Landarbeiter, darunter viele, die ihren alten Teilpächterstatus verloren hatten. Die Landreform ist, wie *Fred Halliday* mit guten Gründen darlegt, auch mit dem Ziel durchgeführt worden, eine Agrarbourgeoisie und ein Agrarproletariat zu schaffen. Sie ist darin voll erfolgreich gewesen. Die unzureichende Förderung der Kleinbauern, die zwar neues Land, aber keine zureichende technische und finanzielle Unterstützung fanden, und von denen viele durch die Schaffung landwirtschaftlicher Aktiengesellschaften im dritten Schritt der Landreform wieder enteignet wurden (sie mußten ihr Land gegen Aktien an die Gesellschaft zurückgeben), hat ihrerseits diesen neuen Stratifikationsprozeß beschleunigt. Die sozialen Gegensätze auf dem Lande hatten sich durch die Landreform verschärft und vielen der neuen Kleinbauern mußten ihre Zukunftsaussichten eher dubios erscheinen. Die Regierung des Schah hatte sich also die Großgrundbesitzer, die Stammeshefs, die schiitische Geistlichkeit ebenso zu Feinden gemacht, wie die leer ausgegangenen Teile der Landbevölkerung, die städtischen Arbeiter ebenso wie den Basar-Sektor und einen erheblichen Teil der Studenten und Intellektuellen. Mit anderen Worten: die Mehrzahl der Mitglieder der beiden großen sozialen Blöcke hatte sehr konkreten Anlaß, gegen die Politik des Schah-Regimes zu protestieren. Zwischen beiden Blöcken stifteten die schiitischen Gelehrten die Allianz und übernahmen in dieser Allianz die Führung.

Die Gründe für diesen Erfolg sind vielfältig. Zum einen stellte die Religion ein Ausdruckssystem des sozialen Protests zur Verfügung, das in Stadt und Land und über alle Klassen- und Schichtenunterschiede hinweg verstanden wird. Deshalb spielt die rituelle Protestdemonstration — wie in vielen sich islamisch artikulierenden Volksbewegungen in diesem Jahrhundert — auch in den Kundgebungen, die der iranischen Revolution vorausgehen, eine entscheidende Rolle. Dadurch, daß die schiitischen *mudschtahid-s* die Moscheen und andere Kultstätten kontrollieren, entscheiden sie über den Einsatz religiöser Symbolik für politische Ziele. Der Respekt, den jede Regierung den religiösen Kultstätten zollen muß, wurde dabei als Verstärkung ritueller Politik in Rechnung gestellt. Als die Regierung 1963 Fallschirmjäger und Geheimpolizisten gegen eine theologische Ausbildungsstätte in Qum einsetzte, an der der *Imam Chumaini* gegen den Schah gepredigt hatte, und es dabei zur Erschießung von Studenten kam, erwies sich die Regierung damit in den Augen der Gläubigen als Nachfolger des despotischen, die Vertreter der Schi'a verfolgenden, Staats der Omajaden. In der *taaziya*, der dramatischen Darstellung der Verfolgung und Ermordung Husains, des Sohns Alis, durch die Omajaden, die an jedem Todestage Husains aufgeführt wird, wird wenig später dieses Ereignis in vielen Teilen Irans als Bestandteil der despotischen Verfolgung der Schia aufgenommen. Als es Anfang der 70er Jahre zur Ermordung einzelner *mudschtahid-s* durch den SAVAK, die iranische Geheimpolizei, kommt, sind es auch hier rituelle Formen des Protests, die, nach 40 Tagen sich wiederholender Trauerfeiern für den Toten, Anlaß zu Massenprotesten werden. In dieser rituellen Protestbewegung der *ulama* fällt die geistige Führung und die Festlegung auf die Opposition gegen den Schah eindeutig dem *Imam Chumaini* zu.

Die Personalisierung und Politisierung der Religion durch die schiitischen Mudschtahid-s verschafft jedem führenden Geistlichen, der sich auf eine breite soziale Basis stützen kann, Kontakte zu vielen Schichten der iranischen Gesellschaft, finanzielle Mittel und Instrumente zur Mobilisierung auch schlagkräftiger Gruppen. Durch die Kontrollen über die religiösen Institutionen haben sie zugleich die Verfügung über ein Netzwerk miteinander verflochtener religiös-politischer Zentren. Im 20. Jahrhundert haben sie zweimal in Allianz mit anderen politischen Gruppen dazu beigetragen, die Machtkonzentration des weltlichen Staats zu verringern. In der Verfassungsbewegung (1905-1911) haben sie eine wichtige Rolle bei der Erringung der ersten persischen Verfassung gespielt, unter *Mossadeq* (1951-1953) sowohl anfangs für Mossadeq als den Gegenspieler des Schahs Unterstützung organisiert, als auch später zu seinem Sturz beigetragen. Es gibt also auch im 20. Jahrhundert eine lebendige Tradition politischer Aktivitäten der mudschtahid-s. An die Erfahrungen solcher politischer Bündnisse knüpft Chumaini wieder an: er fordert in seiner Schrift über den islamischen Staat die Herstellung der Einheit der umma, der islamischen Gemeinde, und er fordert ein breites Bündnis mit den Leuten von der Universität, den Bauern, den Arbeitern und den Händlern. In der Herstellung dieses Bündnisses sieht er eine wichtige Aufgabe der schiitischen Gelehrten.

Die religiöse Begründung und Legitimation des Aufstands gegen die despotische Staatsgewalt ist ein konstituierendes Merkmal der Schia. Seit dem 18. Jahrhundert ist der politische Führungsanspruch der schiitischen Geistlichkeit zumindest unter Händlern und Handwerkern der Städte weitgehend anerkannt. Die Forderung nach Erhebung gegen die ungerechte Staatsgewalt zu aktualisieren und gegen ein Regime anzuwenden, dessen enge Bindungen an den Hauptträgern des imperialistischen Weltsystems nicht in Frage stehen, ist unter diesen Umständen nicht schwierig. Chumaini betont die Bedeutung der schiitischen Tradition für den Kampf gegen die ungerechte Gewalt des säkularen Staats, aber er macht zugleich deutlich, daß seine Aufforderung zur Erhebung und zur breiten Allianz aller Volkskräfte unter geistlicher Führung sich nicht auf Iran beschränkt. Nicht zufällig spielt Palästina in seinen Schriften eine große Rolle, und die von ihm beschworene Zukunftsperspektive ist die eines einheitlichen islamischen Staats. Auch in der Verfassung Irans vom November 1979 ist der Auftrag, die islamische Revolution in andere Länder zu tragen, deutlich formuliert (Präambel S.12). Auch in der praktischen Politik gibt es offensichtlich ein Zusammenarbeiten der schiitischen Geistlichkeit mit sunnitischen Fundamentalisten, etwa der Gruppe Maududis in Pakistan. Das scheint an pan-islamische Traditionen der schiitischen Geistlichkeit anzuknüpfen und klingt insofern ermutigend, als es die Gefahren, die im Begriff einer schiitischen Nationalreligion Irans vor allem für die ethnischen und religiösen Minderheiten verborgen sind, relativieren könnte. Aber selbstverständlich belastet es die Beziehungen zu Nachbarstaaten mit großen schiitischen Bevölkerungsanteilen, wie dem Irak, ebenso wie die Versuche, den schiitischen Islam zur Nationalreligion Irans zu machen, die Beziehungen zu den ethnischen und religiösen Minderheiten Irans belasten.

In seiner Schrift über den islamischen Staat wendet sich Chumaini — in guter schiitischer Tradition — gegen alle Formen der erblichen Monarchie, die nicht von dem erwarteten Imam geleitet werden. Er erklärt sie für unislamisch und fordert — und das ist neu — eine islamische Republik. Unter Berufung auf den Koran (Sure 4, Vers 59), der den Gehorsam gegen die Inhaber der Befehlsgewalt vorschreibt, macht er klar, daß die

Führung der islamischen Republik sich nur in den Händen islamischer Juristen befinden dürfe. Der Argumentationsgang ist einfach: eine göttlich inspirierte Regierung ist notwendig. In den Quellen des islamischen Gesetzes sind alle wichtigen Elemente der guten Regierung enthalten. Diese Quellen kennen am besten die islamischen Gelehrten. Daher sind sie zur Regierung berufen. Unterhalb der eigentlichen Entscheidungsebene darf es dann Büro- und Technokraten geben, die das Regieren erleichtern. Sie dürfen aber nicht mit Führungsaufgaben im politischen Bereich betraut werden. Zu schaffen ist eine *hukuma islamiyya*, eine islamische Regierung. Die kann Chumaini sich nur als die juristische Führung eines theonomen Staats vorstellen.

Durch die Aufhebung des säkularen Staats soll die Aufhebung der Marginalisierung der Juristen und der Massen erreicht werden. In der ersten Frage hat man, wie die Verfassung Irans von 1979 zeigt, schnelle Fortschritte gemacht. Das geistliche und weltliche Oberhaupt Irans wird ein — nicht gewählter, sondern durch ein gewähltes Gremium zu ernennender — »islamischer Führer« sein (Verfassung Präambel S. 15, Kapitel 1 Grundsatz 5, Kapitel 8 Grundsatz 107 der Verfassung). Zu seinen wichtigsten Kompetenzen gehören die Ernennung der Mitglieder des »Islamischen Wächterrats«, des Obersten Richters des Landes, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte (einschließlich des Befehlshabers der »Islamischen Revolutionswächter«), die Erklärung von Krieg und Frieden, die Mobilmachung und die Absetzung des vom Volk gewählten Präsidenten der Republik (zu letzterer bedarf es der Zustimmung des Obersten Gerichts oder des Nationalrats) (Kapitel 8, Grundsatz 110).

Es ist offensichtlich, daß Chumaini im Moment die Rolle des »islamischen Führers« übernommen hat. Schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat es Geistliche gegeben, die uneingeschränkt als geistliche Vorbilder der schiitischen Gemeinde gegolten haben und denen die Gläubigen gefolgt sind. Neu an Chumainis Stellung ist, daß er den Staatsapparat zur Durchsetzung seines Anspruchs einsetzt. Der Staatsapparat wird damit für ihn und seine Nachfolger zum Instrument der Durchsetzung religiöser Ansprüche. Er wird selbst ein Teil der religiösen Organisation und erhält damit sakralen Charakter.

Das zweithöchste Gremium im Staat ist der aus islamischen Juristen zusammengesetzte Islamische Wächterrat. Er überprüft alle Beschlüsse des vom Volk gewählten Nationalrats. Erst seine Zustimmung macht diese Beschlüsse gültig. Ohne ihn hat der Nationalrat de facto und de jure keine Kompetenzen (Kapitel 6, Grundsatz 93). Die Hälfte dieses Wächterrats wird vom »islamischen Führer« ernannt, die andere Hälfte wählt der Nationalrat auf Vorschlag des »Obersten Richterrats« aus den islamischen Juristen in seinen Reihen (Kapitel 6, Grundsatz 91). Dieser Wächterrat agiert zugleich als Verfassungsgericht und beaufsichtigt die Wahl des Präsidenten und des Nationalrats (Kapitel 6, Grundsätze 94-99). Der erste Wächterrat hat auch die Aufgabe erhalten, die Art der Wahl des Gremiums zu bestimmen, das den »islamischen Führer« oder eine kollektive islamische Führung nach Chumaini ernennen soll (Kapitel 8, Grundsatz 108). Es ist offensichtlich, daß die islamischen Juristen in dieses Gremium als Gelehrte und Standesvertreter, nicht als vom Volk gewählte Vertreter entsandt werden.

Der Aufbau eines neuen Justizwesens wird einem Komitee aus islamischen Juristen unter der Führung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und des Generalstaatsanwalts übertragen. Dieser »Oberste Rat der Justiz« ist ein ständiges Komitee; seine Mitglieder werden für die Dauer von 5 Jahren gewählt, und die Wiederwahl ist zulässig

(Kapitel 11, Grundsätze 157 und 158). Der »Oberste Rat der Justiz« schlägt dem Premierminister den Justizminister vor (Kapitel 11, Grundsatz 160).

Alle drei Gewalten unterstehen der Aufsicht islamischer Juristen (Präambel S. 13; Kapitel 5, Grundsatz 57). Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß im Zuge des Aufbaus eines sakralen Staats feste ständische Herrschaftspositionen für die Geistlichkeit etabliert worden sind. Die Schaffung eines sakralen Staatsapparats als Mittel zur Durchsetzung religiöser Zwecke und die Durchsetzung einer verfassungsmäßig verankerten Standesherrschaft der islamischen Juristen sind die auffallendsten Züge der Verfassung des Revolutionsjahrs.

Wie steht es mit der Aufhebung der Marginalisierung der Massen? Die Tatsache, daß die Massen durch ihre Anwesenheit in den Straßen politische Entscheidungen der Geistlichkeit mit durchsetzen helfen, scheint zumindest für Teheran nicht zu bestreiten. Insofern der sakrale Staat auf diese Unterstützung der Massen zur Durchsetzung seiner Politik angewiesen ist, sind sie nicht mehr in gleicher Weise an den Rand gedrängt wie vor der islamischen Revolution. Aber wie steht es mit ihrem Einfluß auf die Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen? Welche Konzepte hat die Führung des sakralen Staats dafür zur Verfügung gestellt? Chumainis Schrift über die »Islamische Regierung« sagt wenig darüber. Der Verweis auf die islamischen Steuern als Mittel zur Aufhebung der Armut ist nicht überzeugend. Solche Steuern wie Zakat und Chums liegen unter den normalen europäischen Steuern. Auch der Verweis auf die *dschisya*, auf die Kopfsteuer der Nicht-Muslime, hilft nicht weiter. Er macht nur deutlich, daß ein theonomer Staat wie eh und je geneigt sein könnte, die nicht-muslimischen Untertanen im Bereich des öffentlichen Rechts zu diskriminieren.

Mehr Auskunft gibt die Verfassung. Sie legt fest, daß der staatliche Sektor weiter führend bleiben wird, daß der Ausbau von Genossenschaften gefördert und der private Sektor nur als Ergänzung des staatlichen und des genossenschaftlichen toleriert werden soll (Kapitel 4, Grundsatz 44). Auch der sakrale Staat wird also die ökonomisch dominante Position verteidigen, die sein Vorgänger einnahm. In der Präambel der Verfassung heißt es dazu: »Die Exekutive soll aufgrund ihrer besonderen Bedeutung bei der Durchführung der islamischen Gebote und Vorschriften zum Erreichen einer gerechten Gesellschaftsordnung — und wegen der Notwendigkeit dieser zum Erreichen des Lebenszieles existenziellen Fragen — zum Wegbereiter der Gründung einer islamischen Gesellschaft werden.« — »Deshalb ist es aus islamischer Sicht untersagt, die Exekutive durch irgendeine Art hemmendes, überkompliziertes System einzuengen, welches das Erreichen dieses Zieles verzögert bzw. von diesem Ziele ablenkt.« (Präambel, Exekutive S. 19).

Was aber den Staat der Islamischen Republik im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik von seinem Vorgänger unterscheidet, ist die starke Hervorhebung der sozialstaatlichen Verpflichtung: die Befriedigung der Grundbedürfnisse hat Verfassungsrang erhalten, ebenso das Recht auf Arbeit (Kapitel 4, Grundsatz 43) und — ganz in der Tradition des islamischen Rechts — das Recht auf Aneignung des Produkts der eigenen Arbeit (Kapitel 4, Grundsatz 46). Verfassungsrang hat auch das Recht auf Besitz (nicht Eigentum) an den für die eigene Arbeit notwendigen Produktionsmitteln. Ausbeutung ist durch die Verfassung verboten, und der Vorrang der Produktivitätsförderung im primären und sekundären Sektor soll durch die Verfassung gesichert werden (Kapitel 4, Grundsatz 43).

Die Kompetenzen der Räte, die in Stadt und Land, ausgehend von den kleinsten und hinführend zu den größten administrativen Einheiten vorgesehen sind und die durch Räte in den landwirtschaftlichen und industriellen Produktionseinheiten ergänzt werden sollen, werden erst später durch Gesetz geregelt (Kapitel 7, Grundsätze 100-106). Man kann daher noch nicht sagen, welche Möglichkeiten den Massen zugestanden werden, die Entscheidungen ihrer geistlichen und weltlichen Oberhäupter zu kontrollieren oder ihnen gar zu opponieren. Sehr viel klarer ist dagegen geworden, was unter dem Kampf gegen den »ketzerischen Materialismus« zu verstehen ist, der in Chumainis Schrift noch sehr unklar erscheint. Sozialistische Gruppierungen sowohl in den Universitäten als auch in Stadt und Land werden — zum Teil unter offensichtlich falschen Anklagen — verfolgt. Die Hinrichtungen der Mitglieder oppositioneller Gruppen nehmen täglich zu. Das ist um so schwerwiegender, als überwiegend Personen und Gruppen verfolgt werden, die große Opfer im Kampf gegen das Schah-Regime gebracht haben. Was die Haltung zur Linken angeht, so interpretiert man sicher nicht falsch, wenn man davon ausgeht, daß die Haltung der Chumaini freundschaftlich verbundenen sunnitischen Fundamentalisten in Pakistan, für die Sozialismus Unglaube ist, auch in Iran nach der islamischen Revolution Unterstützung findet.

Es steht außer Frage, daß die islamische Revolution Irans eine weltgeschichtlich bedeutsame Erhebung ist, in der ein Volk sich gegen eine moderne Armee durchgesetzt hat. Es ist gelungen, im Namen der Religion die Volksmassen für die Forderungen nach größerer ökonomischer Gerechtigkeit, nach kultureller Selbstbestimmung und sozialer Befreiung zu mobilisieren und zu vereinen. Die Frage ist, ob die gegenwärtige Führung dieser Revolution die Energie der Massen auf symbolische Ersatzbefriedigungen des Volkszorns, wie sie die Geiselnahme darstellte, statt auf die Lösung der anstehenden sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Probleme richten wird. Falls sie diesen Kurs fortsetzen will, wird auch weiterhin der Verfolgung innenpolitischer Kontrahenten in Iran Vorrang zukommen.

Durch die islamische Revolution Irans ist eine neue Situation entstanden. Zum erstenmal in der Geschichte des Islams herrschen in einem islamischen Staat die islamischen Juristen. Das ist gegenwärtig eine Ermutigung für die religiösen Gelehrten in vielen Ländern. Aber die jetzt errichtete Standesherrschaft der schiitischen Geistlichkeit in Iran macht sie verantwortlich für die sozialen und ökonomischen Bedingungen, unter denen die Massen leben und ihre Leistung wird darüber entscheiden, wie lange diese Form der Herrschaft die mobilisierende Kraft behalten wird, die sie zweifellos gegenwärtig noch hat. Man kann voraussagen, daß der Rekurs auf den Islam sich dort diskreditieren wird, wo er genutzt wird, um gerechtfertigte Forderungen der Massen abzuwehren und um die staatliche Verfolgung mißliebiger Formen wissenschaftlichen und religiösen Denkens zu organisieren. Die Geschichte einer solchen Diskreditierung kann lange dauern, auch das Christentum hat seinen Ruf in den großen Klassenseinsetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts langsam verspielt. Vielleicht wird der sakrale Staat imstande sein, die in der Verfassung eingegangenen sozialstaatlichen Verpflichtungen einzulösen, solange die Einnahmen aus der Ölrente reichen. Aber auf die Dauer ist er darauf angewiesen, die Produktivität in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens zu erhöhen, falls er auch in den neunziger Jahren, d.h. nach der Erschöpfung der Ölvorkommen, das Recht auf Arbeit und die Befriedigung der Grundbedürfnisse garantieren will. Dieses Ziel kann er nicht erreichen, wenn er Krieg führt gegen seine In-

tellectuellen und die gewerkschaftlichen und anderen Organisationen der Arbeiter strikter staatlicher Aufsicht unterstellt oder ihre Arbeit verbietet.

Die Gefahr besteht darin, daß der sakrale Staatsapparat die Intellektuellen entmündigt, um seine ideologische Hegemonie aufrechtzuerhalten und die Organisationen der Arbeiter in ihrer Arbeit behindert, um seine politische Kontrolle aufrechtzuerhalten. Setzen die schiitischen Geistlichen diese Politik fort, so müssen sie ihre politische Basis immer ausschließlicher im »marginalisierten Block« suchen. Sie müßten die Massen vor allem durch eine gerechtere Verteilung der Ölrente an sich binden. Eine solche Politik müßte die ökonomische und politische Abhängigkeit des sakralen Staates vom Einkommen aus der Ölrente stärken. Wachsende ökonomische und politische Abhängigkeit nach außen würde nach innen begleitet von einer verschärften Frontstellung gegen Intellektuelle und Arbeiter. Eine solche Politik würde einen falschen Kampf begünstigen, nämlich den zwischen den beiden großen sozialen Blöcken. Es ist zu befürchten, daß die blutige Repressionspolitik des sakralen Staates eine solche Frontstellung begünstigt. Sie kann so mit dazu beitragen, daß der »industrielle Block« unter die Führung von Kräften gerät, die im Namen des Kampfs gegen den Obskurantismus des sakralen Staates den Kampf gegen die Forderungen der marginalisierten Massen betreiben. Es ist zu befürchten, daß die blutige Repressionspolitik des sakralen Staates und das ideologische und politische Hegemoniestreben der schiitischen Geistlichkeit diese soweit bündnisunfähig machen, daß sie die falsche politische Frontstellung zwischen den beiden sozialen Blöcken begünstigen. Eine solche Frontstellung wäre gefährlich und geeignet, nachhaltig alle Errungenschaften der iranischen Revolution in Frage zu stellen. Diese kann ihr Ziel nur erreichen, wenn sie die politische Koalition zwischen der Basis der beiden großen sozialen Blöcke aufrechterhält. Es muß bezweifelt werden, daß die Repressionspolitik des sakralen Staates dazu in der Lage ist.

9. Resumé und Ausblick

In den vergangenen 150 Jahren hat sich unter dem Druck der kapitalistischen Industriegesellschaften und determiniert durch die von ihnen eingeleiteten ökonomischen und sozialen Entwicklungen der Handlungsbereich der Staaten des Nahen Ostens vergrößert. Ihre Handlungsmittel haben sich vervielfältigt. Sowohl im sunnitischen wie im schiitischen Islam haben sich — wenn auch auf entgegengesetzten sozialen und theologischen Grundlagen und mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen — Tendenzen durchgesetzt, die den Staat als religiöse Macht (Saudi-Arabien und andere Monarchien der Arabischen Halbinsel) oder die Religion als staatliche Macht (Iran) ansehen. Im ersten Fall erscheint der Staat als eine die Gesellschaft beherrschende und ihre Entwicklung determinierende Instanz, im zweiten Fall als die erhabenste — aller gesellschaftlichen Fesseln ledige — Form der Organisation eines Volks: »Aus der Sicht des Islam«, so heißt es in der iranischen Verfassung, »geht der Staat nicht aus dem Klassendenken oder der Hegemonie von Individuen bzw. Gruppen hervor, sondern er ist die Kristallisation des politischen Ideals eines in Religion und Denkweise gleichgesinnten Volkes, das sich organisiert, um bei dem geistigen und ideologischen Entwicklungsprozeß den Weg zu seinem letztendlichen Ziel — den Weg zu Gott hin — zu ebnen« (Präambel, Staatlichkeit im Islam, S. 12). In beiden Fällen liegt ein Bruch mit einer islamischen Tradition vor. Der traditionelle Anspruch der islamischen Gelehrten, die Gesellschaft gegenüber staatlichem Herrschaftsanspruch in Schutz zu nehmen und staatlicher Herr-

schaft Grenzen zu setzen, ist preisgegeben worden. Auch wenn dieser Anspruch angesichts der Macht der Staatsapparate in den islamischen Reichen der Neuzeit immer prekärer geworden war, stellte er doch eine, die schari'a und das Selbstverständnis der religiösen Gelehrten bestimmende, Tradition dar. Diese Tradition ist aufgegeben worden zugunsten eines Konzepts der uneingeschränkten Herrschaft des theonomen Staats, der die Legitimation seines Staatshandelns durch die Berufung auf das Idealbild des früh-islamischen Staats in Medina oder auf die Verpflichtung zur Durchsetzung des heiligen Gesetzes sichert. Religion ist entweder — und dazu bedurfte es der einzigartigen Konstellation, die der Imperialismus im 20. Jahrhundert geschaffen hat — zur Staatsmacht geworden (Iran), oder sie legitimiert den Staat als religiöse Macht (Saudi-Arabien und die Monarchien der arabischen Halbinsel), der gegenüber individuelle Rechte nicht existieren können. Wo sie den Staat nicht als religiöse Macht legitimiert, ist sie selbst auf Eroberung der Staatsgewalt gerichtet. Religiöses Handeln ist mehr als je zuvor seit dem Ende des früh-islamischen Staats staatsförmig geworden. Im Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft hat sich die Religion auf die Seite des Staats geschlagen. Alle die Elemente der islamischen Tradition, die — in Recht, Theologie und Volksislam — die Distanz zwischen Gesellschaft und Staat betonen und die Grenzen der Allmacht des Staates festlegen, werden aufgegeben. Die die Notwendigkeit des theonomen Staats hervorhebende Tradition wird einseitig hervorgehoben. Nur von der Religion als Staatsmacht oder vom Staat als religiöser Macht werden die Überwindung der strukturellen Heterogenität, der Zerrissenheit der Gesellschaft, erwartet. Die vom kapitalistischen Entwicklungsweg hervorgerufene strukturelle Heterogenität begünstigt ein etatistisches Verständnis der Religion.

Allerdings läßt sich der gegenwärtige Islam nicht auf solche Staatsförmigkeit des Denkens und Handelns reduzieren. Auch heute leben neben den etatistischen Richtungen der traditionalistische Islam der großen Ausbildungsmoscheen, der vielgestaltige Volks-Islam und ein — aus vielen Wurzeln gespeister — Reform-Islam fort, dessen Vertreter ihre gegenwärtige gesellschaftliche Situation im Blick auf die religiösen und kulturellen Traditionen des Islam neu zu verstehen suchen. Vielen Muslimen dient die Rückbesinnung auf den Islam dazu, dessen kulturelle und religiöse Traditionen und Ausdrucksformen fruchtbar zu machen für eine Neugestaltung ihrer Gesellschaft und für eine exaktere Bestimmung ihrer eigenen Positionen in der Weltkultur und Weltgesellschaft. Von solchen Positionen aus kann ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung des Imperialismus und des Kulturimperialismus geleistet werden, ohne daß die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch einen immer weiteren Ausbau staatlicher Macht gesucht werden müßte. Ob der Islam identifiziert wird mit der Allmacht des theonomen Staats, oder ob er verstanden wird als eine gesellschaftliche Kraft, ist für seine zukünftige Fähigkeit, gesellschaftliche Bewegungen zu artikulieren, entscheidend. Ob ein verstaatlichter Islam oder ein Islam als gesellschaftliche Kraft sich durchsetzen werden, das hängt vom Grad des gesellschaftlichen Bewußtseins der an den gesellschaftlichen Kämpfen teilnehmenden Muslime ab. Die sich dabei abzeichnenden Auseinandersetzungen werden wir mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen haben, weil sie auch Auswirkungen auf die intellektuellen und ideologischen Auseinandersetzungen bei uns haben werden.

* * *Anmerkung*: Die Entwicklung Afghanistans läßt sich nicht in die hier skizzierten Verallgemeinerungen einfügen. Es hat zum einen der Gefahr westlicher Kolonisierung in zahlreichen Kriegen widerstanden. Es stellt zum anderen eins der wenigen Beispiele blockierter Staatsbildung dar, das die islamische Welt heute kennt. Die schwache Zentralgewalt hat sich zu keiner Zeit gegen die zentrifugalen Tendenzen tribalen und regionalen Partikularismus durchsetzen können. Die Landwirtschaft ist nicht durch den Einfluß der europäischen Märkte auf eine Export- oder Marktproduktion hin umstrukturiert worden. Die Dorfgemeinschaft hat — wenn auch in zunehmender Bedrohung — überlebt. Mit ihr ist in den meisten Regionen des Landes die klassische Form dorf- und stammesinterner Stratifikation zusammen mit den ihr entsprechenden Aneignungs- und Wiederverteilungsmechanismen erhalten geblieben. Diese beruhen zwar auf der Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter, sorgen aber durch Klientelbildungen dafür, daß niemand, der zur Dorfgemeinschaft gehört, ganz ohne Ressourcen bleibt. Daher sind Landflucht und Urbanisierung in Afghanistan so wenig ausgeprägt wie in keinem anderen Lande der islamischen Welt. Der administrative und fiskalische Einfluß der Städte und des Staats ist gering. Daher war auch der Versuch der gegenwärtigen Staatsführung, durch die Übernahme der militärischen und politischen Macht in den Städten die ländlichen Herren aus ihren Machtstellungen zu verdrängen und ein Bündnis mit den ausgebeuteten Teilen der Landbevölkerung zu schließen, von Anfang an vom Scheitern bedroht. In den Städten hat sie durch die Masseninhaftierungen und Massenhinrichtungen ihrer politischen Gegner zugleich ihre potentiellen Bündnisgenossen verloren. Auf dem Lande reichte ihre Macht weder finanziell noch administrativ und auch nicht militärisch dazu aus, die Funktionen zu übernehmen, die die ländlichen Herren bis heute ausüben. Ihr Versuch, die sozialen und ökonomischen Organisationsformen der Landbevölkerung zugunsten der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung zu verändern, konnte daher von Anfang an von ihren Gegnern als der Versuch des säkularisierten, urbanen Staats dargestellt werden, die religiös legitimierten sozialen und ökonomischen Lebensordnungen der Landbevölkerung zu zerstören. Mit dem Einrücken der sowjetischen Armee in das Land mußte dieser Eindruck zweifellos an Überzeugungskraft gewinnen. Die Mobilisierung des ganzen Landes gegen diese Invasion wird zwar durch die USA und andere Kräfte manipuliert. Daher applaudieren diesem Widerstand viele Beifall, die über die um vieles brutalere Invasion der USA in Vietnam kein Wort verloren oder ihr sogar laut Beifall geklatscht haben. Auch der selektive Humanismus, der die Opfer in Afghanistan zählt, aber nicht in Iran, ist aus anderen Gründen verdächtig. Aber der Widerstand gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan ist dennoch zweifelsohne der Widerstand einer Bauern- und Nomadenbevölkerung gegen eine gefürchtete Form staatlicher und städtischer Herrschaft einerseits, ein bis in die Städte reichender nationaler Widerstand gegen die Invasion einer fremden Großmacht andererseits. Über die religiöse Basis oder Artikulationsform dieses Widerstands wird zwar viel geschrieben und spekuliert. Eine seriöse Untersuchung der religiösen Institutionen Afghanistans ist mir aber ebensowenig bekannt wie eine ernst zu nehmende Darstellung der theologischen Begründungsformen politischer Aktionen.

Literaturverzeichnis (vgl. auch die Fußnote auf der ersten Seite dieses Aufsatzes)

- Algar, H.*, 1969: Religion and State in Iran 1785-1906. The Role of the Ulama in the Qajar Period. Berkeley and Los Angeles. (*Das Argument* 129, 702 zit. 19)
- Boeke, J.H.*, 1953: Economics and Economic Policy of Dual Societies as exemplified by Indonesia. Harlem
- Halliday, F.*, 1979: Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg. Berlin/West
- Johansen, B.*, 1967: Muhammad Husain Haikal. Europa und der Orient im Weltbild eines ägyptischen Liberalen. Beirut
- Keddie, N.R.*, 1968: An Islamic Response to Imperialism. Political and Religious Writings of Sayyid Jamal ad-Din »al-Afghani«. Berkeley and Los Angeles
- Keddie, N.R. (Hrsg.)*, 1972: Scholars, Saints and Sufis. Muslim Religious Institutions in the Middle East since 1500. Berkeley/Los Angeles/London (*Das Argument* 129, 703 zit. 223)
- Der Koran*. Übers. von Rudi Paret. Überarb. Taschenbuchausgabe 2. Aufl. Stuttgart
- tafsīr al-manār*. 3. Aufl. Kairo 1376 H.
- Verfassung 1980* = Verfassung der Islamischen Republik Iran. In: Iran und die Islamische Republik, Heft Nr. 6 (Mai 1980). Botschaft der Islamischen Republik Iran. Bonn (die Verfassung wurde 1979 erlassen)

Anouar Abdel-Malek

Prometheus in Fesseln*

Perspektiven¹ der »Krise«

Die Einführung des Begriffs der »Zivilisationskrise« markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung sozialistischen Denkens, das sich bisher auf ökonomische, bestenfalls politisch-ideologische Ansichten der Krise beschränkt hat. In diesem Vortrag will ich versuchen, eine Reihe von Thesen, Positionen und Fragen vorzuführen, Zusammenhang und Tendenz einer analytischen und vorausschauenden Arbeit, die ich in den späten 50er Jahren begonnen habe und die heute in vollem Gange ist (vgl. Abdel-Malek 1972a und b, 1974, 1980, 1981 sowie zahlreiche Beiträge zur Internationalen Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat seit 1977).

Eröffnungen

1. Das Auftauchen der »Krise« im sozio-politischen Blickfeld, oder — zumindest — die Zusammenfassung einiger ungewöhnlicher und unorthodoxer Phänomene und Prozesse unter dieser Bezeichnung, kann bis in die Zeit unmittelbar nach dem Oktoberkrieg im Nahen Osten 1973 zurückverfolgt werden, der ja in diejenige Periode seit der Entstehung der traditionellen Weltordnung unter europäischer, dann westlicher Hegemonie im 15. Jahrhundert fiel, die am meisten mit Potentialen, Prozessen und Errungenschaften des Übergangs geladen war.

2. Der Krisenbegriff verblieb aber im Rahmen des Neopositivismus, d.h. der Deutung von makro-gesellschaftlichen Prozessen in phänomenologischen, in Existenz-Begriffen. »Krise« wurde als hohe Inflation, als Bewegungen, Strukturen, Ebbe und Flut des Bruttosozialprodukts gedacht. Diese Phänomene und die Arbeitslosigkeit machten die bisher schrankenlose Befriedigung von Konsuminteressen immer teurer und schwieriger. Imperien wurden unsicher, häufig gerade durch offenen Konsumerismus. Und die Rekonstruktion des verwüsteten Westeuropas, der Aufstieg der USA zur Hegemonie in der Generation 1950-1970, das Goldene Zeitalter für die meisten entwickelten Gebiete der Menschheit, waren zum Stillstand gekommen: Wissenschaft und Technik auf dem Sprung zu grenzenloser Ausbeutung der Ressourcen und des übrigen Universums; die Produktion materieller Güter und ihre warenästhetische Vervielfachung; die Zerstörung traditioneller Wertgefüge durch schrankenlose Kultivierung von Hedonismus und die Jagd auf Genüsse; die Illusion von Kreativität, wie sie von den Massenmedien und der Elektronik hervorgerufen wird, verbunden mit billigem Vergnügen. Prometheus rex, zu guter Letzt ein wahrlich entfesselter Prometheus. Der Schock kam als Bruch in der aufsteigenden Kurve der Endresultate. Das traurige Produkt boshafter Intrige und inkohärenter Entwicklung?

3. Daß diese »Krise« etwas anderes sein könnte; daß eine Krise immer ein Indikator tieferliegender dialektischer Prozesse ist; und daß deswegen nach dem Inhalt und der Orientierung solcher tieferliegender Prozesse gesucht werden muß, — das schien in

* Leicht gekürzte Fassung des Beitrags für die 6. Internationale Konferenz »Sozialismus in der Welt«, Cavtat (Jugoslawien), 21.-26. September 1981 zum Thema: Sozialismus, Wissenschaft, Technologie, Entwicklungsstrategien. Aus d. Engl. v. Wieland Elfferding.

dieser Phase bei westlichen Theoretikern — einschließlich der sozialistisch orientierten — keine große Aufmerksamkeit zu erregen. Bestenfalls bekamen wir beharrliche Analysen der so überaus wichtigen Unterscheidung von Gesellschaftssystemen in Kapitalismus und Sozialismus — mit den Ländern als Einsprengsel, die dem sogenannten »nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg« folgen. Darüber hinaus?

Die Antwort kam — nach dem Langen Marsch und der Konferenz von Bandung — aus dem Orient. Gleich nach dem Oktoberkrieg von 1973 und den folgenden Energie- und Weltwirtschaftskrisen führte der damalige UNO-Generalsekretär *U Thant* im Zusammenhang der blockfreien Länder den Begriff der »neuen Weltwirtschaftsordnung« ein — mit starker Unterstützung durch Mittelamerika. Offenbar war die Zeit gekommen, mit Dis-Kontinuität, d.h. mit Erneuerung zu rechnen. Jedoch, diese Erneuerung wurde noch in ökonomistischen, positivistischen Begriffen aufgefaßt. — Konnte es sein, daß insgeheim eine neue historische Periode begonnen hatte? Und wie kam es, daß ihr Beginn so verborgen war? Und durch wen? — Eine kritische Analyse der Denkweisen der politischen Klasse in den entwickelten wie in den sich entwickelnden Ländern, im Westen wie im Orient, auf beiden Seiten des Flusses wurde unausweichlich.

4. Vor kurzem hat man begonnen, die Krise mehr als Krise von »Modellen« sehen — in einem verspäteten Versuch, einige Ansätze zähneknirschend zu akzeptieren, die mit »kultureller (mehr als mit »national-kultureller«) Identität« verknüpft sind, im Übergang zum Begriff der Besonderheit. Aber die Reduktion von Modellen erwies sich nur für die Felder Politik und Ökonomie als relevant. Daher das Auftauchen des Begriffs des Polyzentrismus, eines außerordentlich nützlichen geo-politischen und operationalen Konzepts, das aber vollständig im Bereich ökonomischer Analyse und politischer Initiative angesiedelt ist. Daher auch die Suche nach akzeptableren Modellen bei gleichzeitiger Versicherung, daß ein Ansatz mit vereinheitlichten Modellen irrelevant sei: daher die Ausarbeitung von nicht-bürokratischen Formen sozialistischer Entwicklung; und der immer größere Einfluß keynesianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik etc.

Wir entdecken hier eine sehr breite und tiefe Kluft zwischen dem Widerwillen der politischen Klasse und der Intelligenz in allen Teilen der entwickelten Welt einerseits, und der Wahrnehmung und dem intuitiven Bewußtsein in weiten Teilen der öffentlichen Meinung in allen Kontinenten andererseits. Für den Mann auf der Straße war das keine Krise von Modellen, sondern eine Krise der ganzen Ausformung der ihm vertrauten Gesellschaften, in denen er arbeitete und lebte, während andere Teile der Welt stürmisch vorwärtsdrängten. Während ideologische Analytiker eifrig den Modell-Ansatz verfolgten, bemerkten plötzlich hunderte von Millionen die Renaissance von bislang verborgenen Dimensionen der Zivilisation: Kultur und Spiritualität.

Konnte es sein, daß die Menschen nicht vom Brot allein lebten? Und daß nicht die Ideologie der fehlende Faktor war? — Männer und Frauen, das gewöhnliche Volk, die Arbeiter, aber auch weite Teile von selbständigen intellektuellen und politischen Aktiven fühlten, daß die Dimension der Zivilisation grundlegend war für ein Verständnis der Grenzen des Wachstums, des Konflikts von Produktivismus/Konsumerismus, des Verlustes von historischer Initiative — in einem Wort: der Krise. — Eine Zivilisationskrise? (Vgl. *The First International Seminar on Science and Technology...*; Pekulic 1981; Abdel-Malek 1979)

Die drei Visionen

5. Eine gute Zusammenfassung der imperialen Vision von der westlichen Hegemonie finden wir in der Formulierung des »Neuen Amerikanischen Traums« durch einen kalifornischen Intellektuellen:

»Mein Argument ist geradeheraus: die Amerikaner brauchen neue Schranken in einer Zeit der Grenzen; sonst werden wir uns selbst zerstören durch energiebedingte Inflation, Verteilungskonflikte, Umweltverschmutzung, vielleicht gar durch einen Krieg im Persischen Golf um fossile Brennstoffe. Die positiven Möglichkeiten sind:

1. Eine Wende zur Bewahrung und zu reproduzierbaren Ressourcen. Die Chance der Sonnenenergie ist weitaus größer als Vogel behauptet. Sonnenenergiestationen in Kalifornien, Windräder an der Atlantikküste, Erdgas aus Iowa, Treibhäuser in Neuengland und Solarelektrizitätswerke könnten 20-30 Prozent unseres Energiebedarfs im Jahr 2000 decken — eine gewichtige, dem Raumfahrtprogramm entsprechende nationale Beteiligung vorausgesetzt. Das ist eine Sache des Willens.

2. Starke Investition in die Elektronikindustrien, die der 'Informationellen Revolution' zugrundeliegen — symbolisiert durch Computer und Kabelfernsehen. Während wir die physischen Grenzen erreichen, müssen wir unbedingt unsere Kommunikationsuniversen erweitern und effektivste Transportsysteme, Maschinen und architektonisches Design entwickeln.

3. Die Suche nach qualitativem statt quantitativem Wachstum durch die Konzentration auf die 'inneren Grenzen' von Erziehung, Rassenbeziehungen, Ökologie, Bereicherung der Arbeit, die Lehren des Feminismus. Das Bruttosozialprodukt sollte als Maßstab für 'Fortschritt' durch einen breiteren Index für Lebensqualität ersetzt werden.

4. Öffentliche, und teils bezahlte, Mitwirkung an der Unternehmensleitung, um die Produktivität, die Qualifikation und die menschliche Dimension des eng verstandenen 'ökonomischen Menschen' zu entwickeln. Die Schlüssel zu höherer Produktivität sind 'Vertrauen, Sensibilität und Intimität' am Arbeitsplatz, wie *Willima Ouchi*, der Autor von 'Theorie Z' sagt, dem vielgelesenen Buch über japanische Management-Techniken.« (Hayden 1981, 53)

Die »Krise« zu überwinden, ist eine »Willenssache«. Und dieser Wille soll sich betätigen in einem rücksichtslosen, umfangreichen Investieren und der Expansion aller Parameter, buchstäblich aller Grenzen des Wachstums, in der erbarmungslosen Anwendung fortgeschrittener Technologien des post-industriellen elektronischen Zeitalters, Hand in Hand mit der Mobilisierung der Lohnabhängigen zu einer parallelen Hebung der Produktivität. Ein geringer Teil des Textes beschäftigt sich zwar mit der »qualitativen Dimension«, den sozio-kulturellen Faktoren, die das Bruttosozialprodukt in einen Index der Lebensqualität verwandeln können. Gleichwohl wird diese Lebensqualität verstanden als eingepfercht in den Zukunftsglauben an sich immer erweiternde Horizonte, in der Tat an die Entfesselung des Prometheus, der in unerträglichen Begrenzungen unbeholfen umherirrt, sich seines Privilegs auf grenzenloses Wachstum, Expansion, Eroberung und Herrschaft begibt. Es ist interessant zu sehen, daß der Autor, so schreibend, tatsächlich verteidigt, was ein Gegner bezeichnete als eine »politische Vision, die das Gewicht nicht mehr auf die wachsende Produktion materieller Güter legt...«

Die vielleicht interessanteste Passage dieser Skizze ist die letzte: die Suche nach »Schlüsseln« höherer Produktivität in einer modifizierten Imitation von Gesellschaften, die bisher als begabte »Imitatoren« des Westens galten, wie Japan, — als ob »Vertrauen, Sensibilität und Intimität«, Sozialtechniken mit vielen Tricks und Manipulationen, den spezifischen Charakter des fortgeschrittenen nordamerikanischen Sozialethos — vom Pioniergeist zum hegemonialen Imperialismus — zu umgehen erlaubten. So schreibend zeigt der Autor klar die tiefe Abneigung, sich auf einen sinnvollen Komparatismus einzulassen, auch nur ein wenig von der Dimension der Besonderheit zuzulassen,

— ganz abgesehen davon zu begreifen, daß tief unter den augenscheinlichen Schwierigkeiten die historischen Muster von Zivilisationen, Kulturen und Nationen liegen. Also *social engineering* als Weg aus der »Krise«. — *Social engineering* kann hier nur dazu führen, den rücksichtslosen Sturm vorwärts noch gefährlicher zu machen, bis hin zur Anwendung der strategischen atomaren Politik, die notwendig den Weltfrieden gefährden und alle Brücken zerstören wird, die Spannungen abbauen und eine dialektische Interaktion zum Überleben für alle akzeptabel, wenn nicht gar profitabel, machen können.

6. Die sozialistische Vision ist am besten in dem Aufruf zur diesjährigen Internationalen Konferenz »Sozialismus in der Welt« ausgedrückt. Die Vision besteht in einer Hauptfrage und einer Hauptorientierung:

a) »Wird der Mensch durch die rücksichtslose und endlose Jagd auf neue Entdeckungen und ihre Ausbeutung, eine Jagd, die außer Kontrolle gerät, zu einem modernen, freiwilligen Gefangenen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik? Oder wird er in Übereinstimmung mit seinen sozialen, geistigen und materiellen Fähigkeiten sich bewußt entscheiden für ein Leben frei von jeglicher Ausbeutung und Herrschaft, für eine Regelung seiner Beziehungen zu den anderen Menschen und zur Natur, die sein Überleben sichert und seine allseitige schöpferische Entwicklung als natürliches und gesellschaftliches Wesen?« (Theses, 275)

b) »Einerseits hat die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie durch ihren vornehmlich emanzipatorischen Einfluß die Gründung einer Gesellschaft möglich gemacht, die durch die Abschaffung aller Formen der Ausbeutung und Herrschaft den Menschen befreit und seine spezifisch menschlichen Fähigkeiten, Bedürfnisse und Beziehungen entwickelt und bereichert. Andererseits bedeuten die hier angedeuteten Probleme, die im Gefolge der Entwicklung von Wissenschaft und Technik aufgetaucht sind und die sich reproduzieren, eine neue Herausforderung für den Sozialismus und für alle subjektiven Kräfte des Sozialismus. Diese Probleme sind heute die Hauptprobleme der Entwicklung des Sozialismus.« (Ebd. 278)

Es ist wichtig, daß wir uns mit der fortdauernden Kraft des Utopismus aus dem 19. Jahrhundert auseinandersetzen: »ein Leben frei von jeglicher Ausbeutung und Herrschaft«, das zur »allseitigen schöpferischen Entwicklung als natürliches und gesellschaftliches Wesen« führt. Das gehört eben zur Vision eines schrankenlosen Weges des Fortschritts, ausgesprochen in brüderlichen, ausgewogenen, humanen — in sozialistischen Begriffen. Die ungleiche, ungleichmäßige und zunehmend konflikthafte Entwicklung von verschiedenen Teilen der Erde macht Jahr um Jahr eine Welt unwahrscheinlicher, in der die grundlegenden Widersprüche verschwunden sein werden, während die sekundären, kleineren Widersprüche bleiben — ohne oder fast ohne größere Spannungen hervorzurufen.

Wenn wir die Welt, wie wir sie kennen, ansehen — ist es nicht eine Tatsache, daß Widersprüche, Spannungen und Konflikte viel breiter sind, und auch viel breiter wahrgenommen werden, nicht nur auf dem vom 19. Jahrhundert her traditionellen Feld der Klassenkämpfe, die es noch reichlich gibt, sondern auch in der klassischen zwischenstaatlichen Dimension, ganz zu schweigen vom Wieder-Auftreten des Trikontinents² in diesem Jahrhundert der Befreiungen und Revolutionen: die Nord-Süd-Debatte; der Rüstungswettlauf und seine jüngste Verschärfung; die Woge von religiös-politischen Kämpfen; die Differenzierung und die Spaltungen in allen Gesellschaftssystemen — begleitet vom Ruf nach gezügelter Aufklärung und einem menschlichen Umgang mit Konflikten. Sind das nicht Warnschilder für die Häufung von negativen Faktoren, die im Werden dieser unserer Welt wirken? Und wenn — was sind die Wege und Mittel, den Kurs drastisch und grundsätzlich zu ändern?

Wir können vielleicht einen bescheidenen Anfang machen, indem wir die folgenden Fragen stellen: Warum sollten die Sozialisten die Ideologie des grenzenlosen promethischen Fortschritts als de-facto-Realität akzeptieren, wie sie von der europäischen, dann von der nordamerikanischen Bourgeoisie entwickelt wurde, als sie historisch die Initiative ergriff und zur Hegemonie aufstieg? Wenn wir diese de-facto-Annahme, die vom westlichen Sozialismus von Anfang bis heute tief internalisiert wurde, in Frage stellen, müssen wir die folgenden Dimensionen kritisch analysieren:

a) Die Durchführbarkeit einer solchen Wiederholung, wenn auch ruhiger und freundlicher. Diese Analyse würde einen grundlegenden Mangel an kritischem historischem Denken zutage fördern: die Schaffung von historischem Mehrwert durch die Eroberung und Ausbeutung aller nicht-westlichen Peripherien auf dem Trikontinent hätte klar als einmaliges Merkmal der Entwicklung des Weltsystems vom 15. Jahrhundert bis Jalta erkannt werden müssen. Ein Merkmal, das willkürlich weder verheimlicht noch wiederholt werden kann. Also, wenn das undurchführbar ist, — warum sollten wir das beibehalten?

b) Der philosophische und praktisch-politische Sinn dieses Prozesses und dieses Ziels. Könnten wir nicht die Frage z.B. so stellen: Während der objektive Aufstieg der westlichen Hegemonie durch die Schaffung von historischem Mehrwert zu einer enormen Entwicklung der Produktivkräfte und der kulturellen Errungenschaften für einen Teil der Menschheit führte, später vervielfacht durch die Herrschaft über bestimmte Teile der Peripherie — läuft dieser Prozeß nicht jetzt Amok? Mit anderen Worten, könnten wir nicht sagen, daß diese großartige historische Positivität von einer ansteigenden Kurve von Zerstörungen durch Kriege aller Art begleitet war, so daß jetzt die Grenzen des Überlebens der Menschheit erreicht sind? Und, wenn das so ist, könnte es nicht Zeit sein, jetzt das Modell selbst in Frage zu stellen, seine Philosophie, sein politisches Programm, sein psychologisches und intellektuelles Ethos? Könnte das nicht die Hauptaufgabe von Sozialisten sein, die zum Sozialismus wollen — eine Welt, die vielleicht weniger utopisch wäre, die aber noch überleben würde durch entwickelte Formen der Zusammenarbeit und geringere Spannungen?

Vielleicht kann die Erwägung dieser beiden Fragedimensionen — die Suche nach Wahrhaftigkeit — etwas Licht werfen auf die sehr komplexen Prozesse, die zur gegenwärtigen Krise in Polen führten, neben den direkt politischen und internationalen Faktoren.

7. Kann es eine »dritte« Vision geben? Diese Frage wird gleich im Zusammenhang der Vieldeutigkeiten gesehen, die es bei der Bezeichnung des vormals Abnormalen, Außerordentlichen, Marginalen gibt: kurz, das Auftauchen des Trikontinents, das ein ganzes Bukett von »operationalen« Begriffen aufblühen ließ (»Nationale Bourgeoisie«, »nicht-kapitalistischer Weg«, »Militärbürokratie« etc.). Wir werden hier nicht noch einmal die ganze Vielfalt von Unterschieden besichtigen — zivilisatorische, kulturelle, nationale, politisch-ideologische —, die diese Nationen und Gesellschaften von der »anderen Seite des Flusses« gliedern: von der Afro-Asiatischen Solidaritäts-Bewegung in Bandung bis zur Trikontinentale und jetzt der Bewegung der Blockfreien. Diese Unterschiede haben den gemeinsamen Bestand an Ansätzen und Ideen eher verdeckt, die, wengleich sie keine bestimmte Weltanschauung bilden, doch als konvergierendes Ensemble von Weltanschauungen um diesen großen Bestand von einigenden Faktoren und Ansätzen betrachtet werden können: die Einheit der antiimperialistischen Befreiungskräfte und -potentiale; die Einheit der nationalen Einheitsfront als Hauptinstrument der Befreiung und des Fortschritts; die Einheit, oder zumindest die Komplementarität zwischen den verschiedenen organischen Gruppierungen innerhalb dieser Front, die die realen Differenzen, Gegensätze und divergierenden Interessen überwiegt. Die ganze Geschichte dieser riesigen historischen Bewegung bezeugt diesen Trend, z.B. in

den Schlüsselregionen, wo Widersprüche aufgetreten sind: zwischen sich rasch entwickelnden und weniger entwickelten Ländern, im Zusammenhang der Ölkrise; zwischen dem Orient und großen Teilen der drei Kontinente; zwischen den verschiedenen Weltreligionen, die die politische Szene in all diesen Regionen tief durchziehen; noch deutlicher und erstaunlicher zwischen gegensätzlichen gesellschaftlichen und politischen Regimen auf dem Trikontinent.

Irgendetwas muß sich also durchgesetzt haben. Unsere Behauptung ist, daß dieser verborgene Faktor, allzu leicht auch von seinen Protagonisten übersehen unter dem Einfluß der hegemonialen Zentren der Information und Kommunikation, nichts anderes ist als dieser einigende Ansatz, das Überwiegen von Einheit über Spaltung, von Konvergenz über Divergenz, von zentripetalen symbiotischen Trends über eine zentrifugale Dialektik. Die Suche nach den bestimmenden Faktoren dieses Netzes von Übereinstimmung ist vielfältig, aber unzusammenhängend. Sie zeigt aber eine verdächtige Abwesenheit kritischen sozialistischen Denkens — mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. Die Ursachen der Entwicklung: vom objektiven Einfluß einiger der ältesten Nationen der Welt in dieser Region bis zum globalen Maßstab imperialistischer Hegemonie und ihrer Wirkung auf das Alltagsleben; von der Lage der wichtigsten Weltzentren der Spiritualität in dieser Region — was wir in dieser Zeit besonders merken — bis zur Existenz großer Ölressourcen und Rohstoffreserven; vom unerwarteten Versprechen realistischer Diplomatie bis zu den kaum wahrgenommenen wachsenden Entwicklungserfolgen einiger Regionen des Trikontinents etc. Hier gibt es also genug Raum für langfristige vergleichende Studien, die für reichere Analysen und Theorien den Weg bahnen sollen.

Orientierungen

Wohin können wir von hier aus gehen?

8. Die obige Analyse von Durchführbarkeit und Wünschbarkeit zeigt das vordringliche Bedürfnis: den Inhalt und die Mittel — die Politik — sozialistischer Prozesse zu überdenken.

Mit »Inhalt« meinen wir eine Reihe von bestimmenden Faktoren und nicht eine übergreifende philosophisch-ideologische Konzeption. Vor allem die Balance zwischen historischen Zielen und heutigen Politiken: die Analyse des Menschen als Prometheus, als Demiurg, — viel mehr als die altehrwürdigen Diskussionen über das Ausmaß der Nationalisierung, das Maß von Demokratie, die verschiedenen Formen der Selbstverwaltung usw. Die Dimension sozialer Macht: der Staat; die Partei im Vergleich zum Ansatz der Einheitsfront; die außerordentlich verschiedenen Typen sozio-politischer Organisation in verschiedenen Zivilisationen, Kulturen und Nationen im nicht-hegemonialen westlichen Zentrum usw. Die Probleme des Sinns und Werts menschlichen Lebens: die Grundfrage der *philosophia perennis* über den Menschen, die Existenz, die Geschichte, das Universum, den Sinn all dessen und die verschiedenen Positionen dazu. Kurz, — Sozialismus nicht als ein System im Gegensatz zum Kapitalismus, sondern Sozialismus als eine von vielen Straßen zu einem humaneren Ansatz zur *condition humaine*, bis jetzt noch tief eingelassen — wie auch die entgegengesetzte Perspektive — in den noch fruchtbaren, aber schwindenden Boden des Produktivismus, Konsumerismus, Hedonismus, der erbarmungslosen Ideologie des Fortschritts um jeden Preis — einschließlich des Weltkrieges.

Eine wichtige Überlegung innerhalb dieses Ansatzes ist, Schluß zu machen mit der Mythologie der Weltgeschichte als einer Abfolge von Produktionsweisen, von Gesellschaftssystemen, die direkt vom politischen Ethos und von der Philosophie der Renaissance und der Aufklärung her stammt, — aus einer Zeit, als der größere Teil der Menschheit noch im Dunkeln lebte, und wo die Spiele zwischen rivalisierenden Klassen und Systemen im geographisch sehr begrenzten Zentrum — noch nicht einmal einschließlich Nordamerika — gespielt werden konnten. Könnte es nicht z.B. sein, daß es keinen irreversiblen historischen Determinismus gibt? Daß wir eine sehr lange historische Periode — nicht nur ins Auge fassen, sondern begrüßen können, in der verschiedene Gesellschaftssysteme weiterexistieren, in sehr verschiedenen Zivilisationen, Kulturen und nationalen Traditionen? Könnte diese, noch nicht bemerkte Dimension die zunehmende Bedeutung der scheinbar unzusammenhängenden, aber stetig wachsenden Gruppe der Blockfreiheit erklären helfen, angesichts der Stürme von Konfrontationspolitik der Supermächte? Könnte sie nicht auch ein Licht werfen, — nicht nur auf die Beweglichkeit der bürgerlich geführten Gesellschaftssysteme in weiten Teilen der nicht-hegemonialen Welt, in Asien, Afrika und Lateinamerika, sondern auch auf die offensichtliche und nun klar wahrgenommene Entwicklung solcher Systeme, trotz der Voraussagen der vorigen Generation?

Bis heute wurden ausgedehnte Diskussionen im Rahmen des »Unvermeidlichkeit-des-Sozialismus«-Ansatzes geführt. Sie sind angemessen, notwendig und häufig nützlich. Jetzt brauchen wir einen mutigen, kritischen komparatistischen Ansatz zur Untersuchung der verschiedenen Gesellschaftssysteme in den verschiedenen Zivilisationen, Kulturen und nationalen Formationen. Bis jetzt gab es hauptsächlich die Konfrontation, eine schonungslose Konkurrenz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen — zumindest im entwickelten Teil der Welt. Aber offenbar können die beiden konkurrierenden Systeme sich behaupten, — trotz einer Reihe von Schwierigkeiten, trotz der »Krise«, und sie entwickeln sogar für diese Schwierigkeiten neue Lösungen, die häufig gangbar und akzeptabel sind. Auf der anderen Seite des Flusses, auf dem Trikontinent sind währenddessen sowohl die Wege zum sozialistischen Aufbau als auch der Weg kapitalistisch-industrieller und ökonomischer Entwicklung — mit der Zwischenzone der Gesellschaften mit gemischten Wirtschaften — erfolgreicher als je erwartet.³ Es gibt wahrhaftig das Bedürfnis nach einem Begriff von der Tiefe des historischen Feldes, von der langen Dauer in der Geschichte, nach einer neuen Auffassung von der Zeit als dem Feld aller Entwicklungen, nach der Zurückweisung der quälenden Forderung nach Unmittelbarkeit, subjektivem Voluntarismus und Schwarz-Weiß-Bildern von der Welt, was weite Bereiche des sozialistischen Denkens einfach nicht verstehen können — es sei denn in manichäischen Begriffen.

Mit einem Wort, es ist Zeit, so denken wir, dem Primat des Politischen seine höhere, reichere Bedeutung zu verleihen: als einer Vision der sozialen Macht, für Bewahrung und Transformation, einem Instrument zur Realisierung der philosophischen Vision der verschiedenen und sich unterscheidenden Hauptgestalten und Einheiten dieser unserer Welt.

9. Die zweite Orientierung ist eine Re-Orientierung weg von dem Rahmen von Jalta: von der Konfrontation der Supermächte zur schöpferischen Interaktion und Komplementarität zwischen dem Geist von Bandung, dem breiten Netzwerk von blockfreien Ländern besonders in Asien, Afrika und Teilen von Lateinamerika auf der einen Seite,

und dem Sozialismus der sozialistisch orientierten Gruppe von Ländern und Bewegungen auf der anderen.

a) Das Haupterfordernis für alle Länder, die nicht zur kleinen Gruppe hegemonialer Staaten des gegenwärtigen »Zentrums« gehören, ein menschlicheres, langfristiges und auch effektiveres Entwicklungsmodell auf niedrigerer Stufenleiter zu suchen. Das ist es genau, was in den größeren, stärker bevölkerten Teilen des Trikontinents passiert, und zwar wegen des Vorherrschens von gesellschaftlichen Beziehungen der Einheit, der Solidarität und des Konsensus. Dieses übergreifende Gefüge und dieser Geist kann sich nicht nur in kapitalistisch orientierten Gesellschaften entwickeln, sondern umso mehr in sozialistischen oder sozialistisch orientierten Gesellschaften; vorausgesetzt, das Konzept der hegemonialen Partei wird allmählich erweitert zum Konzept der nationalen Einheitsfront als einem akzeptableren und wirksameren Instrument der sozialen Macht, besonders wenn sie es sich zur Aufgabe macht, für die große Mehrheit der Bevölkerung, d.h. für die werktätigen Menschen zu arbeiten.

So wird es nötig, parallel zu den alternativen Hauptschulen des Denkens und der Praxis auf dem Trikontinent und ihrer Nachfahren die Perspektiven gründlich zu studieren, die sich aus den spezifischen Ausformungen der verschiedenen Typen sozialer Macht für die noch ungelösten Probleme ergeben: bürokratische Stagnation; Überzentralisierung; die Kombination von Staatsmacht, regionaler Autonomie und Selbstverwaltung. Wir behaupten, daß die Schlüssel zur Lösung dieser ungelösten Probleme in vielen sozialistischen Ländern im Orient liegen: vom islamischen *Ummah* zum japanischen Konsensus; von der chinesischen Tradition sozialer und philosophischer einheitsstiftender Symbiose zum afrikanischen *Ujamaa*; von den miteinander verwobenen Netzen zusammengesetzter Kulturen in Indien zum Konzept der Partei und/oder Armee als Einheitsfront in weiten Teilen der trikontinentalen Welt.

b) Parallel dazu gibt es die zentrale Notwendigkeit, den Bereich der nichtökonomischen Faktoren wiederzuentdecken, und nicht nur den sogenannten Überbau. Diesem Feld ist bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, außer den ausdrücklich politischen Manifestationen. Der Aufstieg des religiösen Fundamentalismus; die populistische Orientierung des Katholizismus in weiten Teilen von Lateinamerika und Europa; die Bedeutung des Buddhismus für Kontinuität und Wandel in Ostasien; und vor allem, der Aufstieg des Islam als eine Religion und eine Zivilisation begleitet vom Wiederaufleben des politischen Islam — fundamentalistisch oder radikal —; diese Faktoren wurden zwar pflichtgemäß notiert, aber wiederum als Instrumente, um den Befreiungskampf gegen die Unterdrückung voranzutreiben, gegen Imperialismus und Hegemonie, oder um den Prozeß des Übergangs zu beschleunigen, vor allem die Mobilisierung von breiten Einheitsfronten. Aber das sozialistische Denken hat wohlweislich vermieden, diese ungeheuren Prozesse und Phänomene auf ihrer eigenen Grundlage zu studieren, d.h. als Prozesse und Phänomene der verschiedenen Felder von Jenseitigkeit. Denn auch hier war die Debatte ein Jahrhundert zuvor »geschlossen« worden: Jenseitigkeit ist Ideologie; Philosophie beendet ihren Diskurs in der Revolution; Religion, bestenfalls als Illusion, häufiger als das Opium des Volkes.

Aber die Suche nach Spiritualität ist tief verwurzelt in den sozialen Bewegungen auf dem ganzen Planeten, und vielleicht noch mehr in den entwickelten Ländern. Spiritualität ist meist der äußere Rahmen von Ideologie und Politik. Wenn wir das sorgfältig studieren würden, würden wir sogleich bemerken, daß die historische Initiative auf die-

sem Feld, wiederum nach Bandung, vom Trikontinent kommt, und nicht von den über-entwickelten oder entwickelten Regionen Europas und Nordamerikas. Ein neues »Opium«? Oder vielmehr die Entdeckung der verborgenen Potentiale, Ressourcen und Kapazitäten für eigenständiges intellektuelles, kulturelles und spirituelles Schöpfertum — und zwar genau zu der Zeit, wo alle Formen des *developmentalism* in den Krieg gegeneinander führen und wo auch sie unfähig erscheinen, die Grenzen unserer Ressourcen zu durchbrechen?

Dies Problem ist nicht unwichtig. Denn wenn das Wiedererwachen der spirituellen Dimension von den ärmeren Teilen menschlicher Gesellschaften kommt, könnte man leicht schließen, daß Spiritualität und Armut Partner sind. Und daß daher Entwicklung, Überfluß und Materialismus die einzige Alternative sind. Aber diese zweite Kombination scheint nicht fähig gewesen zu sein, sich gegen die Schatten der »Krise« zu behaupten. Deswegen müßte jede ernstzunehmende kritische Analyse der Lage der entwickelten Länder, im Unterschied zu den Regionen der Trikontinentale, alle zum Handeln Bereiten dazu zwingen, sich auf den Umbau des gesamten zivilisatorischen Projekts dieser entwickelten Länder, d.h. des zivilisatorischen Projekts des Westens zu konzentrieren.

Deswegen ist es so enorm wichtig, daß sozialistische Kräfte und Gesellschaften sich mit der Perspektive von Bandung verbünden, mit der Suche nach Spiritualität, mit dem Aufbrechen von zivilisatorischen, kulturellen und philosophischen Ideen, Konzepten und Theorien aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Wenn wir bedenken, daß die Ideologen der westlichen Hegemonie einen solchen Gedanken auspeifen würden, wäre es nicht wirklich die Aufgabe von fortschrittlichen und sozialistischen Theoretikern, hier Brücken zu bauen? Das wäre eine außerordentlich schwierige Haltung, die einen vollständigen Umbau der Denkmuster und, noch mehr, der tief verwurzelten psychologischen und kulturellen Haltungen bedeutete. Aber ein Anfang könnte gemacht werden durch die Konvergenz von sozialistischen Kräften mit der Mehrheit der nationalen Befreiungskräfte des Trikontinents innerhalb der Gruppe der Blockfreien.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Chinesische Revolution nach der Befreiung und die Suche nach einem besseren Weg zu Modernisierung und Sozialismus. Der *Weltentwicklungsbericht 1981*:

»Chinas bemerkenswerteste Errungenschaft in den letzten drei Jahrzehnten ist, daß die Grundbedürfnisse der niedrigen Einkommenschichten viel besser befriedigt werden als in den meisten entsprechend armen Ländern. Alle haben Arbeit; die Lebensmittelversorgung ist durch eine Kombination von staatlicher Rationierung und kollektiver Selbst-Versicherung garantiert; die meisten Kinder gehen nicht nur zur Schule, sondern werden auch verhältnismäßig gut unterrichtet; und die große Mehrheit hat Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Familienplanungs-Diensten. Die Lebenserwartung, deren Abhängigkeit von vielen anderen ökonomischen und sozialen Variablen sie wahrscheinlich zum besten Einzelindikator für das Ausmaß wirklicher Armut in einem Land macht, ist mit 64 Jahren außerordentlich hoch für ein Land mit Chinas Prokopfeinkommen.« (Weltentwicklungsbericht 1981, 85-88)

64 Jahre, ausgehend von einem Durchschnitt von 36 Jahren 1950, das ist wirklich »die einzige sehr aufregende Statistik im ganzen *Weltentwicklungsbericht*..., ein Niveau, das noch nicht einmal vom durchschnittlichen Entwicklungsland mittleren Einkommens mit einem sechsmal so hohen Prokopfeinkommen wie China erreicht wird. Bildungs-, Gesundheits- und Ernährungsprogramme scheinen sich auszuzahlen.« (Rover 1981)

Das Problem ist in Wirklichkeit keines von »Bildung, Gesundheit und Ernährung« als solches. Es liegt vielmehr in dem übergreifenden Konsensus der chinesischen Führung und des chinesischen Volkes, die Rolle eines Machtzentrums der Dritten Welt für eine mittelfristige oder sogar langfristige Zukunft, d.h. während der vier Modernisierungen nicht zu übernehmen. Diese müssen rasch vorangehen, ohne die unvermeidlichen Verzerrungen durch einen Rüstungswettlauf. Wir müssen aber bedenken, daß nicht jedes Land, schon gar nicht größere Länder und Schlüsselländer des Trikontinents, die einmalig günstigen geographischen und geo-politischen Bedingungen der chinesis-asiatischen Kernregion genießt.

10. Während wir Kurs nehmen auf diese Hauptorientierungen, kommt ein Prozeß von unerwarteten Ausmaßen in den überentwickelten, sogenannten post-industriellen Gesellschaften in Gang. Denn die Automation, das Zeitalter der Roboter, scheint unausweichlich in die Richtung zu arbeiten, die genannt wurde: der »Alptraum von massivem und erzwungenem Nichtstun, begleitet von hungriger Verzweiflung« (Rower). Nicht die Inflation, nicht die Inflation allein. Sondern unmittelbar die erbarmungslosen Effekte des entfesselten Prometheus, die Negation der »subjektiven« Negation der Natur-Notwendigkeit: der unbewältigten Herrschaft der Ideologie des grenzenlosen Fortschritts, gegen die kritische Ausarbeitung von Gestalten der Naturphilosophie. Und doch, dieser bedrohliche Prozeß könnte auch einen Nutzen haben. Denn er wird jetzt plötzlich Politiker wie Theoretiker dazu herausfordern, die Möglichkeiten zu studieren, dieser gefährlichsten Herausforderung zu begegnen, nämlich dem Nichtstun: Menschen, die in einem luftleeren Raum leben, werden zu hunderten von Millionen plötzlich entlassen in die Wildnis der Zeit-Angst. Es erheben sich schon Stimmen, die nach einer kräftigen Entwicklung von Kunst und Kultur rufen, nicht zum Genuß in der Freizeit, sondern als Tätigkeit zur Strukturierung der Freizeit, um eine ruhigere, brüderliche Konvergenz der Herzen und Sinne zu fördern, notwendig verknüpft mit mehr kooperativen, weniger gegensätzlichen Formen der gesellschaftlichen Organisation.

Genau hier liegt die Hoffnung in der drohenden Gefahr: allmählich und durch große Schwierigkeiten und Widersprüche hindurch die Konvergenz von divergierenden zivilisatorischen, kulturellen und nationalen Besonderheiten, Traditionen und Projekten zu fördern: im Kern die Konvergenz der einheitsstiftenden, symbiotischen, konsensorientierten Traditionen des Orient mit ihrem tief verwurzelten Bestand an Spiritualität, zivilisatorischen und kulturellen formierenden Faktoren mit den Lebensinteressen und existentiellen Notwendigkeiten der meisten entwickelten Länder, hauptsächlich in Europa und Nordamerika, in Zeiten der »Krise«. Es ist Zeit, die Positivität der Negativität zu suchen, wenn die »Zeit der erfrischende Fluß« sein soll.⁴

Anmerkungen

- 1 Das englische »vision« umfaßt neben der im Deutschen vorherrschenden Bedeutung »Vision/Phantasiebild etc.« auch »das Sehens«, »die Einsicht«, »der Anblick« u.a. Im Untertitel haben wir mit »Perspektive« übersetzt (»visions of the 'crisis'«), um die Breite der Bedeutungen zu markieren. Im Text blieb in der Regel »Vision« stehen, weil es am ehesten dem Plädoyer Abdel-Maleks für eine neue »Spiritualität« gerecht wird.
Ann. d. Übers.
- 2 Der »Trikontinent« umfaßt Asien, Afrika und Lateinamerika. Als »Trikontinentales« bezeichnet man die Solidaritätsbewegung in dieser Region gegen Imperialismus und Neo-Kolonialismus (»Organisation of Solidarity of the Peoples of Africa, Asia and Latin America, OSPAAAL«).
Ann. d. Übers.

- 3 Der *Weltentwicklungsbericht 1981* der Weltbank in Washington urteilt relativ positiv über die Fähigkeit der Dritte-Welt-Länder, mit der »Krise« fertigzuwerden — was man ihre »enorme Elastizität gegenüber dem Elend« genannt hat; vgl. bes. 64-84, 88-96, 111-114.
- 4 Vgl. Joseph Needham: *Time, the Refreshing River*. London 1943.

Literaturverzeichnis

- Abdel-Malek, A., 1972a: Idéologie et Renaissance Nationale: L'Égypte Moderne*. Paris
- Abdel-Malek, A., 1972b: La Dialectique Sociale*. Paris
- Abdel-Malek, A., 1974: Al-Fikr al-'Arabi fi Ma-rakat al-Nahdah (Arabic Thought in the Struggle for Renaissance)*. Beirut
- Abdel-Malek, A., 1979: From Developmentalism to the Civilizational Quest: A Mission for the United Nations University (HSDRSCA-73/UNUP-299; 18)*. Tokio
- Abdel-Malek, A., 1980: The Project on Socio-cultural Development Alternatives in a Changing World: Report on the Formative Stage (May 1978 - December 1979)*. Tokio (UNU Press)
- Abdel-Malek, A., 1981: Civilization and Social Theory*. London
- Hayden, T., 1981: »The New American Dream«*. *New York Review of Books*, 13.8.81
- Pekulić, M., u.a. (Hrsg.), 1981: Science and Technology in the Transformation of the World*. London (im Erscheinen)
- Rower, H., 1981: »Haves and the Have-Nots«*. *The Washington Post*, 19.8.81 (in *International Herald Tribune* 20.8.81)
- The First International Seminar on Science and Technology in the Transformation of the World — A Report of Proceedings*, Belgrad Oktober 1979. Tokio (UNU Press HSDP-16/UNUP-196)
- Theses for the sixth Round Table »Socialism in the World«, 21st-26th September 1981 in Cavtat (Yugoslavia) on: Socialism, Science, Technology, Development Strategies*. In: *Socialism in the World* Nr. 25
- Weltentwicklungsbericht 1981 = World Development Report 1981*. The World Bank, Washington



Wirtschaftskrise und Möglichkeiten der Freien Gewerkschaften / Arbeitslosigkeit und Politik der RGO / Wirtschaftsdemokratie / Arbeiterbewegung und Militärpolitik der SPD / Die Übereinkunft zwischen SPD und KPD in Braunschweig 1931 / Arbeiterkulturbewegung / Zur ideologischen Wirkungsmacht des deutschen Faschismus

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 74: ISBN 3-88619-018-8

Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus

mit Beiträgen von: Hildegard Caspar, Georg Fülberth, Eberhard Heupel, Axel Schildt, Eckhard Volker, Hans-Willi Weizen, Hartmann Wunderer

H.C.F. Mansilla

Kollektive Identität, gesellschaftliche Wahrnehmung natürlicher Ressourcen und Entwicklungsziele in Lateinamerika

Ökologie und Geschichtsphilosophie in der Dritten Welt

Erst jetzt und zaghaft hat die sozialwissenschaftliche Forschung damit angefangen, die *spezifischen* Probleme zu untersuchen, denen die Dritte Welt bei der Bestimmung ihrer Entwicklungsparadigmata, bei der Bewältigung ökologischer sowie demographischer Engpässe und bei der Bildung einer angemessenen Nationalidentität gegenübersteht. Die verschiedensten wissenschaftstheoretischen und ideologischen Richtungen teilen noch heute den Standpunkt, daß die Evolution der Dritten Welt und deren mannigfaltige Aspekte durch das begriffliche Instrumentarium expliziert werden können, das Wissenschaft und Philosophie in den metropolitanischen Ländern des Nordens entfaltet haben. Daß der Zweck aller Entwicklungsanstrengungen irgendwie in der Erreichung europäisch-metropolitanischer Standards, Ergebnisse und Vorbilder liegt, ist immer noch die selbstverständliche (und deshalb kaum hinterfragte) Überzeugung all jener Strömungen, einschließlich der marxistischen Ansätze.

Die Relativierung des *Eurozentrismus*¹ erhielt keine wesentlichen Impulse von der theoretischen Diskussion im sozialwissenschaftlichen Bereich, obgleich sein willkürlicher Charakter und seine konzeptuellen Unzulänglichkeiten seit langem offensichtlich waren, sondern eher von Geschehnissen der neueren politischen und wirtschaftlichen Evolution auf Weltebene. Seit einigen Jahren lassen sich beispielsweise gewisse Frontbildungen unter den Staaten der Dritten Welt konstatieren, die trotz der erheblichen ideologischen und entwicklungsmäßigen Unterschiede unter diesen Ländern erfolgen und die den Keim einer möglichen langfristigen Strategie bergen, welche letzten Endes gegen die Interessen der hochindustrialisierten Nationen des Nordens gerichtet ist: zahlreiche Staaten der Dritten Welt arbeiten an einem sehr langsamen, aber stetigen Aufbau von Wirtschafts- und Handelsblöcken, um gemeinsame Zielsetzungen und Interessen auf den Weltmärkten zu verteidigen und um die relative Vorherrschaft der Industrienationen aus ihnen zu verdrängen.²

Während dieser Vorgang den herkömmlichen Erklärungsversuchen einige Schwierigkeiten bereitet, trägt die kombinierte Wirkung von Energiekrise, Ressourcenknappheit, Bevölkerungsexplosion und Umweltverschmutzung in der Dritten Welt³ zur Erschütterung der wichtigsten theoretischen Ansätze, einschließlich der marxistischen, bei. Der ökologisch-demographische Komplex ist deswegen so bedeutungsvoll, weil sein Auftauchen zugleich die immer noch vorherrschenden Vorstellungen von Fortschritt und gelungener Entwicklung, gar von Ziel und Sinn geschichtlicher Evolution in Frage stellt. Dadurch wird nicht nur der materielle Fortschritt als ein überwiegend positives und erstrebenswertes Phänomen relativiert, sondern auch die anscheinend selbstverständliche und unvermeidliche Koppelung zwischen technologisch-ökonomischer Entfaltung einerseits und sozialer, politischer und kultureller Entwicklung andererseits. Das Phänomen ist jedoch sehr kompliziert. Das wachsende Unbehagen an entscheidenden Orientierungswerten der westlichen Zivilisation führt in der Dritten Welt zu einer Verfestigung traditioneller, religiöser und nationalistischer Tendenzen, die trotz aller Kritik an vielen Aspekten des »Imperialismus« substantielle Elemente des westlichen

Fortschrittsbegriffs unberührt läßt. Der historisch-philosophische Optimismus des 19. Jahrhunderts, von dem die wichtigsten Strömungen des Marxismus nicht ausgenommen werden können, erfährt zuerst in den Metropolen eine längst fällige Hinterfragung, die gleichzeitig die Geltung und Reichweite zentraler Begriffe, Annahmen und Kriterien fast aller sozialwissenschaftlicher Richtungen zu beeinflussen oder zu beeinträchtigen anfängt. Jener historische Optimismus wird zwar auch in der Dritten Welt kritisiert, aber dessen grundlegende Vorstellungen sind gerade in den peripheren Ländern vor nicht allzu vielen Jahrzehnten Gemeingut der unterschiedlichsten politisch-ideologischen Konzeptionen geworden; trotz aller Kritik an den metropolitanischen Verhältnissen bleibt doch das vornehmlich westlich geprägte Bild des materiellen Fortschritts maßgebend.

Diese Problematik ist deswegen so ambivalent und mehrschichtig, weil das Zusammenfallen der erwähnten Faktoren und Ereignisse zu einer umfassenden Kritik und Erneuerung unserer sozialwissenschaftlichen Theoreme und Konzepte drängt, während zugleich die neueren antiimperialistischen Tendenzen der peripheren Gesellschaften an fundamentalen Momenten der inkriminierten westlichen Zivilisation festhalten, weil diese Aspekte inzwischen unverzichtbare Bestandteile der Nationalidentität jener Länder geworden sind, und zwar als normative Entwicklungsziele.

Eine theoretische Durchdringung dieser Phänomene — der ökologisch-demographischen Krise, der Nationalidentität jüngerer Gesellschaften, der angestrebten Entwicklungsziele und der sozialen Wahrnehmung natürlicher Ressourcen — könnte paradoxerweise zu zwei verschiedenen Gebieten einen bemerkenswerten Beitrag leisten: zu geschichtsphilosophischen Fragestellungen und zur Entwicklungssoziologie peripherer Länder. Im Rahmen dieses Aufsatzes wird nur auf letztere Thematik eingegangen. Es sei jedoch am Rande erwähnt, daß die Untersuchung der komplizierten Wechselbeziehungen zwischen jenen Faktoren ebenfalls über die Tragfähigkeit grundlegender Begriffe der Geschichtsphilosophie (Kontinuität, Periodisierung, Gesetzmäßigkeit, Linearität sowie Ziel und Sinn der Evolution⁴) Aufschluß geben kann.

Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich in den Weltperipherien die Vorstellung durchgesetzt, daß die »genuine« Identität der jeweiligen Gesellschaft mit dem Prozeß einer gelungenen Entwicklung nach metropolitanischem Vorbild zusammenhängt, was vor allem eine weitgehende Modernisierung und Industrialisierung zum Inhalt hat. Bemerkenswert an diesem Vorgang ist die sich wiederholende Tendenz in der öffentlichen Meinung der Dritten Welt, die Problematik der Nebeneffekte von Entwicklung und Fortschritt — ökologische Ungleichgewichte beispielsweise oder Bevölkerungsexplosion — bewußt zu vernachlässigen. Dieser Trend scheint ebenfalls in Lateinamerika Geltung zu haben. Parallel dazu läßt sich feststellen, daß politische Willenserklärungen der verschiedensten Richtungen im lateinamerikanischen Raum in Bezug auf demographische und ökologische Probleme eine große Ähnlichkeit aufweisen, die höchstwahrscheinlich nicht zufällig ist. Dieser Sachverhalt äußert sich darin, daß — von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen — die Relevanz der ökologischen Störungen bagatellisiert und jede Begrenzung des Bevölkerungswachstums als perverse Empfehlung des metropolitanischen Imperialismus angesehen wird.

Diese Problematik enthält langfristige Gefahren für die Entwicklungsperspektiven Lateinamerikas, vor allem wegen der kumulierten Folgen von raschem Bevölkerungswachstum, beschleunigter Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen und wachsen-

der Beeinträchtigung der Ökosysteme. Eine angemessene Erklärung dieses Komplexes kann nicht auf die Untersuchung der eigentlich angestrebten Entwicklungsziele verzichten, auf welche alle Prozesse von Wachstum, Modernisierung und Fortschritt bezogen sind. Die Frage nach den eigentlichen Zielen sozioökonomischer Evolution läßt sich einer Klärung näher bringen, wenn die Ebene kollektiver Vorstellungen, Ideale und Sehnsüchte unter die Lupe genommen wird.

Der bedeutsamste Aspekt des lateinamerikanischen kollektiven Bewußtseins dürfte im konkreten Gehalt seiner Entwicklungsvorbilder und in dessen Verhältnis zu den metropolitanischen Entwicklungsleitlinien liegen. Was die Entwicklungsvorbilder betrifft, läßt sich mit einiger Sicherheit behaupten, daß dieses Bewußtsein von *Demonstrationseffekten*⁵ der metropolitanischen Kultur entscheidend geprägt wird; diese Übernahme externer Orientierungswerte erfolgt jedoch innerhalb eines sozio-kulturellen Kontextes, in dem vorwiegend die Notwendigkeit eines eigenen Entwicklungsweges und einer eigenständigen Kultur hervorgehoben wird. Um diesen ebenso komplizierten wie zwiespältigen Sachverhalt angemessen zu durchleuchten, scheint es unerläßlich, die verschiedenen Aspekte des kollektiven Bewußtseins näher zu betrachten. Das Vorhandensein sozial relevanter Werte und Verhaltensmuster, die überindividueller Herkunft sind und der rational-bewußten Ebene nicht entsprechen, legt die *Instanz eines kollektiven Vorbewußten* nahe, das, wie Freud⁶ schreibt, die Traditionen der Vergangenheit sowie das gemeinschaftliche Ideal einer Familie, eines Standes und einer Nation aufbewahrt.⁷ Das kollektive Vorbewußtsein wird von Verhaltensmustern, Orientierungswerten und normativen Vorstellungen gebildet, die von außerhalb an das gesellschaftliche Subjekt herangetragen und während eines ebenso langen wie vorlogischen Prozesses verinnerlicht werden. Die Elemente des Vorbewußtseins stellen keine Normen und Kriterien dar, die in kritischer Auseinandersetzung und entlang einem autonomen und rationalen Prozeß gewonnen würden; im Falle des kollektiven Vorbewußtseins in Lateinamerika kann man grundsätzlich davon ausgehen, daß dessen allgemeine Orientierungswerte der Kultur und Tradition metropolitanischer Zentren entnommen worden sind. Und gerade infolge dieses vorlogischen Charakters entsteht die Wahrscheinlichkeit, daß die normativen Zielsetzungen des kollektiven Vorbewußten einer rationalen Überprüfung ihrer Wünschbarkeit, Intensität und Breite in konkreten Situationen entgegen könnten und daß ihnen allmählich die Qualität naturgesetzlicher, beinahe unentrinnbarer Vorgänge zugeschrieben wird.

In der jetzigen Konstellation Lateinamerikas, die sich durch eine überaus intensive Verbindung zu den metropolitanischen Zentren auszeichnet, ist die Möglichkeit eines gänzlich autochthonen Entwicklungsmodells zunehmend unwahrscheinlich geworden; sogar die Vorstellungen unterprivilegierter Schichten sind heutzutage durch die Werbung, die Massenmedien und die Schule dergestalt beeinflusst worden, daß sie wesentliche Elemente der metropolitanischen Kultur auf dem Gebiet der Massenkonsumtion als ureigene oder als nicht verzichtbare Momente einschließen.

Auf der obersten Ebene kollektiven Vorbewußtseins lassen sich nun zwei normative Hauptzielsetzungen ausmachen, die dank ihrer verallgemeinerten Ausprägung zum Gemeingut verschiedener politisch-ideologischer Richtungen gehören und die in der Evolution der westeuropäischen Gesellschaften ihren Ursprung haben: 1. die Erreichung des technologisch-ökonomischen Niveaus der metropolitanischen Zentren mittels einer ebenso massiven wie forcierten Modernisierung, die vornehmlich den Vorgang

einer weitgehenden Industrialisierung einschließt und darauf abzielt, langfristig den Lebensstandard der jetzigen hochindustrialisierten Nationen einzuholen; 2. die Ausweitung und Modernisierung des nationalen Machtstaates, die unmißverständlich die Rangerhöhung der eigenen Nation innerhalb der internationalen Länderordnung anstrebt und darüber hinaus dem Gedanken einer umfassenden Autarkie verpflichtet ist. Die Übernahme normativer Zielsetzungen aus einer anderen Kultur bedarf einer Rechtfertigungsideologie, welche jene Übernahme als legitim und annehmbar erscheinen läßt. Verallgemeinernd lassen sich zwei Grundtendenzen des lateinamerikanischen Denkens konstatieren, die das kollektive Bewußtsein zur Legitimierung der vorbewußt bestimmten normativen Ziele konzipiert hat:

1. die Vorstellung, daß der technologisch-industrielle Fortschritt ein universeller Vorgang sei, allen Kulturen immanent und somit eine Art Naturgesetz. Folgerichtig werden die Probleme, die sich aus der geographisch-physischen Verfassung eines jeden Landes und aus dessen ressourcenmäßiger Ausstattung ergeben, in den Hintergrund gedrängt; zugleich wird ein etwas naiver Glaube an die Allmacht der »universellen« Technologie hervorgehoben, von der man sich die Lösung aller Entwicklungsschwierigkeiten verspricht.⁸ (Im afrikanischen Raum lassen sich ähnliche Konzeptionen ausmachen. *Walter Rodney* schreibt, daß die Unterschiedlichkeit der Entwicklung im Weltmaßstab nur auf die Verschiedenheit des sozialen und ideologischen Überbaus — und überhaupt nicht auf die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen — zurückzuführen sei. Demgemäß habe sich Europa vorwiegend auf Kosten Afrikas entfalten können, während Afrika von Europa zur Unterentwicklung gezwungen worden sei.⁹)

2. die Wiederbelebung angeblich progressiver Aspekte der eigenständigen lateinamerikanischen Traditionen, insbesondere auf dem Gebiet der politischen Kultur und der wünschenswerten Verhaltensmuster, und zwar hauptsächlich im Rahmen der nationalistischen, reformistischen und der neokonservativen Entwicklungsideologien. Diese Richtungen streben einen autochthonen Entwicklungsweg an, der an die Traditionen und die Leitwerte der spanischen Kolonialzeit und der republikanischen Periode anknüpfen und sich vom liberal-bürgerlichen und angelsächsisch beeinflussten Entwicklungsmodell abheben soll. Es ist jedoch bemerkenswert, daß diese Denkrichtung sich bei der Bestimmung der autochthonen Momente ihres Modells auf die Hervorhebung tradiertter Haltungen und Verhaltensweisen sowie auf die Apologie autoritärer und zentralistischer Elemente der iberisch-katholischen Tradition beschränkt; ebenso beachtenswert ist die Tatsache, daß gerade diese Aspekte auch bei der Ausformung revolutionärer und radikalsozialistischer Entwicklungsvorstellungen in Lateinamerika eine bedeutsame Rolle spielen.¹⁰ Dem einstigen argentinischen Staatspräsidenten *Juan D. Perón* gebührt das Verdienst, als einer der ersten ein nationalistisch-reformistisches Entwicklungsmodell vorgeschlagen zu haben, das das Ziel einer forcierten Industrialisierung und Modernisierung mit der Absage an die liberal-demokratischen Vorstellungen und mit der Wiederbelebung der spanisch-katholischen Leitwerte verband.¹¹

Die überparteiliche Verbreitung dieser Vorstellungen legt den Schluß nahe, daß sie zu einem der Kernpunkte der entwicklungspolitischen Zielsetzungen Lateinamerikas geworden sind, und zwar aufgrund einer einzigartigen historischen Konstellation, in der traditionsgebundene Werte und Muster kurzfristig eine überaus wirkungsvolle Hilfeleistung zur Durchführung der Entwicklungsziele des kollektiven Vorbewußten liefern: die Förderung eines beschleunigten Bevölkerungswachstums und die Bagatellisie-

Die ökologische Problematik gehen mit jenen tradierten Werten einher und scheinen einem forcierten Entwicklungsprozeß förderlich zu sein. Die Beibehaltung traditioneller Werte auf politisch-kulturellem Gebiet suggeriert außerdem die Schöpfung eines autochthonen Entwicklungsmodells und erleichtert im technologisch-ökonomischen Bereich die Übernahme normativer Vorbilder nicht-autochthoner Herkunft. Das Auffrischen traditioneller Werte gerade im Namen eines beschleunigten Entwicklungsprozesses kommt den tiefverwurzelten Vorurteilen und den ersehnten Zielsetzungen des kollektiven Vorbewußtseins entgegen und trägt dazu bei, Fragmente einer nationalen Identität und einer eigenständigen Kulturschöpfung zu bewahren. Die Elemente der politischen Kultur stellen außerdem das »schwächste Glied« der mannigfaltigen Verbindungsketten dar, die die metropolitanischen Zentren mit den südlichen Peripherien verbinden; gerade auf diesem Gebiet erscheint die Ablehnung »fremdländischer« Normen und Modelle am leichtesten durchsetzbar und die Illusion eines autochthonen Entwicklungsweges am ehesten glaubhaft. Bis heute kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die sozialistischen und die nationalistischen Richtungen — als relevanteste progressive Tendenzen im lateinamerikanischen Raum — in Bezug auf politische Kultur darauf beschränkt hätten, ein System erhöhter Zentralisierung und antipluralistischer Ausrichtung zu entwerfen, das mittels kollektivistischer Normen, autoritärer Verhaltensweisen und tradierter Orientierungswerte den gesellschaftlichen Zusammenhalt begünstigt und die Loyalität gegenüber dem Staat bestärkt. Es ist in diesem Kontext erwähnenswert, daß die Anziehungskraft und Popularität sozialistischer Ideen in Lateinamerika zum großen Teil mit der Gleichsetzung des Sozialismus mit schneller Wirtschaftsentwicklung und umfassender Modernisierung zu tun hat; dementsprechend wird Kapitalismus mit langsamem Wachstum und Traditionalität identifiziert.¹² Andere Elemente von Sozialismus (emanzipatorische Aspekte beispielsweise) scheinen weitgehend uninteressant und Sache einer kleinen intellektuellen Minderheit zu sein.

Unter dem Mantel eines politisch-kulturellen Autochthonismus streben die verschiedenen ideologischen Tendenzen ruhigen Gewissens ein hohes Niveau an Industrialisierung, einen starken und expansiven Machtstaat sowie einen gehobenen Standard der Massenkonsumtion als unverzichtbare kollektive Sehnsüchte an, als ob diese Sehnsüchte ableitbare Elemente der eigenständigen Tradition und nicht abgeleitete Größen der Demonstrationseffekte seitens der metropolitanischen Zentren wären. In der jetzigen Lage eines schnellen und umfänglichen sozialen Wandels versucht man in der Dritten Welt, die kulturelle und nationale Identität durch die Vorstellung einer *Wiederbelebung* ureigener Traditionen gerade im Zuge des Modernisierungsprozesses zu retten. Im arabischen Raum wird oft die Errichtung von Atomreaktoren und Hochöfen als selbstverständliche Fortführung der glorreichen Vergangenheit angesehen: diese Elemente des modernen Lebens müßten als immanente Möglichkeiten der arabischen Zivilisation angesehen werden, deren frühere Verwirklichung nur durch die Machenschaften des europäischen Imperialismus vereitelt worden ist.¹³ In Lateinamerika nimmt man weitgehend an, daß eine sozialistische Revolution sowohl das langsame Wachstum als auch die »Deformationen« der Entwicklung beseitigen werde, und zwar durch die *Wiederherstellung* des »eigenen« und »organischen« Weges zur Vollindustrialisierung.¹⁴

Die Auswirkungen der Demonstrationseffekte lassen sich als tiefgreifend und gene-

ralisiert bezeichnen: die Beschäftigung des intellektuellen kollektiven Bewußtseins in Lateinamerika ist um den materiellen Fortschritt zentriert und erschöpft sich nicht selten in der Ausarbeitung von Ideologien, die im Namen eines präbendierten Autochthonismus und einer angeblichen Sorge um soziale Gerechtigkeit die beschleunigte Nachahmung der industriellen Zivilisation zu legitimieren versuchen. Deshalb ist der Vorwurf nicht von der Hand zu weisen, daß fast alle progressiven Entwicklungsmodelle Lateinamerikas, einschließlich der kubanischen Revolution, negativ auf die Orientierungswerte der hochindustrialisierten Gesellschaften privatwirtschaftlicher oder staatssozialistischer Observanz fixiert sind.

Bei der vorgeblich kritisch eingestellten Sozialwissenschaft, vor allem bei der lateinamerikanischen *Dependenztheorie*¹⁵, läßt sich ihr bloß instrumentalistischer Begriff von Rationalität an den expliziten gesellschaftlichen Zielsetzungen — Wachstum, Fortschritt, Industrialisierung — ausmachen, die als selbstverständlich gelten und von denen man sich quasi-automatisch die Hervorbringung einer emanzipierten Ordnung verspricht. Diese Theorie neigt dazu, Abhängigkeitssituationen ausschließlich mit Begrenzungen der erweiterten Reproduktion, der Industrialisierung und der zur Autarkie führenden Entfaltung zu identifizieren, Begrenzungen, von denen man annimmt, daß sie bloß von den metropolitanischen Zentren aufgezwungen wurden.¹⁶ Da alle Mängel der internen Entfaltung und alle negativen Momente der historischen Evolution überhaupt als abgeleitete Phänomene von der weltmarktabhängigen Reproduktion und somit als vermittelte Auswirkungen der metropolitanischen Dynamik gelten, begründet die Dependenztheorie einen *Externalismus*, der die inneren, landesspezifischen Faktoren (wie Ressourcenausstattung) von der Verantwortung für eine defiziente Entwicklung entlastet.

Diesem Denkansatz gemäß wird das Bevölkerungswachstum als »eine notwendige und günstige Voraussetzung«¹⁷ für die Entwicklung aller Gesellschaften erachtet, zumal ein schneller Bevölkerungszuwachs für einen positiven Faktor im »antikolonialistischen Erlösungskampf« gehalten wird. Eine hohe Einwohnerzahl sei auch deswegen wünschenswert, weil diese, im Zustand des Elends, den *status quo* umso eher und radikaler in Frage stellen würde.¹⁸ Parallel zu diesen weitverbreiteten Vorstellungen zur demographischen Situation hat sich die soziale Wahrnehmung natürlicher Ressourcen entfaltet. Man nimmt gewöhnlich an, daß jedes Land ein bedeutendes Potential an natürlichen Ressourcen besitzt, das zur Durchführung und Vollendung ehrgeiziger Projekte der Vollindustrialisierung und der wirtschaftlichen Auffächerung ausreicht. Die Beständigkeit und Popularität dieses *topos* über die Naturreichtümer hat ihn in eine völlig selbstverständliche und unerschütterliche Gewißheit verwandelt, die, als solche, der empirischen Überprüfung nicht bedarf. Alle maßgebenden politisch-ideologischen Richtungen halten diesen *topos* für einen gesicherten Ausgangspunkt und nicht für eine zu überprüfende Frage und sind deshalb weltweit davon entfernt, mögliche natürliche und ressourcenmäßige Begrenzungen der Entwicklung zu erkennen.¹⁹

In den Programmen der politischen Parteien, in den Verlautbarungen der katholischen Kirche und im Willensbildungsprozeß der funktionellen Eliten macht sich eine ähnliche Tendenz zur Subordination der ökologischen und demographischen Problematik unter die Bedürfnisse der beschleunigten Entwicklung zunehmend bemerkbar. Auffallend in all diesen programmatischen Äußerungen ist sowohl die Intensität als auch die Selbstverständlichkeit, mit der die Erreichung des technologisch-ökonomi-

schen Niveaus der metropolitanischen Zentren angestrebt wird, vor der die Unterschiede unter den Parteien als sekundär erscheinen. Zu jenen Gemeinsamkeiten gehört ebenfalls das theoretische Fundament, von dem die dann einsetzende Apologie des raschen Bevölkerungszuwachses und die Beschönigung der ökologischen Krise ihren Ausgang nehmen. Stellvertretend für sehr unterschiedliche politische Tendenzen hat der ehemalige Staatspräsident Venezuelas, *Rafael Caldera*, die These postuliert, daß Lateinamerika ein fast leerer Kontinent sei, voll von ausgedehnten und vielversprechenden Räumen, die es nun gelte, mit den produktionsintensiven Methoden zu erschließen, die in dichtbesiedelten Regionen so gute Ergebnisse gezeitigt hätten; deswegen sei die Bevölkerungsexplosion kein wichtiges Problem in Lateinamerika.²⁰ Dem bolivianischen christlich-demokratischen Parteiführer, *Remo Di Natale*, gebührt das Verdienst, einen Gemeinplatz des lateinamerikanischen kollektiven Bewußtseins in unmißverständlicher Klarheit dargelegt zu haben: Überbevölkerung sei für Lateinamerika nicht einmal eine ferne Bedrohung, denn die Bevölkerungsdichte sei extrem niedrig. Allein Argentinien hätte dreihundert Millionen Einwohner, wenn es die Bevölkerungsdichte Israels, die als wünschenswert zu betrachten sei, aufwiese. Lateinamerika müsse vielmehr die Bevölkerungsexplosion »frohlockend« begrüßen, weil der jetzige Horizont Funken von Hoffnung nur für gigantische Länder aufzeige, und die erste Voraussetzung, um ein solches Land zu werden, sei über eine große Bevölkerung zu verfügen.²¹ Perón, auch ein erklärter Gegner jeglicher Bevölkerungskontrolle, sprach sich »nur« für eine Bevölkerungszahl von hundert Millionen für Argentinien aus.²²

Mit einiger Sicherheit kann man zu dem Schluß gelangen, daß die kollektive und vor allem politisch relevante Wahrnehmung der natürlichen Ressourcen ideologisch beeinflußt und verzerrt wird: alle bedeutenden Tendenzen und Parteien des lateinamerikanischen Raumes nehmen als erwiesen an, daß der einzige gangbare Entwicklungsweg derjenige der Vollindustrialisierung, des starken Staates und der diversifizierten Wirtschaftsentfaltung ist. Unerläßliche Voraussetzungen dafür sind das Vorhandensein einer reichen Ressourcenausstattung, einer beträchtlichen Bevölkerungsgröße und minimaler ökologischer Risiken. Bei der Diskussion der ökologischen Problematik neigt das kollektive intellektuelle Bewußtsein dazu, Maßnahmen zum langfristigen Schutz der Umwelt und zur Bewahrung der natürlichen Ressourcen von einem pragmatisch-utilitaristischen Standpunkt aus zu beurteilen. Die vorherrschende und politisch relevante Frage lautet, ob jene Maßnahmen sich kurzfristig in einer förderlichen Weise gegenüber den normativen Zielen des kollektiven Vorbewußtseins auswirken. Umweltschutzmaßnahmen haben jedoch steigende soziale Kosten zur Folge und erfordern im allgemeinen höhere Investitionsbeträge; sie können sich negativ auf Exportpreise von Rohstoffen auswirken, wodurch Wettbewerbsnachteile entstehen würden. Jene Maßnahmen werden deshalb als ein Luxus angesehen, den sich die lateinamerikanischen Gesellschaften nicht leisten sollten.²³ Daß die natürlichen Ressourcen keineswegs ihrer Erschöpfung entgehen, wird ebenso als Argument für die Vergeblichkeit der ökologischen Sorgen angeführt wie die Vorstellung, daß unsere Kenntnisse über die Ökosysteme noch zu gering seien, um wirklich positive Maßnahmen zum Umweltschutz zu rechtfertigen.²⁴

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf eine Studie innerhalb der Dependenztheorie aufmerksam zu machen, die als explizite Antwort auf den Ersten Bericht des Club of Rome (»*The Limits to Growth*«) konzipiert wurde. Das sog. *Bariloche-Modell*

geht *a priori* von der Existenz unbegrenzter Ressourcen mineralischer, energetischer und agrarischer Natur aus, wobei das Hauptproblem die ungleiche Verteilung politischer Macht sein soll. Die Umweltverschmutzung habe wenig mit dem Stand der technologisch-industriellen Entwicklung und viel mit der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung zu tun; sogar die Ernährungslage hänge wenig mit Erosion, Bodenqualität und Verfügbarkeit über bebaubares Land zusammen und sei eigentlich als eine Variable der politisch-sozialen Auseinandersetzung zu begreifen.²⁵ — Die Berichte des Club of Rome haben zumindest eine heuristische Funktion gehabt: sie wollten eine Vorstellung dessen ermitteln, was geschehen würde, wenn das ökonomische Wachstum so wie bisher weitergehe, und zwar in Verbindung mit der Bevölkerungszunahme, der Umweltverschmutzung und dem exponentiell steigenden Druck auf Rohstoffe. Das Bariloché-Modell geht hinter dieses Reflexionsniveau zurück und beschränkt sich darauf, bekannte Daten so zu arrangieren, daß eine glänzende Zukunft in den peripheren Ländern als logische Folge einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erscheint.

Eine Welt trennt diese Sphäre kollektiver Entwicklungsvorstellungen von den tatsächlichen ökologischen und demographischen Trends im lateinamerikanischen Raum. Während die Weltbevölkerung zwischen 1930 und 1970 um 67 % (und die europäische um 30 %) zunahm, betrug die Wachstumsrate in Lateinamerika 155 %; nach den Projektionen der Vereinten Nationen wird auch Lateinamerika in absehbarer Zukunft die höchste regionale Wachstumsrate der Welt für sich beanspruchen können: etwas über 3 % jährlich.²⁶ Entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung stellt diese Zuwachsrate in den meisten Fällen keinen positiven Beitrag zur ausgewogenen Entfaltung der lateinamerikanischen Gesellschaften dar; es ist auch bemerkenswert, daß der demographische Druck besonders hoch in den Ländern des karibischen Raumes und Mittelamerikas ist, d.h. in Ländern, die bereits eine relativ hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, die über sehr beschränkte natürliche Ressourcen verfügen und kaum in der Lage sein dürften, die nötig werdenden Arbeitsplätze für eine sich rasch vermehrende Bevölkerung zu schaffen. Ein wesentliches Hemmnis zur Entwicklung läßt sich in der Tatsache ausmachen, daß ein überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs einen beschleunigten ökonomischen Fortschritt zunichte macht, indem die jährlichen Neuinvestitionen vorwiegend für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erzeugung der allernotwendigsten Güter auf dem Gebiet von Ernährung und Wohnungsbau für eine zusätzliche Bevölkerungszahl bestimmt werden. Diese verhältnismäßig hohe *demographische Investitionsrate*, die unabhängig von der sozioökonomischen Verfassung der jeweiligen Gesellschaft besteht, deutet bereits auf das Entwicklungsmodell hin, das wahrscheinlich in jenen Ländern mit einem hohen demographischen Druck entstehen wird: ein unter größten Anstrengungen kaum wachsendes Bruttosozialprodukt, eine durch viele Schwierigkeiten langsam sich erweiternde Wirtschaftsstruktur und ein dauernd überlastetes System öffentlicher Dienste, und all dies, um im besten Falle eine sehr bescheidene Erhöhung der Massenkonsumtion zu erreichen, aber vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verknappung natürlicher Ressourcen, einer wachsenden Verschmutzung der Umwelt und einer abnehmenden Lebensqualität für die künftigen Staatsbürger.²⁷

Die Bevölkerungsexplosion offenbart eigentlich die Irrationalität ehrgeiziger Entwicklungsprogramme, die hauptsächlich auf Wachstum quantitativer Art abstellen, denn alle diese Programme übersehen die kombinierten Auswirkungen von Landwirtschaft, Industrie und Verstädterung auf die Ökosysteme, d.h. auf jene Funktionsein-

heiten unserer Biosphäre, die aus der Verbindung von organischen Elementen mit der materiellen Umwelt bestehen und von denen alle Formen biologischer Entfaltung abhängig sind. Das Gleichgewicht der Ökosysteme ist in Lateinamerika schon heute mehrfach gefährdet, nicht nur durch das ungeheure Ausmaß des Urbanisierungsprozesses, sondern auch durch die Art und Intensität der Nutzung natürlicher Ressourcen.²⁸ Die rapide Verstädterung bringt in Lateinamerika auch eine bedenkliche Beeinträchtigung der Umwelt mit sich: Tausende von Quadratkilometern von Wiesen, Steppen und Wäldern werden jährlich der Natur entrissen; die Flüsse müssen ein zunehmendes Quantum von Abfallprodukten aller Art verarbeiten und die städtische Atmosphäre muß jährlich einen kräftigen Zuwachs an giftigen Abgasen hinnehmen. Bei dem schnellen Rhythmus und der chaotischen Weise der Verstädterung steht vielen Lateinamerikanern das Schicksal der Bewohner von México und São Paulo bevor: einer der höchsten Konzentrationswerte der Welt an schädlichen Substanzen in der Luft, eine schwerfällige, komplizierte und dem Zusammenbruch nahe Stadtverwaltung, minderwertige öffentliche Dienste, die schlimmsten Verkehrsprobleme der Neuen Welt und die Verwandlung der Bewohner in Stadtbürger zweiter Klasse: Menschen, die einen guten Teil ihrer Zeit mit Transportproblemen vergeuden, die einem unmenschlichen Lebenstempo unterworfen sind, die ihre kumulierten Frustrationen durch Aggressionen und anomisches Verhalten loswerden und die reine Luft, Kontakt mit der Natur und Ruhe als unerschwinglichen Luxus ansehen.²⁹

Ökologische Ungleichgewichte großen Ausmaßes sind auch außerhalb des städtischen Bereichs an der Tagesordnung. Im Herzen Südamerikas, im Grenzgebiet von Brasilien, Bolivien, Paraguay und Argentinien erstreckt sich das riesige Gebiet von Chaco und Mato Grosso, eine subtropische Savanne mit Mischwald. Seit einiger Zeit versucht man, diese Region in den Wirtschaftskreislauf der betreffenden Länder zu integrieren, und zwar durch deren Erschließung für eine intensiv betriebene Landwirtschaft, Viehzucht und die Gewinnung von Holz. Eine merkliche Zunahme der dort ansässigen Bevölkerung, eine anfängliche Abholzung der Wälder und eine Steigerung des allgemeinen Druckes auf das Ökosystem haben in einer relativ kurzen Zeit dazu geführt, dessen Regenerationsfähigkeit ernsthaft zu bedrohen und dadurch klimatische Veränderungen, eine nicht wiedergutzumachende Erosion, die Verbreitung einer wüstenähnlichen Steppe und eine erhebliche Abnahme der Agrarproduktion eintreten zu lassen. Ein anderes, langfristig relevanteres Beispiel stellt die sogenannte Erschließung des Amazonas-Gebietes für den Fortschritt dar. Diese Zone umfaßt den größten Regenwald der Welt, der als solcher, was wenig bekannt sein dürfte, für die Regeneration des atmosphärischen Sauerstoffes auf Weltebene eine schlicht unerläßliche Bedeutung hat. Der tropische Regenwald bildet das verwundbarste Ökosystem auf Erden: es ist weitgehend regenerationsunfähig, besonders empfindlich auf Einbrüche in dessen Teile, nur als Ganzes zu erhalten und von geringer ökonomischer Bedeutsamkeit. Die brasilianische Regierung setzt sich seit Jahren intensiv dafür ein, diesem letzten Rest unberührter Natur einen ökonomischen Nutzen zu entreißen durch den Bau eines ausgedehnten Straßennetzes, durch Prospektion auf mineralische Rohstoffe und vor allem durch Rodung und agrarische Nutzbarmachung. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß keine politische Richtung die »Erschließung« des Amazonas-Gebietes als solche kritisiert hat; die Einwände bezogen sich auf Fragen wie Zurückdrängung der ausländischen Interessen, Militarisierung der Region und Eigentumsordnung. Die Kri-

tik linksorientierter Provenienz erschöpft sich nicht selten in der Bemerkung, die Militärregierung habe sich nicht früh genug um das Gebiet gekümmert und die Erschließung geschehe nicht mit dem notwendigen Tempo und der wünschenswerten Breite. Die Wahrscheinlichkeit großer klimatischer Veränderungen, die Entstehung unzähliger ökologischer Ungleichgewichte und die Zerstörung des letzten intakten Natursystems hat dieselbe Kritik mit der Bemerkung abgetan, dieses seien irrelevante Ideen utopistischen Charakters.³⁰

Die meisten Entwicklungsmodelle gehen implizit von der Annahme aus, daß die ressourcenmäßige Ausstattung Lateinamerikas die Entfaltung einer diversifizierten Wirtschaftsordnung in Richtung auf Vollindustrialisierung hin zuläßt und daß die Belastbarkeit der Ökosysteme als überaus hoch anzusetzen ist. Durch mechanistische Vergleiche mit der Entstehung der ersten Industrie in Westeuropa oder der Bevölkerungsdichte in Israel oder Holland überspringt die jetzt herrschende kollektive Ressourcenwahrnehmung den völlig andersgearteten Zusammenhang von Natur und Gesellschaft im lateinamerikanischen Raum und vor allem die verschiedene Ausgangslage, die sich aus der Existenz riesiger Flächen von Wüste, Bergland, Urwald und Steppe und aus einer verhältnismäßig ungünstigen Zusammensetzung der meisten Böden ergibt. Im krassen Gegensatz zu Westeuropa weisen die meisten Böden, die landwirtschaftlich nutzbar sind, eine Humusschicht auf, die im Durchschnitt viel dünner und darüber hinaus erosionsanfälliger, steiniger und regenerationslangsamer ist als in der Alten Welt. Ausnahmen bilden nur die argentinischen *pampas* und einige Zonen vulkanischen Ursprungs im karibischen Raum, die einen geringen Prozentsatz aller nutzbaren Agrarböden ausmachen.³¹

Im Rahmen dieses Aufsatzes wird absichtlich eine Gleichsetzung technokratisch-konservativer und sozialistisch-revolutionärer Meinungen und Entwicklungsvorstellungen lateinamerikanischer Provenienz angenommen, die jedoch nicht willkürlich ist. Divergieren die Meinungen über Fragen wie Eigentum an den Produktionsmitteln oder Gestaltung der politischen Sphäre sehr stark, so herrscht dagegen eine unüberschbare Einstimmigkeit über das Verhältnis des Menschen zur Natur und über die letzten Orientierungswerte der fast ausschließlich positiv angesehenen industriellen Zivilisation.³² Alle relevanten Tendenzen des politischen Spektrums glauben an den quasi-magischen Charakter einiger Grundbegriffe wie *Entwicklung*, *Fortschritt*, *Erschließung*, *Wachstum* und *Industrialisierung*, hegen identische Vorurteile über die Ressourcenlage und halten die Natur für das bloße Fundament menschlicher Entwürfe, selbstverständlich ohne eigene Rechte. (Es gibt in der ganzen Dritten Welt viele Entwicklungsvorstellungen mit anderen Inhalten, aber sie besitzen kein sozialpolitisches Gewicht.)

Die weitgehende Verdrängung der Diskussion über negative Faktoren des materiellen Fortschritts und des Modernisierungsprozesses legt den Schluß nahe, daß es einen breiten Konsensus in Lateinamerika über Ausgangslage und Ziele der Entwicklung gibt, einen Konsensus, der möglicherweise von unrealistischen Annahmen ausgeht, der aber gleichwohl für die meisten politischen Strömungen einen unverzichtbaren identitätsverbürgenden Sinnzusammenhang bildet. Es scheint deswegen unwahrscheinlich, daß irgendeine relevante politische Richtung ein langsames Wachstum der Wirtschaft befürworten oder ökologische sowie demographische Maßnahmen einleiten würde, die zugleich eine Verlangsamung des Wachstums oder erhöhte Produktionskosten kurz- und mittelfristig implizieren. Auch revolutionäre Richtungen leiten die Legitimation

ihres Handelns davon ab, daß die traditionellen Parteien und Machtträger nicht in der Lage gewesen sein sollen, ein beschleunigtes Modernisierungs- und Industrialisierungsprogramm durchzuführen.³³ Sozialismus wird häufig darauf reduziert, eine Lösung für die Unterentwicklung, d.h. für den Mangel an einer modernen Industriegesellschaft, zu bieten.

Fasziniert durch die metropolitanischen Demonstrationseffekte hat das kollektive Bewußtsein die *ideologische* Aufgabe ergriffen, die Übernahme der Standards der modernen Industriegesellschaft durch den Rekurs auf ein vermeintlich autochthones politisches Modell zu legitimieren, wodurch dieses Denken sich der Möglichkeit begibt, eine langfristige Lösung für komplizierte Entwicklungsprobleme in einer zunehmend gefährdeten Umwelt und angesichts einer Situation der sich verschärfenden Ressourcenknappheit zu entwerfen. Die Konstellation erlaubt die Schlußfolgerung, daß die allgemeine Entwicklung in Lateinamerika, sowohl im Bereich der entwicklungsgeschichtlichen Theorie als auch der wirtschaftspolitischen Praxis, insofern die Entfaltung der Industrienationen nachahmt, als sie vorwiegend auf materiellen Fortschritt und nicht auf menschliche Emanzipation abzielt: die Verwechslung von Mitteln und Zwecken, die Bindung von gelungener Entwicklung an die Zuwachsraten von Produktion und Produktivität sowie die ausschließliche Identifizierung von Modernität und Industrialisierung stellen sämtlich Elemente dar, die den Siegeszug einer bloß instrumentellen Rationalität markieren, bei dem die Menschen — als quantifizierbare Größen — im Dienste der ökonomischen Entwicklung stehen, und nicht umgekehrt.

Hier, im Schnittpunkt breitangelegter Modernisierungsbestrebungen, kollektiver Identitätsbildung und ökologisch-demographischer Krisenerscheinungen, bietet sich ein reichhaltiges Material für geschichtsphilosophische Überlegungen an, das sowohl über allgemeinere Fragestellungen (Sinn und Ziel der historischen Evolution in wahrhaftigem Weltmaßstab, Linearität / Zirkularität, Fortschrittsproblematik) als auch über kontroverse Aspekte der Entwicklungsländerforschung (Eurozentrismus, Geltung herkömmlicher Begriffe und Kategorien außerhalb des metropolitanischen Kontextes, Periodisierung der Geschichte in der Dritten Welt) Aufschluß geben kann. In jedem Fall wird die Beschäftigung mit diesem Material für die Geschichtsphilosophie und verwandte Disziplinen ergiebiger ausfallen als die üblichen Rekonstruktionen, Ableitungen, Weiterentwicklungen, Reaktualisierungen und sonstige Bibliotheks- und Seminarübungen, die zwar durch exegetische Künste und byzantisches Differenzierungsvermögen den Klassikern weiterhin manche subtile Erkenntnis abgewinnen, aber vom Vorwurf der Sterilität nicht immer zu dispensieren sind.

Untersuchungswürdig ist neben der Frage nach alternativen Entwicklungskonzepten für die Dritte Welt³⁴ die komplexe Problematik der Kriterien, nach denen eine vernünftige Entfaltung der peripheren Gesellschaften beurteilt werden kann. Die Grundidee, die den heute meist gebrauchten Maßstäben zugrunde liegt, erschöpft sich in einem Vergleich der metropolitanischen Wirklichkeit mit dem jetzigen Zustand in den ärmeren Weltregionen, und zwar gemäß Begriffspaaren wie Entwicklung / Unterentwicklung, Fortschritt / Rückständigkeit, Wachstum / Stagnation, Dynamik / Statik, Modernität / Traditionalität, Homogenität / Heterogenität usw. Es ist klar, welche Begriffe als unbedingt positiv gelten; ihre durch nichts relativierte normative Geltung wird insbesondere von denjenigen hervorgehoben, die alle Erscheinungsformen des Imperialismus hauptberuflich kritisieren. Die Bildung vernünftiger kollektiver Identitäten wird

dadurch erheblich erschwert, daß nur die Nachahmung des metropolitanischen Paradigmas als ihr Inhalt angesehen wird, obwohl es wahrscheinlich ist, daß solch eine gelungene Imitation ein Wunschideal bleibt. Fast alle Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt gehen mit einem Verlust eigenständiger Momente einher: dem erzwungenen Fortschritt opfert man kulturelle, regionale und politisch-institutionelle Besonderheiten, die man nun pejorativ »strukturelle Heterogenität« oder »Überbleibsel der feudalen Vergangenheit« oder ähnlich nennt.³⁵ Das Gleiche geschieht mit dem Recht kleinerer Nationen auf eine eigenständige historische Entfaltung, das als eine abgeleitete Größe weltgeschichtlicher Strömungen betrachtet wird. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß fast alle marxistischen Tendenzen die wahrscheinliche und wünschenswerte Zukunft kleinerer Völker in der Assimilierung durch größere Nationen erblickt haben.³⁶ Es ist nun an der Zeit, mit diesem Hegelschen Relikt der Geschichtsphilosophie aufzuräumen.

Eine bedrohte kollektive Identität kann Phänomene wie Wiederbelebung religiöser Traditionen, Auffrischung nationalistischer Momente und Flucht in den archaisierenden Antiindividualismus hervorrufen.³⁷ Es ist jedoch wahrscheinlich, daß solche revivalistische Bewegungen weiterhin eine naive Bewunderung für weite Bereiche der technologisch-industriellen Zivilisation hegen: islamische Fundamentalisten pflegen einen intimen Umgang mit modernsten Waffensystemen westlichen Ursprungs, trotz aller Distanzierung vom westlichen Teufel. Es entsteht dabei die Gefahr, daß eine partielle und intensiv betriebene Modernisierung autoritäre Strukturen und ungerechte Sozialverhältnisse konsolidieren kann; die Ablehnung westlich-bürgerlicher Demokratie bedeutet oft die Ablehnung jeglicher Demokratie und gewährt dem Bürger die zweifelhafte Freiheit, sich mit dem eigenen Staat zu identifizieren.³⁸ Diese Art von Modernisierung fördert erfahrungsgemäß kein Verständnis für ökologische Gesichtspunkte und verstärkt die konventionelle, ideologisch gefärbte Wahrnehmung natürlicher Ressourcen.

Obwohl wünschenswert, können der materielle Fortschritt und das wirtschaftliche Wachstum buchstäblich in die Katastrophe führen, was auch für die peripheren Länder gilt. In einer endlichen Welt mit beschränkten Ressourcen und vor der bevorstehenden Verdoppelung der gesamten Bevölkerung in dreißig Jahren sind die Aussichten für eine dauerhafte Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen als recht trübe zu bezeichnen. Nach den vorläufigen (jedoch revidierbaren) Daten, über die man jetzt verfügt, würden durchaus erstrebenswerte und an sich vernünftige Zielsetzungen, wie Industrialisierung der Dritten Welt und qualitative Steigerung des dortigen Lebensstandards, sowohl eine totale und irreversible Störung des ökologischen Gleichgewichts im Weltmaßstab als auch eine restlose Erschöpfung energetischer und mineralischer Ressourcen in sehr kurzer Zeit herbeiführen. Angesichts dieser Möglichkeit besteht die Aufgabe einer kritisch orientierten Wissenschaft darin, die Augen vor dieser in vielerlei Hinsicht schmerzhaften Wirklichkeit nicht zu verschließen.

Anmerkungen

- 1 Zur Kritik des Eurozentrismus vgl. die materialreiche Untersuchung von Umberto Melotti: *Marx y el Tercer Mundo*, Buenos Aires 1974, und die ethnologisch ausgerichtete Arbeit von Pierre Clastres: *La société contre l'état. Recherches d'anthropologie politique*, Paris 1974, sowie die Aufsätze von Manfred Mols: *Zum Problem des westlichen Vorbildes in der neueren Diskussion zur politischen Entwicklung*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, vol. 8 (1975) Nr. 1; Wolfgang Fritz Haug: *Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus*,

- in: *Das Argument*, 21. Jg., Nr. 114, Berlin/West 1979; René König: *Über einige offene Fragen und ungelöste Probleme der Entwicklungsforschung*, in: René König (Hrsg.): *Aspekte der Entwicklungssoziologie*, Sonderheft 13 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 1969.
- 2 Zu den sog. »Süd/Süd-Beziehungen« vgl. Bassam Tibi: *Das Selbstverständnis der OPEC. Süd/Süd-Beziehungen und die Veränderung der Position der Peripherien in der Weltgesellschaft*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, vol. 12 (1979), Nr. 3, 259-266.
 - 3 Es gibt außergewöhnlich wenige Arbeiten, die die Verschränkung dieser Probleme in Bezug auf die Dritte Welt thematisieren. — Vgl. Yves Laulan: *Le Tiers Monde et la crise de l'environnement*, Paris 1974; D. Brooks/P.W. Andrews: *World Population and Mineral Resources*, New York 1973.
 - 4 Außer der sehr ausgedehnten Diskussion im englischsprachigen Bereich vgl. Charles Morazé: *La logique de l'histoire*, Paris 1967; Lothar Paul: *Gesetze der Geschichte*, Weinheim 1978; Hans Michael Baumgartner: *Kontinuität und Geschichte*, Frankfurt/M. 1972; Helmut Fleischer: *Marxismus und Geschichte*, Frankfurt/M. 1969; Lars Lambrecht (Hrsg.): *Gesellschaftsformationen in der Geschichte*, Berlin/W.: Argument-Sonderband 32, 1978; Urs Jaeggli/Axel Honneth (Hrsg.): *Theorien des Historischen Materialismus*, Frankfurt/M. 1977.
 - 5 An Stelle von »Demonstrationseffekten« könne man von »Faszinationseffekten« sprechen, meint Torcuato S. Di Tella. (Cf. T.S. Di Tella: *Populism and Reform in Latin America*, in: Claudio Véliz [Hrsg.]: *Obstacles to Change in Latin America*, London 1965, 48).
 - 6 Sigmund Freud: *Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse*, in: Freud: *Gesammelte Werke*, Frankfurt/M. 1967, vol. XV, 194; Freud: *Zur Einführung des Narzißmus*, in: *ibid.*, vol. X, 169.
 - 7 Zur Existenz eines »Über-Ich der Kultur« vgl. Freud: *Das Unbehagen in der Kultur*, in: *ibid.*, vol. XIV, 501; Theodor W. Adorno: *Zum Verhältnis von Psychoanalyse und Gesellschaftstheorie*, in: *Sociologica II*, Frankfurt/M. 1962.
 - 8 Ein Beispiel dafür stellt das Werk von Ramón Losada Aldana: *Dialéctica del subdesarrollo*, Mexico 1969, 89, dar, das die Einstellung der orthodoxen kommunistischen Parteien auf einer anspruchsvollen Ebene wiedergibt.
 - 9 Walter Rodney: *Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung*, Berlin/W. 1976, 13, 63, 118.
 - 10 Vgl. die Werke der drei bekanntesten sozialistischen Publizisten Lateinamerikas: Jorge Abelardo Ramos: *De octubre a septiembre*, Buenos Aires 1974, 175-235; Eduardo Galeano: *Las venas abiertas de América Latina*, Mexico/Buenos Aires 1972, 293-306; A.G. Frank: *Lumpenbureguésia: lumpendesarrollo*, Mexico 1971, 62.
 - 11 J.D. Perón: *Doctrina revolucionaria*, Buenos Aires 1973, 295; Perón: *La hora de los pueblos*, Buenos Aires 1973, 11.
 - 12 Vgl. Seymour Martin Lipset: *Values, Education, and Entrepreneurship*, in: S.M. Lipset/Aldo Solari (Hrsg.): *Elites in Latin America*, London 1967, 35.
 - 13 Vgl. Uwe Simson: *Typische ideologische Reaktionen arabischer Intellektueller auf das Entwicklungsgefälle*, in: R. König (Hrsg.): *op. cit.*, 145-147; Maxime Rodinson: *Die Araber*, Frankfurt/M. 1981, 114.
 - 14 Losada Aldana, *op. cit.*, 87; Orlando Caputto/Roberto Pizarro: *Dependencia y relaciones internacionales*, San José 1974, 50.
 - 15 Allgemein zur Dependenztheorie vgl. David Ray: *The Dependency Model of Latin American Underdevelopment. Three Basic Fallacies*, in: *Journal of Inter-American Studies and World Affairs*, vol. 15, Nr. 1, Feb. 1973; Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.): *Lateinamerika — Historische Realität und Dependenz-Theorien*, Hamburg 1977.
 - 16 Losada Aldana, *op. cit.* 87; Theotonio dos Santos: *Über die Struktur der Abhängigkeit*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Frankfurt/M. 1972, 255.
 - 17 Angel Fucaraccio et al.: *Imperialismo y control de la población*, Buenos Aires 1973, 142.
 - 18 *Ibid.*, 16, 25, 101. — Zum Problem der Bevölkerungsexplosion als »Offenbarung der Reife« des betreffenden Landes und anderer positiven Eigenschaften vgl. Samir Amin: *Le développement inégal. Essai sur les formations sociales du capitalisme périphérique*, Paris 1973, 313-315.
 - 19 Zum Theorem der *natural deterrents to development* vgl. Karl de Schweinitz: *In-*

- dustrialization and Democracy. Economic Necessities and Political Possibilities*, Glencoe/London 1964, 234-239. — Für den islamischen Raum ist die Feststellung von Bedeutung, daß Knappheit der Güter nach koranischem Verständnis undenkbar ist. Vgl. Bassam Tibi: *Die iranische Revolution und die Re-Islamisierung im Lichte des Nord-Süd-Konflikts*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14/81, 4. April 1981, 22.
- 20 Rafael Caldera: *Crucial Test for Christian Civilization*, in: William Manger (Hrsg.): *The Alliance for Progress. A Critical Appraisal*, Washington 1963, 29.
- 21 Remo Di Natale: *América Latina hoy: esquemas populares democrata-cristianos*, Caracas 1964, 23.
- 22 J.D. Petón: *Doctrina revolucionaria*, op. cit., 61. — Zu dieser Problematik vgl. Richard H. Tilly: *Das Wachstumsparadigma und die europäische Industrialisierungsgeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 3 (1977), Nr. 1, 93-108; N.L. Tranter (Hrsg.): *Population and Industrialization*, London 1973.
- 23 Galo Plaza (damaliger Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, OAS), in seiner Rede vor dem UNO-Kongreß über Umweltfragen in Stockholm 1972, abgedr. in: *Americas*, vol. 24, Nr. 9, Sept. 1972, 3.
- 24 Vgl. zwei Stellungnahmen gleichen Inhalts, aber aus den entgegengesetzten Positionen des politischen Spektrums: Miguel A. Ozorio de Almeida (brasilianischer Botschafter bei den Vereinten Nationen): *El mito del equilibrio ecológico*, in: *El Correo de la UNESCO*, vol. XXVI, Januar 1973, 26, 28; Josué de Castro (brasilianischer Sozialwissenschaftler): *El subdesarrollo, primera causa de la contaminación*, in: *ibid.*, 22.
- 25 Amílcar O. Herrera/Hugo D. Scolnik et al.: *Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell: so kann die Menschheit überleben*, Frankfurt/M. 1977, 9-11, 20, 48, 236, 240.
- 26 Vgl. Nicolás Sánchez-Albornoz: *The Population of Latin America. A History*, Berkeley 1974, Kap. I; David Chaplin (Hrsg.): *Population Policies and Growth in Latin America*, Lexington 1971.
- 27 UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (= CEPAL): *Boletín Económico de América Latina*, vol. XIX (1974), Nr. 1-2; CELADE: *Boletín Demográfico*, vol. XIV (1981), Nr. 1.
- 28 Vgl. Francisco Szekely (Hrsg.): *El medio ambiente en México y América Latina*, Mexico 1978, passim.
- 29 Vgl. Luis Unikel: *La dinámica del crecimiento de la ciudad de México*, in: *Revista Interamericana de Planificación*, vol. 6 (1972), Nr. 21, 65-82.
- 30 Vgl. Eberhard F. Brünig: *Ökosysteme in den Tropen*, in: *Umschau in Wissenschaft und Technik*, vol. 74 (1974), Nr. 13, 405; Jean L. Tricart: *Ecologie et développement: l'exemple amazonien*, in: *Annales de Géographie*, vol. 87 (1978), Nr. 481, 257-293; R.J.A. Goodland/H.S. Irwin/G. Tillman: *Ecological Development for Amazonia*, in: *Ciencia e Cultura (São Paulo)*, vol. 30 (1978), Nr. 3, 275-289; Fernando H. Cardoso: *Desarrollo y medio ambiente: el caso de Brasil*, in: *Revista de la Cepal*, Nr. 12, December 1980, 115-132.
- 31 Vgl. Hilda Herzer et. al.: *La relación entre el hombre y los recursos naturales*, in: *Nueva Sociedad*, Jg. 1977, Nr. 31-32, 206-220.
- 32 Vgl. dazu Wolfgang Sternstein: *Die Befreiung der Dritten Welt*, in: *Futurum*, vol. 2 (1969), Nr. 3, 427-457; Jürg A. Hauser: *Bevölkerungsprobleme der Dritten Welt*, Bern/Stuttgart 1974, 38; Ivan Illich: *Outwitting the »Developed« Countries*, in: Henry Bernstein (Hrsg.): *Underdevelopment and Development. The Third World Today*, Harmondsworth 1978, 357-368. — Zum Standpunkt des offiziellen Marxismus vgl. Horst Grienig/Manfred Voigt (Hrsg.): *Industrialisierung in Entwicklungsländern. Bedingungen, Konzeptionen, Tendenzen*, Berlin/DDR 1975.
- 33 Vgl. Ramos, op. cit., 232, 235; Darcy Ribeiro: *Der zivilisatorische Prozeß*, Frankfurt/M. 1971, 174f. — Die recht konventionellen Entwicklungsvorstellungen linksorientierter Provenienz pflegen einen dünnen revolutionären Firnis zu tragen, wie das Werk von *Walter Rodney*, op. cit., 89.
- 34 Zur Strategie der Grundbedürfnisse vgl. Brigitte Janik: *Die Befriedigung der existentiellen Grundbedürfnisse des Menschen als Faktor der Entwicklung und der Entwicklungsplanung*, in: *Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Nr. 47, März 1972, 77-94; Roy Preiswerk: *Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse*, in: *Das Argument*, 22. Jg., Nr. 120, Berlin/W. 1980, 167-178.

- 35 Es ist kein Zufall, daß die Kritik und Ablehnung sozialer und ökonomischer Vielfalt aus einer explizit sozialistischen Perspektive mit der Bewunderung des *japanischen* Modells korreliert, das sowohl gesellschaftliche Homogenität als auch eine gelungene Nachahmung des metropolitanischen Paradigmas erreicht haben soll. Vgl. Dieter Senghaas: *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt/M. 1977, 41f., 91-99.
- 36 Vgl. dazu Maxime Rodinson: *Le marxisme et la nation*, in: *L'Homme et la Société*, Jg. 1968, Nr. 7, passim.
- 37 In Bezug auf die islamische Welt vgl. Bassam Tibi: *Die Krise des modernen Islams. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich-technischen Zeitalter*, München 1981, 13, 43f., 63, 181; (unter Anwendung des akkulturationstheoretischen Ansatzes) Maria Mies: *Kulturanoomie als Folge westlicher Bildung*, in: *Die Dritte Welt*, vol. 1 (1972), Nr. 1, 23-38; Bassam Tibi: *Internationale Politik und Entwicklungsländer-Forschung*, Frankfurt/M. 1979, 176ff.
- 38 M. Rodinson: *Die Araber*, op. cit. 114, 166; Udo Steinbach: *Die Menschenrechte im Verständnis des Islam*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, Jg. 8 (1975), Nr. 1, 53-56; Guillermo O'Donnell: *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism. Studies in South American Politics*, Berkeley 1973. — Zur Frage des sowjetischen Vorbildes für eine modernisierende Despotie vgl. Maximilien Rubel: *Le schainon le plus faible: à propos de la «loi de développement inégal*, in: *Mondes en Développement*, vol. 1973, Nr. 1, 110ff.; Umberto Melotti, op. cit., 125ff.; Charles Wilber: *The Soviet Model and Underdeveloped Countries*, Chapel Hill 1969; Dieter Senghaas: *Sozialismus. Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung*, in: *Leviathan*, 8. Jg. (1980), Nr. 1.

Literatur im historischen Prozeß

Neu im Argument-Verlag

Karl-Heinz Götze/Klaus R. Scherpe (Hsg.) Die 'Ästhetik des Widerstands' lesen.

Literatur und Literaturwissenschaft über Peter Weiss.

Die Beiträge dieses Sammelbandes wollen helfen, „Die Ästhetik des Widerstands“ in Gebrauch zu nehmen. Sie handeln von der Faszination und vom Dilemma einer Einheit von künstlerischer und wissenschaftlicher Erkenntnis, vom Pathos und vom Abgrund politischer und künstlerischer Parteilichkeit. Zu erkunden sind die Realität und die Projektion eines Standorts zwischen der politischen Revolution und der Revolutionierung der künstlerischen Ausdrucksmittel, die Möglichkeiten einer realistischen Schreibweise zwischen Tradition und Avantgarde.

— LHP. NF Bd. 1. Herbst 1981. (AS 75)

Christian Fritsch/Lutz Winckler (Hsg.) Faschismuskritik und Deutschlandbild im Exillroman.

Der Band orientiert sich auf einen historischen Begriff von Exilliteratur als 'Literatur im Zeichen des Faschismus'. Die Beiträge untersuchen, wie Literatur vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise der bürgerlichen Gesellschaft im 20. Jahrhundert auf Entstehung und Herrschaft, auf Niederlage und Fortwirken des Faschismus reagiert. Als Gegenentwurf zur vorherrschenden Exilliteraturforschung wird hier ausgegangen von dem historischen Epochenkonflikt; befragt werden die Texte unter dem Gesichtspunkt des Weiterlebens, Umarbeitens und Neubegründens künstlerischer Traditionen und Techniken. Übergreifend ist den Aufsätzen die Frage nach der Funktion von Exilliteratur im Prozeß der Selbstverständigung ihrer Schriftsteller und der Ausarbeitung antifaschistischer Wirkungsstrategien.

— LHP. NF Bd. 2. Herbst 1981. (AS 76)

Nora Räthzel

Projektgruppe Automation und Qualifikation

Thesen zur kulturellen Identität der Facharbeiter*

1. Mit zunehmender Produktivkraftentwicklung verschwindet der Facharbeiter, bisher Hauptträger der industriellen Entwicklung, aus der Produktion. Dies meinten nicht erst Kern und Schumann (1970), schon Georges Friedmann (1952) befürchtete, die traditionellen Tätigkeiten des Facharbeiters würden zunehmend von Maschinen übernommen und dieser Arbeitertypus würde daher aussterben. Während sich diese Vorstellung unter dem Titel »Facharbeiterkrise« hartnäckig hält, lesen wir, der Facharbeiter sei vom Arbeitsmarkt verschwunden, allerdings zum Leidwesen der Betriebseigner, die ihn verzweifelt suchen. Facharbeiterkrise und Facharbeitermangel: Die Lösung des Widerspruchs liegt vielleicht darin, daß Facharbeiter zwar wegen ihrer Eigenschaften gesucht, aber dann »unterqualifiziert« eingesetzt werden. (Weltz/Schmidt/Sass, 1974) Nach unseren empirischen Untersuchungen glauben wir ausschließen zu können, daß Facharbeiter an den neuen, automatischen Maschinen/Anlagen generell dequalifiziert arbeiten. (Vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation (= PAQ) 1980a und 1981a + b.) Wenn Facharbeiter weder verschwinden noch generell dequalifiziert werden, warum erweist sich dann die Vorstellung von der Facharbeiterkrise als so beständig?

Unsere These: Im Reden über die Facharbeiterkrise steckt die — berechtigte — Furcht vor einem Zerbröckeln der Arbeiterbewegung. Die Furcht ist deshalb berechtigt, weil mit der Automatisierung ein tragendes Element der Arbeiterkultur seine Grundlage verliert.

2. In der mechanisierten Produktion braucht der Facharbeiter neben den Kenntnissen über Maschine und Werkstück: körperliche Kraft, die Fähigkeit, körperliche Belastungen zu ertragen, handwerkliche Geschicklichkeit, Ausdauer und Genauigkeit. Durch langjährigen alltäglichen Umgang mit den Maschinen entwickelt er besondere Geschicklichkeit, lernt er besondere »Kniffe« und Tricks, wie mit den Maschinen am besten umzugehen ist. In der Entwicklung dieser Fähigkeiten liegt ein kultureller Aspekt der Arbeit, ein Stück Selbstbestimmung in der Fremdbestimmung. Der Stolz auf Kraft, Geschicklichkeit und Erfahrung spielt aber nicht nur in der Arbeit selbst eine Rolle, er beeinflußt nicht nur die Beziehungen der Arbeiter untereinander (wer nichts kann, ist bei den Kollegen nicht anerkannt). Kraft und Ausdauer sind »Eigenschaften«, die auch in der Freizeit Gewicht haben: Trinkfest sein, viel Essen, keine Angst haben. Mit der Art der Arbeit ist also verbunden ein ganzer Komplex von Lebensweisen, die die Arbeitenden untereinander verbindet und durch die sie sich zugleich absetzen von anderen: Sie belächeln die Ungeschicklichkeit und Weltfremdheit der »Kopfarbeiter«. Ihre Kraft und Geschicklichkeit, ihre langjährige Erfahrung gibt ihnen eine Überlegenheit selbst gegenüber Technikern und Ingenieuren. Ihre Tätigkeit gibt ihnen erst recht eine Möglichkeit, sich Frauen gegenüber überlegen zu fühlen: Frauen sind nicht nur körperlich schwächer, sie haben auch keinen Sinn für Technik. Facharbeiter gehören zum Kern der Arbeiterbewegung. Ein Teil des Mutes, der nötig ist, gegen das Kapital zu kämpfen, wird geschöpft aus dieser kulturellen Identität**, der Überzeugung der Stärke und Überlegenheit gegenüber den im Grunde schwachen Vorgesetzten: »Und der Chef hämmerte sich (aus Wut, d.V.) vor die wabbelige Brust, daß die Lungen pfif-

* Beitrag für die »Volksunie« Pfingsten 1981 in Berlin (West)

fen.« (Werkkreis Literatur der Arbeitswelt 1973, S. 54) Auf der anderen Seite steht die Machtausübung gegenüber den Frauen. Die alltägliche Demütigung im Betrieb wird vielleicht auch deshalb erträglich, weil die männlichen Arbeiter ihr Bedürfnis nach Selbstbestimmung als Bestimmung über Frauen ein Stück weit ausleben können. Das heißt nicht, daß der Geschlechtergegensatz aus dem Klassengegensatz abzuleiten ist. Es ist jedoch anzunehmen, daß beide Gegensätze sich auf diese Weise gegenseitig stabilisieren. (Vgl. F. Haug 1981)

Die kulturelle Identität der Facharbeiter ist so zugleich eine Stärke und ein Schwäche der Arbeiterbewegung. Schwäche, weil sie damit verknüpft ist, daß die Hälfte der Arbeiterklasse, die Hausfrauen, aber auch die in der Produktion arbeitenden Frauen aus dem Bereich der Politik und sogar aus den meisten Freizeitaktivitäten ausgeschlossen sind. Eine Schwäche liegt jedoch auch in der polemischen Haltung gegen die verachteten »Hirniss«, gegen eine Tätigkeit, die vor allem im Denken besteht, in deren Abgelöstheit von der unmittelbaren Erfahrung jedoch auch eine Chance zum Begreifen größerer Zusammenhänge liegt.

3. Mit der Automatisierung bricht ein Teil der Grundlage für die Facharbeiteridentität zusammen. Kraft, Geschicklichkeit, Genauigkeit werden zu Funktionen der automatischen Anlagen, körperliche Belastungen werden abgebaut. Stattdessen werden von den Arbeitern Tätigkeiten verlangt, die bislang ihren Spott und ihre Verachtung fanden: sie müssen über Zusammenhänge nachdenken, ohne den Gegenstand handgreiflich vor Augen zu haben. Sie haben es mit Zahlen, Zeichen und Formeln zu tun. Zwar gehörten Zeichnungen und Rechenoperationen auch schon zuvor zu ihren Tätigkeiten, sie waren jedoch unmittelbar bezogen auf den direkten Umgang mit den Maschinen und Werkstücken. Knöpfchendrücken, das berühmte Schreckgespenst der Automation, kann deshalb zur Horrorvision werden, weil wirkliche Arbeit, Arbeit, auf die man stolz sein kann, identifiziert wird mit der unmittelbaren Bearbeitung des Gegenstandes; man muß ihn anfassen, drehen und wenden können. Knöpfchendrücken sieht aus wie eine Tätigkeit, die nicht nur jeder Intellektuelle, sondern sogar jede Frau machen kann. Wir sind dagegen der Auffassung, daß die Anforderungen in Wirklichkeit gestiegen sind. Ich führe das an dieser Stelle nicht weiter aus und verweise auf unsere Untersuchungen. Wir sehen das Facharbeiter-Problem also folgendermaßen: Die neuen Tätigkeiten sehen einerseits wie zu verachtende Tätigkeiten aus, erfordern aber andererseits Fähigkeiten, die die Facharbeiter nicht so ohne weiteres haben, und die ihnen, wie unsere Untersuchungen zeigen, von den Unternehmern auch nur rudimentär vermittelt werden. (Vgl. PAQ 1980, S. 143ff) Es entstehen Unsicherheit und Angst.

4. Eine Reihe objektiver Bedingungen für die bisherige Facharbeiteridentität verschwinden. Es entsteht ein Vakuum, in das die Unternehmer eingreifen. Sie versuchen, die solchermaßen destabilisierten Arbeiter in die Betriebsinteressen einzubinden. Anhand zweier Beispiele will ich versuchen, die Wirkungsweise solcher Unternehmerstrategien zu zeigen.

a) *Zur Messe geschickt werden:* In einigen der von uns untersuchten Betrieben wurden Arbeiter regelmäßig zum Besuch von Messen geschickt. Die Unternehmer berichteten, ein Resultat dieser Messebesuche seien Verbesserungsvorschläge der Arbeiter, sie versuchten, das, »was sie auf Messen, bei anderen Firmen gesehen haben, im Betrieb umzusetzen« (PAQ 1981, S. 589). Wir begreifen die Wirkung eines solchen Messebesuches so: »Maschinen, technische Apparaturen, Organisationshilfen etc. werden auf ei-

ner solchen Messe außerhalb ihres sozialen Zusammenhangs präsentiert, d.h., es verschwindet der konkrete Produktionszusammenhang in seiner kapitalistischen Form. Was vorgestellt wird, ist etwa, daß die Maschinen Lücken und Schranken einer bislang vorherrschenden Maschine überwinden, daß konkrete Probleme weiterer Steigerung der Produktivität überwunden werden können. (...) Solche Teilprobleme isoliert vom Gesamtzusammenhang des Betriebes sind jedem Produzenten in der einen oder anderen Weise vertraut und als 'technische Probleme' selbstverständlich im konkreten partialisierten Kontext. Die 'perfekte' technische Lösung, durch neue Maschinen versprochen, fasziniert. (...) Das Sich-Einlassen auf die 'perfekte Lösung' ist als spontaner Vorgang zugleich ein Sich-Einlassen auf die Eingrenzung der Lösung und damit auf den Standpunkt privater Produktion.« (PAQ 1981b, S. 591) Die Arbeiter entwickeln durch solche Messebesuche nicht nur ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, sie können auch eigene Initiativen entwickeln, können Spaß gewinnen an den neuesten technischen Errungenschaften, können von diesen technischen Lösungen fasziniert werden. Sie können also die Elemente einer Identität befördern, in der sie sich als Sachverständige neuester Technikentwicklung und zugleich als Mitentwickler der Technik erleben.

Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeiter würde nicht nur nach der isolierten technischen Lösung, sondern auch nach der Art der Tätigkeiten gefragt, die an den Maschinen erfordert ist. Es wäre von Bedeutung, wie hoch der Schaden ist, den die Anwendung der Maschine möglicherweise verursacht, im Vergleich zu den Bedürfnissen, die dadurch befriedigt werden könnten. Mit einer solchen Sichtweise könnte eine Identität sich entfalten, die Lust an der Technikentwicklung mit der Planung der eigenen und der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung verknüpft. Wenn die Arbeitenden die Maschinen hingegen als Abgesandte »ihres« Unternehmens betrachten, so wird darin der Spaß an der Technikentwicklung mit dem Unternehmerinteresse an der privaten Produktion verknüpft. Wir kennen entsprechende Formen der Identität schon von Technikern und Ingenieuren, die mit Hingabe an der Lösung technischer Probleme arbeiten, unabhängig davon, ob damit eine Atombombe besser ins Ziel gebracht werden kann oder eine Krankheit überwindbarer wird. Es ist diese Blindheit gegenüber den umgreifenden gesellschaftlichen Zusammenhängen, die Verflechtung mit Herrschaftsinteressen, was die Technikbegeisterung in den Augen vieler politisch Engagierter so verdächtig macht.

b) Selbstbeurteilung: Die Arbeitenden sollen anhand eines Kriterienkatalogs mit verschiedenen Abstufungen ihre Leistungen beurteilen. Das Resultat wird in der Arbeitergruppe in Anwesenheit des Meisters von allen diskutiert. Die Einordnung in die Leistungsskala entscheidet über die Lohnhöhe. Wurde bisher die Leistung der Arbeiter vom Refa-Mann »von oben« bestimmt, so gewinnen die Arbeitenden nun ein Stück dieses Terrains. Jedoch findet auch hier wieder eine Verknüpfung mit den Unternehmerinteressen statt: Indem die Arbeiter von den Unternehmern vorgegebene Kriterien benutzen, um ihre Leistungen zu beurteilen, beginnen sie, in diesen Kriterien zu denken — ob sie es wollen oder nicht. Dabei geht es nicht nur um die quantitative Arbeitsverausgabung, sondern zunehmend auch um Haltungen wie »Selbständigkeit«, »Initiative«, »Vielseitigkeit«. Wieder können wir uns vorstellen, wie unterschiedlich zum Beispiel Selbständigkeit vom Standpunkt der Arbeit und vom Standpunkt des Kapitals gefaßt werden können: Einmal als Selbständigkeit in der Bestimmung der Produktionsziele und einmal als selbständige Durchführung vorgegebener Ziele. Vielseitigkeit vom

Standpunkt des Unternehmers kann bedeuten, jede Aufgabe übernehmen zu können, die verordnet wird, vom Standpunkt der Arbeitenden kann Vielseitigkeit darin liegen, sowohl die Tätigkeit zu planen, sie durchzuführen, als auch über die Verwendung ihres Resultats entscheiden zu können.

Solche Unternehmerstrategien haben also den Effekt, neue Kompetenzen zu entwickeln (Beteiligung an der Technikentwicklung, kritische Beurteilung der eigenen Tätigkeit im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der anderen) und die Art der Kompetenzentwicklung mit dem Unternehmerinteresse zu verknüpfen. Die neuen Kompetenzen tragen bei zu einer neuen Identität, einer Identität, die sich nicht im Gegensatz zur betrieblichen Herrschaft herausbildet, sondern sich ihr unterstellt.

5. Diese Befunde könnten so gedeutet werden, als führe Automatisierung zu einem grandiosen Anpassungsprozeß der Arbeitenden an die Unternehmerinteressen. Zu diesem Ergebnis kommt man jedoch nur, wenn man die Arbeitenden als Handelnde aus den Überlegungen ausklammert, bzw. wenn sie sich selbst ausklammern, nicht handeln würden. Die Arbeiter handeln jedoch auf vielerlei Weise: Sie wehren sich gegen die Einführung neuer Techniken, sie fordern Einflußnahme bei ihrer Einführung, sie versuchen sich neuen Belastungen zu widersetzen und neuen Arbeitsteilungen. Schwierig scheint eine Politik zu sein, die das Vergnügen am Umgang mit der neuen Technik verknüpft mit Kampfbereitschaft und einem Interesse an der gesellschaftlichen Nützlichkeit der Produktion. Die Widersprüche zwischen den Arbeiterkämpfen um Arbeitsplätze und den Kämpfen der Umweltschützer gegen schädliche Produktion sind bekannt. Es scheint jedoch auch die Verknüpfung von Kampfbereitschaft und der Lust an der konkreten Arbeit ein Problem zu sein: So erlebte ich zum Beispiel in einer Veranstaltung, wie ein Arbeiter, seit langem gewerkschaftlich und politisch organisiert, die negativen Folgen der Automatisierung schilderte: Arbeitsplatzverlust, Dequalifizierung, Einsamkeit, Monotonie, Belastung. Aus dem Publikum gefragt, ob denn die neue Arbeit nicht auch Spaß mache, ob es nicht ein gutes Gefühl sei, die Technik zu beherrschen, bejahte er: die Arbeit sei spannend, sie würden jetzt Dinge tun, die früher nur Ingenieure gekonnt hätten. — Beide Aussagen bleiben unverbunden. Vorschläge für gewerkschaftliche Strategien bezogen sich ausschließlich auf die erste Aussage. Dies ist politisch gefährlich, denn es heißt, daß das Interesse an der neuen Arbeit den Unternehmerstrategien unangefochten zur Verfügung steht.

6. Könnten die Arbeitenden eine Kultur entwickeln, in der sie sich positiv als »intellektuelle Handarbeiter« oder als »handarbeitende Intellektuelle« leben und dies im Gegensatz zum Kapital, würden sie nicht mehr auf nützliche Aspekte wissenschaftlichen Denkens verzichten und den Kampf gegen Intellektuelle eher gegen deren Bündnis mit den Herrschenden richten. (Zum neuen Verhältnis von »Hand- und Kopfarbeit« vergleiche: PAQ 1980, S. 143ff. Dort wird auch gezeigt, daß Handarbeit nicht einfach verschwindet, sondern sich verändert und eine neue Bedeutung bekommt.) Eine neue Arbeitskultur zu entwickeln könnte zum Beispiel heißen, wie oben angedeutet, eine eigene Sichtweise der Maschinen und Anlagen zu entwickeln, und den Erfindungsgeist bei der Entwicklung von Forderungen zu schärfen, die eine menschliche Nutzung der Maschinen sichern. Es könnte heißen, Kriterien zu entwickeln, wie Selbständigkeit, Vielseitigkeit und Initiative in der Arbeit von unten durchgesetzt werden könnten. Dies erfordert jedoch eine Wende in der Betrachtung der automatisierten Prozesse: statt von Facharbeiterkrise zu reden und lediglich den Verlust alter Identitäten zu be-

klagen, müßten die neuen Möglichkeiten in der Produktivkraftentwicklung gesucht und gegen negative Anwendungsmöglichkeiten durchgesetzt werden.

Die untergeordnete Stellung der Frauen in der Arbeiterbewegung, ihr faktischer Ausschluß aus den meisten Kämpfen wäre von der Herausbildung einer solchen Arbeiterkultur jedoch kaum berührt. Zwar kann sich männliche Überlegenheit nicht mehr so leicht auf Körperkraft berufen, da sie im Arbeitsprozeß nicht mehr gebraucht wird, jedoch sind Frauen, wie jedermann weiß, nicht nur körperlich schwächer, sondern auch geistig minderbemittelt und technisch unbegabt. Sie werden bisher aus den neuen Tätigkeiten ausgeschlossen. An den von uns untersuchten, automatisierten Arbeitsplätzen fanden wir zwar an 389 von 719 Arbeitsplätzen, also an mehr als der Hälfte, weibliche Arbeiterinnen, jedoch, mit einer Ausnahme, ausschließlich als Codiererinnen, Datatypistinnen oder Locherinnen, also bei den unqualifiziertesten Tätigkeiten.

Anmerkung

** Eine brauchbare Bestimmung von »Identität« steht unseres Erachtens noch aus. Wir benutzen den Begriff trotzdem, da er die Aufmerksamkeit auf wichtige Aspekte der Vergesellschaftung lenkt. Andere Begriffe, die sich anbieten, sind weitaus problematischer; die Rede vom »Selbstbewußtsein« von Facharbeitern beispielsweise verkürzt das, was eine komplexe Anstrengung ist, sich zu vergesellschaften, auf einen Bewußtseins-Vorgang. — Hinsichtlich des Begriffs des »Kulturellen« folgen wir der Bestimmung, die W.F. Haug vorgeschlagen hat. Danach meint der »kulturelle Aspekt«, daß die Menschen sich als Selbstzweck setzen, »Lebensformen, in denen Individuen, Gruppen oder Klassen das praktizieren, was ihnen lebenswert erscheint und worin sie sich selber als Sinn und Zweck ihrer Lebenstätigkeit fassen«. (PIT 1979, 184; vgl. auch Haug 1979b und 1980; sowie zum Begriff »Identität« Haug 1979a, 40f.)

Literaturverzeichnis

- Friedmann, G., 1952: Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln
 Haug, W.F., 1979a: Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur, Berlin (West), SH 33
 Haug, W.F., 1979b: Zu einigen theoretischen Problemen der Diskussion über die Kultur der Arbeiterklasse, in: *Das Argument* 115, Berlin (West), S.342-351
 Haug, W.F., 1980: Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie, in: *Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur*, Berlin (West) AS 47
 Haug, F., 1981: Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: *Das Argument* 129, Berlin (West), S. 649ff
 Kern, H., und M. Schumann, 1970: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M.
 PIT 1979: Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband AS 40. Berlin (West)
 Projektgruppe *Automation und Qualifikation*, 1980: Automationsarbeit: Empirie 1, Berlin (West) AS 43
 dieselbe, 1981a: Automationsarbeit: Empirie 2, Berlin (West) AS 55
 dieselbe, 1981b: Automationsarbeit: Empirie 3, Berlin (West) AS 67
 Weltz/Schmidt/Sass, 1974: Facharbeiter im Industriebetrieb, Frankfurt/M.
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, 1973: Stories für uns, Frankfurt/M.

Otto Kallscheuer

Wie von Gramsci lernen?*

Zunächst möchte ich kurz etwas zur Formulierung der Fragen sagen, wie sie im Programmbuch der Volksuni (S. 27) stehen. Um hinten anzufangen: Die drei Fragepunkte »Klassenneutralität des Staates? Unterschätzung der Rolle der Partei? Reformismus?« können sich gar nicht auf Gramscis politische und theoretische Auffassungen beziehen; man kann — für Gramsci — alle drei schlicht mit »Nein!« beantworten. Gramsci war zwar ein Leninist *sui generis* (nämlich ein Leninist aus dem Geiste Benedetto Croce's und Georges Sorel's, aus der Erfahrung des italienischen Kolonialismus in Sardinien ebenso wie der Erfahrung der Turiner Fabrikrätebewegung), aber er war und blieb zeit lebens ein *Leninist* (Togliatti 1958). Er hatte also mit der sozialdemokratischen Auffassung einer Klassenneutralität des Staates nichts am Hut; und er versuchte gerade, eine Konzeption der Partei zu entwickeln, die als »kollektiver Intellektueller« noch weit mehr Aufgaben zu bewältigen haben sollte als die bolschewistische Partei aus Lenins »Was tun?«. Diese Fragen haben also mit Gramsci nichts zu tun. Ich vermute eher, daß es sich um Fragen handelt, die orthodoxe Leninisten — wenn es so etwas noch gibt — an die Politik der heutigen KPI stellen würden ... und die KPI hat ja nun eine Menge mit Gramsci zu tun.

Was mich aber vor allem frappiert hat, ist die Oberfrage: »Wie von Gramsci lernen?« — als ob es schon so ohne weiteres gegessen wäre, daß wir, die westdeutsche Linke, von Gramsci soviel lernen können. Was mich viel mehr interessieren würde, ist nämlich die Frage »Was« hier und heute — in einer völlig anderen historischen und gesellschaftlichen Situation als der des faschistischen Italien — überhaupt von Gramsci gelernt werden kann. Nur ein Beispiel: Gramscis Konzept der »Hegemonie der Arbeiterklasse« impliziert doch, daß sich die Arbeiterklasse — vor allem über die (Selbst-)Erziehungsinstitution der Partei zur führenden Kraft der *Nation* machen solle, wobei sie alle wesentlichen Probleme der verschiedensten subalternen Gruppen und Klassen auf der Grundlage der tragenden Ideen der nationalen Geschichte zu einer praktikierbaren konkreten Lösung bringen soll. (Diese war für Gramsci natürlich die sozialistische Revolution.) Peter Brandt hat ja auf dieser Volksuni über dieses gramscianische Thema des Verhältnisses von nationaler und sozialer Frage gesprochen. Vielleicht wäre ich, wenn ich seinen Vortrag gehört hätte, jetzt klüger — derzeit aber weiß ich einfach nicht, was ich (und zwar *politisch!*) hier in Westberlin mitten in Deutschland von Gramscis Hegemoniebegriff lernen soll, ohne ihn seiner wesentlich nationalen Dimension zu berauben, ohne aber auch gleichzeitig permanent mit dem Kopf durch die Wand — d.h. gegen die Mauer! — zu rennen. Schon aus diesem Grund werden meine Bemerkungen also leider ziemlich allgemeiner Natur sein müssen.

Auf die Frage, wie von Gramsci zu lernen sei, gibt es eine ganz einfache Antwort, die aber bisher in Deutschland leider nicht praktiziert werden konnte: nämlich — *ihn zu lesen*, und zwar unvoreingenommen zu lesen. Gerade dies aber ist bisher kaum möglich gewesen, da es nur zwei zugängliche Textauswahlen gibt (PHIL; POL; die wichtige Auswahl »Die süditalienische Frage« ist ja seit zwanzig Jahren vergriffen), da deren

* Beitrag zur Podiumsdiskussion auf der Volksuni, Juni 1981

beide Herausgeber (Christian Riechers, Guido Zamis) zudem für eine entgegengesetzte »parteiliche« Ausrichtung auf Gramsci stehen und eine dementsprechende Auswahl und Übersetzung von Gramsci getroffen haben, da es aber eine Vielzahl von *Büchern über*, für oder gegen Gramsci gibt ... Bisher war es also schwierig bis unmöglich, Gramsci zu lesen; und man kann daher nur hoffen und beten, daß die seit Jahren angekündigte umfassendere Gramsci-Ausgabe wirklich bald bei der »Europäischen Verlagsanstalt« erscheinen wird. Wenn sie dann erschienen ist, sollte man Gramsci — um einen Ausdruck Louis Althusser's zu benutzen, der selbst jedoch Gramsci leider nur ziemlich verkürzt gelesen hat — »symptomatisch lesen« (s. Althusser 1972). Gramsci symptomatisch zu lesen bedeutet, hinter allen seinen Kategorien, Hypothesen und strategischen Formeln zunächst einmal *Probleme, nicht Lösungen* zu vermuten, also jedesmal zu fragen: Wo steckt das Problem?

Ich will diese Art der »symptomatischen Lektüre« am Beispiel *eines* Begriffs erläutern: Es gibt nicht sehr viele Theoretiker der Arbeiterbewegung, die den seit der Jahrhundertwende in der marxistischen Strategiebildung geläufigen (s. Anderson 1976) Begriff der »Hegemonie der Arbeiterklasse« gegenüber anderen Klassen und Gruppen nicht nur im Sinne von *politischer* Vorherrschaft verwandt haben — an erster Stelle: Lenin! — sondern auch im Sinne von »kultureller«, »geistiger« Führung (s. Bobbio 1976, 36ff.) Ein anderer war z.B. der österreichische Sozialdemokrat Max Adler (aber dies nur als Hinweis am Rande). Also: Wo steckt hier das Problem bei Gramsci? Warum hat er den Leninschen politisch-strategischen Begriff der Hegemonie »erweitert« — wie er ja auch den marxistischen Staatsbegriff »erweitert« hat — indem er ihn *auch* als »ethisch-politischen« Begriff (mit einem Ausdruck Benedetto Croce's) »übersetzt« hat? Und, um diese Problemreihe noch fortzusetzen: Warum hat gerade diese *kulturelle* Seite des »erweiterten« Hegemoniebegriffs in der Geschichte der KPI nach dem antifaschistischen Widerstandskampf *die* zentrale Rolle gespielt? (s. Paggi 1970, XIIff.)

Dahinter steckt meiner Ansicht nach ein *Strukturproblem der gesamten italienischen Arbeiterbewegung* von ihren Anfängen bis heute, das man folgendermaßen umschreiben könnte: In Italien war und ist die Arbeiterklasse zwar eine sehr »dynamische«, politisch sehr *aktive* Gesellschaftsklasse, sie stellte aber (und stellt noch heute) — *weder* die Mehrheit der Bevölkerung dar (vgl. Sylos-Labini 1974); — *noch* weist sie (aufgrund der wenig homogenen Struktur des italienischen Kapitalismus, die auch in den letzten 20 Jahren eher noch heterogener geworden ist), eine *soziale Homogenität* auf, die mit der Arbeiterklasse sagen wir in der Weimarer Republik zu vergleichen gewesen wäre; — *noch* ist sie in ihrer kulturellen Praxis zu einer eigenen — ganz Italien überziehenden — *homogenen »Arbeiterkultur«* (wie etwa die englische Arbeiterklasse) gekommen, sondern in sehr viele regionale, religiöse usw., aber auch politische »Subkulturen« unterteilt.

Anders gesagt: der Umstand, daß es in Italien sehr spät zur Bildung eines Nationalstaats gekommen ist, konnte — viel weniger als im deutschen Reich, das ja sogar jünger ist — nicht durch die industrielle Entwicklung, aber auch nicht durch eine für die gesamte nationale Arbeiterklasse mehr oder weniger *einheitliche soziale Erfahrung* kompensiert werden; die kulturelle Identität der arbeitenden Bevölkerung blieb darüber hinaus in hohem Maße in verschiedenste regionale, ethnische, religiöse Subkulturen — bis hin zur »Folklore«, wozu Gramsci im Gefängnis viel geschrieben hat — *zersplittert*.¹

Dieser Umstand der sozialen und kulturellen Zersplitterung der italienischen Arbeiterschaft hatte und hat in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung mindestens *dreierlei* zur Folge gehabt:

Erstens war die italienische Arbeiterbewegung von vorneherein dazu gezwungen, ihre Einheit und ihre *soziale* Identität (die ja etwas anderes als die *soziologische* Eigenschaft ist, zum Proletariat zu gehören!) über ihre *politische* Einheit und politische Identität zu konstituieren. Und auch der italienische Marxismus ist daher — wie Cesare Luporini (1973; 1587) schreibt — von vorneherein tiefgreifend in der »Nationalkultur« verwurzelt, von vorneherein auf einem »hegemonischen Terrain« entstanden. Dieser primär politische Charakter der Einheit und Identität der italienischen Arbeiterbewegung geht bis in ihre jüngste Geschichte und gilt, um ein prägnantes Beispiel zu nehmen, *auch* und vor allem für die italienische Gewerkschaftsbewegung (die ja nach dem zweiten Weltkrieg nicht zufällig von den *Parteien* aufgebaut worden ist; s. Tronti 1977): Der Anspruch der italienischen Gewerkschaften, als »Klassengewerkschaft« (s. Trentin 1977) die gesamte (beschäftigte, prekär oder instabil beschäftigte, unterbeschäftigte, beschäftigungslose und emigrierte) Arbeitskraft zu vertreten, ist ein *politischer* Anspruch, ohne den auch die neueren Erfahrungen der »Rätegewerkschaft« (s. Trentin 1980) nach dem »heißen Herbst« in Italien nicht verständlich wären. Gerade weil es sich hier um eine primär politische Identität auch der Gewerkschaften handelt, wird die italienische Gewerkschaftsbewegung ja von deutschen linken Intellektuellen so sehr — als sehr viel »gesellschaftspolitischer« als die westdeutschen »Tarifmaschinen« im DGB — geschätzt und gelobt. Man sollte dabei aber nicht vergessen, daß dieser Anspruch — »Klassengewerkschaft« zu sein — eben auch deshalb ein politischer ist, weil für einen Großteil der italienischen Arbeiterschaft eine bloße gewerkschaftliche Interessenvertretung im deutschen Sinne gar nichts gebracht hätte...

Um zu Gramsci zurückzukommen: das Problem der *nationalen Einheit* als Zentralproblem der sogenannten »Hegemonie« stellt sich nicht nur als Problem der »Bündnispolitik« mit der Bauernschaft des Südens — wie Gramsci es in seinen Bemerkungen zur süditalienischen Frage (1926) eindrucksvoll beschreibt — sondern ist *bereits* Voraussetzung für eine *dauerhafte Identität* der Arbeiterklasse, die über Hochzeiten sektoral fortgeschrittener Kämpfe (wie bei FIAT 1920/21 oder 1968/69) hinaus anzuhalten vermag.

Zweitens: Woher aber diese *politische* Identität als Kompensation für eine in anderen Ländern bereits als *soziale* Erfahrung sehr viel stärker ausgeprägte Klassenhomogenität der Arbeiterschaft nehmen und nicht stehlen, wenn gleichzeitig die *kulturelle* Identität der italienischen Arbeiterschaft — von anderen Unterklassen ganz zu schweigen — außerordentlich fragmentiert war? Die Antwort auf dieses Problem — zunächst mal auf der praktischen Ebene — heißt bei Gramsci »organische Intellektuelle«, sie ist aber so alt wie die italienische Arbeiterbewegung selbst: Eine (nationale) politische Identität, oder — besser gesagt — die kulturelle Interpretation dessen, was an der Vielzahl von *Arbeitererfahrungen* politisch relevant für »die« Arbeiterklasse war (oder sein sollte), ist in der gesamten Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung immer und *nahezu ausschließlich von Intellektuellen geleistet worden*. Das fängt an bei Turati und Labriola, geht über den Gegensatz von Reformisten und revolutionären Syndikalisten, über Serrati und Mussolini bis hin zu Bordiga, Gramsci, Togliatti, Terracini, Tasca, zu jener von inneren und internationalen Widersprüchen bestimmten *Geschichte der*

»Führungsgruppe« der italienischen Kommunisten (Togliatti 1960), die ja in den 20er und 30er Jahren von den Widersprüchen des internationalen Kommunismus mindestens ebenso geprägt wurde wie von ihrer Unfähigkeit, sich unter den Bedingungen des faschistischen »reaktionären *Massenregimes*« wirklich in der Arbeiterklasse zu verankern. Dazu kommen dann in den 30er Jahren Vertreter der kulturell wie politisch beweglichsten Teile der liberalen Intelligenz, die mit dem Übertritt zum Kommunismus eine »Lebenswahl«, eine »scelta di vita« treffen (wie sie Giorgio Amendola in seiner Autobiographie eindrucksvoll beschrieben hat).

Zu einer *Klassenerfahrung* wird all dies erst — für die *Kader* der späteren Massenpartei — mit dem spanischen Bürgerkrieg; zu einer *Massenerfahrung* erst mit der Resistenzbewegung ab 1943 ... Was will ich mit dieser historischen Reminiszenz sagen? Es geht mir nicht um eine Kritik dieser seit dem Risorgimento für die gesamte Geschichte Italiens feststellbaren »*Definitionsmacht*« der *Intellektuellen gegenüber den heterogenen und disparaten sozialen Erfahrungen* der — wie sie Gramsci treffend genannt hat — »subalternen Klassen«, sondern um die von Werturteilen freie Feststellung des Umstands, daß in Italien die politische *Identität*, der politische »*Sinn*« der Arbeiterkämpfe (aber auch von Situationen, in denen es auf »langen Atem«, und nicht auf den direkten Kampf ankam) zwar immer von Arbeitern getragen, aber immer von Intellektuellen laboriert worden ist.²

Drittens: Die letzte Konsequenz aus dem skizzierten Strukturproblem der italienischen Arbeiterbewegung führt uns zum Ausgangspunkt der Frage zurück, warum Antonio Gramsci den politisch-strategischen Begriff der Hegemonie um eine *kulturelle*, ethisch-politische Dimension »erweitert« hat oder: warum er, wie man anhand der historisch-kritischen Ausgabe der »*Quaderni del Carcere*« sehr gut nachvollziehen kann, auch zu seiner methodischen »Erweiterung« des *Staatsbegriffs* auf dem (Um-)Wege eines Forschungsprogramms gekommen ist, das *zunächst* die »Intellektuellen und die Organisation der *Kultur*« zum Thema hatte.³ Wenn nämlich die Problembeschreibung, die ich versucht habe, zutreffend ist, daß die politische Identität der italienischen Arbeiterklasse bisher weitgehend von »organischen Intellektuellen« definiert worden ist, dann ist eine Folge daraus die, daß diese Identität der Arbeiterbewegung, diese »Sinnzuweisung« der politischen Dimension des Klassenkampfes gleichzeitig (um wieder mit Althusser zu sprechen) »überdeterminiert« war und ist durch die jeweilige *kulturelle Identität der intellektuellen »Sinnggeber« selbst*, pointierter: daß sie gleichzeitig fast immer *auch* das Produkt einer kulturellen Identitätskrise bestimmter Flügel, Teile oder Sensibilitäten der italienischen Intelligentsia gewesen ist.⁴ Die *politische Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung ist also gleichzeitig eine Kulturgeschichte von Intellektuellen*, wie dies vielleicht am prägnantesten — aber auch einseitigsten — Alberto Asor-Rosa in seiner monumentalen italienischen Kulturgeschichte beschrieben hat (Asor-Rosa 1975; vgl. auch Bobbio 1969; Garin 1974). Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich dann die Intellektuellengruppe durchgesetzt, die die größte *kulturelle Homogenität* zu vereinen wußte mit der *größten taktischen Flexibilität*: Gemeint ist natürlich die kommunistische Führungsgruppe der »neuen Partei« Togliatti's, die für Massen von Menschen als »kollektiver Intellektueller« fungierte. Ob dieser Charakter der »neuen Partei« Togliatti's — ihre Natur als »Massenpartei« — allerdings in erster Linie auf materielle und politische Erfolge oder auf kulturelle Integrationskraft — also auf »symbolisches Kapital« — zurückzuführen ist, sollten wir diskutieren. Ich weiß es *nicht* genau...

Was gewinnen wir nun aus solch einer »symptomatischen« Lektüre, die ich hier nur an einem Begriff Gramscis — genauer an einem, nämlich dem kulturellen *Aspekt* des Begriffs »Hegemonie« — versucht habe? Es liegt auf der Hand, daß sie für viele — vielleicht auch für die zentralen — Konzepte und Hypothesen Gramscis, die er selbst (wie er in einem Brief an seine Schwägerin schrieb; LC, 58) »für ewig« entwickeln wollte, *zunächst* einmal zu einer *Relativierung* und *Historisierung* führen muß, da die Probleme, die wir hinter den Gramscischen Begriffen suchen und finden können, natürlich Probleme aus Gramscis Zeit- und Erfahrungshorizont sind: Probleme der italienischen Geschichte, der Krise der italienischen Arbeiterbewegung, der III. Internationale und ihrer strategisch-politischen Grenzen... Der Vorteil einer solchen Lektüre ist aber wenigstens ein dreifacher:

- Ein hermeneutischer Vorteil — wir können Gramsci *besser verstehen* (im klassischen Sinne der »sinnverstehenden« Soziologie), wenn wir die Probleme der *historischen Konstellation*, innerhalb der Gramsci gedacht und gehandelt hat, verstehen; und diese historische Konstellation ist für Gramsci immer mindestens eine *doppelte* (von der ich oben nur eine Seite angedeutet habe, die für die kulturelle Dimension des Hegemoniebegriffs allerdings besonders wichtig ist), nämlich die der Geschichte Italiens *und* die der Kommunistischen Internationale der 20er und 30er Jahre.⁵
- Ein historischer Vorteil — wir können aus einer solchen »Lektüre« von Problemkonstellationen nämlich in sehr viel rationalerer Weise die historische Bedeutung *erklären*, die die Gramscische Theorie in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg für die in ihrer Dynamik einzigartige Entwicklung der italienischen kommunistischen Massenpartei gehabt hat, als wenn wir einfach unterstellen würden, daß die »bessere« Theorie über die »Revolution im Westen« eo ipso die »besseren« politischen Resultate zeitigt. Der Umstand z.B., daß die KPI seit Jahren zentrale Bestandteile des Gramscischen Leninismus faktisch revidiert hat (s. Salvadori 1978) — oder: daß sie die Gramscische »Übersetzung« des Leninismus noch einmal reformistisch »übersetzt« hat — könnte aus einer *veränderten* Problemkonstellation ebenso erklärt (nicht unbedingt gerechtfertigt) werden, wie der Umstand, daß sie bis heute diese de-facto-Revision *nicht* als solche thematisieren, sondern nur »historistisch« rechtfertigen kann, damit erklärt werden könnte, daß es den italienischen Kommunisten noch nicht gelungen ist, zur Bewältigung bestimmter *weiter bestehender* Strukturprobleme der italienischen Arbeiterbewegung, wie etwa das oben skizzierte Problem der sozialen und kulturellen kollektiven Identität als »Klassenpartei«, ein funktionales Äquivalent zur Gramscischen Parteikonzeption zu finden (s. Kallscheuer 1980).
- Ein politischer Vorteil — nämlich nicht allzusehnlich, im Sinne einer politischen »Gramsci-Mode«, mit Gramscischen Theoremen *unsere* Probleme in Westdeutschland auf den Begriff bringen zu wollen: dies wenigstens nicht eher zu tun, ehe wir uns nicht *en détail* vergewissert haben, daß es sich um vergleichbare Problemkonstellationen handelt. Die zwar in vielen Erfahrungen — über ihre Falsifikationen! — für viele lehrreiche, aber insgesamt doch wohl einen allzu großen Umweg darstellende Übertragung *leninistischer* Partei- und Politikmodelle nach der westdeutschen Studentenbewegung sollte im Nachhinein Warnung genug sein, einen ähnlichen Zyklus von »conjectures and refutations« auch dann nicht mit *gramscianischen* Modellen (oder Leerformeln) zu wiederholen, wenn sich auf den ersten Blick — fru-

strierte Kommunisten, marxistische Sozialdemokraten, grüne und sonstige Linke schnell auf Worthülsen wie den »herrschenden Block« einigen können.

Anmerkungen

- 1 Gramscis Bemerkungen über die vielfältigen »verschiedenen und oft untereinander im Widerspruch stehenden Religionen«, die in die Alltagsdeutungen des »*sensu commune*« eingehen, in »das, was die Massen in embryonaler und chaotischer Form über die Welt und über das Leben denken«, sollten auch vor diesem Hintergrund »symptomatisch« gelesen werden. (s. Q., 1396f. Für neuere Untersuchungen dazu s. Pasolini 1979; Bellah 1974; Tullio-Altan 1978.)
- 2 Die erste wirkliche Ausnahme davon, für die dann auch nicht der Ausdruck »Hegemonie«, sondern »Autonomie« zum Schlüsselbegriff geworden ist, war die Begegnung und »positive Rückkoppelung« zwischen Arbeiter- und Studentenbewegung in den Jahren 1968-1971.
- 3 Wie die Herausgeber einen Band der ersten Ausgabe der Gefängnisschriften betitelt haben. Zur Frage der »Planänderung« von Gramscis Forschungsprogramm im Gefängnis will ich hier nichts sagen, sondern auf die entsprechenden Bemerkungen des Herausgebers der neuen Ausgabe der »Quaderni«, Valentino Gerratana, Q., XXXVf. und von C. Buci-Glucksman 1976, 31ff., verweisen.
- 4 Ganze Etappen der politischen Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung lassen sich so auch verstehen als Produkt der Krise intellektueller Strömungen: der Krise des Liberalismus, der Krise des Positivismus, der Krise des italienischen Idealismus usw. Daß auch solche Kulturkrisen natürlich nicht vom Himmel der Ideen fallen, versteht sich von selbst.
- 5 Man könnte noch eine dritte Dimension hinzufügen, die uns hier aber zu weit führen würde: nämlich die Wechselbeziehungen zwischen europäischer Philosophiegeschichte und der schon damals so genannten »Krise des Marxismus«, die Gramsci zu einem der wichtigsten Vertreter des sogenannten »westlichen Marxismus« gemacht hat, und die allen seinen »politischen« Begriffen eine »philosophische« Färbung ebenso gegeben hat wie umgekehrt.

Literaturverzeichnis

Schriften von Antonio Gramsci

- PHIL = »Philosophie der Praxis« (Auswahl, hrsg. v. Christian Riechers), Frankfurt/M. 1967
 POL = »Zu Politik, Geschichte und Kultur« (Auswahl, hrsg. v. Guido Zamis), Berlin/DDR (= Frankfurt/M.) 1980
 »Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens«, Berlin/DDR 1955
 Q = »Quaderni del Carcere«, Edizione critica del Istituto Gramsci, a cura di Valentino Gerratana, Torino (Einaudi) 1975
 LC = »Lettere dal Carcere«, Torino (Einaudi) 1946

Sonstige Literatur

- Louis Althusser (1972): Einführung: Vom »Kapital« zur Philosophie von Marx, in: Althusser/Balibar: Das Kapital lesen, Bd. I. Reinbek
 Perry Anderson (1976): The antinomies of Antonio Gramsci, in: *New Left Review*, N. 100 (dt.: A. Gramsci: Eine kritische Würdigung, Berlin 1978)
 Giorgio Amendola (1976): Una scelta di vita, Milano (Rizzoli)
 Alberto Asor-Rosa (1975): La cultura = 2. Abteilung des Bd. IV der »Storia d'Italia« (Einaudi)
 Robert N. Bellah (1974): Le cinque religioni nell'Italia moderna, in: F.L. Cavazza/S.R. Graubard (Hrsg.), Il caso Italiano, Milano (Garzanti)
 Norberto Bobbio (1969): Profilo ideologico del Novecento, in: E. Cecchi/N. Sapegno (Hrsg.): Storia della letteratura Italiana, Bd. IX (Il Novecento), Milano (Garzanti)
 Norberto Bobbio (1976): Gramsci e la concezione della società civile, Milano (Feltrinelli)
 Christine Buci-Glucksman (1976): Gramsci e lo stato, Roma (Riuniti)
 Eugenio Garin (1974): Intellettuali italiani del XX secolo, Roma (Riuniti)
 Otto Kallscheuer (1980): Bad Godesberg in der italienischen Linken, in: *Prokla*, N. 41

- Cesare Luporini (1973):* Il marxismo e la cultura italiana del Novecento, in: Bd. V./2. der »Storia d'Italia« (Einaudi)
- Leonardo Paggi (1970):* Antonio Gramsci e il moderno principe, Bd. I., Roma (Riuniti)
- Pier Paolo Pasolini (1979):* Freibeuterschriften, Berlin
- Massimo L. Salvadori (1978):* Eurocomunismo e socialismo sovietico, Torino (Einaudi)
- Paolo Sylos-Labini (1974):* Saggio sulle classe sociali, Bari (Laterza)
- Palmiro Togliatti (1958):* Der Leninismus im Denken und Handeln Antonio Gramscis; und (1960): Die Entstehung der Führungsgruppe der kommunistischen Partei Italiens in den Jahren 1923-24; in: Togliatti: Reden und Schriften, Frankfurt/M. 1967
- Carlo Tullio Altan (1978):* Die ambivalente Struktur der italienischen Gegenwartsgesellschaft, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 1/1978 und 2/1978
- Bruno Trentin (1977):* Da sfruttati a produttori, Bari (De Donato) (dt. auszugsweise: Arbeiterdemokratie, Hamburg 1978)
- Bruno Trentin (1980):* Il sindacato dei consigli, Roma (Riuniti)
- Mario Tronti (1977):* Sindacato, partiti e sistema politico, in: Accornero u.a.: Movimento sindacale e società italiana, Milano (Feltrinelli)



SELBSTVERWALTUNG

Internationale Sozialismus-Diskussion 1 Selbstverwaltung

(AS 61: ISBN 3-88619-014-5)
190 S. 15,50 DM (f. Stud. 12,80 DM)

»Selbstverwaltung« ist für Frauenbewegung, Alternativkultur, Instandbesetzer, neue Jugendbewegung und Bürgerinitiativen heute nicht mehr nur Ziel, sondern eine Form des Kampfes. Das gilt umso mehr für die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Ein Einblick in den internationalen Stand der Selbstverwaltungsbestrebungen ist daher lohnend.

Der Band enthält Beiträge der internationalen Konferenz »Sozialismus — in der Welt« (Catvat, Jugoslawien 1980) zum Thema: Partizipation, Selbstverwaltung, Sozialismus. Im Zentrum steht die Frage, wie Selbstverwaltung der Umklammerung und Abtötung durch Geld und staatliche Macht entgehen kann.

- Zur Theorie der Selbstverwaltung
- Partizipation und Selbstverwaltung im Kapitalismus
- Zur Funktionsweise sozialistischer Selbstverwaltung in Jugoslawien
- Autonomie und Selbstverwaltung in der Dritten Welt

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Karl-Heinz Götze

Formatwechsel

Abermals zur Kritik-Praxis von »Sozialismus«

Der Name hat sich geändert. Seit etwa einem Jahr heißen die bisherigen *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* schlicht *Sozialismus*. Geändert hat sich auch das Format. Es ist größer geworden. Freilich nicht das Format der Kritik. Das ist kleiner geworden, seit wir uns zuletzt mit dem Modus dieser Kritik auseinandergesetzt haben. (K.-H.Götze, Beiträge oder Betrüge? Die Kritik-Praxis einer Zeitschrift. In: *Das Argument* 114, 243ff.)

Die Entwicklung produktiver Formen von Kritik »ist eine Lebensfrage für die arbeitsorientierte Wissenschaft in der BRD, ... denn es gibt kein Abonnement auf Wissenschaft und Wahrheit, sondern sie werden von unterschiedlichen Kräften der sozialen Bewegung erarbeitet. Kritik ist ein Medium des Lernens, macht Veränderungsvorschläge, verwirft Unbrauchbares, setzt einen Prozeß des Überdenkens, Verbesserns in Gang.« Wir beklagten, daß die Kritik der *Beiträge* diese Funktion nicht erfülle, weder die Kritik am *Argument* noch die an anderen linken Zeitschriften. Im einzelnen wandten wir ein, die Kritik der *Beiträge* informiere nicht über das Kritisierte, fördere nicht, beziehe nicht das Ganze der rezensierten Aufsätze ein, sage von den besprochenen Texten kaum einmal, welches die Fragen waren, auf die sie Antworten versuchen etc. Insbesondere schien uns die normative und gerichtsförmige Formulierung der Urteile unzweckmäßig und störend, indem auf diese Weise die Einsichten der Klassiker als Gesetze mißverstanden würden. Es kam uns darauf an, die gestörte wissenschaftliche Diskussion zwischen zwei Zeitschriften, die, sieht man es mal nicht mit den Augen des Insiders, sondern auf dem Hintergrund des politischen Spektrums hierzulande insgesamt, in ihren politischen Ansichten nicht so weit voneinander schienen, zu entstören.

Eine direkte, argumentierende Antwort haben wir darauf nicht erhalten, dafür aber verschiedene Reaktionen, die wir uns als Antworten deuten dürfen. Eine der Reaktionen war, die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Zeitschriften zu verneinen — nicht ausdrücklich, aber nachdrücklich: In *Argument* 110 versucht W.F. Haug in der Auseinandersetzung mit Anderson die »Historisierung unserer Praxis«, gemeint ist hier die Praxis marxistischer Intellektueller in der BRD. Die Kritik der *Beiträge* an Haug setzt das »unsere Praxis« nach bekannten Mustern mehrfach in Gänsefüßchen (*Beiträge* 1-79, 161), damit deutlich machend, daß von Gemeinsamkeiten der Praxis marxistischer Intellektueller nicht die Rede sein könne. Man hätte die Gänsefüßchen gern etwas beredeter: So gäbe es denn keine dritte Sache, auf die sich die Praxen verschiedener marxistischer Intellektueller bezögen? Darf man das als Auffassung einer Zeitschrift ansehen, die sich — ausgerechnet — *Sozialismus* nennt? Der Sozialismus als Monopol von *Sozialismus*? Mindestens scheint man die Argumente analog unter dem Monopol des *Argument* zu sehen, indem man sich ihres Gebrauchs mindestens in diesem Zusammenhang peinlich enthält.

Daß die *Beiträge* unseren Vorschlag, die Rolle und den Modus der Kritik innerhalb der linken Kultur verstärkt zum Gegenstand des Nachdenkens, zum Objekt der Veränderung zu machen, nicht explizit aufgegriffen haben, ist unter solchen Voraussetzungen

gen verständlich. Wer würde schon schreiben wollen, er sei für eine hämische, destruktive, beckmesserische Kritik? Wer mag schon Ansprüche an die kritische Praxis abweisen, die selbst das bürgerliche Feuilleton eher erfüllt?

Die *Beiträge* finden einen anderen Weg, alle Ansprüche auf eine andere Form der Kritik abzuweisen. Sie konstatieren — zu Recht —, daß unser Verständnis von Kritik zu tun hat mit einer undogmatischen Auffassung des Marxismus, einer Auffassung mithin, die den Marxismus, wo er in der vorliegenden Form zur Lösung dringender Fragen der sozialen Bewegung nicht bzw. nur unzureichend in der Lage ist, weiterentwickeln will, statt sich primär darauf zu verlegen, die Abweichungen von kanonischen Texten zu ahnden. Wenn dieses Verständnis von marxistischer Theorie anhand der Texte, die auf ihrer Basis entstehen, als vulgärmarxistisch gezeigt werden kann, so ist auch die kritische Intention, die sich auf solche Theorie beruft, halbwegs blamiert. Praktisch wird dieses Verfahren in der *Beiträge*-Kritik an *Argument* 114 folgendermaßen betrieben: Zur Kenntnis genommen werden zwei Aufsätze aus Heft 114, der Aufsatz von W.F. Haug über »Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus« sowie unsere Intervention in die Kritik-Praxis der *Beiträge*. Haugs Aufsatz, ursprünglich als Referat vor einer internationalen sozialistischen Konferenz gehalten, versucht einerseits, die Vertreter der Dritten Welt davon zu überzeugen, daß der Marxismus ein taugliches Instrument zur Bewältigung der Probleme ihrer Länder ist, obgleich Marx diese Probleme keineswegs so vorhergesehen hatte und andererseits, die Sozialisten und Kommunisten aus den europäischen Staaten für die Reinigung des Marxismus von eurozentristischen Denkelementen zu gewinnen. Er diskutiert in diesem Zusammenhang die Weltmarktstruktur, die marxistische Krisentheorie, stellt sich vor allem die Frage nach den Konsequenzen der unabweisbaren Tatsache, daß Marx den Kapitalismus für transitorisch notwendig hielt, während sich für die in abhängiger Unterentwicklung gehaltenen Länder der Dritten Welt heute das Problem stellt, wie ein Sozialismus ohne kapitalistische Zwischenetappe aufgebaut werden kann.

Die *Beiträge* hingegen behaupten in ihrem Referat des Aufsatzes, Haug habe 5 Thesen aufgestellt (1. »Die von Marx entdeckten Gesetze der Kapitalbewegung sind nicht außer Kraft gesetzt, sondern wirken unter anderen Bedingungen« 2. »Marxismus und Arbeiterbewegung haben die Bedingungen verändert, unter denen die ökonomischen Gesetze wirken« 3. »Die ökonomischen Krisen verweisen auf den zutreffenden Kern der Marxschen Krisentheorie« 4. »Weiterentwicklung ist etwas anderes als Preisgabe. Diese Weiterentwicklung ist vielfältig im Gange« und 5. »Die von der Weltgeschichte dachinandebrachte 'Ordnung' der Marxschen Theorie entwertet nicht diese Theorie, sondern nur ihre vorwissenschaftliche, 'religionsförmige' Lesart. Marx begriff einen gesetzmäßigen Wirkungszusammenhang, der sich gerade dort zeigt, wo die Dinge anders ablaufen als von Marx vermutet«, *Beiträge* 3-79, 168).

Diese Thesen wären als Substanz eines Aufsatzes über »Erste Welt, Dritte Welt und und Eurozentrismus« zwar keineswegs falsch und auch nicht überall selbstverständlich, aber doch allzu allgemein und banal. Nur — Haug hat nirgendwo von fünf Thesen gesprochen, seine Überlegungen laufen auch nicht auf die genannten fünf Thesen hinaus. Der Rezensent hat lediglich fünf Sätze herausgegriffen, aus ihrem Zusammenhang isoliert, zu Thesen stilisiert und durch Reihung zu blamieren versucht.

Nun fehlt nur noch der Name für das, was Haug hier untergeschoben wurde: »Aber wie bezeichnen wir die nachklassische marxistische Theorie, die vielfältig aus den alten

Resten (eine Formulierung der *Beiträge!*) weiterentwickelt wird? Wer hier Vulgärmarxismus vorschlägt, der betrügt.« Der Rezensent, der im Englischunterricht besonders gut aufgepaßt hat, als die Rede des Antonius in Shakespeares »Caesar« behandelt wurde, ist fast am Ziel. Der Anspruch, den Marxismus weiterzuentwickeln, konnte als Vulgärmarxismus enttarnt werden. Was darf also von dem an gleichem Ort formulierten Anspruch produktiver Kritik vermutet werden? Da reicht sogar dröge Ironie, um das vulgärmarxistische Kritikverständnis zu blamieren: »... der betrügt. Diese Form einer Betrüge-Kritik-Praxis einer Zeitschrift untersucht Götze. Dem Autor geht es um Prinzipien produktiver Kritik. Die 'Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus' sind unproduktiv, destruktiv in ihrer Kritik; sie betrügen den Leser. Götze geht es nicht um Hämme, sondern um Illustrationen für eine anachronistische Form der Kritik. Es ist einzuräumen, daß dem nicht-religiösen, allseitig weiterentwickelten Marxismus nicht-anachronistische Formen, daher produktive Formen der Kritik zu entsprechen haben.« (3-79, 169)

»Ironie«, so heißt es in Reiners' Lehrbuch des Stils, »nennen wir die Redeform, mit der wir das Gegenteil dessen sagen, was wir meinen. Sie ist eine Lieblingsfigur aller Kampf- und Schimpfschriften: sie greift einen Gegner an, indem sie ihn und seine Welt scheinbar lobt oder wenigstens gelten läßt, aber der Leser merkt, daß sie diese Welt in Wahrheit verachtet oder verlacht.«¹ Wie wäre der ironische Schlußsatz des *Beiträge*-Rezensenten also zu lesen, was würde er sagen, sagte er, was er meint? Zwei Möglichkeiten stehen zur Wahl: »Es ist *nicht* einzuräumen, daß dem nicht-religiösen, allseitig weiterentwickelten Marxismus nicht-anachronistische Formen, daher produktive Formen der Kritik zu entsprechen haben.« Oder: »Es ist einzuräumen, daß dem *religiösen, einseitig reduzierten* Marxismus *anachronistische* Formen, daher *unproduktive* Formen der Kritik zu entsprechen haben.«

Unser Vorschlag war eigentlich viel einfacher, als die zitierten komplizierten Sätze vermuten lassen. Wir schlugen z.B. vor, die Kritik solle über das Kritisierte *auch* informieren. Bei ca. einem Drittel der Kritiken ist das nach wie vor nicht einmal ansatzweise der Fall. Man versuche einmal, aus der Besprechung von Wulffs »Politische Indienstnahme der Psychiatrie in Ost und West« mehr über den Inhalt des Aufsatzes zu erfahren, als der Titel selbst schon verrät (*Argument 110/Beiträge* 1-79, 161f.). Von W.F. Haugs Text über Bahros »Alternative« wird mitgeteilt, er konzentriere sich auf eine »das ganze durchdringende« Dimension des Buches, nicht aber, welche das ist (*Argument 116/Beiträge* 6-79, 110). In diesen Fällen erlaubt die Nennung der Nummer des *Argument*-Heftes, in dem der kritisierte Aufsatz erschienen ist, dem Leser immerhin, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Neuerdings geben die Rezensenten in *Sozialismus* aber nicht einmal mehr an, wo man das Kritisierte finden kann, damit andeutend, wie weit sich solche Kritik von ihrem Gegenstand emanzipiert hat. (vgl. *Sozialismus* vom November 1980).

Im folgenden Heft (*Sozialismus* 1-81 über *Argument 122*) wird dann wieder die Nummer des kritisierten *Argument*-Hefts genannt, es ist das *Argument*-Heft, in dem Joachim Bischoff die Gelegenheit wahrnahm, die Ergebnisse des Projekts Ideologietheorie zu kritisieren und in dem das PIT darauf und auf eine Kritik in *Konsequent* antwortete. Die These des Rezensenten lautet, die PIT-Autoren und damit das *Argument* insgesamt seien nicht diskussionsfähig. Deshalb wird die Tatsache, daß ein SOST-Autor im *Argument* zu Wort kam, mit keinem Wort erwähnt; deshalb kein Wort über

die inhaltlichen Divergenzen und die Argumente, die für die jeweilige Position angeführt werden.

Ärgerlicher als die Besprechungen, in denen für jedermann sichtbar wichtige Informationen über das Besprochene zu geben versäumt werden, sind diejenigen, die solche Informationen bewußt unterschlagen, um die eigenen Einwände aufrecht erhalten zu können. So z.B. die Rezension von F. Haugs Aufsatz über gewerkschaftsorientierte Wissenschaft. Hier lautet der Einwand, F. Haug schwadroniere nur im Allgemeinen herum, ohne sagen zu können, was bedürfnisorientierte Wissenschaft denn sei und wer sie in wessen Interesse betreiben solle. Dies aber genau steht im kritisierten Text, sowohl in allgemeiner Form als auch haarklein am Beispiel der Automationsproblematik (*Beiträge* 3-79, 167/*Argument* 112).

Neuerdings druckt das *Argument* am Ende jedes Hefts kurze Textzusammenfassungen — da haben es die Rezensenten der *Beiträge* oder des *Sozialismus* dann leichter. Auch dadurch ist freilich nicht auszuschließen, daß Rezensenten etwas in einen Text hineinphantasieren, was überhaupt nicht darin steht. Bruno Frei hat in *Argument* 119 nirgendwo »die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch einen Akt der Reformierung der kommunistischen Parteien unterstellt«. Hat er einfach nicht, obgleich der Rezensent es gern gehabt hätte, weil dann seine Kritik ein wenig zutreffender gewesen wäre (*Sozialismus* 2-80, 92). Daß der Satz bei Frei nicht vorkommt, kann man auch dann mit Sicherheit vermuten, wenn man es nicht überprüft, denn Frei ist ein Schriftsteller, und ein solcher Satz würde ihm nicht unterlaufen. Aber von aufgeblasenem Stil, selbst von unrichtigen Zitaten soll hier nirgendwo die Rede sein.

Dafür aber von den schon erwähnten, meist unbegründeten Urteilen, gesprochen vom Katheder für Sozialismus im Ton der Unfehlbarkeit. Die Grundthese in Ulla Terlindens Aufsatz über »Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung« (*Argument* 112) wird vom Rezensenten durchaus korrekt wiedergegeben. Terlinden argumentiert, daß sowohl das politische Programm als auch die Organisationsform der Ökologiebewegung an der weiblichen Sozialisation anknüpfen. Da sich aber dennoch in den Initiativen hauptsächlich Männer finden, plädiert sie für autonome Organisationen der Frauen. Der Rezensent: »Eine derart sektiererische und Frauen diskriminierende Form der Kritik führt in der Diskussion dieser Frage keinen Schritt weiter« (*Beiträge* 4-79, 162). Und damit basta.

Ähnlich der Umgang mit dem Aufsatz von Joseph über die USA und die internationale Ökonomie (*Argument* 116). Joseph wendet sich u.a. gegen die These von der Arbeiteraristokratie. Der Rezensent stimmt im Resultat zu, hat aber Einwände gegen die Begründung: »Aber auch hier wird man der Begründung der These nicht folgen können; eine überzeugende Analyse der Einkommensverhältnisse verschiedener Abteilungen der Lohnabhängigen müßte vollständig anders angelegt sein; erst auf dieser Grundlage würden Aussagen über korporative Bewußtseinsformen und politische Einstellungen tragfähig.« (*Beiträge* 6-79, 109) *Wie*, so wüßte man gern, müßte denn eine solche überzeugende Analyse angelegt sein?

Souveränität gegenüber jedem Anspruch auf Begründung war schon immer ein Merkmal der Kritik der *Beiträge*, Kritik als Beschimpfung und Denunziation wird immer mehr zu einem neuen Merkmal der Kritik von *Sozialismus*. Nehmen wir als Beispiel Besprechungen *konkret* und dem *Freibeuter*, um dem Eindruck zu begegnen, hier solle Klage über persönliche Beleidigung geführt werden, wo doch nur ein Stil der Kri-

tik zur Debatte steht: Werner Heine hat (in *konkret* 6/80, 16) einen Witz über die erste sozialistische Konferenz in Kassel gemacht (»Sie einigten sich darauf, einig zu sein«). Die *Beiträge* dazu: »Hier scheinen einem frustrierten Juso die Felle davon zu schwimmen.« (5-80, 140) Was eigentlich ist der Vorwurf, daß Heine ein Juso ist oder war? Oder daß er sich von den Jusos frustriert fühlt?

Der Vorwurf gegen Wagenbach ist hingegen klar: Wagenbach ist ein Opportunist. So ist denn auch die Besprechung der beiden ersten Hefte des *Freibeuter* vor allem eine Besprechung von Wagenbachs Charakter: »...und der politische Konjunkturritter wäre mit seiner lähmenden, fast erblindeten Mähre längst verhungert, wenn er nicht noch literarisches Dauerbrot in der Satteltasche hätte, mit dem er jetzt auch noch den 'Freibeuter' ernährt.« (*Sozialismus* 4-80, 80) Das sieht man, daß dort, wo die Charakterfestigkeit ist, auch die Sprachgewalt sich einstellt. Wagenbachs karges »Dauerbrot« aus, sagen wir, Fried und Hermlin hingegen...

An der *Freibeuter*-Kritik ist mehr noch interessant als der denunziatorische Gestus, interessant ist auch der Standpunkt, von dem aus formuliert wird. Nehmen wir die Kritik an *Freibeuter 2* (*Sozialismus* 4-80, 78ff.): Abermals wird die Nichtsnutzigkeit des Hefes auf die Weise bewiesen, daß man Wagenbach als Konjunkturritter vorstellt. Und den erkennt man wiederum daran, daß er chianti classico dem Bier vorzieht und Eisbein mit Sauerkraut und Erbspüree nicht mag (ebd. 78). Wer solche Eßgewohnheiten hat, von dem darf vermutet werden, er lehne Strauß nur deshalb ab, weil der zu unkultiviert sei und Wienerwald-Jahn zum Freund habe (ebd. 81). Hier wird, nicht zum ersten Mal in der sozialistischen Tradition, Asketismus mit Sozialismus artikuliert: »Ihr verlangt einfache Trachten, enthaltsame Sitten und ungewürzte Genüsse; wir hingegen verlangen Nektar und Ambrosia, Purpurmäntel, kostbare Wohlgerüche, Wollust und Pracht, lachenden Nymphantanz, Musik und Komödien — seid deshalb nicht ungehalten, ihr tugendhaften Republikaner! Auf eure zensorischen Vorwürfe entgegenn wir Euch, was schon ein Narr des Shakespeare sagte: meinst Du, weil Du tugendhaft bist, solle es auf dieser Erde keine angenehmen Torten und keinen süßen Sekt mehr geben.«²

Die Strategie gegenüber dem *Argument* ist — ein wenig — subtiler. Sie knüpft an verbreitete, häufig berechnete Vorurteile über linke Theorie sowie die Anmaßungen der Intellektuellen in den sozialen Bewegungen an. Die *Beiträge* suggerieren andeutend, was im *Argument* stehe, lohne die Mühe der Lektüre nicht, denn es sei für die Praxis ohnehin folgenlos. So in 1-79, 161; F. Haugs Funktionsbestimmung gewerkschaftsorientierter Wissenschaft: »Die bedürfnisorientierten Wissenschaften liefern allerdings ebensowenig die einzelnen gewerkschaftlichen Strategien, wie dies etwa ein Grundsatzprogramm tut. Sie sind orientierende Voraussetzung ... Als allgemeine Analyse der Grundlagen sind sie Voraussetzungen von Politik, nicht aber schon die Politik selber« (*Argument* 112, 794) — wird folgendermaßen kommentiert: »Künftig wird das neue Studium der Politik also in weiser Selbstbeschränkung der neuen Aspiranten sich im Bereich des Allgemeinen aufhalten ...« (3-79, 167). Welche Theorie wäre es, die als die Gewerkschaftspolitik selbst gelten könnte?

Das Verdikt »praxisfern« zieht sich durch die Rezensionen bis zum letzten Heft. In *Argument* 125 wird ein möglicher Nutzen marxistischer Intellektueller darin gesehen, Begriffe für alternative Politiken zu entwickeln. Der Kommentar in *Sozialismus*: »Denn sind erst die Begriffe da, wird sich auch die zugehörige Praxis finden.« (3-81, 66) Und

ausgerechnet die, die solches naiv annehmen, erheben den Führungsanspruch, so in *Argument 115*. Wir haben dort im Editorial dokumentiert, daß uns immer wieder zugleich Dogmatismus und Opportunismus vorgeworfen wird und über unsere Linie geschrieben: »Die richtige Linie besteht nur im beständigen Korrigieren von Abweichungen, als Prozeß der Selbstkritik.« (ebd. 337) Die *Beiträge*, hegelianisch geschult, entdecken darin, was niemand entdeckt hatte: »So einfach ist das: die organisierende Mitte erscheint als das vollendete Verhältnis, weil es die Gegensätze zusammenfaßt; ursprünglich geht es um die vermittelnde Bewegung zwischen den Extremen, dann wird die Mitte gegenüber den Extremen zur höheren Potenz; die Bewegung erscheint als Vermittlung mit sich selbst; die Mitte ist das Subjekt, seine Momente fungieren als Extreme.« (5-78, 163)

Blamiert vor den Gewerkschaften — weil unpraktisch —; blamiert vor den neuen sozialen Bewegungen — weil einen Führungsanspruch erhebend —, wird das *Argument* schließlich auch vor den Kommunisten blamiert — weil opportunistisch: »Opitz hat Recht mit seinen Bedenken, daß hinter der Abgrenzung gegen Ökonomismus und Klassenreduktionismus bloß eine nicht mehr vermittelbare Pluralität der Faktoren lauert.« (*Sozialismus*, Nov. 1980)

Es wäre nicht uninteressant, zu analysieren, warum sich die beschriebene Kritik-Praxis nicht nur hält, sondern verschärft. Über die Methode, die dabei anzuwenden wäre, herrscht bei *Sozialismus* kein Zweifel. Als Analyse gilt dort »die Frage nach der sozialen Basis« von Bewußtseinsphänomenen (5-80, 140). Ein Modell läge auch schon vor: Oesterle hat den berühmtesten und folgenreichsten Zeitungsstreit des 19. Jahrhunderts, den Streit des Denunzianten Menzel mit dem Jungen Deutschland, auf Konkurrenz und Verdrängungswettbewerb zwischen verschiedenen oppositionellen Zeitschriften zurückgeführt.³ Wir halten jedoch die »Frage nach der sozialen Basis« nicht für eine hinreichende Analyse von Bewußtseinsphänomenen.

Es scheint, daß wir marxistischen Intellektuellen — das *wir* sei trotz der Intervention der *Beiträge* verwendet — allzusehr daran gewöhnt sind, das Wissen statt zur Lösung der dringlichsten Fragen zur Vernichtung und Ausgrenzung benachbarter Gruppierungen einzusetzen. Ist es da eigentlich so verwunderlich, daß die von einer neuen Generation getragenen sozialen Bewegungen dem Marxismus höchst skeptisch gegenüberstehen, genug haben von einer Theorie, die zu solcher Kritik führt, genug haben vom Eisbein- und Erbsenpüree-Sozialismus? Was schützt uns eigentlich davor, durch die Art unseres Umgangs mit marxistischer Theorie deren Verbreitung ebenso zu behindern, wie der kommunistische Funktionär mit Stalins »Kurzem Lehrgang« im Kopf früher dazu beigetragen hat, die Attraktivität des Marxismus auf unsere Generation zu verringern?

Anmerkungen

- 1 Ludwig Reiners: *Stilkunst*. München 1949, S.547
- 2 Heinrich Heine: *Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland*. In: H.H.: *Sämtliche Schriften*, hrsg. v. Klaus Briegleb. Bd.III. München 1971, S.570
- 3 Ingrid und Günter Oesterle: *Der literarische Bürgerkrieg*. In: *Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz*, hrsg. von Gert Mattenklott und Klaus R. Scherpe. Kronberg/Ts. 1974, S.151ff.

Neuer Typ von Wirtschaftskrise?

1. Begriffsbestimmungen für einen neuen Typ der Wirtschaftskrise

In der Analyse der Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise, in der Einschätzung der Steuerbarkeit von Konjunktur und Beschäftigung sowie in der Beurteilung der Wirkungsmechanismen bestimmter konjunkturpolitischer Maßnahmen bestehen zwischen einzelnen Autoren und Autorengruppen des linken Spektrums z.T. erhebliche Differenzen. Insofern ist es sinnvoll, die Diskussion der Krisenursachen sowie der Maßnahmen zur Überwindung der Konjunktur- und Beschäftigungsprobleme noch breiter und intensiver als bisher zu führen. Entsprechende Auseinandersetzungen z.B. zwischen der Memorandum-Gruppe und ihren Kritikern sind äußerst wünschenswert. Dabei sollte es auch darum gehen, die Argumente der Ökologiebewegung in der Memorandums-Diskussion stärker als bisher zu berücksichtigen.

Der folgende Beitrag setzt sich in diesem Sinne schwerpunktmäßig mit einem Artikel von *Johannes Berger* auseinander, in dem der Autor unter dem Titel »Wandlungen von Krisenursachen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus« (Berger 1981) die These vertritt, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine Krise neuen Typs sei. Damit steht Berger im Gegensatz zur Position der Memorandum-Gruppe, die die aktuelle Wirtschaftslage nach dem »traditionellen« Muster erklärt. Nach der Darstellung in den Memoranden wird die konjunkturelle Entwicklung lediglich durch die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft modifiziert. Es ist zu untersuchen, ob Berger in seinem Artikel reale Prozesse beschreibt und analysiert, die in der Krisenerklärung durch die Memoranden übersehen worden sind. Ferner ist zu prüfen, zu welchen Konsequenzen seine Darstellung der Krisenursachen führen.

In der aktuellen Diskussion wird von vielen Seiten die Auffassung vertreten, daß die derzeitige Lage der Wirtschaft mit den früheren Konjunkturkrisen nicht recht vergleichbar sei. Bei der gegenwärtigen Krise handele es sich nämlich nicht um ein rein konjunkturelles Problem, das durch einen kräftigen Aufschwung vollständig behoben werden könnte, sondern um ein strukturelles Problem, also um eine Strukturkrise. Was in diesem Sinne unter »Struktur« zu verstehen ist, wird von den Autoren oder Autorengruppen jeweils nach eigenen Vorstellungen definiert. In der bürgerlichen Literatur wird unter dem Begriff der Strukturkrise in der Regel die Tatsache gefaßt, daß die einzelnen Regionen, Branchen und/oder Berufsgruppen in z.T. sehr unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen sind. Das »Strukturelle« an der gegenwärtigen Wirtschaftslage wäre demnach die unterschiedliche Betroffenheit von der Krise — oder die Erwartung, daß sich die jeweiligen Regionen, Branchen und/oder Berufsgruppen nie mehr völlig »erholen« werden. Die Produktions- und Beschäftigungszahlen in einem bestimmten Industriezweig werden also auch nach der akuten Krise nicht mehr so hoch sein wie unmittelbar vor Beginn des konjunkturellen Abschwungs. *Michael Bolle* z.B. bezieht einen solchen Strukturbegriff auf den Arbeitsmarkt und begründet damit seine Ansicht, daß auch ein starker konjunktureller Aufschwung die anstehenden Beschäftigungsprobleme zwar mildern, aber keinesfalls lösen könnte (vgl. Bolle 1979 und die Kritik von Baisch 1980).

Derartige Fassungen des Begriffs der »Strukturkrise« tragen meiner Ansicht nach wenig zur Klärung der gegenwärtigen theoretischen und praktischen Probleme bei. Sicherlich ist unbestritten, daß einzelne Branchen (z.Z. Stahl, Schiffbau etc.), einzelne Regionen (Küstengebiete, Ruhrgebiet etc.) und einzelne Berufs- bzw. Beschäftigtengruppen (Bauarbeiter, Verwaltungsangestellte bzw. ältere Arbeitnehmer, Frauen etc.) weit überdurchschnittlich von der gegenwärtigen Krise betroffen sind. Richtig ist auch, daß nicht alle Industriezweige, Regionen und Berufsgruppen im Zuge eines kräftigen konjunkturellen Aufschwungs wieder Vollausslastung bzw. Vollbeschäftigung erreichen werden. Zu bezweifeln ist jedoch, daß es sich hierbei um ein im Kapitalismus neuartiges Problem handle, so daß jetzt von einer Struktur- anstelle von einer Konjunkturkrise gesprochen werden sollte. Vielmehr haben wir es hier mit einer logischen Folge eines permanenten Wandels in den Proportionen der einzelnen Wirtschaftszweige zueinander zu tun. Derartige ständige Veränderungen im Aufbau der Gesamtwirtschaft und in der Zusammensetzung der Berufsgruppen hat es nicht nur bereits in den 60er und 50er Jahren, sondern schon zu Beginn dieses Wirtschaftssystems gegeben. Mit dem Aufstieg neuer Produktgruppen oder ganzer Industriezweige und damit neuer Berufe ist nämlich häufig der Untergang von älteren Produkten, Handwerks- oder Industriezweigen und ganzen Berufsgruppen verbunden. In jüngster Zeit war das z.B. am Fall der weitgehenden Verdrängung der Kohle durch das Öl zu beobachten.

Konkret findet der Niedergang eines Industriezweiges natürlich vor allem im Verlaufe von konjunkturellen Krisenperioden statt, wenn sich nämlich wegen des Rückganges der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Konkurrenz erheblich verschärft. *Insofern* ist jede Konjunkturkrise in der Tat zugleich auch eine »Strukturkrise«. Das aber gilt eben für jede Krisenperiode, weil der Wechsel in den Proportionen zwischen den einzelnen Industriezweigen und Berufsgruppen sich in den konjunkturellen Abschwungphasen beschleunigt vollzieht. Ist der nach einer Krise folgende Aufschwung stark genug, so werden derartige »strukturelle« Probleme jedoch überdeckt, da sie sich nicht in Form von *Dauerarbeitslosigkeit* niederschlagen. Diejenigen Arbeitnehmer, die aus schrumpfenden Branchen ausscheiden müssen, finden dann in den expandierenden Branchen eine neue Beschäftigung. Im Verlaufe der Geschichte der Bundesrepublik war das faktisch bis zum Beginn der Krise 1974/75 der Fall.

Sowohl die Bundesregierung, die Bundesbank als z.B. auch der Sachverständigenrat streichen nun fortwährend heraus, daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise um eine besonders geartete »Strukturkrise« handle. Damit wird der Anschein zu erwecken versucht, als ob es sich bei der gegenwärtigen Krise nicht um ein weiteres Glied in der seit Bestehen dieses Wirtschaftssystems nahezu ununterbrochenen Kette von Konjunkturkrisen, sondern um einen völlig neuen Typ von Krise handle. Die von Anfang an bestehende Krisenhaftigkeit dieses Wirtschaftssystems soll damit kaschiert werden. Es wird behauptet, daß die »einfachen« Konjunkturkrisen überwunden bzw. relativ gut beherrschbar seien. Das gegenwärtige Problem der Wirtschaftspolitik liegt dann lediglich darin, daß kurzfristig ein völlig neuer Krisentyp aufgetreten sei, zu dessen Beherrschung derzeit verständlicherweise noch keine hinreichenden Instrumentarien zur Verfügung stehen. Indem der gegenwärtigen Krise so der konjunkturelle Charakter weitgehend abgesprochen wird, wird gleichzeitig die Hoffnung geweckt, daß das Management einer Strukturkrise ebenso gründlich erlernt werden könne wie dies bei den Konjunkturkrisen angeblich der Fall gewesen sei, nur bedürfe dieser Lernprozeß natur-

gemäß noch etwas Zeit. — Die bürgerliche Diskussion um den »neuen« Typ »Strukturkrise« läuft damit lediglich auf einen Zeitgewinn in den sozialen Auseinandersetzungen und auf den puren Rechtfertigungsversuch dafür hinaus, daß rund 50 Jahre nach der großen Weltwirtschaftskrise und rund 15 Jahre nach der ersten scharfen Nachkriegsrezession von 1966/67 in der Bundesrepublik nun schon wieder eine Krise jahrelang andauert — die zudem wie die Krise von 1929 wiederum die ganze westliche Welt erfaßt hat —, ohne daß bisher geeignete Schritte zu ihrer Überwindung unternommen worden sind oder unmittelbar in Aussicht stehen. Vielmehr wird ihre weitere Verschärfung allgemein erwartet. Die Einführung des Begriffs der »Strukturkrise« kann somit als rein taktische Maßnahme verstanden werden. Diese Taktik im Umgang mit neuen Begriffen ohne inhaltliche Substanz kann verdeutlicht werden am Beispiel der CDU, die mit ihrem nebulösen Slogan von der »Neuen Sozialen Frage« so tut, als ob die »alte« soziale Frage schon gelöst sei.

J. Berger vertritt in seinem Aufsatz über die Wandlungen von Krisenursachen die Auffassung, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme fundamental andere Ursachen haben als etwa die Krisen vor dem Ende des 2. Weltkrieges. Er hält es ausdrücklich für »gerechtfertigt, im Vergleich zu dem klassischen Fall der ökonomischen Krise aus rein ökonomischen Gründen von einem neuen Krisentyp zu sprechen.« (Berger 1981, 88) Im folgenden sollen zunächst die von Berger gelieferten Begründungen für seine These von einem neuen Krisentyp analysiert werden, um zu prüfen, ob tatsächlich qualitativ neue Strukturmerkmale offengelegt werden.

2. Bergers Analyse der verschiedenen Krisenursachen

Der Autor unterscheidet den »klassischen Fall der ökonomischen Krise aus rein ökonomischen Gründen« von einem Krisentyp, der zu begreifen sei »als Resultat eines erfolgreichen Krisenmanagements« (ebd.). Unmittelbar fällt hier eine Parallele zur Behauptung bürgerlicher Konjunkturpolitiker auf, daß nämlich die *herkömmlichen* Konjunkturschwankungen mittlerweile erfolgreich reguliert werden könnten. (Diese Auffassung wurde übrigens mindestens bis zur Rezession von 1966/67 und häufig noch einige Zeit danach von sehr vielen Autoren des linken Spektrums in der Bundesrepublik geteilt. Angesichts des langanhaltenden Nachkriegs-Booms glaubten sie in der vermeintlichen Fähigkeit des Keynesianischen Krisenmanagements, stärkere Konjunkturreinbrüche endgültig vermeiden zu können, eine neue Qualität in der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems entdecken zu können.) Bergers heutige Position unterscheidet sich von der bürgerlichen dadurch, daß er den Erfolg des Krisenmanagements (immer noch) sogar für so durchschlagend hält, daß daraus schon wieder ein neuer Krisentyp entstanden sei. Die Verfechter der keynesianischen Konjunktursteuerung selber gehen in der Einschätzung ihrer Fähigkeit zur Steuerung der »normalen« Konjunkturkrisen nicht ganz so weit.

Worin bestehen nach Bergers Ansicht die Unterschiede zwischen den »klassischen« Krisen und der Krise »neuen« Typs? Ganz allgemein formuliert benennt der Autor als Ursache der »klassischen« Krisen den Widerspruch zwischen der Mehrwertproduktion und der Mehrwertrealisierung. Während für die Mehrwertproduktion ein möglichst niedriges Lohnniveau günstig ist, ist für die Realisierung der produzierten Waren ein niedriges Lohnniveau hinderlich. Dieser Widerspruch wird im kapitalistischen Wirtschaftssystem über den Mechanismus des Arbeitsmarktes ausgetragen. Ein zu hohes

Lohnniveau erschwert die Mehrwertproduktion und führt zum Absinken der Nachfrage nach Arbeitskräften; es entsteht Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit wiederum drückt die Löhne auf ein Niveau, bei dem wieder mehr Produktion rentabel wird. Die Beschäftigung steigt so lange an, bis das Lohnniveau erneut zu hoch ist. Damit setzt die nächste Krise ein.

Auf Bergers Interpretation der »klassischen« Krisenursache kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Erwähnt sei lediglich, daß seine auf einige Marx-Zitate gestützte Darstellung sich auf das Argument reduziert, daß die Löhne im Zuge von Boomphasen einfach zu hoch ansteigen. Zur Herbeiführung eines konjunkturellen Aufschwungs im »klassischen« Sinne, den der Autor selber allerdings nicht befürwortet, müßte seiner Ansicht nach die Massenarbeitslosigkeit so drastisch ansteigen können, daß das Lohnniveau wieder auf ein für das Kapital rentables Maß fällt. In dieser Darstellung der Ursachen der »klassischen« Krise spielt also die Höhe des Lohnniveaus die entscheidende Rolle. Dabei wird der Lohn offensichtlich als reiner *Kostenfaktor* betrachtet. Wie wenig haltbar eine solche Position ist, zeigt sich u.a. an einer anderen Stelle des Artikels, in dem der Lohn indirekt auch als *Nachfragefaktor* berücksichtigt wird: Bei seiner kurzen Begründung des Dauerbooms nach dem 2. Weltkrieg nennt der Autor nämlich u.a. einen »hohen Nachholbedarf« (ebd. 85) als *ein* entscheidendes Faktum. Nun ist aber sicherlich unbestritten, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht der Bedarf, sondern allenfalls die *kaufkräftige Nachfrage* ökonomisch wirksam ist. Wäre umgekehrt tatsächlich der *Bedarf* die ausschlaggebende Größe, so müßte die ökonomische Entwicklung in praktisch allen Staaten ganz anders aussehen. Von der reinen Bedarfsseite her gäbe es z.B. in West-Berlin absolut keinen Grund für die Massenarbeitslosigkeit in der Bauindustrie dieser Stadt. Was tatsächlich fehlt, ist eine ausreichende kaufkräftige Nachfrage, die notwendig ist, den zweifellos vorhandenen starken Bedürfnissen nach mehr und besserem Wohnraum ökonomisch Geltung zu verschaffen. Wenn also nach Bergers Worten in der langen Boomphase nach dem 2. Weltkrieg ein hoher »Nachholbedarf« konjunkturell wirksam geworden ist, so unterstellt er *zwangsläufig* einen raschen Anstieg der kaufkräftigen Nachfrage als eine Voraussetzung des Booms. Das aber wird von ihm nicht deutlich ausformuliert, weil es offensichtlich nicht in sein übriges Konzept paßt.

Obwohl Berger in seiner Artikel-Überschrift von neuen Krisenursachen spricht, zeigen seine Ausführungen doch keine neuen Aspekte für das *Entstehen* einer Krise neuen Typs auf. Tatsächlich führt der Autor nämlich nur solche ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen an, die seiner Ansicht nach den Aufschwung aus einer — nach traditionellem Muster entstandenen — Krise hinauszögern oder verhindern. Entsprechend seiner kurz geschilderten Analyse der Ursachen für den Ausbruch einer »klassischen« Krise benennt er einige gesellschaftliche Veränderungen, die seiner Ansicht nach die im »klassischen« Sinne notwendige Herausbildung einer hohen Arbeitslosigkeit und damit den erforderlichen Druck auf das Lohnniveau entscheidend begrenzen. Diese Argumente sollen nun näher untersucht werden.

Berger schreibt: »Zunächst einmal beeinflusst die Arbeitsmarktpolitik die Größe des Arbeitsangebotes teils durch Schutzmaßnahmen für besondere Arbeitnehmergruppen (Frauen, ältere Arbeitnehmer), durch die Arbeitskräfte am Markt gehalten werden, die sonst eher weichen müßten; teils durch Regulierung des Eintritts in und Austritts aus dem Arbeitskräfteheer (z.B. durch Festlegung von Altersgrenzen) und teils durch die

Regulierung des Verhältnisses von Bildungs- zu Beschäftigungsphasen.« (ebd. 86f) Hierzu ist anzumerken, daß durch die angesprochenen Schutzmaßnahmen für einzelne Arbeitnehmergruppen keineswegs der *Umfang* der Arbeitslosigkeit, sondern lediglich deren Struktur beeinflußt werden soll: Ziel und Wirkung von derartigen Schutzmaßnahmen ist es erklärtermaßen, die überdurchschnittliche Betroffenheit bestimmter Arbeitnehmergruppen von Arbeitslosigkeit zumindest abzumildern. Die Gewerkschaften sind sich dabei absolut im klaren, daß die angestrebte Umverteilung des Beschäftigungsrisikos »auf Kosten« solcher Arbeitnehmergruppen gehen muß, die für das Kapital attraktiver wären. *Derartige* Maßnahmen zielen von vornherein gar nicht auf die Erhöhung des Gesamtumfangs der Beschäftigung ab — sie können somit auch keine Ursache für das »unzureichende« Ansteigen der Arbeitslosigkeit insgesamt sein. Sofern durch die angesprochenen Schutzmaßnahmen Arbeitskräfte am Markt gehalten werden, vergrößern sie sogar noch das am Markt vorhandene Angebot an Arbeitskräften — was bei unzureichender Nachfrage nach Arbeit also auch die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit erhöht. Zudem ist die von Berger angesprochene Politik der Arbeitszeitverkürzung — insbesondere die Senkung des Rentenalters, und die Verlängerung der Schulzeit — noch in keiner Phase der Geschichte des gewerkschaftlichen Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel zur Feinsteuerung des Arbeitsmarktes gewesen. Die Diskussion um die Herabsetzung des Rentenalters z.B. mit dem Nebenziel der augenblicklichen Entlastung des Arbeitsmarktes ist vielmehr neueren Datums und eine *Folge*, nicht *Ursache* des ungebrochenen Fortbestehens der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Als weitere Ursache der Verhinderung des Konjunkturaufschwungs nach »klassischem« Muster führt Berger die Tatsache an, daß »die Kapitaleite (!) nicht länger mit einer unorganisierten Arbeiterschaft« verhandelt (ebd. 87). Die Bildung der Gewerkschaften ist jedoch bekanntlich kein Ergebnis dieses Jahrhunderts. Insofern bleibt unerfindlich, wieso die seit vielen Jahrzehnten üblichen Kollektivverhandlungen bei der Lohnfestsetzung — die übrigens zumindest den Dauerboom nach dem 2. Weltkrieg »zugelassen« haben müssen — nun plötzlich zu einer Ursache für die Verhinderung des Konjunkturaufschwungs darstellen sollen, zumal auch die Kapitaleite nicht individuell, sondern im Rahmen mächtiger Arbeitgeberverbände verhandelt. Eine nennenswerte Verschiebung des »Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der Arbeit« (ebd.), wie sie der Autor für die letzten Jahrzehnte offensichtlich unterstellt, vermag ich nicht zu erkennen — weder in der Bundesrepublik, noch etwa in England oder in den USA.

Bergers Ansicht, daß die Bewegung der Lohnquote in der Bundesrepublik seine These von der Kräfteverschiebung zu Gunsten der Arbeit stütze, erscheint mir aus verschiedenen Gründen unhaltbar. Bekanntlich gibt die Lohnquote den Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen an. Der Autor selbst schränkt deshalb seine Aussage bereits dahingehend ein, daß bei der Beurteilung der Einkommensentwicklung auch die staatlichen Transferzahlungen berücksichtigt werden müßten — die aber erscheinen nicht in der Lohnquote. Ferner ist bekannt, daß die Besteuerung der Lohnneinkommen gerade in den letzten Jahren so enorm erhöht worden ist, daß die Lohnsteuer in der Bundesrepublik heute die größte Steuereinkommensquelle darstellt. Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten ist sicherlich ebenfalls Ausdruck des angesprochenen Kräfteverhältnisses — und hier kann man keineswegs

von einer Verschiebung zu Gunsten der Arbeitnehmer reden. Auch die aktuellen Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand sprechen für alles andere als für eine Kräfteverschiebung zugunsten der Arbeitnehmer. Die Lohnquote allein sagt auch deshalb recht wenig über das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit aus, weil sie nur den relativen Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen angibt, nicht aber die absoluten Größen. Die Entwicklung der Einkommensverhältnisse bei den einzelnen sozialen Gruppen spiegelt sich darin nicht wider. Wenn z.B. in einem Kleinbetrieb die Bruttolohnsumme für 9 Arbeitnehmer von je 2.000 DM pro Beschäftigten, also insgesamt 18.000 DM beispielsweise um 10 %, also auf 19.800 DM steigt und gleichzeitig die Einnahmen des Firmeninhabers aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ebenfalls um 10 % von 12.000 auf 13.200 DM ansteigt, dann ist die Lohnquote in beiden Fällen 60 % und somit konstant. Gleichzeitig hat sich aber die absolute Einkommensdifferenz zwischen einem einzelnen Arbeiter und dem Unternehmer von ehemals 10.000 DM auf 11.000 DM erhöht. Selbst in der Phase eines Anstiegs der Lohnquote, von 1968 gleich 61,3 % bis 1974 gleich 66,3 % ist die absolute Einkommensdifferenz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern mit Sicherheit nicht geringer, sondern im Gegenteil noch größer geworden. So ist die bereinigte Lohnquote nach Berechnungen des WSI 1980 von 68,6 % auf 69,3 % angestiegen, obwohl die Nettoreallöhne im gleichen Zeitraum um 0,7 % gefallen sind.

Die Lohnquote kann also selbst bei absolut sinkenden Löhnen steigen, wenn nämlich das Volkseinkommen noch schneller sinkt als das Bruttolohnniveau. Während die Lohnquote in den letzten Boomjahren 1972 und 1973 63,8 % bzw. 64,6 % betrug, erhöhte sie sich inmitten des Tiefpunktes der Krise, also in den Jahren 1974 und 1975 auf 66,3 % bzw. 66,1 %. Ein ähnlicher Anstieg der Bruttolohnquote war auch in den Krisenjahren 1966/67 zu beobachten und kann als *eine* Voraussetzung für eine Verbesserung der Kapazitätsauslastung und damit der Konjunktur interpretiert werden. Schließlich ist anzumerken, daß die Lohnquote seit 1975 gefallen ist und derzeit wieder etwa auf dem Niveau der Boomjahre 1972/73 liegt, ohne daß deshalb der konjunkturelle Aufschwung merklich vorangekommen wäre. Marx' bekannter »Sturmvogel der Krise«, also der Anstieg des Lohnniveaus in der Spätphase des Booms, sollte nicht mit dem Verursacher des Sturms verwechselt werden.

Schließlich ist zu bezweifeln, daß der von Berger so genannte »staatliche Schutz vor Arbeitslosigkeit« (ebd.) jemals real existiert hat bzw. jemals ökonomisch wirksam gewesen ist. Ähnlich wie beim sog. »sozialen Netz« gelten staatliche Versprechungen in Hinblick auf die Sicherung der Vollbeschäftigung nur so lange, wie sie nicht tatsächlich massenhaft in Anspruch genommen werden müssen. In einer Phase, in der der konjunkturelle Verlauf selber nicht mehr für zumindest annähernde Vollbeschäftigung sorgt, wird unter gegebenen Kräfteverhältnissen bzw. bei ungenügender Gegenwehr der Arbeitnehmer jegliche staatliche Vollbeschäftigungsgarantie sofort zurückgezogen. Der bürgerliche Wissenschaftsapparat ist längst dazu angetreten, diese »Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos« der Öffentlichkeit zu »verkaufen«. Wir sollten uns sorgsam hüten, ungewollt auch noch ein Scherflein dazu beizutragen.

3. Berbers Alternativ-Programm zur Überwindung der anstehenden Probleme

Berger kritisiert die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik dahingehend, daß sie nur darauf abzielt, die bisherige Produktion auf erweiterter Stufenleiter weiterzuführen

ren, ohne die Produktionstechniken und die Produktionsstrukturen verändern zu wollen. Probleme des »was«, des »wie« und des »für wen« blieben unberührt, so daß vor allem die Umweltzerstörung sowie die Verschwendung der Rohstoffe noch rascher als bisher voranschreiten würden. Diesem Lösungsmodell des Arbeitslosenproblems, das in der Tat einen Teil der Memorandum-Vorschläge ausmacht, stellt Berger die Forderung nach einer »ökologisch-sozialistischen« Strategie entgegen. Sie sollte gleichzeitig eine Produkt-, Verteilungs-, Technologie- und Arbeitspolitik umfassen. »Basis aller ökologisch-sozialistischen Vorschläge bildet aber die Zurückdrängung des formellen Sektors der Ökonomie bei Ausdehnung von Eigenaktivitäten.« (Ebd. 93) Gegen das Ziel, so viele Probleme auf einmal lösen zu wollen, wird niemand etwas einwenden, aber globale Strategien lassen sich bekanntlich um so wohlklingender formulieren, je weniger konkret sie sind. Fraglich bleibt deren Umsetzung in die Realität.

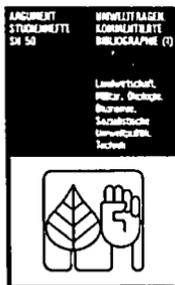
Berger sieht sich in seiner Hoffnung, daß die »ökologisch-sozialistische« Antwort auf alle drängenden Fragen *noch* möglich sei, darin gestärkt, daß schon jetzt wachsende Teile der Bevölkerung in den »informellen Sektor der Ökonomie« abwandern. »Unter informeller Ökonomie wird der Sektor der nicht über den Arbeitsmarkt vermittelten 'Eigenproduktionsaktivitäten' verstanden, von Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Bürgerinitiativen, alternativer Ökonomie, bis hin zur Schwarzarbeit und einigen kriminellen Formen der Existenzsicherung.« (Ebd. 91) Meiner Ansicht nach wird hier der romantisierende und illusionäre Charakter der von Berger vertretenen Idee des Ausbaus des »informellen Sektors der Ökonomie« deutlich. Zunehmende Hausarbeit (!), Schwarzarbeit (!) und einige kriminelle Formen der Existenzsicherung (!) sind überwiegend unfreiwillige *Reaktionen* auf den Mangel an anderen Möglichkeiten des »Broterwerbs« infolge des Mangels an freien Arbeitsplätzen. Das, was Berger hier als Bestandteil einer neuen Ökonomie hochstilisiert, gab es in Deutschland gezwungenermaßen auch schon während der großen Weltwirtschaftskrise — und das gibt es jetzt z.T. in viel größerem Umfang in den ärmeren Ländern. Mit einem Anstieg der Konjunktur werden sich diese Bereiche sicherlich ebenso schnell durchaus freiwillig wieder zurückbilden, wie sie sich mit dem Niedergang der Konjunktur 1974/75 zwangsläufig ausgebreitet hatten. Nachbarschaftshilfen (!) und Bürgerinitiativen (!), die hier unter der Rubrik »Eigenproduktionsaktivitäten« genannt werden, ohne solche zu sein, tauchen wohl nur deshalb an dieser Stelle auf, weil möglicherweise dem Autor selbst die benennbaren Alternativen zum herkömmlichen »Broterwerb« allzu dürftig erscheinen. — Die Orientierung auf alternative Produktionsstätten, Nachbarschaftshilfen und Hausarbeit als massenhafte Form des Einkommenserwerbs halte ich für desorientierend. Wenn jetzt und hier die Kraft nicht ausreicht, das Problem der Arbeitslosigkeit über eine Ankurbelung der Konjunktur sowie über die Verkürzung der Arbeitszeit zu lösen — wo sollte dann die notwendige gesellschaftliche Kraft herkommen, gleich eine Vielzahl von Problemen zu bewältigen?

Der hier diskutierte Versuch, über die Problemlösungsstrategien der Memoranden hinauszugehen, ist meiner Ansicht nach nicht realistisch. Daß die jetzt und hier betriebene Produktion nicht endlos gesteigert werden kann, ohne die Umwelt gründlich zu zerstören und die natürlichen Rohstoffquellen unnötig rasch aufzubrechen, ist unbestritten. Diese Tatsache wird nicht einmal von dem gleichen bürgerlichen Apparat geleugnet, der die ökologische Zerstörung und Vergeudung der Rohstoffe selbst betreibt. Die Intensität, mit der sich die Medien dieser Probleme plötzlich angenommen haben,

ist nicht ohne Methode. Immerhin werden die angesprochenen Probleme wohl nicht zufällig inmitten einer jahrelangen, schweren Konjunkturkrise in den Vordergrund gestellt. Die Diskussion um Ökologie und Rohstofffragen kann dazu mißbraucht werden, der bestehenden Wirtschaftskrise auch noch eine positive Seite abzugewinnen. Es wird die Bereitschaft gefördert, sich mit dem Rückgang von Produktion und Beschäftigung abzufinden, weil dadurch gleichzeitig Umwelt und Rohstoffe geschont werden. Wenn dann auch noch die erzwungenermaßen beschrittenen Wege der individuellen Bewältigung des Arbeitslosenproblems (Heimarbeit etc.) unumwunden als positive, eigenständige Ziele dargestellt werden, dann nimmt der gesellschaftliche Druck in Richtung kurz- und langfristige Lösung des Beschäftigungsproblems nicht zu, sondern eher noch ab. Der durch die Arbeitslosigkeit ganz allgemein erzwungene, individuell jedoch häufig ökologisch motivierte Ausstieg aus dem »formellen« Sektor der Wirtschaft ist keine systemsprengende, sondern eine durchaus systemkonforme Art der Problembewältigung. Die von der CDU — nicht nur in Berlin — neuerdings propagierte »Hilfe zur Selbsthilfe« wie auch der in der Bundesrepublik, in England, in den USA etc. zu verfolgende Rückzug des Staates aus seiner wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung belegen das eindrucksvoll.

Literaturverzeichnis

- Berger, Johannes, 1981:* Wandlungen von Krisenursachen im Wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, in: Monetäre Restriktionen: Die Inflationsbekämpfung. Alternative Wirtschaftspolitik 3. Argument-Sonderband AS 68. Berlin/West, 81-94
- Baisch, Helmut, 1980:* Segmentierung am Arbeitsmarkt — eine Restriktion keynesianischer Beschäftigungspolitik? In: Alternative Wirtschaftspolitik 2: Probleme der politischen und ökonomischen Durchsetzung. Argument-Sonderband AS 52. Berlin/West, 94-113
- Bolle, Michael, 1979:* Kritik der arbeitsmarkttheoretischen und -politischen Implikationen des Memorandums, in: Alternative Wirtschaftspolitik: Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion. Argument-Sonderband AS 35. Berlin/West, 160-173.



Neu im Argument-Verlag

Umweltfragen, Kommentierte Bibliographie (I) Landwirtschaft, Militär, Ökologie, Ökonomie Sozialistische Umweltpolitik, Technik.

- Die hier zusammengestellten Umweltbibliographien wollen:
- die vorliegenden Zwischenergebnisse einzelner gesellschaftspolitisch relevanter Fachdiskussionen zusammenfassend darstellen;
 - die Nahtstelle zwischen fachwissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussion sichtbar machen und in beiden Richtungen überschreiten;
 - im Nebeneinander verschiedener Fachgebiete die Komplexität der Umweltproblematik aufzeigen.
- SH 50 (ISBN 3-88619-750-6) 7,— DM

Kongreßberichte

Psychiatrie und deutscher Faschismus

Veranstalter: Psychiatrische Klinik der MHH, Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) und Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi).

Medizinische Hochschule Hannover, 19.-20. Juni 1981

Nachdem sich die Medizin in der BRD Jahrzehnte erfolgreich gegen die Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Geschichte zu wehren verstand — so wurden z.B. die Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses 1946/47 der Öffentlichkeit bis 1960 vorenthalten —, beginnt sich in den letzten Jahren die überfällige selbstkritische Aufarbeitung ihrer NS-Geschichte abzuzeichnen. Die DGSP unternahm 1979 mit ihrer Denkschrift »Holocaust und die Psychiatrie« einen ersten Versuch, das Schweigen in der BRD über ca. 120.000 während des Faschismus getötete psychisch Kranke zu brechen. Auf dem Gesundheitstag 1980 in Berlin/West wurde die Diskussion auf die gesamte Medizin, vor allem im Hinblick auf ihre heutige Ideologie und Praxis, erweitert (s. Bd. 1 der Dokumentation des Gesundheitstages 1980 »Medizin und Nationalsozialismus/ Tabuisierte Vergangenheit — Ungebrochene Tradition?«, hrsg. von G. Baader u. U. Schultz).

Es war wohl in der Geschichte der BRD die erste von Psychiatern organisierte Tagung zu diesem Thema. Als produktiv aber auch schwierig erwies sich dabei die Diskussion zwischen Psychiatern, Sozialwissenschaftlern und Philosophen. Durch die Absagen von A. Thom, K. Weise und G. Jun aus der DDR sowie von A. Slavich aus Italien gingen der Tagung wichtige Beiträge zur Faschismus-Debatte verloren.

In seinem Einleitungsreferat »Faschismus — Ideologie — Minderheiten« sprach W.F. Haug von der Versuchung, bei der emotionalen Betroffenheit angesichts der Tötungsprogramme der »Psychiatrie im Strudel der 'Euthanasie'« (F. K. Kaul) stehen zu bleiben. Es gelte, den Blick auf die Normalität des Medizinischen zu richten. Dies erkläre mehr an den Prof. Heydes als der von Entsetzen gelähmte Blick auf diese selbst. Die Psychiatrie sei — wie die Medizin insgesamt — durch einige ihrer Normen und Funktionen der faschistischen Ideologie sehr entgegengekommen. Anhand psychiatrischer Lehrbücher und anderer Dokumente zeigte er die Zuständigkeit der Psychiatrie für die Sozialität/ Asozialität der Individuen, d.h. für ihre ideologische Sozialisierbarkeit (Fähigkeit zur »freien« und »verantwortlichen« Übernahme der [Unter-]Ordnung). Die Ärzte hätten sich als »Führer« ihrer »Patienten« artikuliert. Hitler habe sie daher zu Offizieren des Volkes machen wollen. Bei der Analyse der Psychiatrie im Faschismus sei also zuzugehen von ihrer »normalen« Konstituierung als einer gesellschaftlichen Apparatur zur Stützung bestimmter Subjekt-Effekte.

Zur ideologischen Vorgeschichte der faschistischen »Euthanasie« wies H. Stoffels mit E. Bloch (»Die Faschisten reden betrügerisch zu den Menschen, die Kommunisten sprechen wahr von den Sachen«) auf eine der Erfolgsbedingungen der faschistischen Ideologie gerade im Hinblick auf die Medizin hin: deren Artikulation als »Heilslehre«, als medizinische Botschaft (s. »Heil Hitler«). Sie habe bei der Entwicklung ihrer Ausrottungspolitik gegen »lebensunwertes Leben« auf biologische Gesellschaftstheorien des 19. Jh. (Darwin, Monisten-Bund, Sozialdarwinisten) zurückgreifen können. Die »Euthanasie« erscheine vor diesem Hintergrund als quasi-religiöse Idee des Opfers im Rahmen einer »Gesundheitsutopie« (U. Schultz).

B. Müller-Hill wies auf die zentrale Stellung der Ärzte — entsprechend einem ausdrücklichen Hitlerbefehl — beim gesamten Vorgang der Aussonderung und Vernichtung hin. Zur Erklärung dieses Phänomens führte er den Konflikt zwischen Ärzten und Philosophen um die Macht im Staat an, der bis ins 18. Jh. zurückreiche und den die

Ärzte im Faschismus zu ihren Gunsten entschieden hätten. Die Essenz dieses Sieges, der »Vernichtungskult«, sehe seine Opfer in den »Menschen, die im Leben nicht bestehen«.

Im Zentrum der Überlegungen von K. Dörner zum psychiatrischen Handeln im »Dritten Reich« und heute stand die Frage, wie es möglich gewesen sei, daß die »Nicht-Psychiatrie« (Angehörige der Patienten, die Bevölkerung allgemein, Kirchen, z.T. die Justiz) die psychiatrischen Patienten gegen die professionelle Psychiatrie in Schutz genommen habe und was dies für uns heute bedeute. Das Psychiatrieverständnis der Nicht-Psychiater sei mehr an den Menschen, weniger an den Krankheiten orientiert gewesen. Die geringe Durchsetzbarkeit von psychiatrischen Reformen in der BRD im Vergleich zu anderen Ländern sei wohl auch auf die geringe historische Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Psychiatrie zurückzuführen, die sich mit dem NS-Teil ihrer Berufsgeschichte bisher nicht auseinandergesetzt habe. Die »politische Indienstnahme der Psychiatrie« (E. Wulff) resultiere nicht zuletzt aus ihrer grundsätzlichen Doppelfunktion — zu helfen und zu kontrollieren. Bei den heutigen Versuchen zur Überwindung der 150jährigen Tradition der Anstaltspsychiatrie sei es notwendig, die demokratischen Traditionen in der eigenen Geschichte aufzuspüren. Mit Bezug auf Kant vertrat Dörner die These, daß die Psychiatrie keine medizinische Wissenschaft sei. Ihr Grundproblem betreffe die Freiheit des Menschen, und dies sei ein philosophisches Problem. Gefordert sei deshalb eine philosophisch-anthropologische Fundierung der Psychiatrie. Dazu bedürfe es der Zusammenarbeit von Universitäts- und Praxiswissenschaftlern. Nur so könnten die psychiatrisch Tätigen gegenüber der Gesellschaft die Grenzen ihrer Kontroll- und Gewaltanwendung und gegenüber sich selbst die Grenzen ihres Helfens realisieren.

Auf die Illustration dieser widersprüchlichen Verfassung der Psychiatrie am Beispiel der 100jährigen Geschichte einer psychiatrischen Anstalt (LKH Wunstorf) durch deren gegenwärtigen ärztlichen Leiter A. Finzen sei hier nur kurz verwiesen (s. Sozialpsychiatrische Informationen vom März 1981).

Die juristische Auseinandersetzung mit der NS-Psychiatrie nach 1945 sei bis heute, so H. Düx, geprägt von einer Strategie des Vergessens. Gründe hierfür seien die fast ungestörte Kontinuität der NS-Juristen in der BRD, die Nichtanwendung des internationalen Völkerrechts sowie die nahtlose Übernahme des faschistischen Antikommunismus nach Abspaltung des Antisemitismus (F.K. Kaul).

Die Diskussionen im Plenum und den Arbeitsgruppen bewegten sich in einem gemeinsamen Horizont: der Spannung zwischen der »Perversion« der medizinisch/psychiatrischen Kompetenz im deutschen Faschismus und ihrer heutigen »Normalität«.

Einen zentralen Konfliktpunkt stellte dabei die Auseinandersetzung um die »Sprache« der anwesenden Theoretiker — vor allem W.F. Haugs — dar: Sie sei zu abstrakt, intellektuell, unverständlich. K. Dörner sah in diesen Vorwürfen den Widerstand gegen die angstmachende Auseinandersetzung um das Thema dieser Tagung am Werk. W.F. Haug wies darauf hin, daß eine bestimmte Abwehr wissenschaftlicher Abstraktion ebenso wie das Beschwören »sinnlich-konkreter« Gefühlswerte den faschistischen Diskurs gekennzeichnet habe. Nicht durch ihre Wissenschaftlichkeit habe die Psychiatrie die Menschen verraten, sondern durch ihren Verrat an der Wissenschaft. Wissenschaftliche Erkenntnis der Rolle der Psychiatrie im Faschismus sei nur »abstrakt«, durch Anstrengung des Begriffs möglich. Zu warnen sei vor einem nicht eingreifenden, sondern nur ergriffenen Reden, vor einem Diskurs des »Grauens«, der letztlich zu einem gemüthlichen Sicheinrichten in hilflosem Antifaschismus führe. Von einer Krankenschwester, C. Bienstein, kam der Vorwurf der Heuchelei an die Adresse der Kritiker der theoretischen Abstraktion: sie seien als Ärzte, Psychologen selbst Theoretiker. Für die heutige und zukünftige Praxis der Psychiatrie müsse vielmehr gerade an sie die Aufforderung

zur praktischen Umsetzung der theoretischen Analyse gestellt werden.

Mit Bezug auf Dörners These, daß es in der Psychiatrie zentral um die Freiheit des Menschen gehe, entwarf W.F. Haug als Zielperspektive einer demokratischen Bewegung die Schaffung von Räumen für verschiedene Bewegungen, eines hegemonialen, also politischen Feldes im Gramscischen Sinne, das widerspruchsfähig ist und so eine Pluralität von Logiken ermöglicht. Damit sei auch eine Perspektive für Mediziner und Psychiater verbunden: das Individuum als nicht-zentrisches Wesen, als ein Ensemble von vielen Freiheiten und Logiken. Ähnlich wie die Theologen und Anthropologen stünden die Ärzte, v.a. die Psychiater, an der Nahtstelle zwischen einem bestimmten gesellschaftlichen System und den Menschen dieses Systems. Sie könnten ihre Funktion als »Zustimmungsfunktionäre« (F. Basaglia) aufgeben und auf die andere Seite der Barrikade überwechseln (s. Th. Münzer in den Bauernkriegen, politische Theologie in Südamerika). Die bisherigen Apparate der inneren Kolonisierung müßten umgedreht werden.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Auseinandersetzung fortgesetzt werden muß. Als nächster Tagungsort wurde von K. Pramann eine psychiatrische Anstalt vorgeschlagen. (Die Materialien der Tagung sollen im nächsten Jahr veröffentlicht werden.)

Hans Pfefferer-Wolf (Berlin/West)

Sozialismus und nationale Identität in Zeiten der Krise

Tagung der British Research Group on Socialism and Nationalism,
Portsmouth, 18.-20.9.1981

Sozialistische Bewegungen sind international, meist auch internationalistisch. Der Form nach sind sie hingegen in der Regel national. Ihre politische Praxis wirft eine Fülle von nationalen Fragen auf. Dabei kann es um neu entstehende oder bereits etablierte Nationen gehen, um Nationalitätenkonflikte innerhalb eines multi-nationalen Staates oder um Beziehungen zwischen Großmächten und nationalen Befreiungsbewegungen usw. Angesichts der Vielschichtigkeit nationaler Probleme mag es verständlich sein, daß nicht wenige Sozialisten sich der Erörterung dieser Spannungsfelder einfach entzogen haben — zu entschuldigen ist es nicht. Denn hier ist nicht bloß manches Gebiet historisch-empirisch unbearbeitet, hier stellt sich auch das theoretisch wichtige Problem des Verhältnisses von »Klasse«, »Staat« und »Kultur«. Dies Verhältnis ist u.a. deshalb wichtig, weil »Nation« die — imaginäre oder wirkliche — Einheit dieser drei Elemente herstellt und damit ein Hauptschauplatz hegemonialer Auseinandersetzungen ist. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die 1975 vorwiegend von Dozenten aus Portsmouth gegründete Forschungsgruppe »Sozialismus und Nationalismus« sich kontinuierlich mit diesen Themen beschäftigt (vgl. die bisherigen Ergebnisse in Eric Cahm/Vladimir C. Fisera [Hrsg.]: *Socialism and Nationalism*, 3 Bde., Spokesman Verlag, Nottingham 1978ff.). Wohl nicht ganz zufällig entstand die Forschungsgruppe in Großbritannien, einem Land mit imperialer Vergangenheit, drängenden ethnischen Konflikten (Nordiren, Schotten, Waliser, Westindier) und einer von nationalistischen Elementen nicht freien Arbeiterbewegung (Labour-Ablehnung des EG-Beitritts). Die Vielfältigkeit der mit »Sozialismus und Nationalismus« verbundenen Aspekte drückte sich auch in der jüngsten Tagung der Forschungsgruppe aus. Die Themen reichten vom Krimkrieg bis zum Nationalismus der französischen Kommunisten, die inhaltlichen Positionen von der skeptischen Ablehnung des Begriffs »Nation« durch *Hüseyin Ramazanoglu* (Portsmouth) bis zum furiosen Plädoyer für die notwendige Kombination von Nationalismus und Sozialismus durch *Jacques Mascotto* (Montreal). Eine Trennung von »theoretischen« und »empirischen« Referaten war leider unumgänglich, obwohl anzuerkennen ist, daß die Veranstalter sich um mögliche Annäherungen gekümmert hatten.

Hüseyin Ramazanoglu warnte in seinem Vortrag über »Gesellschaftsformationen und die Erforschung von Nationalismus und Sozialismus« vor den Gefahren des Empirismus und der vorschnellen Verallgemeinerung, die hier noch größer als anderswo seien. Er schlug stattdessen vor, die Forschung auf jeweils historisch gegebene staatlich organisierte Gesellschaftsformationen zu konzentrieren. »Gesellschaftsformation« bedeutete für ihn dabei anders als »Gesellschaft«, daß die spezifischen »Konjunktionen« miteinfaßt würden, die das jeweilige historische »Beispiel« ausmachten. *John Schwarzmantel* (Leeds) versuchte die historische Konkretisierung, indem er nicht nur diverse Beispiele für Konvergenz und Divergenz von Nationalismus und Sozialismus anführte (etwa die französische Volksfront als Verteidigerin nationaler Identität), sondern auch das Ende des 19. Jahrhunderts als Wendepunkt im politischen Gebrauch des Nationalismus bezeichnete. Zu dieser Zeit sei der Nationalismus von seinem linkspopulistischen Inhalt gereinigt worden, was er mit der Etablierung bürgerlicher Hegemonie erklärte. *Robin Okey* (Warwick) bemühte sich um eine Typologie der Beziehung von Arbeiterbewegung und Nation, indem er einen theoretisch-historischen Überblick über sozialistische Positionen zur Nation im Bereich »großer« und »kleiner« Nationen sowie von Kolonien gab. Die meisten Aspekte der Debatte, einschließlich der Spannungen zwischen Kultur und Politik/Ökonomie sowie »Identität« und »Gleichheit« sah er bereits in der Kontroverse zwischen Lenin und Otto Bauer, wobei er selbst eher letzterem zuneigte. Überhaupt fiel mir auf, wie wichtig Bauer auf dieser Tagung genommen wurde (vgl. »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie«, Bauer-Werkausgabe, Bd.1, Wien 1975). So betonte *Barry Smerin* bei seinen informativen Darlegungen über den »Bund« und die jüdische nationale Frage 1897-1917 die Bedeutung des Austromarxismus für die Programmatik des »Bund«. Noch direkter war *Efraim Nimni* (Hull), der zum Thema »Palästinensische Nation oder die Nationen von Palästina?« sprach. Er versuchte, Bauers Begriff der Nation als »Schicksalsgemeinschaft« auf Palästina anzuwenden — mit dem interessanten Ergebnis, daß er sowohl die offiziellen Thesen von der arabischen Nation als auch die nicht minder offiziellen Thesen von der jüdischen Nation gründlich destruierte und von zwei nationalen Gemeinschaften in Palästina handelte: Den palästinensischen Arabern und den israelischen Hebräern. Hier gibt es eine bemerkenswerte Parallele zwischen der »jüdischen« Staatsangehörigkeit des Staates Israel und der »deutschen« Staatsangehörigkeit der BRD. Sie wurde indes nicht zum Gegenstand der speziell deutschen Fragen gewidmeten Sitzung gemacht. Hier dominierte das Thema »Deutsche Linke und nationale Frage«. *Günter Minnerup* (Portsmouth) interpretierte die Teilung Deutschlands nach 1945 als Niederlage der Arbeiterklasse in beiden Staaten, während ich über die neueren linken Diskussionen in der Bundesrepublik berichtete, etwa Peter Brandts Reaktivierung eines neutralistischen gesamtdeutschen Sozialismus. Bei mir überwiegt jedoch die Skepsis gegenüber den historisch möglichen Chancen eines linken nationalen Diskurses in der BRD. *Wieland Efferding* (Berlin/West) hatte demgegenüber einen Beitrag eingereicht, in dem er unter Berufung auf Überlegungen von Ernesto Laclau die Möglichkeit erwägt, einen denkbaren nationalen Diskurs nicht der Rechten zu überlassen. Die eindrucksvollen Kursänderungen der DDR in der nationalen Frage waren leider nicht Gegenstand der Diskussion. Der Punkt »Realer Sozialismus und nationale Fragen« wurde indes plastisch abgehandelt. Die Untersuchungen von *Vladimir C. Fisera* (Portsmouth) und *Jacques Rupnik* (London) zum sowjetischen Konzept der »slawischen Demokratie« von 1941 bis 1948 bzw. zur kommunistischen nationalen Politik in der Tschechoslowakei von 1941 bis 1948 belegten faktenreich den Sieg des politischen Utilitarismus in der Sowjetunion über tradierte kommunistische Konzeptionen. Da jeweils drei Arbeitsgruppen parallel tagten, war es mir nicht möglich, die übrigen zehn Beiträge zu hören, die sich mit nationalen Problemen der britischen, französischen und russischen Arbeiterbewegung befaßten (eine

Veröffentlichung ist vorgesehen).

Versucht man, die Diskussionsbeiträge zu den Referaten zusammenfassend einzuordnen, ergibt sich Unzufriedenheit vor allem auf zwei Gebieten: Erstens wurde die Überladung der Konferenz mit Einzelreferaten kritisiert und ein Bezug zu den während der Tagung nur implizit erwähnten Begriffen des Rahmenthemas »Identität« und »Krise« vermißt. Zweitens wurde eine konzeptionelle Unsicherheit trotz früherer und gegenwärtiger Aufarbeitungen marxistischer Theoriegeschichte festgestellt (dies gilt auch gegenüber dem in Großbritannien zeitweilig sehr populären Althusser). Darüber hinaus hätte z.B. die Frage diskutiert werden können, ob neben dem oft erwähnten jungen Bauer der komplexen Kultur-Analyse nicht der späte Bauer der Politik-Analyse im Kapitalismus treten sollte. So wären vielleicht ökonomistische und »kulturalistische« Verkürzungen des Nationen-Begriffs zu vermeiden. Vom Material her wäre es wichtig, weit stärker als bisher über die eurozentrierte Perspektive hinwegzukommen und den Blick auf die USA und die Dritte Welt zu richten.

Volker Gransow (Berlin / West-Bielefeld)

Der Paradigma-Wechsel in der Fernsehforschung und seine medienpädagogischen Konsequenzen

Darmstadt, 22.-23.5.1981

Im Verlauf dieser von Prof. Dr. Franz Hebel (TH Darmstadt) geleiteten Tagung wurde von Teilnehmern wiederholt beklagt, daß Fragen der medialen Kommunikation allenfalls am Rande Unterrichtsgegenstand der Schulen sind. Die umfassende Bestandsaufnahme, die eine Mainzer Gruppe zur Lage der Medienkunde im *Parlament* (Teleforum) No. 21/23, Mai 1981 veröffentlicht hat, bestätigt die Berechtigung dieser Besorgnis. Der zunehmenden Bedeutung der Medien für die gesellschaftliche Verfassung wie für die Lebensgestaltung des Einzelnen steht ein auch von den politischen Parteien immer wieder bemängeltes geringes Interesse an den Problemen medialer Kommunikation und der Medienpolitik in der Öffentlichkeit gegenüber; die Folge davon ist, daß z.B. die aktuelle Diskussion über die Medienezukunft über einen kleinen Kreis von Fachleuten nicht hinausgelangt. Mit Besorgnis wurde von den Teilnehmern des Kolloquiums zur Kenntnis genommen, daß nach vielversprechenden Initiativen zu Beginn der 70er Jahre der Bereich der Medienkommunikation im Schulunterricht kaum weiter ausgebaut wurde, sich hingegen zunehmend Tendenzen abzeichnen, das bereits Erreichte wieder abzubauen.

Da die Vertrautheit mit der Funktion und Arbeitsweise der verschiedenen Massenkommunikationsmittel unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für eine sinnvolle, selbstbestimmte Nutzung dieser Medien ist, sehen sich die Teilnehmer des Kolloquiums veranlaßt, den Kultusbehörden folgende Forderungen vorzutragen:

1. Die gesellschaftliche Funktion der Medien sowie der Umgang mit Medien müssen zu einem festen Bestandteil des Unterrichts auf allen Schulstufen werden.

2. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die Medienkunde als Unterrichtsgegenstand in den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien zu verankern. Dabei ist vor allem Sorge dafür zu tragen, daß die elektronischen Medien, deren Bedeutung für den Alltag des Einzelnen zunimmt, entsprechend berücksichtigt werden.

3. Da die modernen Massenkommunikationsmittel mehr als jeder andere Unterrichtsgegenstand in die Zuständigkeit sehr verschiedener herkömmlicher Schulfächer fällt, sind die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine fächerübergreifende Behandlung der Medien ermöglicht wird.

4. Die Schulen sind in einem solchen Umfang mit technischen Einrichtungen auszustatten, daß es den Lehrpersonen ohne unzumutbaren organisatorischen Aufwand möglich ist, Medien im Unterricht zu behandeln.

5. In die Lehramtsstudiengänge der Fächer, in die der Bereich Massenkommunikation fällt (insbesondere Deutsch, Sozialkunde, Kunst, Musik), sind verbindliche Studienelemente aufzunehmen, in denen zukünftige Lehrer auf den Gegenstandsbereich Medien qualifiziert vorbereitet werden.

6. Die Lehrerfortbildungseinrichtungen sollten verstärkt Kurse und Seminare anbieten, in denen die bereits unterrichtenden Lehrer mit dem Problembereich Medienkommunikation vertraut gemacht werden und in denen entsprechende Unterrichtseinheiten entwickelt werden können.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Dokumentation

Aufruf zur Entkriminalisierung der Homosexualität

1. Das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland enthält nach wie vor einen Paragraphen 175. Trotz der Modifikationen von 1969 und 1973 wird homosexuelles Verhalten weiterhin einer Sonderbehandlung unterzogen und im Vergleich mit heterosexuellem Verhalten speziell kriminalisiert, wobei die Schutzaltersgrenze 18 Jahre beträgt. Wir halten diese strafrechtliche Sonderbehandlung nicht für vertretbar und ersuchen den Gesetzgeber, den §175 StGB ersatzlos zu streichen.

2. Wir melden uns jetzt zu Wort, weil die Hoffnung nicht ganz unbegründet ist, mit der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen allein wegen ihres homosexuellen Verhaltens könnte endlich Schluß gemacht werden. Die Freie Demokratische Partei hat sich dieses Ziel vor der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag gesetzt. Angesichts dieser Situation unterdrücken einige von uns das Gefühl der Peinlichkeit, am Ende des 20. Jahrhunderts für die Entpönlisierung einer allgemein-menschlichen Fähigkeit eintreten zu müssen, die als solche harmlos ist. Einige von uns stellen aus demselben Grund das Bedenken zurück, eine Teilreform könnte dazu beitragen, ein weit darüber hinaus reformbedürftiges Sexualstrafrecht zu verfestigen.

3. Von den vielen Aufrufen und Eingaben zur Problematik des Homosexuellen-Paragraphen erinnern wir an die Petition des »Wissenschaftlich-humanitären Komitees«, die der Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld verfaßt hat. Sie ist von 1897 an den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt worden und hat wesentlich zu der Entscheidung des Strafrechtsausschusses des Reichstags von 1929 beigetragen, die sog. einfache Homosexualität straffrei zu lassen. Diese Petition hatten auch viele Personen der Zeitgeschichte unterschrieben. Zum Beispiel: August Bebel, Karl Kautsky, Paul Löbe, Hermann Müller, Walter Rathenau; Robert Bosch, Martin Buber, Alfred Döblin, Albert Einstein, Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Karl Jaspers, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Max Liebermann, Heinrich Mann, Thomas Mann, Rainer Maria Rilke, Heinrich Zille, Stefan Zweig; Franz v. Liszt, Wolfgang Mittermaier, Gustav Radbruch; Gustav v. Bergmann, Albert Neisser, Rudolf Virchow.

4. Zu erinnern haben wir an die Verbrechen, die unter der NS-Diktatur homosexuellen Menschen angetan worden sind. Kaum einer will wahrhaben, daß Tausende von Häftlingen mit dem »Rosa Winkel« in den Konzentrationslagern gequält und vernichtet worden sind. Das bittere Wort, nach dem für die Homosexuellen das »Dritte Reich« noch nicht vorbei sei, läßt uns nicht unberührt. Tatsächlich werden homosexuelle Menschen nach wie vor in vielfältiger Weise beleidigt, erniedrigt, geängstigt, entwürdigt und schikaniert.

5. Für uns ist Homosexualität nichts Minderes, Kriminelles, Infektiöses, das verpönt und verfolgt gehört. Für uns ist Homosexualität nichts, dessen man sich zu schämen hätte. Anthropologisch betrachtet, verweist der Begriff »Homosexualität« zuallererst auf einen menschlichen Sach-

verhält: darauf, daß dieses Erleben und Verhalten zur Ausstattung der Gattung Mensch gehört, also nicht nur den manifest homosexuellen, sondern allen Menschen eigen ist.

Frankfurt am Main, im Januar 1981

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung: Prof. Dr. med. Volkmar Sigusch, Erster Vorsitzender; Prof. Dr. med. Eberhard Schorsch, Zweiter Vorsitzender; Dr. phil. Martin Dannecker, Sekretär; Dr. phil. Günter Amendt, Beisitzer; Dipl. Päd. Karin Albrecht-Désirat, Beisitzerin.

Als Erstunterzeichner haben diesem Aufruf zugestimmt:

Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Pina Bausch, Hellmut Becker, Frank Benseler, Joseph Beuys, Wolf Biermann, Karola Bloch, Heinrich Böll, Clemens de Boor, Elisabeth Borchers, Peter Brückner, Hans Christoph Buch, Andreas Buro, Günther Busch, Peter O. Chotjewitz, Dany Cohn-Bendit, Johannes Cremerius, Helmut Dahmer, Franz Josef Degenhardt, Gertrude Degenhardt, Barbara Dickmann, Klaus Dörner, Lottemi Doormann, Ingeborg Drewitz, Freimut Dove, Ulrich Ehebald, Gisela Elsner, Rainer Werner Fassbinder, Ludwig Fels, Iring Fetscher, Hubert Fichte, Dietrich Fischer-Dieskau, Ossip K. Flechtheim, Ludwig von Friedeburg, Hans-Joachim Friedrichs, Gerd Fuchs, Peter Fürstenau, Michael Gielen, Rolf Gindorf, Helmut Gollwitzer, Peter Gorsen, Günter Grass, Hermann Gremliza, Bernhard Grzimek, Jürgen Habermas, Peter Härtling, Heinrich Hannover, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Martin Held, Hartmut von Hentig, Hans Werner Henze, Dieter Hildebrandt, Werner Holtfort, Klaus Horn, Herbert Jäger, Marielouise Janssen-Jurreit, Inge Jens, Walter Jens, Luc Jochimsen, Arthur Jores, Curd Jürgens, Margie Jürgens, Robert Jungk, Hellmuth Karasek, Ingrid Karsunke, Helmut Kentler, Heinar Kipphardt, Ulrich Klug, Hildegard Knef, René König, Wolfgang Koeppen, Ursula Krehel, Karl Krolow, Horst Krüger, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, Lutz Lehmann, Thomas Leithäuser, Siegfried Lenz, Udo Lindenberg, Wolfgang Loch, Herbert Maisch, Angelika Mechtel, Adolf-Ernst Meyer, Wilfried Minks, Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich, Emma Moersch, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Reinhold Neven Du Mont, Susanne von Paczensky, Peter Palitzsch, Peggy Parnass, Claus Peymann, Hermann Peter Piwitt, Fritz Pleitgen, Ursula Plog, Wolfgang Pohrt, Chlodwig Poth, Rosa von Praunheim, Ulrich K. Preuß, Marcel Reich-Ranicki, Horst-Eberhard Richter, Luise Rinser, Hansjürgen Rosenbauer, Lea Rosh, Eva Rühmkorf, Peter Rühmkorf, Erika Runge, Fritz Sack, Jil Sander, Johannes Schaaf, Gerhart Scheunert, Otto Schily, Volker Schlöndorff, Günter Schmidt, Michael Schneider, Werner Schroeter, Horst Schüler-Springorum, Peter Schütt, Alice Schwarzer, Rolf Schwender, Hannes Schwenger, Johannes Mario Simmel, Annegret Soltau, Klaus Staack, Ilse Staff, Peter Stein, Carola Stern, Dolf Sternberger, Helm Stierlin, Karin Struck, Elisabeth Trissenaar, Margarethe von Trotta, Thure von Uexküll, Harry Valérien, Günter Verheugen, Klaus Wagenbach, Günter Wallraff, Martin Walser, Dieter Wellershoff, Peter-Paul Zahl, Gerhard Zwentenz.

Erklärung für eine neue Wohnungspolitik. Thesen, diskutiert auf der Jahrestagung des Deutschen Werkbundes »Wohnen: Beispiele, Experimente, Modelle«. Saarbrücken, 10.-14. Juni 1981

1. Die Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist gescheitert. 36 Jahre nach dem Krieg ist es nicht gelungen, eine Politik zur Verhinderung von Wohnungsnot zu entwickeln. Es ist offensichtlich, daß nur eine entschiedene Veränderung eine Lösung der Wohnprobleme erbringen kann. Wohnungsnot herrscht in den Ballungsräumen, und dort in den unteren 50% der Einkommens- und Lohnempfänger. Auf diese soziale Schicht muß sich eine neue Wohnungspolitik beziehen. Jede staatliche Förderung muß dabei dem Prinzip »von unten zur Mitte« folgen, d.h. bei den untersten Einkommensgruppen beginnen und bei den mittleren enden.

2. Eine neue Wohnungspolitik sollte dezentral, kommunal und demokratisch organisiert sein. Nur in der Gemeinde ist die Kenntnis über die konkreten Probleme vorhanden, nur dort können konkrete Lösungen gefunden werden. Demokratische Kontrolle und Initiative in der Wohnungspolitik sind in den Gemeinden direkter zu verwirklichen als auf der Ebene von Bund und Ländern.

3. In den Ballungsräumen wohnen ca. 80% aller Einwohner zur Miete. Ihre Rechte müssen gestärkt und nicht abgebaut werden. Um einen neuen Anfang zu machen, sollen die genossenschaftlichen, gemeinnützigen und städtischen Wohnungsgesellschaften die Entscheidungen über Instandhaltung und Modernisierung, über Miethöhe und Belegung an einen Bewohnerrat abtreten. In dem Bewohnerrat sind Vertreter der Bewohner des jeweiligen Blocks und der Gesellschaft vertreten. Die Bewohner haben dabei die Mehrheit der Stimmen. Entsprechende Regelungen müßten für den privaten Bereich des Mietwohnbaus durchgesetzt werden. Für Rotterdam liegen in dieser Richtung positive Erfahrungen vor. Die Duldungspflicht des Mieters gegenüber Modernisierungsabsichten des Hausbesitzers sollte abgeschafft werden. Stattdessen soll eine Dul-

dungspflicht des Vermieters gegenüber Modernisierungsmaßnahmen des Mieters eingeführt werden. Mietermodernisierung sollte rechtlich und finanziell gesichert werden.

4. Selbstbestimmtes Wohnen darf nicht den Wohnungseigentümern allein vorbehalten bleiben. Gerade für die unteren Schichten ist das Wohnen zur Miete — jedenfalls in den großen Städten — die einzige Möglichkeit, sich zu behausen. Es gilt daher, in diesem Bereich den Bewohnern eigentumsähnliche Rechte zu sichern und Mieter selbstverwaltung zu ermöglichen. Vordringlich sollte für die vielen besetzten Häuser eine Legalisierung geschaffen werden, um die Kriminalisierung der Hausbesetzer zu beenden.

5. Statt durch Abriss städtische Strukturen und bauliche Substanz zu zerstören, statt durch extensive Einzelhausbebauung die Landschaft zu zersiedeln, muß bestehender Wohnraum in Altbaugebieten mit ihren vielfältigen gewerblichen und kulturellen Einrichtungen erhalten und verbessert werden. Dabei geht es nicht nur darum, die Bauten zu erhalten und zu entwickeln, sondern auch um den Erhalt und die weitere Entwicklung von Gärten, Höfen, Straßen und Plätzen. Die geradezu gemeinschädliche Begünstigung des freistehenden Einfamilienhauses durch entsprechende Bebauungspläne muß aufhören. Die Gemeinden müssen stattdessen dazu übergehen, verdichteten Wohnungsbau in bereits erschlossenen Gebieten zu fördern. Aus Kostengründen wird der Geschosswohnungsbau (maximal 4 Geschosse) dabei eine wichtige Rolle spielen.

6. Gemeinschaftliche Formen des Selbstbaus werden auch für die Stadt als eine Möglichkeit, der Wohnungsnot zu begegnen, angesehen. Die Gemeinden sollten Programme entwickeln, durch die der Selbstbau gefördert wird.

7. Durch konsequente Anwendung des Planungs- und Wohnungsrechts kann die spekulative Nutzung von Haus und Grund verhindert werden. Dadurch werden die Gemeinden in die Lage versetzt, in großem Umfang Grundstücke und Häuser in Gemeindeeigentum zu übernehmen und den Bewohnern zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Wie in Rotterdam könnten die Entscheidungen über Modernisierung und Abriss, über Belegung und Miethöhe von Bewohnerorganisationen des Stadtviertels getroffen werden.

8. Neue Bau- und Wohnformen müssen gefördert werden. Vorschriften, die bislang die Wohnungsaufteilung und Ausstattung vorschreiben und in starre Formen fesseln, müssen verändert werden. Dabei sollte der Wohnwert gehalten und erhöht werden.

9. Insgesamt sollte das Subventionssystem geändert werden. Die bisherige Regelung vermehrt (z.B. für das Jahr 1980) die Vermögen der Reichen um ca. 14 Milliarden Mark. Eine neue Regelung sollte beinhalten:

- die Abkoppelung des Mietwohnungsbaus vom Kapitalmarkt und der Zinspolitik der Bundesbank (in den ersten Jahren sind 2/3 der Kostenmiete Zinskosten!);
- die Errichtung von dezentralen Baufonds, die die Finanzierung des Wohnungsbaus übernehmen;
- die Umlenkung der Förderungsmittel für Eigentum in die kommunalen Baufonds, die zweckgebunden für Mietwohnungen verwendet werden.

Das heißt z.B.:

- eine weitgehende Streichung des §7b EKStG, der bestenfalls noch für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gelten sollte,
- die bevorzugte Anerkennung der Gemeinnützigkeit kleiner Gruppen (z.B. Genossenschaften, Bauvereine, u.a.).

Die Veränderung des Subventionssystems sollte insgesamt dazu dienen, den Wohnungsbau für die unteren Einkommensschichten zu fördern. Die jetzige Regelung tut das Gegenteil.

N.B.: Die Teilnehmer des Saarbrücker Kongresses beschlossen einstimmig, die diesjährige Auszeichnung des Werkbundes für »herausragende wohnungspolitische Initiativen« der Hausbesetzerbewegung zu verleihen.

»Widerspruch« — eine neue theoretische Zeitschrift für die Schweiz

Die Schweiz ist, trotz dem spektakulären Phänomen der Jugendbewegung 1980/81 und dem als Reaktion darauf erfolgten Ausbau des staatlichen Repressionsapparates, nach wie vor ein Musterbeispiel konsensueller Herrschaft. Das zeigt sich in krasser Weise im Medienbereich wie in der Wissenschaft. Es gibt in der Schweiz keine gewichtige linke Tageszeitung. Linke Zeitschriften haben periodisch mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und sind vom Eingehen bedroht. Stärker als selbst in der BRD und in Westberlin sind die Schweizer Universitäten auf Assistenten- und Professorebene von praktisch jedem kritischen und marxistischen Einfluß freigehalten worden. Linke Theorieproduktion hat unter diesen Umständen einen schwierigen Stand. Gerade die Jugendbewegung zeigte deren Defizite deutlich auf. Weit davon entfernt, den Ausbruch massenhaften und radikalen Protestes vorauszusehen, sind die traditionellen linken Kräfte bis heute kaum in der Lage, der neuen Bewegung theoretisch gerecht zu werden und entsprechend theoriegeleitet in ihr wirksam zu werden. Zwar dürfen die bisherigen Bemühungen um die theoretische Einschätzung der Schweizer Gesellschaft keinesfalls gering geschätzt werden. Diese Bemühungen laufen aber weitgehend isoliert voneinander ab, bleiben einem organisatorisch eingeschränkten oder privatisierten Kreis verhaftet. Trotz Ansätzen in der politischen Praxis, die Abgrenzungen zwischen der linken Sozialdemokratie, den beiden kommunistischen Parteien sowie der trotzkistischen Partei zu überwinden, bleiben gegenseitige Abschottungen in der theoretischen Diskussion aufrechterhalten. Ebenso bleiben die Universitäten von der Politik getrennt, kann das nicht-parteigebundene studentische Potential für die fortschrittliche Strategiediskussion und Politik nicht fruchtbar gemacht werden.

In dieser Situation haben verschiedene Parteimitglieder sowie unorganisierte linke Intellektuelle eine neue Zeitschrift mit dem Titel *Widerspruch* gestartet. Deren Ziel soll es sein, ein »theoretisch-politisches Diskussionsforum« zu werden, d.h. verschiedene linke Positionen zum gemeinsamen Gespräch und zum produktiven Meinungsstreit zusammenzubringen. *Widerspruch* hat dies mit einer ersten Nummer zum Thema »Krise der (Links)parteien« versucht. In verschiedenen Beiträgen werden selbstkritisch die Grenzen der Parteien von innen und außen abzustecken versucht. Unter verschiedenen Anfangsschwierigkeiten zustande gekommen, zeigt die erste Nummer in Gelingen und Mißlingen präzise die Schweizer Situation. Einerseits zeichnen sich die meisten Artikel von Partei- wie von Nichtparteimitgliedern durch eine bemerkenswerte Offenheit und Diskussionsbereitschaft aus. Andererseits ist die Organisierung einer konkret aufeinander Bezug nehmenden Diskussion, sowie die Anknüpfung an internationale Auseinandersetzungen noch ungenügend verwirklicht. Ebenso ist das Spektrum der bisherigen Mitarbeiter noch zu eng. Das Redaktionskollektiv hat deshalb im Editorial als Aufgabe formuliert: »Wenn die Zeitschrift den Anspruch: ein theoretisch-politisches Diskussionsforum zu werden und ein breiteres linkes Spektrum zu repräsentieren, in Zukunft einlösen will, müssen das Redaktionskollektiv und der Mitarbeiterkreis durch neue Mitglieder und Mitarbeiter erweitert werden.«

Seit Erscheinen der ersten Nummer im Frühling sind in dieser Richtung verschiedene Anstrengungen unternommen worden. Das Redaktionskollektiv hat eine offene Arbeitskonferenz organisiert, in deren Folge sich verschiedene Arbeitsgruppen zu den Themen des zweiten Heftes, »Selbstverwaltung« und »Autonomie«, gebildet haben. Diese zweite Nummer wird im November 1981 erscheinen. Neben den beiden Schwerpunktthemen wird sie die Diskussion zur »Krise der Parteien« fortführen, sowie aktuelle Einschätzungen zur Lage in Frankreich, Polen und der Friedensbewegung in der Schweiz enthalten. Zugleich mit der Arbeit am zweiten Heft haben sich weitere Arbeitsgruppen gebildet, deren eine sich mit dem Thema »Schweizer Ideologie — Ideologie in der Schweiz« beschäftigt, während sich eine zweite mit aktuellen Problemen und Konzeptionen des Verhältnisses von Arbeit und Gesellschaft auseinandersetzt. Erste Materialien und Problemskizzen dazu können bei der Redaktion bezogen werden. Beide Themen dürften, in unterschiedlicher Form, auch für Leser in der BRD und Westberlin von Bedeutung sein. Wir bitten deshalb alle, die sich in irgendeiner Weise für unser Projekt interessieren, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um so die Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit zu legen.

Redaktionskollektiv *Widerspruch*, Postfach, Ch-8026 Zürich

Intervention

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit kündige ich zum Jahresende meine Abonnements beim Argument-Verlag. Der Grund hierfür liegt in einer spürbaren Änderung der Grundtendenz der Zeitschrift, die sich nach meinem Eindruck von marxistischen Positionen zunehmend entfernt und einen unterschwelligem Antikommunismus an den Tag zu legen beginnt. Der Teil des linken Spektrums, der mit den Namen etwa von Abendroth, Frank Deppe, Metscher, Opitz, Ridder, Tjaden noch unter der Rubrik Ständige Mitarbeiter erscheint, ist mit Beiträgen seit geraumer Zeit praktisch nicht mehr vertreten.

Ich möchte nicht verhehlen, was für mich den letzten Ausschlag gab: Bis heute hat meines Wissens weder die Redaktion insgesamt noch eines ihrer Mitglieder sich öffentlich zum Krefelder Appell als der zur Zeit bedeutendsten Friedensbewegung in unserem Land bekannt. In keinem Editorial wird darauf eingegangen. In dem spät, sehr spät das Thema Frieden aufnehmenden Heft 127 kommt kein Autor aus dem breiten Krefelder Spektrum zu Wort. Stattdessen drucken Sie einen langen Beitrag von E.P. Thompson ab, der von Sachkenntnis kaum getrübt ist.

Hierfür nur einige herausgegriffene Beispiele: Jeder Physiker weiß, daß sich die Flugzeit ballistischer Interkontinentalraketen naturgesetzlich nicht unter 30 Minuten verkürzen läßt (Thompson: weniger als 10 Min., S.331). Thompson erwähnt die gefährlichen Pershing 2 gar nicht und schreibt deren Eigenschaften den ganz anders gearteten cruise missiles zu. Statt ihrer unbestrittenen Zielgenauigkeit von 10 bis 20 Metern, gibt er für diese eine Abweichwahrscheinlichkeit von »wenigen hundert Metern« an, die er aber auch noch für »hohe Prahlerei« hält (S.332). Cruise missiles, die auf Lastwagen montiert sind und sogar von Flugzeugen abgeschossen werden können, hält er für »am Boden fest installiert« (S.333) usw. Kein Wunder, daß er da auch die Chronologie und Genesis der Raketenrüstung verwirrt und der sowjetischen SS-20-Modernisierung Auslöserfunktion für die NATO-Raketen zuschreibt, wobei er superb ignoriert, daß von SS 20 noch keine Rede war, als Cruise und Pershing 2 schon entwickelt wurden. Daß er ansonsten die Supermacht-Theorie vertritt, andere Kommunisten als Eurokommunisten aus dem anzustrebenden Zusammenschluß der Friedenskräfte ausklammert und die illusionistische Zielvorstellung propagiert, man könne und solle den Sowjets für einen Verzicht auf westliche Vorrüstung und auf Pläne für einen begrenzten Atomkrieg »die Öffnung Osteuropas« abpressen, mit alledem bin ich nicht einverstanden, aber es gehört in den Bereich der Meinung, über die man diskutieren kann und muß. Ein angemessenes Niveau hinsichtlich der Sachkenntnis ist dabei aber vorauszusetzen, und hier erscheint mir dieser Beitrag in einer wissenschaftlichen Zeitschrift schlicht als eine Zumutung. Sollte es Ihnen wirklich unmöglich gewesen sein, einen der vielen kompetenten Friedensforscher und Militärexperten aus der Friedensbewegung zu Wort kommen zu lassen, von General Pasti bis Admiral Sanguinetti, von Bastian bis Mechttersheimer, von Guha bis Lutz? Oder durfte es partout aus dem Krefelder Bannkreis keiner sein?

Angesichts der vitalen Bedrohung unseres Kontinents und des sich ständig verbreiternden und zuspitzenden Kampfes hiergegen, kann ich mich mit einer Zeitschrift nicht mehr solidarisch fühlen, die, einst aus der Anti-Atomtod-Bewegung entstanden, sich vornehm heraushält, die »Entlarvung politischer Lügen zum Wettrüsten« ändern überläßt und stattdessen lieber von den »wichtigen Fragen« spricht, »die danach kommen« (Editorial). Wenn alle so handelten, wäre die Gefahr groß, daß es ein »Danach« nicht mehr gibt ...

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Dauer

Sehr geehrter Kollege Dauer,

vielen Dank für Ihre sachkundigen Anmerkungen zum Artikel des (weltberühmten) englischen Historikers E.P. Thompson. Ihr Brief macht den vermutlich falschen Eindruck, Sie hätten übersehen, daß wir außer Thompsons vieldiskutiertem Text auch zwei andere, sich dazu kritisch verhaltende Positionen veröffentlicht haben im selben Heft. Gern lassen wir auch die von Ihnen vermißten Autoren zu Wort kommen und werden uns darum bemühen.

Was Sie weiter schreiben und mit der ökonomisch-politischen Strafe der Kündigung Ihres Abonnements belegt haben, ist mit Tatsachen, so weit ich es sehen kann, nicht zu vereinbaren — es sei denn, Sie meinten etwas anderes als Sie schreiben.

Frigga Haug und ich haben den Krefelder Appell unterschrieben, sobald er uns vorgelegt worden war. Meines Wissens gilt das für die meisten der über 50 Mitglieder der Redaktionskommissionen und der Redaktionsversammlung des *Argument*.

Zwei Drittel der Autoren, von denen Sie meinen, wir brächten nichts mehr von ihnen, haben allein in den letzten zwei Monaten bei uns Texte veröffentlicht, nämlich Frank Deppe (AS 61), Thomas Metscher (AS 65), Kai Tjaden (AS 65) — und Lisa und Wolfgang Abendroths Beitrag zu dem Band »Die 'Ästhetik des Widerstands' lesen« (AS 75) wird gerade gedruckt.

Das *Argument* ist eine theoretische Zeitschrift und bringt keine politischen Kommentare, daher auch keine zur Rüstungspolitik. Dafür tragen wir mit den besonderen Mitteln der wissenschaftlichen Information, Analyse und Kritik zu den sozialen Bewegungen unserer Zeit bei. Wie zuvor für die ökologische Frage (vgl. unsere »Umweltbibliographie«, die über mehrere Jahre läuft und von der jetzt das erste Studienheft erschienen ist) beginnen wir nun mit dem Abdruck einer auf zwei Jahre angelegten kommentierten Bibliographie zu Rüstungsfragen und Friedenspolitik. Das heißt, wir konzentrieren eine Besonderheit dieser Zeitschrift, das Rezensionswesen, zu einem erheblichen Teil auf dieses Gebiet.

Erstaunte Schlußfrage: Woher die Entschlossenheit, »Entfernung von marxistischen Positionen« zu sehen? Fallen denn unsere Kontroversen nicht in Wahrheit innerhalb des Marxismus und muß nicht ein theoretisch-marxistisches Organ daher ein Forum für diese Kontroversen sein? Soweit ich sehe, ist das *Argument* das einzige theoretische Organ in Deutschland, in dem alle marxistischen Positionen zu Wort kommen. Vielleicht wäre es besser, auch in unserem Fall mehr von den wirklich kontroversen Punkten auszusprechen, diskutierbar zu machen.

Was ein schlechter Ersatz für eine offene Kontroverse ist, sind Strafaktionen, Rückzüge in vermeintlich widerspruchsfreie Räume, Austreten aus einer vielstimmigen marxistischen Öffentlichkeit. Und besonders verblüfft hat mich, daß es ausgerechnet die Bewegung für den Frieden, diese breiteste, keinen Ausschluß duldende Bewegung ist, die den Kontext für einen derart aggressiven Rückzug hergeben soll. Hoffentlich schaffen wir es, den Zusammenhang der Argumente aufrechtzuerhalten.

Mit freundlichen Grüßen

W.F. Haug

Argument-Studienhefte (SH) Herbst 1981

SH 47 Bärbel Kirchoff-Hund: Theorien sozialer Ungleichheit

Einführung in die politische Soziologie 1 7,— DM

SH 48 Wulf D. Hund: Interesse und Organisation

Einführung in die politische Soziologie 2 7,— DM

SH 50 Umweltfragen: Kommentierte Bibliographie (1)

Militär, Sozialistische Umweltpolitik, Alternative Technik 7,— DM

Besprechungen

Philosophie

Bischoff, Joachim (Hrsg.): Grundbegriffe der marxistischen Theorie. Handbuch zur Theorie der bürgerlichen Gesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg 1978 (263 S., br., 19,80 DM; Ungekürzte Studienausgabe 1981, 12,80 DM)

»Alle Beiträge ... sind Kollektivarbeiten mehrerer Arbeitskreise...«, heißt es im Impressum. Die Stichwortartikel sind auf eine verblüffende Weise produziert. Frigga Haug hat das Verfahren an Veröffentlichungen des »Projekts Klassenanalyse«, dessen Leiter Bischoff war, schon 1974 beschrieben: »Es kommen prinzipiell nur bei Marx verwandte Satzstücke, Worte und Sequenzen vor.« (*Argument* 88, 900; nachgedruckt in SH 37) Viele Passagen sind wörtlich von Marx oder Engels übernommen. Die Herkunft ist nicht durch Anführungszeichen markiert, ebensowenig sind Auslassungen oder Zusätze gekennzeichnet. Die verwandten Satzstücke, Worte und Sequenzen sind ohne Rücksicht auf ihren Ursprungskontext und auf die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der marx-engelsschen Theorie zusammenggebaut. Kurz, die Ergebnisse stellen ein Potpourri aus dem Zettelkasten dar. Die Widersprüche des montierten Textes werden nicht behandelt. »Abgesehen davon, daß einem die sehr plastische und besondere Sprache von Marx vermiest zu werden droht, wenn sie immer wieder gebetsartig heruntergeleiert wird« (Frigga Haug, ebd., 901), ist der Effekt ruinös für den Marxismus, indem er als eine widersprüchliche Aneinanderreihung dogmatischer Fragmente dargestellt ist. Welche Verblüffung, inmitten ungekennzeichneter Zitate dann plötzlich einen der zitierten Marxsätze vor den andern dadurch ausgezeichnet zu finden, daß er in Anführungszeichen gebracht wird und mit Zitatnachweis, hierdurch suggerierend, das Übrige sei auf dem Mist der mehreren Arbeitskreise gewachsen.

»Marxistische Theorie«, wie hier verstanden, ist keineswegs Theorie in der vielstimmigen Tradition des Marxismus. Lenin ist ebenso getilgt wie Otto Bauer, Gramsci wie Korsch, Trotzki wie Lukács, Mao, Althusser, Brecht und wer noch alles... Ihrer aller Beiträge sind ausgelöscht. Die Literaturhinweise unter den Stichwortartikeln bezeugen es stereotyp: Auf einige Stellen bei Marx oder Engels folgen Veröffentlichungen der Gruppe um Bischoff. Auch alles, was der VSA-Verlag sonst an marxistischer Theorie veröffentlicht hat, ist ausgelöscht. »Marxistische Theorie« besteht für Bischoff aus Texten von Marx und Engels, sowie aus den eigenen Veröffentlichungen.

Die Marx-Engels-Wiedergabe erfolgt nicht nur nach dem Prinzip des Potpourri (ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Theorie), sondern auch selektiv. Die ökonomistische Schlagseite wird bevorzugt. Dabei stolpert der Text von Auffassung zu Auffassung. Bewußtseinsprozesse gelten nur als »Reflex« ökonomischer Prozesse. Dann plötzlich wird (und dies ist wahrlich kein heimliches Marx-Engels-Zitat) unterstellt, die ideologischen Formen (des Rechts, der Religion, Moral usw.) seien sozusagen gewerblich produziert (vgl. 88f.). Im einen Satz haben diese ideologischen Formen »keine eigenständige Entwicklung«, im nächsten ist übergangslos ihre »Verselbständigung« vorausgesetzt. Wenn es im »Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie« (MEW 13, 8f.), das wieder und wieder (ohne Kennzeichnung) zitiert wird, von den ideologischen Formen heißt, sie seien Formen der Bewußtwerdung und Austragung des Konflikts zwischen den Produktivkräften und den zu Fesseln derselben gewordenen Produktionsverhältnissen, so werden daraus Formen der Bewußtwerdung der »Existenz in der Gesellschaft« (ebd.). Dann heißt es wieder: »Ideologie ist ... nichts anderes als ... Systematisierung ... des Scheins des Alltagslebens...« (89), wobei die Problematik der ideologischen Formen vergessen ist. Ein Stück weiter ist plötzlich — unkommentiert herausspringend aus der marx-engelsschen Terminologie — die Rede von »klassenspezifischen ideologischen

Instanzen«, worunter Gewerkschaften, politische Parteien neben »Arbeiterorganisationen« aufgeführt sind (91). Aber wäre denn eine marxistische Partei eine Instanz der Systematisierung des Scheins des Alltagslebens? Die Kategorie der ideologischen Instanz stammt in Wirklichkeit aus einer andern, nichtökonomistischen Tradition des Marxismus und hat sich eklektizistisch in diesen Text verirrt.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

X Gorz, André: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1980 (160 S., br., 16,80 DM)

Gorz antwortet mit seiner politischen und theoretischen Umkehr auf Probleme, die überall in der Linken diskutiert werden. »Keynes ist tot und mit ihm die Politik der Vollbeschäftigung.« (126) Das ist nicht Folge einer vorübergehenden Wirtschaftskrise, sondern zeigt in kapitalistisch verdrehter Form, wie sehr durch die Entwicklung der Produktivkräfte schon heute die Notwendigkeit der Arbeit reduziert worden ist — Stichwort Automation (143ff). Eigentlich müßte jetzt mit dem Kommunismus ernst gemacht werden, den Marx in den »Grundrissen« skizziert: einer Gesellschaft, in der Arbeit nicht verschwindet, jedoch der Freizeit untergeordnet ist, und die eine entsprechende veränderte soziale, politische, kulturelle Struktur aufweist (Klassenlosigkeit, Absterben von Macht, Entfesselung der schöpferischen Kräfte). Gorz hat sich in den vergangenen Jahren darum verdient gemacht, den Realismus und die Aktualität dieser Skizze zu verdeutlichen, so in seinem Buch »Ecologie et Liberté«, Paris 1977. Einige Passagen daraus sind im Anhang des jetzt vorliegenden Buchs abgedruckt (155ff), neben anderen Artikeln und Interviews der letzten Jahre, die allesamt zeigen, daß Gorz bis vor kurzem Problem und politisches Ziel keineswegs am Proletariat und an der marxistischen Tradition vorbei artikulierte. Noch 1978 erwartet und fordert er die politische Wende vor allem von der Arbeiterbewegung (134). Sie wird nicht leicht zu vollziehen sein: zwar ist veränderte Einstellung zur Arbeit, Abkehr vom kapitalistischen Leistungsprinzip schon heute so sehr eine Massenerscheinung, daß Gorz von einem »zweigeteilten Frankreich« sprechen kann. Aber daraus entsteht nicht unmittelbar eine zielgerichtete Bewegung gegen den Kapitalismus, da die Grenze zwischen Anhängern und Gegnern jenes Prinzips »mitten durch die Parteien und Gesellschaftsklassen« verläuft, »und die linke Wählerschaft ist oft stärker gespalten als die rechte« (142). 1980 hat Gorz die Hoffnung auf die Arbeiterbewegung verloren und sich auf den Standpunkt der Spaltung gestellt. Das jetzt vorliegende Buch ist aus der Perspektive jener Gruppen mit veränderter Einstellung, d.h. der hierzulande so genannten neuen sozialen Bewegungen geschrieben. Gorz verabschiedet sich zugleich von der marxistischen Tradition und kehrt heim zur Sicht seines Lehrers Sartre: Problem und Zielsetzung werden nunmehr durch *existentialistische Moralphilosophie* beleuchtet und umgeschrieben.

Jetzt entdeckt Gorz, daß Marx im Grunde über ganz andere Probleme geschrieben habe: nicht über die Entwicklung der Arbeit, sondern über den »Sinn der Geschichte« (14). Dazu aber paßt eine philosophische Widerlegung aus den 40er Jahren. »Wir gehen nirgendwo hin, die Geschichte erzeugt keinen Sinn... Nunmehr heißt es im Gegenteil zu klären, was wir wollen...« (68) »Das Schweigen der Geschichte überläßt die Individuen sich selber.« (69) Hinter dem imaginären Gegner Marx verschwindet der Theoretiker des Klassenkampfes, der erklärte, wie sich durch den »Willen« hindurch und hinter seinem Rücken Strukturen durchsetzen. Gorz stellt gegenüber: wirklichen und metaphysischen Willen (Individuum und Geschichte), entsprechend auch lebendigen und toten Willen (Individuum und Apparat) (49ff). Seine eigene, aus der Perspektive des individuellen Willens gedachte Geschichtsphilosophie stellt sich als Dreistadien-theorie der *Macht* dar. Zuerst sei Macht noch Subjekteigenschaft gewesen, habe beim traditionellen Facharbeiter wie beim »Schumpeterschen Unternehmer« von individuel-

len Fähigkeiten abgehoben (47f). Dann sei personale durch funktionale Macht, Macht des »Organisationsplans«, die kein Subjekt mehr habe, ersetzt worden (50f, 56). Jetzt stehe die Wiedererringung der »Macht jedes einzelnen über sein eigenes Leben« auf der Tagesordnung (69). Im Maß wie sie gelinge, werde *Moral* wieder möglich, die eine Sphäre »autonomer Tätigkeiten« voraussetze, »in der das Individuum tatsächlich Urheber seiner Handlungen ist« (85). »Nun erfordert die Moralisierung nicht notwendig die Auflösung der *Heteronomie-Sphäre*, sie erfordert lediglich ihre Unterordnung unter die der Autonomie...« (86, meine Herv.) *Heteronom sind die Arbeit und der Staat und bleiben es auch*. Ihre »Unterordnung« besteht nicht etwa darin, daß sie selbst verändert würden, wie bei Marx, der in den »Grundrissen« schreibt, die kommunistischen Individuen würden aus ihrer freien Zeit als andere Subjekte in den unmittelbaren Produktionsprozeß zurückkehren und ihn revolutionieren (»Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen«). »Unterordnung« heißt bei Gorz nur, daß die heteronome Sphäre autonome Tätigkeit und Moral ermöglicht und garantiert, indem sie »konviviale Werkzeuge« (Illich) für die »Schöpfung des Überflüssigen« bereitstellt (87f, 104), die Produktion des Notwendigen trivialisiert und zeitlich verkürzt, sonst nach gewohnten sozialen Vorschriften, d.h. entfremdet durchführt (103f); und indem sie die Moral entlastet: die Polizei »erspart jedem, sein eigener 'Bulle' zu sein« (102). Die Organisation des projektierten Gemeinwesens unterscheidet sich also kaum von der uns bekannten. Sie gründet auf dem Dualismus von Staat und Gesellschaft (104ff), Öffentlichkeit und Privatheit (letztere doppelt artikuliert als private Moral und ausschließliche Hingabe zweier Personen«, sprich Ehe; 99). Der Dualismus wird auch auf übliche Weise »vermittelt« durch »Politik« (106). »Politik ist nicht Moral, noch ist Moral Politik. Politik ist der Ort der Konfrontation zwischen moralischer Forderung und äußeren Notwendigkeiten.« (108) Dieser Ort wird in den westlichen Gesellschaften durch *Parteien* besetzt — und die müßten nun doch verändert werden. Gorz' Analyse geht in Strategie über. Er beklagt, daß sich die französischen Parteien nicht hinreichend auf die autonomen »Kampfbewegungen« einstellen (107, 114).

Bestimmte Passagen seines Buches kann man als nähere Ausführung dieses Vorwurfs auffassen: die Polemik gegen Marx, gegen sozialistische Wirtschaftsplanung und gegen eine Strategie der Gesellschaftsveränderung, die sich auf die Arbeiterklasse stützt. Sozialistische Planung, argumentiert Gorz, sei Vorherbestimmung der Tätigkeiten, in der freiheitswidrig die »Aktivität jedes Einzelnen geregelt, eingerichtet, programmiert wird« (71). Planung sei Militarisierung der Arbeit (73). Aber schon im Kapitalismus gelte, daß der Gesamtarbeiter »nach Art und Modell von Armeen« funktioniere (22). Das Ziel Planung scheint also nur Gorz' Ansicht zu bestätigen, daß das Proletariat sich in seinem Verhalten als »Kopie« des Kapitals erweise (27ff). Das Proletariat ist geradezu die Verkörperung der subjektlosen Macht des »Organisationsplans« (s.o.), gegen die Gorz ankämpft (vgl. auch 28). Wenn es um den »Gründungsakt der Freiheit« geht, »der, als absolute Subjektivität verkündet, in jedem Individuum sich als höchstes Ziel setzt« (69), ist das bare Gegenteil einer Orientierung auf die Arbeiterbewegung gebracht, nämlich Orientierung auf die »Nicht-Klasse« (67), die »sich als Subjekt durch Verweigerung gesellschaftlicher Arbeit (setzt)« (66).

Eigentümlicherweise hat die Mehrheit der Franzosen gerade Sozialisten und Arbeiterpolitiker in die Staatsführung gewählt. Sollte man denen das Programm von Gorz nahelegen? — Die Theorie von Marx mag der Weiterentwicklung oder gar der Ablösung bedürfen, aber bestimmt nicht der Ablösung durch Sartres Orest aus dem Jahr 1942, der »dazu verurteilt« war, »kein anderes Gesetz zu haben als mein eigenes«. Gegen die theoretische Alternative von Gorz schneidet Marx allemal gut ab. Materialisti-

sche Geschichtsauffassung erklärt mehr als abstrakte Moralphilosophie. Warum soll denn der kapitalistische »Organisationsplan« mit seinen rigiden hierarchischen Befehlsketten und mit seinen Konsequenzen für das Arbeiterbewußtsein und -verhalten jede denkbare Produktivkraftentwicklung überleben? Gorz selbst nimmt an, daß diese prinzipiell in nichtkapitalistische Richtung gelenkt werden kann (26), aber die Form des rigiden Befehls hält er für unantastbar. Dabei berichtet er selbst, daß »Dienst nach Vorschrift« eine Form von Arbeiterwiderstand ist (30). Dieser Umstand beweist allein schon, daß militariserte Produktion per se unmöglich ist, selbst heute, und auch, daß Arbeiter normalerweise *keine* Soldaten sind. Sozialistische Planung hätte erst recht keinen militärischen Charakter. Sie würde die Aktivität der Einzelnen *nicht* total reglementieren, sondern ihr nur Vorgaben machen, die bei entsprechender Erfahrung mit den Gegenständen modifizierbar, sogar ersetzbar, und trotzdem untereinander koordiniert wären — sie wäre sozusagen keine Kette von Befehlen, sondern ein Netz von Fragen. Die Unmöglichkeit solcher Planung ist noch keineswegs bewiesen. Die Andeutungen von Marx gehen in ihre Richtung: seine Unterscheidung von »Kommando« und »Direktive« (MEW 23, S. 350f), seine Charakterisierung kommunistischer Arbeit als »Experimentalwissenschaft« (s.o.). Hier wird subjektive Freiheit als Einheit von Bestimmen und Bestimmtwerden *in der Arbeit selbst* und so auch in allen anderen Lebensbereichen aufgefaßt; so scheint sie erreichbar. Unrealistisch und nicht einmal wünschenswert erscheint dagegen die Annahme von Gorz, daß wir in Produktion und Staatssphäre *nur* Gezwungene sind und immer bleiben müssen, während wir in unserer Freizeit trotzdem »autonom« wären: das wäre nicht Freiheit, sondern Schizophrenie, und vielleicht weniger als das. Ich wenigstens kann mich weder »autonom« fühlen noch mich moralisch verhalten, wenn ich auch nur fünf Arbeitsstunden in der Woche an einem »Produktion« genannten Vernichtungskrieg gegen die Natur teilnehmen muß und mich dabei von preußisch gesinnten Vorgesetzten zur Sau machen lasse. Auch dann nicht, wenn mir noch so viel Freizeit, ein sich hingebender Ehepartner und eine Fülle konvivialer Werkzeuge kompensatorisch zur Verfügung stehen.

Michael Jäger (Berlin / West)

Colletti, Lucio: *Il tramonto dell'ideologia*. Bari, Laterza 1980 (193 S., br., 5000 Lit)

Der erste Aufsatz dieser Sammlung unternimmt eine Rekonstruktion des Selbstbewußtseins der italienischen Studentenbewegung seit 1968. Colletti erblickt in ihr einen »Sieg des linken Radikalismus« im Leninschen Verständnis, und macht dafür einerseits den Maoismus mit seiner kulturrevolutionären Hoffnung eines unmittelbaren Sprunges in den Kommunismus, andererseits Marcuse und die Frankfurter Schule mit ihrer utopisch aufgeladenen Version des Marxismus verantwortlich. Aus dieser Kombination erwachsen die Ideen einer »neuen Technologie«, einer »neuen Rationalität« usw., die Colletti, die Leninschen Argumente einfach wiederholend, als infantil, regressiv und »anarchistoid« mehr denunziert als analysiert. Was nämlich unbeachtet bleibt, ist die Frage, warum gerade diese Ideen die größte Faszination ausüben konnten. Diese Studie enthält nichts über die politischen Bedingungen, die zum Sieg des »linken Radikalismus« führten, und sie verfehlt dessen theoretische Kritik, Marcuses Position etwa wird umstandslos mit derjenigen Heideggers gleichgesetzt. Colletti spricht Theorien wie der Marcuses jeden Realitätsgehalt ab, sie setze die Nöte erst in die Köpfe, die sie zu reflektieren vorgibt, womit er den alten Grundsatz befolgt, derjenige sei für ein Problem verantwortlich, der es anzeigt (46f.). Nicht zufällig greift er in seiner Kritik an der Frankfurter Schule ausgerechnet auf Habermas zurück, der sich von allen ihren Kritikern am wenigsten darum bemüht hat, ihre politisch sicher unzureichenden Theorien konkret weiterzuentwickeln.

Als soziale Basis der Studentenbewegung definiert Colletti die »unproduktiven Mit-

telschichten und das parasitäre Kleinbürgertum, gut eingenistet und geschützt im weichen Bauch des Staates« (51). Dem braucht nicht widersprochen zu werden, nur erklärt diese Analyse nicht, was sie erklären soll, warum nämlich, wenn diese Schmarotzerschichten allein von ihrer utopistischen Verblendung in die Revolte geführt wurden, diese dann über zehn Jahre hinweg und mit einer in Europa keinen Vergleich findenden Gewalt geführt wurde. Wenn Colletti die kulturrevolutionären oder sich verweigenden Studenten als Leute beschreibt, die »diesseits der realen Triebkräfte ihren persönlichen Zank mit der Geschichte führen«, so beruft er sich damit auf einen geschichtlichen Realismus, den man ihm, seinen eigenen raren politischen Stellungnahmen zufolge, gerade nicht anvertrauen möchte: »Es gab Komplotte, blutige Provokationen«, heißt es vorsichtig an einer Stelle, »und terroristische Aktionen, in die außer politisch rechtsgerichteten Kräften auch Staatsorgane verwickelt zu sein schienen« (66). Dies ist die einzige Anspielung auf die faschistischen Bombenattentate von Mailand (1972) und Brescia (1976) mit mehr oder minder direkter Unterstützung durch die Staatsorgane. Wer einen solchen Satz noch 1980, unmittelbar vor dem Ende des Prozesses von Catanzaro über den Anschlag von Mailand, so stehen lassen kann, scheint mit der beschworenen Geschichte selbst nicht auf allzugutem Fuß zu stehen. Die als irrationalistisch und infantil geschmähte italienische Studentenbewegung reagierte jedoch vor allem auf solche Ereignisse, auf 35 Jahre Herrschaft der DC, mit den unglaublichsten Korruptions-skandalen, Bestechungen und staatlich gedeckter Tätigkeit des Neofaschismus. Von dieser politischen Geschichte, die allein eine konkrete Kritik der Studentenbewegung ermöglichte, findet sich hier nichts, schon der Singular in der Rede von ihrer »Ideologie« verstellt dem Verfasser den Zugang zu den in Wahrheit weit divergierenden Organisationen und ihren in Italien äußerst komplizierten Verwandlungen. Es fehlt sogar die einfache Tatsache, daß es 1968 in Italien nicht nur eine Studentenbewegung gab, wie überall sonst in Europa auch, sondern dann in den folgenden zehn Jahren eine Bewegung, die längst nicht mehr die der Studenten war, und die ihren Höhepunkt erst 1976/77 in den Streiks in Norditalien erreichte. Nach seiner Absage an den Utopismus, der diesen sozialen Konflikten immerhin als Auslöser diene, hat Colletti sich nicht um eine deutlichere politische Theorie bemüht, vielmehr hat man ihn nach den Jahren der Militanz in der linksradikalen »Il Manifesto« Gruppe als Theoretiker des rechten Flügels der PSI wiederauftauchen sehen.

Die beiden folgenden Aufsätze des Bandes über »Dialektik und Widerspruchsfreiheit« und »Kelsen und der Marxismus« versuchen Collettis neuen Reformismus theoretisch zu legitimieren. Darin wird der Nachweis geführt, daß gerade eine materialistische Theorie der Gesellschaft nicht von Realwidersprüchen, die quasi-logisch ihre notwendige Auflösung hervorgerufen, ausgehen darf. »In Hegels Philosophie«, Colletti folgt hier Kelsen, »war die Inhärenz logischer Widersprüche in der Wirklichkeit noch sinnvoll gewesen, sofern Denken und Sein identisch waren« (126). Um einen Widerspruch in der Wirklichkeit zu konstituieren, müßte ein empirisches Faktum das andere negieren, d.h. als negative Größe auftreten; es derart zu begreifen, hieße jedoch schon, Denken und Sein idealistisch zu vertauschen, denn in Wirklichkeit, wie Kant nachgewiesen hatte, gibt es keine negativen Größen, sondern das zweite Faktum wäre zunächst nur ein anderes, aber ebenso positiv wie das erste. Es kann daher durchaus ein Konflikt zwischen zwei gegebenen Daten stattfinden, nicht aber ein Widerspruch zwischen Position und Negation. Indem Marx die dialektische Konstruktion der Geschichte durch Hegel, jedoch in die Zukunft gewendet, beibehalten habe, entleere sich bei ihm die Wirklichkeit zu logischen Schemata, trotz seines »Materialismus«, und darin liege der Grund für die ideologische Verblendung noch seiner zeitgenössischen Interpreten. Während Hegels idealistisches Denken immerhin noch das Recht hatte, Widerspruchslogik und Wirklichkeit zu verwischen, müsse Marx' Materialismus, der diese Tendenz fortsetze,

von einer logisch prästabilierten Auflösung aller Widersprüche ausgehen, d.h. Entfremdung wird ihm nur noch teleologisch als notwendige Passage im dialektischen Schema denkbar. Schon der Begriff der Entfremdung setzt idealistisch eine ursprüngliche Einheit, die dann sich gespalten und nun utopistisch in die Zukunft projiziert wird, voraus.

Ist damit schon nicht, wie Colletti meint, der Marxismus überhaupt getroffen, so sind doch viele seiner Mystifikationen zurückgewiesen. Insbesondere Collettis Wiederaufnahme der Hegel-Kritik Trendelenburgs liefert wertvolle Hinweise. Im Gegensatz zum »Realwiderspruch« ist der Konflikt, den der Verfasser an seine Stelle setzt, nicht mehr weiter rationalisierbar, am wenigsten garantierte er seine geschichtliche Lösung. Daraus sind grundsätzlich zweierlei Folgerungen möglich, die eine wäre eine voluntaristische, die er an der Studentenbewegung angreift, die andere wäre seine eigene eines rechtssozialistischen Reformismus, dem vor lauter Positivismus der konfligierenden Fakten jegliche eigene Eingriffsmöglichkeit abgeht. Über die geheime Korrespondenz dieser beiden Entscheidungen legen Collettis Aufsätze Zeugnis ab, und insofern sind sie in der Tat für die politische Situation Italiens symptomatisch.

Manfred Hinz (Florenz)

Sahlins, Marshall: Kultur und praktische Vernunft. Übers. von Brigitte Lucchesi. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (336 S., Ln., 42, – DM)

Sahlins unterwirft in diesem 1976 in Chicago erschienenen Buch die Anwendung der marxistischen Theorien auf Gegenstände der Ethnologie einer zum Teil heftigen Kritik. Ausgangs- und Kernpunkt dieser Kritik richten sich gegen die Betrachtungsweise, die menschliche Kulturen als Ausdruck praktischer Tätigkeiten und utilitaristischer Interessen auffaßt und damit nur nach dem Funktionieren, nicht aber nach der Bedeutung einer Kulturerscheinung fragt. Der utilitaristische Funktionalismus in der Ethnologie, z.B. von Malinowski, betrachte ethnologische Gegenstände wie Totemismus, Fetisch, Heiratsregulierungen etc. als erklärt, wenn er diesen Kultureinrichtungen eine praktische Nützlichkeit zuschreiben kann. »Die gesamte Kultur« wird dabei »als das organisierte Ergebnis individuellen, geschäftsorientierten Wirtschaftens verstanden. Kultur ist Geschäftemachen auf der Ebene der Gesellschaft« (141). Grundlage dieser Auffassung der Kultur sei die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, die zum Maßstab aller Gesellschaften und Kulturen erhoben werde. Diese Kritik — an verschiedenen ethnologischen Theorien der letzten hundert Jahre im 2. Kapitel durchgeführt — richtet Sahlins auch gegen Marx, wenn er schreibt: »Ich stelle eine weitreichende Behauptung auf: die Gattung zu der Marxens 'Gattungswesen' gehört, ist der *homo oeconomicus*« (299). Sahlins vernachlässigt bei seiner Kritik an Marx, daß Marx' Kritik der politischen Ökonomie nicht affirmativ, sondern tatsächlich kritisch gemeint und zu verstehen ist. Dies ist ihm natürlich auch irgendwie in den ausführlichen Auseinandersetzungen mit Marx und mit an Marx orientierten Ethnologien (3. Kapitel) insoweit bekannt, als er Marx als Bundesgenossen für seine Position anführt.

Gegen die Nützlichkeitstheorien, von denen Sahlins schreibt, daß sie immer auf die »Eliminierung der Kultur« (148) hinauslaufen, und die auf ihnen aufbauende »praktische Vernunft« tritt er »für die Vernunft des Symbols oder der Bedeutung« ein. Diese sieht die distinkte Eigenschaft des Menschen nicht darin, »daß er in einer materiellen Welt leben muß — ein Umstand, den er mit allen lebenden Organismen teilt —, sondern darin, daß er gemäß einem Bedeutungsschema lebt, das er selber entworfen hat« (7). Das Hervorbringen von Bedeutung, Begriffen und Symbolen (diese sind nicht im strukturalistischen französischen, sondern im amerikanischen Sinne als Zeichen zu verstehen), mit deren Hilfe die Beziehung der Menschen untereinander und zur Natur geordnet werden, gerinnt Sahlins zu einer substanzialisierten Wesensbestimmung des

Menschen (150, 204, u.a.): Der Mensch wird zum symbolproduzierenden Wesen. Im 4. Kapitel unternimmt es Sahlins zu zeigen, daß auch unsere eigene Gesellschaft nicht nur in Nützlichkeiten und praktischer Vernunft aufgeht. So könne die praktische Vernunft zwar erweisen, daß produziert wird, aber nur ungenau die kulturelle Form der Produkte erklären, so daß Sahlins folgert, auch unsere Gesellschaft sei durch Bedeutungssysteme und Symbole bestimmt und insoweit auch Kultur. Dies ist am Beispiel des Bekleidungssystems der amerikanischen Gesellschaft vorgeführt. Was allerdings Bedeutungssysteme und Symbole seien, bleibt weitgehend ungeklärt und sogar leer, da die Symbole und Begriffe hervorbringende gesellschaftliche Geschichte, die uns diese in der Form des »zeitlos vergangenen Seins« als »Wesen« überliefert (Hegel) und dadurch zugleich — meist unaufgeklärt — unser aktuelles Sein bestimmt, nicht ins Blickfeld kommt. Die Enthistorisierung von Begriff und Symbol in diesem Buch drängt geradezu zu der Frage nach der Funktion dieser zum menschlichen Wesen gemachten Symbole, ohne mit dieser Frage dem funktionalistischen Reduktionismus das Wort reden zu wollen. So sehr es zutrifft, daß überlieferte Begriffe und Symbole unsere Wahrnehmung, Denken und Handeln bestimmen, so sehr bedürfen diese der Aufklärung und nicht der Erhöhung zum Wesen. Da im Marxschen Begriff des das Bewußtsein bestimmenden gesellschaftlichen Seins auch die allgemeinen Kategorien des Denkens miteinbezogen sind, richtet sich Sahlins Kritik eigentlich nicht gegen Marx, sondern genau beisehen gegen jeden mechanischen Materialismus und jeden mechanistisch reduzierten Marxismus.

Hartmut Zinser (Berlin / West)

Stentzler, Friedrich: Versuch über den Tausch. Zur Kritik des Strukturalismus. Medusa-Verlag, Berlin 1979 (145 S., br., 20,- DM)

Irrführend ist der Untertitel, enthält diese Dissertation (1975) doch mindestens ebensoviel wertvolles Material zur Kritik ethnologischer Ansätze und kapitalistischer Tauschwertlogik wie zum strukturalistischen Entwurf von Lévi-Strauss. Der Hauptteil der Studie beginnt mit einer Untersuchung über Hegels Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft. In ihr ist wechselseitige Anerkennung die Voraussetzung des Tauschs als Vertragsverhältnis zwischen Rechtspersonen — bei Hegel verklärt als Sphäre, in der der »objektive Geist« erscheint. Als ein »lebensnotwendiges Verhältnis« (16) wird der Tausch sodann zum Leitbegriff einer Kritik, die an seinen *Qualitäten* festhält. Das beim frühen Marx imaginierte Verhältnis des gerechten Tauschs (19; 29) dient als Gegenmodell zum *Austausch*, der sich in der Warengesellschaft als Korrelationsverhältnis von *Quantitäten* (Tauschgleichung) herstellt, in welchem die Waren als Produkte abstrakt menschlicher Arbeit erscheinen. In dieser Gesellschaft vollzieht sich Tausch mittels Geld — als Kauf. Das Tauschobjekt wird zum allgemeinen Äquivalent von Geld. In dieser Form, als Tauschwert, ist das Produkt »ein Allgemeines, worin alle Individualität, Eigenheit negiert und ausgelöscht ist.« (Grundrisse, 75 zit. 35). Die Individuen benutzen einander als Mittel, um ihre besonderen Zwecke zu erreichen.

Ganz anders ist der erstmals von M. Mauss analysierte archaische Tausch organisiert: weder als Rechtfertigung und Absicherung komplementärer Beziehungen noch als festlicher Ausdruck von Stammesrivalitäten (Potlatch) ist der Tausch zwischen den Kollektiven einem Wertgesetz unterworfen. »Die als Gabe empfangene Sache, ganz allgemein die erhaltene Sache engagiert, bindet magisch, religiös, moralisch, juristisch den Schenkenden wie den Beschenkten.« (Mauss, zit. 51) Insofern der beseelten Gabe (Hau) etwas von der »Substanz« des Gebenden (Mana) anhaftet, hat sie für den Empfänger etwas Verpflichtendes und Bedrohliches, das rituell gebannt sein will und ein Bündnisssystem der Tauschenden erzwingt. Anders als in kapitalistischen Verkehrsformen bezieht der archaische Tausch alle sonstigen Lebenszusammenhänge der Teilnehmer in die komplexe Tauschaktion mit ein. In der Gestalt des Geschenk- und Opferrituals verge-

genwärtigt er mythische Geschichte und stabilisiert zugleich die Reproduktionsgemeinschaft des Clans. »Der archaische Tausch *ist* in seinem Ensemble Reproduktion des gesamtgesellschaftlichen archaischen Lebensprozesses« (72). Das Reziprozitätsprinzip (88ff) determiniert hierbei auf der Grundlage einer dualistischen Gesellschaftsorganisation die Regeln des Tauschverhältnisses. Höchstes zu tauschendes Gut (bien fondamental) in der archaischen Männergesellschaft ist nach Lévi-Strauss die Frau. Durch diesen Konnex ökonomischer und verwandschaftlicher Beziehungen erfährt das Inzestverbot eine ökonomische Begründung: denn ohne seine Befolgung käme ein Tausch zwischen den Gruppen nicht zustande. »Das Inzestverbot ist ... eine Regel, die dazu verpflichtet, Mutter, Schwester oder Tochter einem anderen zu geben. Es ist die Regel der Gabe par excellence.« (Lévi-Strauss, zit. 82) Nach Lévi-Strauss sind die verwandschaftlichen Beziehungen der archaischen Gesellschaft rational nur erklärbar durch die Annahme eines ihnen vorgelagerten reziproken Tauschverhältnisses.

In seiner Kritik weist Stentzler dieses deduktiv-arithmetische Verfahren als ungenügend zurück, weil es etwa die über das reine Eheverhältnis hinaus eingeleiteten Sozialbeziehungen und deren gesellschaftliche Bedeutung nicht zu erfassen vermag. Das der strukturalistischen Methode inhärente Ideal gesellschaftlicher »Synthesis wird erkaufte unter radikaler Preisgabe der Natur« (109). Im Unterschied zu Freud entgehe ihr die Frage nach dem »Preis von Kultur« (110). Indem der Strukturalismus personale Verhältnisse als Strukturbeziehungen zu erfassen sucht, depotenziere er die historischen und individuellen Besonderheiten zu immergleichen, vorgeblich unbewußten Gesetzmäßigkeiten. »Damit gibt die Tauschstruktur sich als eine monströse Rationalisierung zu erkennen« (111) — der Strukturalismus erweist sich schließlich als Apologie der Tauschwertlogik, indem er wie diese methodisch Qualität durch Quantität ersetzt. Zwar hütet sich Stentzler vor eurozentristischen Normierungsversuchen, wie er sie bei Mauss und Lévi-Strauss, aber auch in der Bestimmung des Arbeitsbegriffs bei Marx entdecken zu können glaubt, aber ihm selbst bleibt ebenfalls nichts anderes, als etwa die Triebstruktur des Tauschverhältnisses (u.a. »das phallische Erregungsmoment«, 65) zu enthistorisieren und in eine Vergangenheit hineinzu projizieren, die — malgré lui — nicht anders als mit einer »anachronistischen« Begrifflichkeit zu fassen ist. Vergeblich sträubt sich daher der Autor gegen die von ihm selbst zitierte (59), aber leider undiskutierte Einsicht, daß in der Anatomie des Menschen ein Schlüssel zur Anatomie des Affen sei. Apodiktisch heißt es: »Liegt ein Schlüssel zum Verständnis des Warentauschs im archaischen Tausch, so *nicht umgekehrt*.« (46) Die Ausklammerung des historiographischen Dilemmas, das auch ein ethnographisches ist, schafft die Problemlage nicht aus der Welt. — Diese Bedenken vermögen allerdings den Gebrauchswert der vorliegenden Studie nicht entscheidend zu beeinträchtigen. Der Rekurs auf die Modalitäten des archaischen Tauschs, getrieben von der Frage, »was diese Gesellschaft eigentlich in ihrem Innersten zusammenhält« (9), unterstreicht vielmehr die Erkenntnis, daß die kapitalistische Tauschwertlogik die Reduktion eines Vermittlungsverhältnisses darstellt, dessen Versöhnungspotenzen ebensowenig eingelöst sind wie seine utopische Tendenz, welche als getauschter Blick, als gewechseltes Wort, als gereichte Hand noch — und erst recht heute — ihren vorscheinhaften Sinn offenbart und behält. Ralf Konersmann (Münster)

X
Schaff, Adam: Stereotypen und das menschliche Handeln. Europaverlag, Wien 1980 (144 S., br., 24, — DM)

Ein Stereotyp ist »ein von einer Überzeugung getragenes, negatives oder positives Werturteil« (86). Den diese Definition ergänzenden Merkmalkatalog gewinnt Schaff vor allem aus der anglo-amerikanischen Literatur. Ein Stereotyp gründet sich danach auf zählebige Vorstellungen und Haltungen, die nicht aufgrund eigener Erfahrungen gewonnen sind (»Priorität des gesellschaftlich Vermittelten vor der eigenen Erfahrung

und dem persönlichen Urteil«, 32); sie haben gesellschaftlichen Charakter, d.h. ihre Entstehung und ihre Aufgaben finden sie in den zwischenmenschlichen Beziehungen; Stereotypen enthalten »immer bestimmte Werturteile und eine emotionelle Ladung« (36) und zugleich auch ein »Körnchen Wahrheit« (the kernel of truth theory, 36); sie sind immer mit einem sprachlichen Ausdruck verbunden (29, 35, 53). Der Konnex dieser Kennzeichen sowie der unterschiedlichen Wirkungsbereiche der Stereotypen (kognitiv, emotional, pragmatisch) erlaubt es, die Stereotypen von verwandten Erscheinungen abzugrenzen: Schaff lehnt eine Gleichsetzung von Stereotyp und Haltung (Sherif/Cantril, La Violette/Silvert; 59ff), Vorurteil (Allport; 43ff, 63ff) und verbalem Ausdruck oder Satz (Quasthoff; 72f) ebenso ab wie mit den im Anschluß an Wittgenstein und Freud von den psychoanalytischen und sprachphilosophischen Schulen geprägten Kategorien Schema (Vernon/Church; 77), Schlagwort und Slogan (Dieckmann; 79), Klischee (Stern, Lorenzer; 80f) und insbesondere Begriff (Vinacke; 65ff, 83ff). Leider fehlt eine Diskussion der Derivationen- und Residuenlehre Paretos, die zwar nur fragmentarisch vorliegt, mit der Schaffs Theorie aber deutlich erkennbar Parallelen aufweist.

Die menschliche Wahrnehmungsweise stellt sich als Resultat eines phylogenetischen Anpassungsprozesses dar, bei dem die Stereotypen — ähnlich wie bereits in der Definition Pawlows — die Aufgabe übernehmen, die Wahrnehmungen systematisch zu ordnen. Unter Rückgriff auf Hypothesen von Lorenz und Monod spricht Schaff von einem »angeborenen Lernapparat«, der gleichwohl durch seine phylogenetische und erfahrungsbezogene Genese auch historisch genannt werden kann. Im Subjekt überschneiden sich der genetische Kode (die physiologischen Grundlagen des menschlichen Erkenntnisapparates) und der Kulturkode (die von der jeweiligen kulturellen Umgebung des Subjekts vermittelten Informationen, 16ff). Molekularbiologie und Linguistik (Chomsky) seien sich mittlerweile darin einig, daß jede Form der Aneignung die »Entwicklung von neuronalen Strukturen« zur Voraussetzung habe, in denen sie, so Monod, »vorgezeichnet ist« (zit. 19). Schaffs Argumentation wird jedoch vage, wenn sie einerseits den Erkenntnisvorgang als grundsätzlich »zweigliedrige Relation zwischen Subjekt und Objekt« (10) darzustellen versucht und andererseits das Erreichen des Erkenntnisideals der »objektiven Wahrheit« davon abhängig macht, ob es gelingt, einen konstitutiven Bestandteil der Erkenntnis, den »subjektiven Faktor«, zu »eliminieren« (9, 104). Denn der »subjektive Faktor« gerät aus dieser Perspektive nur als Störfaktor in den Blick, als verschwindende Größe im Prozeß zwischen Aneignung des Unerkannten und Erkenntnis der »Wahrheit« — einer Wahrheit, die dann rein dasteht, ohne allen Bezug zu denen, die sie doch wohl *für sich* (und nicht eines imaginären Ideals zuliebe) hervorbrachten.

Erst nach diesen grundsätzlichen Erwägungen dringt Schaff zum Problem der Ideologien vor. Die Resistenz der Ideologien gegen Veränderungen beruhe auf der Starrheit (rigidity) der Stereotypen und umgekehrt. Die These lautet, »daß Stereotypen ein Bestandteil von Ideologien sind und sie in diesem Sinn konstituieren.« (58) In einer Art Rückkopplungsverhältnis teilen sie sich die Aufgaben der sozialen Integration und Abwehr konkurrierender Weltanschauungen. — Damit deuten sich gewisse Möglichkeiten einer Weiterentwicklung in der Theorie des Ideologischen an; es wäre zu prüfen, ob nicht mithilfe des hier vorgelegten terminologischen Instrumentariums der Problembereich der Konsistenz und Kontinuität des Ideologischen neue Impulse erhält. Dies gilt m.E. insbesondere für den Ausdruck des Ideologems, der in seiner Semantik nicht die Neutralität gegenüber der potentiellen, jedoch nicht notwendigen (und diese Differenz ist entscheidend) Ideologisierung bewahrt, und der durch den des Stereotyps wenigstens teilweise zu ersetzen wäre. Er könnte helfen, die Feinstruktur des präideologischen Materials und die einzelnen Stufen seiner Ideologisierung genauer zu erfassen.

Jedoch wäre es erforderlich, die unglückliche Unterscheidung zwischen »positiven« und »negativen« Stereotypen, die bei Schaff die Kriterien wahr und falsch ersetzen soll, und die in Abhängigkeit von den relativen und wechselnden Standorten der Betrachter getroffen wird, durch eingehendere Untersuchungen zu präzisieren. Als aussichtslos erscheinen zudem die von Schaff empfohlenen Maßnahmen gegen die »negativen« Stereotypen. Es sind die der Aufklärung: »Die Aufgabe besteht also darin, dieses Trugbild (d. i. die unerkannte Koinzidenz von Stereotyp und Begriff; ein Gedanke, der eine Einsicht Wittgensteins variiert, d. Verf.) zu zerstreuen.« (109, s. a. 111) Damit nicht genug: die vermutete Analogie zwischen der Beschaffenheit des Unbewußten und den Wirkmechanismen des Stereotyps verleitet den Autor zu der Empfehlung, »Menschen, die ... sich gegen jede auf Fakten gestützte Argumentation abschließen, als *Kranke* (zu) behandeln, unabhängig davon, ob es sich um Chauvinisten und Rassisten handelt oder, auf dem Gegenpol, um sogenannte Ultralinke.« (111) — Schade. Bleibt zu hoffen, daß derart kurzsichtige und martialische Schlußfolgerungen, bei deren Explikation einem grausen kann — Schaff hat keine Schwierigkeiten, im Rahmen dessen, was er »Soziotechnik« nennt, die (wohlmeinende) »Formung der menschlichen Psyche« (118) vorzuschlagen —, den ersten Teil dieser Studie nicht um die Wirkung bringen, die er verdient.

Ralf Konersmann (Münster)

X Bloch, Ernst, Dietrich Garstka und Werner Seppmann (Hrsg.): *Marxismus und Anthropologie*. Festschrift für Leo Kofler. Germinal Verlag, Bochum 1980 (309 S., br., 29, — DM)

Wird bedacht, daß die ungenügende Kofler-Rezeption bis heute insbesondere das Konto der westdeutschen Linken negativ belastet, da eine systematische Diskussion der Koflerschen Positionen u. a. in den Bereichen Stalinismus- und Bürokratiekritik, den Problemfeldern ideologischer Integration, Kritik der Frankfurter Schule, Staatstheorie und marxistische Methodologie einen Problembewußtseinsstand ermöglicht hätte, von dem aus viele Auseinandersetzungen vermutlich fruchtbarer verlaufen wären, so kann das Verdienst der Herausgeber der vorliegenden Festschrift kaum zu hoch eingeschätzt werden. Der Band wird strukturiert durch die Themenkomplexe Methodologie, Anthropologie und Ideologie. Vorangestellt haben die Herausgeber einen Aufsatz zur Lebensgeschichte Koflers, der gleichzeitig auch als eine übersichtliche und gut verständliche Einführung in dessen theoretische Positionen gelesen werden kann und der zudem den Vorzug bietet, den Charakter eines wissenschaftssoziologischen Beitrages anzunehmen, in dem beispielsweise deutlich die unglückselige und unkollegiale Einflußnahme Adornos auf Koflers wissenschaftliche Karriere ins Bild gerückt wird. E. Bloch würdigt kurz den Gratulanten als einen marxistischen Dialektiker, dessen »Denken den Namen Humanismus« (29) verdient.

Der erste Themenschwerpunkt »Kritik der Anthropologie« wird von A. Heller eröffnet, die eine Auseinandersetzung mit wesentlichen anthropologischen Denkfiguren Koflers leistet, wobei sie ihren Ausgangspunkt am Koflerschen Leitideal der Utopie, nämlich Arbeit als erstes Lebensbedürfnis, nimmt. Den Zusammenhang von »Sozialismus, Humanismus, Anthropologie« entfaltend, entwirft H. Fleischer hypothetisch Rahmenbedingungen (60) für gesellschaftliche Humanisierung, wobei ihm »das Bewußtmachen von Totalitätsperspektiven« (57), zentraler Bestandteil aller theoretischen Arbeiten Koflers, nur als heuristisches Mittel dient. A. Schaffs »Problem der Selbstentfremdung« stellt den auszugsweisen Wiederabdruck aus einer größeren Arbeit dar und kann als flankierender Beitrag zu den einschlägigen Texten Koflers verstanden werden, die sich mit der Entfremdungs- und Verdinglichungsproblematik auseinandersetzen. H.-D. Bahrs Abhandlung »Nora« hingegen ist einem noch nicht veröffentlichten Gesamtzusammenhang entnommen und wendet sich an Leser, denen Werke und Sprache

Koflers vertraut sind. Die Variationen zu Ibsens Nora bieten eine »ungewöhnliche Auseinandersetzung mit Leo Koflers Gedanken über technologische Rationalität und asketischen Eros, über die Dialektik von Eros, Traum und Arbeit.« (81)

Der zweite Themenschwerpunkt »Dialektik und Totalität« wird durch O. Morf in Angriff genommen, indem er die Dialektik der Totalität der Wertform entfaltet und so verdeutlicht, daß begriffsgeschichtlich orientierte werttheoretische Kritiken an Marx nicht greifen, da sie »das spezifische Gesetz, das in der kapitalistischen Produktionsweise den Austausch der Waren regelt, nicht begriffen« haben (110). Hinsichtlich der Kritischen Theorie erkennt Morf, daß sie die Kategorien Dialektik und Totalität verkommen läßt, »wenn nur der gesellschaftliche Grundbestand des Tausches als oberster Strukturbegriff festgehalten wird und nicht die Widersprüchlichkeit der allerhöchst verdinglichten Institution des gesellschaftlichen Zusammenhangs: des Kapitals als die qualitativ potenzierteste Form des Wertverhältnisses.« (115) W. Seppmanns »Kritik des Objektivismus« analysiert am französischen Strukturmarxismus die Kategorie der Struktur als eine ontologische, nicht mehr hinterfragbare Qualität (148); demgegenüber rekonstruiert Seppmann die Positionen M. Adlers und G. Lukács' und die kritische Auseinandersetzung Koflers mit beiden. Koflers Diktum, daß die den gesellschaftlichen Verlauf bestimmenden Faktoren »immer nur menschliche und durch das Bewußtsein hindurchgehende sind (auch die Produktionsverhältnisse, der ökonomische Unterbau ist nicht anders zu begreifen als bewußtseinsbestimmt!), grenzt Seppmann klar gegen Positionen eines theoretischen Idealismus ab; es wird materialistisch reinterpretiert und als ein wesentlicher Theoriebaustein zur Vermeidung subjektivistisch wie objektivistisch verkürzter Erklärungsversuche sozialer Realität genutzt. G. Márkus' Beitrag »Positivismus und Hermeneutik als Theorien der Objektivation« führt die von Kofler geübte Kritik am Positivismus der Jahrhundertwende dadurch fort, daß er am gegenwärtigen Problemstand positivistischer und hermeneutischer Methodik anknüpft.

Der dritte Themenschwerpunkt »Spätkapitalismus und Ideologie« enthält mit W.F. Haugs Ausführungen zu »Problemen des marxistischen Theoretikers« eine Interpretationsfolie, die nach zwei Seiten hin besticht: nach Kenntnisnahme der Biographie Koflers läßt sich das Entwickelte einerseits auf den konkreten Fall beziehen und verstehen, andererseits ist eine allgemeine Rezeptur für das Überleben linker Kopfarbeiter in der Gesellschaft erstellt. E. Mandels methodische Überlegungen »Zur Bestimmung der Klassennatur des bürgerlichen Staates« vermeiden sowohl eine Staatsableitungskonzeption aus »rein-ökonomischen Verhältnissen«, als auch den ausschließlichen Bezug »auf die allgemeine Notwendigkeit, außerökonomischen Zwang gegen die Klassengegner des Bürgertums zu verwenden ... Es müßten die spezifischen Wurzeln dieses Zwanges mit den besonderen Formen der kapitalistischen Produktionsweise in Verbindung gebracht werden, als ein notwendiges Komplement für die Herrschaft des KAPITALS und nicht irgendwelcher herrschenden Klassen.« (214f) Der den Band beschließende Beitrag Th. Metschers »Kunst und Literatur als ideologische Form« geht u.a. der Frage nach: »Was heißt eigentlich: Kunst als 'gesellschaftliche Bewußtseinsform', als 'Ideologie' oder 'ideologische Form'?« (233) — Der bibliographische Apparat rundet den Charakter eines Studienbuches ab, da zum ersten Mal eine vollständige Liste der Koflerschen Veröffentlichungen sowie der größte Teil der erschienenen Sekundärliteratur, im wesentlichen Rezensionen, dokumentiert wird. Leider sind im Band selbst angekündigte Beiträge (25) zur Anthropologie und Ideologietheorie Koflers dann doch nicht enthalten. Allein, wenn die provozierende leitmotivische Aneinanderkopplung von Anthropologie und Marxismus, ein treffliches Streitterrain unter Marxisten und gleichsam der zentrale Denkansatz Koflers, zur Lektüre der Schrift motiviert, kann gehofft werden, daß eine Tür aufgestoßen ist, die zur breiten und längst überfälligen Rezeption des Koflerschen Gesamtwerks führt.

Wolf-D. Schönleiter (Köln/Bielefeld)

Literaturwissenschaft

X Bock, Stephan: *Literatur, Gesellschaft, Nation. Materielle und ideelle Rahmenbedingungen der frühen DDR-Literatur (1949-1956)*. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1981 (328 S., br., 42,- DM)

Der Titel läßt eine Gesamtdarstellung erwarten — geboten werden aber Ergänzungen und Korrekturen zum gängigen Bild der frühen DDR-Literatur in der Wissenschaft. Diese Ergänzungen sind wichtig und machen das Buch lesenswert, wenn es auch (von den unzähligen Druckfehlern einmal abgesehen) nur schwer lesbar ist: was Bock an Neuentdeckungen präsentiert, wird nicht dem Gesamtzusammenhang zugeordnet, der Stellenwert des aufgearbeiteten Materials bleibt dem nicht-spezialisierten Leser unklar. Eine Lektüre für Spezialisten, die sich in der unübersichtlichen Forschung zur DDR-Literatur auskennen. — Nach einem trockenen Abschnitt zur »Theorie der Übergangsperiode der SED« und zum »Verfall der marxistischen Theorie« (25-46) folgt die erste trouvaille des Buches: eine Untersuchung des materiellen Status' der Schriftsteller in der SBZ/DDR (49-70). Nachgezeichnet wird hier die (freilich modifizierte) Wiederherstellung des freien Schriftstellers in den antifaschistisch-demokratischen Nachkriegsverhältnissen, die Restauration tradierter bürgerlicher Rollenzuweisung, das Vergessen der Modelle von Arbeiterkorrespondent und operativem Schreiber aus der proletarischen Literatur der Weimarer Republik. Daran schließt sich die zweite Entdeckung: daß nämlich in der frühen DDR-Literatur nicht der Aufbau-Roman, sondern Romane mit trivialliterarischem Muster im Vordergrund standen, Liebesgeschichten, zu denen die Produktionsfront die Staffage bloß abgab (71-88). Mit der Untersuchung der materiellen Bedingungen der Literaturproduktion (hier am Schriftsteller) beschreitet Bock einen für die weitere Erforschung der DDR-Literatur wichtigen Weg: nämlich nicht mehr von den Werken auf die Gesellschaft zu schließen, vielmehr sich der Literaturgesellschaft DDR zuzuwenden, um den sozialen Kontext und Stellenwert der Werke zu ermitteln. — Das folgende Kapitel »Die ästhetischen, literaturtheoretischen und literarischen Grundlagen der frühen DDR-Literatur« enttäuscht: breit wird auf Belinski, Dobroljubow und Tschernyschewski eingegangen, das zugegeben spärliche Material zur Literaturdiskussion in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, den Jahren der entscheidenden Weichenstellung zum »Sozialistischen Realismus« dagegen allzu wenig wahrgenommen; zur Erbpraxis in der DDR liefert Bock interessante Hinweise aus ganz unterschiedlichen Bereichen, aber kein Bild vom Ganzen (89-213).

Anregend dann wieder der Schlußabschnitt (214-256). Als Alternative zur frühen DDR-Literatur wird Brecht und sein Kreis angeboten, es wird ernst gemacht mit dem Satz Brechts, die Form des Theaters der Zukunft sei ein Stück wie die »Maßnahme«. Gegen die in die DDR-Literatur verlängerte deutsche Misere habe Brecht, und Bock belegt das sehr plausibel, eine Erneuerung des Agitprop-Theaters versucht. Zu diesem Resultat gelangt er, weil er nicht nur die Arbeit des Meisters, sondern auch die der Schüler mit heranzieht — für die Beschäftigung mit Brecht ein praktikabler Vorschlag. Zur Lehrstück-Diskussion wird man bei Bock wichtiges Argumentationsmaterial finden. Allerdings muß auch hier eingewendet werden, was für das ganze Buch gilt: über seinen Entdeckungen vergißt der Autor den Gesamtzusammenhang und — bescheidener — gegenläufige Tendenzen. Denn parallel zum »Garbe-Projekt«, dem nicht vollendeten Lehrstück, arbeitete Brecht an der Aufführung des »Kaukasischen Kreidekreises« — ein Stück nun, in dem das Theater, die Kunst nicht Veränderungen in Gang setzt, sondern praktisch erreichte Veränderungen nachträglich zur Weisheit verallgemeinert.

Insgesamt: viele brauchbare Hinweise auf bislang unbearbeitetes Material, aber kaum eine Darstellung der »materiellen und ideellen Rahmenbedingungen der frühen DDR-Literatur«.

Christian Fritsch (Tübingen)

Boal, Augusto: Theater der Unterdrückten. Hrsg. v. Henry Thorau und Marina Spinu, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (168 S., br., 8, – DM)

»Solange der Zuschauer nicht selbst die Handlung bestimmen kann, solange er nicht selbst handelt, ist jedes 'Schauspiel' eine Zwangsjacke.« (161) Dies die provozierende These Boals, brasilianischer Theatermacher und -theoretiker, seit 1971 im Exil lebend (Argentinien, Peru, Portugal, Frankreich). Das bereits in 2. Auflage erschienene Buch, ein Zusammentrag mehrerer spanischer Veröffentlichungen, macht ihn auch bei uns diskussions- und praxisfähig. Boals »Theater der Unterdrückten« zielt auf die Aufhebung der Trennung von Zuschauer und Spieler, »der Zuschauer, passives Wesen, Objekt, soll zum Protagonisten der Handlung, zum Subjekt werden« (68) und soll »dem Volk die Produktionsmittel des Theaters übereignen« (43). Die »trennenden Mauern«, die »die Mächtigen« durchs Volk hindurch errichtet haben, »müssen fallen« (41). Theater nicht länger als moralische Anstalt oder zum Zweck der Vermittlung einer kritischen Haltung, auch nicht im Dienste der Revolution, sondern als ihr (vorbereitender) Bestandteil, als »Generalprobe« (69). Ehemals horizontale Theaterformen (Karneval, Feste) und Folklore-Elemente (Kampftänze gegen die weißen Herren) müssen dem bürgerlichen Kulturdiskurs entrissen und in einen revolutionären eingebaut werden (23). Vom Zuschauer wird Handlung verlangt, er muß sich praktisch verhalten, indem er zum Mitspieler, zum Mitproduzenten wird. Boal richtet sich ausdrücklich gegen die verschiedenen Formen des Happening-Theaters, wo der Zuschauer-Mitspieler der Spielstruktur ausgeliefert wird (35). Durch die aktive Teilnahme der ehemaligen Zuschauer soll die Fähigkeit zur Veränderung freigesetzt und entwickelt (159), Widerstand gegen Unterdrückung geprobt und ihre Mechanismen bewußt gemacht werden, um die Handlungsfähigkeit der Individuen/Massen herzustellen. »Widerstand gegen Unterdrückung ist eine Technik, die den Teilnehmern bewußt machen soll, daß Unterdrückung nur dann zum Zuge kommen kann, wenn man sich unterdrücken läßt, mehr noch, wenn man dem Unterdrücker behilflich ist gegen sich selbst, und daß Widerstand gegen Unterdrückung immer möglich ist« (39f.). Angesetzt wird an den eigenen Erfahrungen alltäglicher Unterdrückung, die Boal nicht auf die Unterdrückung Klasse/Klasse reduziert: »offen oder versteckt, Unterdrückung findet täglich und überall statt. Eine Rasse unterdrückt die andere, eine Klasse die andere, der Mann unterdrückt die Frau, die Alten unterdrücken die Jungen« (39). Widerstand muß gegen alle Formen der Unterdrückung zu gleichen Teilen geübt werden.

In der Rückkehr des Zuschauers zum Handeln sieht Boal die notwendige Erweiterung des Brechtschen Theaters, in dessen Tradition er sich stellt: »Erfahrung wird (bei Brecht, die Verf.) auf der Bewußtseinssebene gemacht, nicht auf der Handlungsebene« (66). Die Nur-Denkbarkeit bei Brecht ersetzt nicht die persönliche Erfahrung der eigenen Fähigkeit des Eingreifens: »Sprechen ist relativ leicht, es ist sehr einfach, großartige Heldentaten vorzuschlagen; sie zu verwirklichen ist sehr viel schwieriger« (56). Die Eigentätigkeit, immer verstanden als Widerstand gegen Unterdrückung, ist Boals Ansatz- und Fluchtpunkt.

In seiner Praxis hat er verschiedene Theaterformen entwickelt, die nur über das Mitproduzieren durch die Zuschauer realisierbar sind: Statuentheater, Forum und Unsichtbares Theater. (Im Buch sind detaillierte Aufzeichnungen). Beim *Forumtheater* spielt eine Gruppe eine Unterdrückungsszene vor, die so gebaut ist, daß sie den Widerspruch der Zuschauer hervorruft. Diese ersetzen dann bei den Wiederholungen der Szene jeweils die Spieler, von denen sie meinen, daß sie schlecht unterdrücken (jeder kennt die Unterdrückungsstrukturen seines Vorgesetzten ...), sich nicht genug widersetzen oder aber unrealistische Haltungen einnehmen. So wird die Szene durch ständiges Eingreifen, Austauschen der Spieler umgebaut, brauchbares Verhalten für die Wirklichkeit auf der Bühne geprobt. Das *Unsichtbare Theater* verläßt die traditionelle Kulturstätte,

die Straße wird zum Spielort. Ziel ist, tagtägliche Unterdrückung sichtbar zu machen und Denkanstöße zu geben (39). Dazu spielt die Gruppe eine Unterdrückungsszene, die als reale Begebenheit und nicht als Theater wahrgenommen wird (unsichtbar). Die Zuschauer wissen nicht, daß sie Zuschauer sind; dennoch agieren sie gleichberechtigt neben den Spielern: vorbeigehend oder eingreifend, sie bestimmen ihr Verhalten selbst, niemand manipuliert sie. Die Wirksamkeit dieser Technik sieht Boal in der gespielten Szene selbst und in ihrer hohen Aufführungszahl. Neben diesen, von ihm theoretisierten Techniken umfaßt Boals Volkstheaterbegriff jedoch auch die »traditionellen« Stücke, die »die Welt aus der Perspektive des Volkes (sehen), d.h. in unaufhörlichem Wandel begriffen, mit allen Widersprüchen und der Bewegung dieser Widersprüche, wenn (sie) die Wege zur Befreiung der Menschen (zeigen)« (17). Mit dem Ziel der Entlarvung von Herrschaftsmechanismen führt Boal Stücke von Molière, Lope de Vega, Machiavelli auf, die diese Perspektive zeigen. Boals Versuche reihen sich in die Serie alternativer Theaterformen ein, die die traditionelle Rolle des Theaters (Ergriffenheit statt Eingreifen, gesellschaftliches Spiegelbild) ablegen wollen, durch seine Techniken des Mitproduzierens bekommt Theater eine neue gesellschaftliche Funktion.

Ulrike Pohlit (Berlin/West)

X
Klotz, Volker: Abenteuer-Romane. Sue, Dumas, Ferry, Retcliffe, May, Verne. Hanser Verlag, München 1979 (232 S., br., 15,80 DM)

Klotz hat ein spannendes Buch über spannende Bücher geschrieben. Sein Motiv: »... dahinter kommen, was mit Abenteuer-Romanen los ist, die mich seit meinem elften Lebensjahr nicht in Ruhe lassen.« (230) Spannend ist die Untersuchung auf mehrfache Weise. Erstens vermittelt sie die andauernde Lese-Lust des Verfassers, die als Antrieb auch der *Kritik* des Gegenstandes stets gegenwärtig ist; zweitens macht sie dem Leser Lust, die Lektüre seiner Jugendzeit auf neuer Erkenntnisstufe noch einmal vorzunehmen; spannend ist schließlich, auf welche beiläufige, aber höchst fruchtbare Weise der Ertrag von zehn Jahren sozialgeschichtlich orientierter Literaturwissenschaft eingebracht ist.

Untersuchungen wie diese sind notwendig als Vorarbeiten zu einer längst überfälligen Geschichte der massenhaft verbreiteten Erzählliteratur, der die vorliegende zugleich den wissenschaftlichen Maßstab vorgibt. Klotz arbeitet heraus, wie und zu welchem Ende die Autoren des 19. Jahrhunderts das überlieferte Gattungsschema des Abenteuer-Romans (AR) aneignen und weiterentwickeln. Die Fragestellung ist funktional. Vermittelt durch die sich wandelnden »Schreck- und Wunschlagen« (13) des Lesepublikums werden die verschiedenen Funktionen des AR einleuchtend hergeleitet aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Verkehrsformen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die ausgewählten Beispiele sind vergleichbar durch den in ihnen ausgetragenen Gegensatz von bürgerlichem Alltag und exotischem Abenteuer. Interpretiert werden Eugène Sues *Die Geheimnisse von Paris* (1842/43), Alexandre Dumas' *Der Graf von Montecristo* (1844/45), Gabriel Ferrys *Der Waldläufer* (1850), Sir John Retcliffes *Puebla oder: der Schatz der Ynkas* (1865/68), Karl Mays *Der verlorene Sohn oder: Der Fürst des Elends* (1883/85) und Jules Vernes *Mathias Sandorf* (1885). Die Polarität von Heimat und Fremde — auf einer anderen Ebene: Alltag und Tagtraum — ist in ihnen Ursprung und Motiv abenteuerlichen Handelns. Die sozialgeschichtliche Erklärung setzt an am unveränderlichen Kennzeichen des AR: der Spannung. Auf die erlebten Spannungen des bürgerlichen Alltags antwortet der AR mit denen der abenteuerlichen Welt; Medium seiner Wirksamkeit sind die psychischen Spannungen *in* den Lesern, welche den Alltag ertragen müssen und sich ins Abenteuer hineinräumen. Der AR und der »psychologische Roman« des Bürgertums müssen durchaus nebeneinander gesehen werden: als komplementäre Antworten auf ganz vergleich-

bare Problemlagen. Der Widerspruch gegen die Unberechenbarkeit und (im doppelten Wortsinn) Unansehnlichkeit der kapitalistischen Verhältnisse treibt den Roman der bürgerlichen Avantgarde von Stendhal und Flaubert bis zu Thomas Mann »zunehmend auf verinnerlichte Vergeblichkeitsgefechte handlungsbehinderter Außenseiter« (219f.); der AR antwortet in gleicher Lage mit einer rückhaltlosen Versinnlichung der verunsicherten bürgerlichen Subjektivität: der charismatische Held und sein Abenteuer können als 'veräußerte' Psychologie entziffert werden. Gnadengabe und Ausstrahlungskraft des Helden sind daher nicht von dieser, durch ihn ja zu 'rächenden' Welt, sondern kommen ihm auf märchenhafte Weise von außerhalb zu. Historisch prekär wird der AR bezeichnenderweise, wo er sich der Welt, als deren *Gegenbild* er funktioniert, inhaltlich zu sehr annähert, — wenn etwa bei Verne professionelle »Gefahrläufer« oder unanschauliche technische Machtmittel an die Stelle des persönlichen Einsatzes treten. Die »abenteuerliche Laufbahn« des Helden folgt vielfach dem Zweitakt von erlittenem Unrecht und vollendeter Rache, totaler Fesselung und totaler Freiheit der Kräfte; die vorgestellten Abenteuer gipfeln regelhaft in bedeutsamen »Elementarsituationen«: »sinnliche Jedermannserfahrungen, besiegelt durch geläufige Redewendungen« (205). Als ein solches traumvertrautes, scharf umrissenes Bild erscheint zum Beispiel, daß jemandem das Wasser bis zum Halse steht. — Der AR *entschädigt* den Leser für die mangelnde Durchsicht durch den kapitalistischen Alltag, der ihm solche Katastrophen bereitet; er *bekräftigt* die Tatsache, daß der 'normale' Mensch gegenüber diesen geheimnisvoll hereinbrechenden Katastrophen machtlos ist und er *erklärt* diese Machtlosigkeit aus den skrupellosen Ränken geldgieriger, ehrgeiziger und machthungriger Widersacher, also moralisch.

Klotz will den AR »jenen ideologiekritischen Unlüstlingen entwinden, die darin nur unbekömmliches Beschwichtigungsfutter sehen können« (230); er fragt, »was die Leser von all den abenteuerlichen Büchern haben. Dämpfung oder Ermunterung ihrer Einsichten und Kräfte?« (13) Es fragt sich, ob die Frage »Ermunterung oder Beschwichtigung« so generell überhaupt beantwortbar ist oder nicht vielmehr einer strikten Historisierung bedarf. Das Verhältnis zwischen dem trotzigen Optimismus des AR, »der sich nicht abfinden mag mit den bestehenden Verhältnissen« (212) und den mannigfachen Mystifikationen und Idealisierungen, wird sich, je nach dem historischen und sozialen Kontext der Lektüre, wohl ändern (lassen). Denkbar wäre eine Haltung, in welcher die verschiedenen mit der Lese-Lust verbundenen Regressionen des AR als eine *spielerische* Begegnung mit den traumatischen Rätseln der eigenen Kindheit erfahren werden und einer *dadurch* zur Förderung der eigenen Kräfte und Einsichten kommt. Untersuchungen wie die vorliegende scheinen geeignet, ein derart entwickeltes Lesevergnügen zu fördern.

Jürgen Schutte (Berlin/West)

Thomsen, Christian, und Jens Malte Fischer (Hrsg.): Phantastik in Literatur und Kunst. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1980 (565 S., Abb., br., 55, — DM)
 Trautwein, Wolfgang: Erlesene Angst. Schauerliteratur im 18. und 19. Jahrhundert. Hanser Verlag, München 1980 (273 S., br., 36, — DM)

Die Diskussion um die Phantastik hat in den letzten Jahren vor allem in der Literaturwissenschaft einen breiten Raum eingenommen. Thomsen und Fischer formulieren den Anspruch, »eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Diskussionen zu ziehen bzw. die Diskussion in manchen Punkten einer vorwissenschaftlichen Ebene zu entziehen, ohne dadurch, ..., sie ihrer Lebendigkeit zu berauben« (4). Diese Zwischenbilanz, und das ist das Interessante an diesem Buch, bezieht auch die Malerei, den Film, die Architektur und die Musik ein. Sogar die Werbung und das Phänomen der Wachsfiguren- und Schreckenskabinette wurden in Einzeluntersuchungen bearbeitet. Ebenfalls bemerkenswert ist das Aufgreifen von eher unbekanntem Phantastikautoren wie Scheer-

bart, Carl Einstein oder Bruno Schulz, aber auch von zwar bekannten, jedoch kaum untersuchten Kunstwerken, wie z.B. Stanley Kubricks Film 'A Clockwork Orange'. Den Einzeluntersuchungen und dem Bildteil wurde eine Theorie-Kapitel vorangestellt.

Trotzdem besteht in diesem Buch ein theoretisches Manko. Obwohl es eine schwerpunktmäßige Argumentationslinie gibt, die sich weitgehend an der These von der Phantastik als 'Riß' in der Realität orientiert (vgl. 35f.), wird dies weder grundlegend diskutiert noch begründet. Aus diesem Grund ergibt auch die Zusammenstellung der einzelnen Beiträge kein klar strukturiertes Konzept. Strukturalistische (Todorov), soziologische (Freund) und psychoanalytische (Freud, Laing, Cooper) Ansätze werden zu einem Konglomerat zusammengesetzt.

Darüber hinaus fehlt ein großer Bereich der gegenwärtigen Phantastik-Diskussion. So werden Fragen der historischen Bedingungen einer phantastischen Kulturproduktion zwar erwähnt (vgl. 50), doch genausowenig untersucht wie die nach den politischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen der Phantastik. Dementsprechend bleiben dann auch Thesen wie die von Edith Kreisler, »das Aufkommen der Phantastik (sei) als Reaktion auf eine von der Vernunft regierte Welt zu sehen« (224), oberflächlich und nur halb richtig. Auch wirkungsästhetische Probleme und die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten phantastischer Kunst werden nur gestreift oder in Einzeluntersuchungen angesprochen.

Ohne diese Aspekte und vor allem ohne eine deutliche Position zur Phantastik, die über die benannten allgemeinen Definitionen hinausgeht, bleibt das Buch eine in ihrer Aussage relativ unverbindliche Aufsatzsammlung. Mit diesen Einschränkungen ist es allerdings empfehlenswert, da viele interessante Aspekte angesprochen werden. Darüber hinaus ist allein schon die Bibliographie von Jens Malte Fischer von großem praktischem Wert.

Die Arbeit von Wolfgang Trautwein beschäftigt sich mit einem speziellen Problem der Phantastik, der Frage nach der Wirkung der Schauerliteratur. Sie geht dabei vorwiegend strukturalistisch vor und steht damit für eine Strömung in der Phantastikforschung, die seit der deutschen Übersetzung von Todorovs »Einführung in die fantastische Literatur« 1972 immer mehr Fuß gefaßt hat.

Trautwein erhebt den Anspruch, die bisher nur wenig erforschte Schauerliteratur »ohne wertendes Vorverständnis« als eine literarische Form zu untersuchen, »die im Rezeptionsvorgang Schauer hervorruft, d.h. auf eine bestimmte Weise Angst aktiviert« (11). Mit ausdrücklicher Orientierung auf die Rezeption der Literatur will er einen komparatistischen Ansatz entwickeln, der »einheitliche Bauformen und Wirkstrategien« aufzeigt, wo die Forschung bisher nur zersplittert gearbeitet hat. Um die genannten Wirkstrategien deutlicher aufzuzeigen, teilt Trautwein seine Arbeit in zwei Teile auf: in einen analytischen und einen historischen, in dem er die Ergebnisse des 1. Teils auf einzelne Werke der Schauerliteratur anwendet, wobei er sich auf Literatur beschränkt, »die unter den Bedingungen der fortschreitend bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entstand und rezipiert wurde« (15), also auf amerikanische, deutsche, englische und französische Literatur zwischen 1765 und 1915.

Definitorischer Ausgangspunkt ist für Trautwein die Kennzeichnung der Schauerliteratur als »Klassenbegriff für Werke, in denen eine Schauersequenz oder eine Verbindung von Schauersequenzen dominiert« (15). Diese Schauersequenzen setzen sich aus durch Schauerrelationen verbundenen Schauerelementen zusammen, die dabei »Rezeptionsabläufe (darstellen), durch die das literarische Werk den Leser in Angst versetzt« (17). Die miteinander verbundenen Schauersequenzen wiederum stellen »übergreifende Bauformen der Schauerliteratur« (11) heraus. Durch diesen Begriffsapparat versucht Trautwein, die Beziehung von literarischen Strukturmerkmalen und rezeptionsorientierter Analyse herzustellen.

Das theoretische Fundament Trautweins, das er bemerkenswerter Weise in den Anhang verbannt hat, um »dem stärker sachorientierten Leser Theorie-Verdruß« zu ersparen (11), läßt die Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit seines Vorgehens deutlich werden. So leitet er die Orientierung am Leser und dessen innerer Disposition formal aus der Automatentheorie her, wobei er das Rezeptionsverhalten als einen 'initialen Mealy-Automaten' beschreibt (vgl. 234) und damit alle Reaktionen des Lesers, innere wie äußere, erfassen will. In gefährlicher Weise werden hier formale Literaturelemente mit der formalisierten Reaktion des Subjekts verknüpft und sogar identifiziert. Als Beispiel sei hier die Einführung des Begriffs Schauer-element angeführt.

Indem für Trautwein Schauer-elemente Rezeptionsabläufe sind, die dazu dem Leser auch noch Angst machen, setzt er nicht nur das literarische Phänomen Schauerliteratur mit dem außerliterarischen Phänomen Leser gleich, sondern arbeitet gleichzeitig mit einem nur spärlich abgeleiteten Begriff von Angst. Um auch hier nicht werten zu müssen, beschränkt er sich »auf den eigentlichen Angstvorgang, über den weitgehende Übereinstimmung herrscht« (17). Der Leser mit seiner individuellen Reaktion ist also auch für Trautwein der zentrale Faktor dieses Vorgangs. Doch hier zeigt sich der Bruch in seiner Argumentation: der Rezeptionsvorgang wird anscheinend durch ein formales Moment des literarischen Werks ausgelöst und in seiner Art und Weise bestimmt, so daß — nach Trautwein — ein bestimmtes formales Merkmal automatisch eine bestimmte Art von Lust oder Unlust des Lesers nach sich zieht. Folgerichtig macht er die verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten eines Rezipienten auch nicht an diesem selbst fest, sondern an den unterschiedlichen Formen der Schauer-elemente der Literaturvorlage. Damit analysiert Trautwein etwas auf der literarischen Ebene, was er auf der soziologischen Ebene suchen müßte und benötigt dafür einen dementsprechend fast unüberschaubaren Begriffsapparat.

Dementsprechend fallen auch die Ergebnisse aus. Obwohl sie aus formalen Kriterien und Differenzierungen entwickelt sein sollen, sind sie letztlich doch das Produkt eines außerliterarischen Vorverständnisses, von dem er sich eingangs distanzierte. Dies zeigt sich vor allem in den wichtigen Kapiteln 7 und 8, in denen er den übergeordneten Zusammenhang seiner Begriffe herstellen will. Die Schauersequenz, wie er die übergeordnete Größe nennt, teilt sich in fünf Phasen. »Anfangsgleichgewicht, Übergang zum Ungleichgewicht, Ungleichgewicht, Auflösung des Ungleichgewichts und Endgleichgewicht; die erste und die beiden letzten Phasen sind fakultativ.« (82) Dieses Schema wird von Trautwein weder aus dem vorhergehenden formal abgeleitet noch bei seiner Einführung genauer begründet. Das Gegenüber von Gleichgewicht — Ungleichgewicht wird einfach gesetzt, wobei er zudem Ersteres mit Realität, Letzteres jedoch implizit mit Unwirklichem sprich Schauerlichem identifiziert. Eine der zentralen Fragen der Phantastik-Diskussion, nämlich die nach dem Verhältnis von Phantastik und Realität, geht auf diese Weise in der Arbeit Trautweins einfach unter.

Im zweiten Teil des Buches, dem 'historischen', will Trautwein die Anwendbarkeit seines Analysemodells anhand einer Schauerballade von Bürger (»Der wilde Jäger«), einer Gothic Novel von Maturin (»Melmoth the Wanderer«), einer Novelle von E.T.A. Hoffmann (»Der unheimliche Gast«), einer Erzählung von E.A. Poe (»The Black Cat«) und an Maupassants »Le Horla« nachweisen. Er wiederholt hier das Vorgehen aus dem 1. Teil: nach einer vermeintlich objektiven Analyse des Werks wird dann der historische Hintergrund untersucht und an das Werk herangetragen. Diese typische Trennung von Form und Inhalt führt dann auch dazu, daß die besonderen historischen Bedingungen eines Werks nicht aus ihm selbst entwickelt, sondern bruchstückhaft zusammengestellt werden, wobei formale und inhaltliche Kriterien durcheinandergelassen werden. So zeigt Trautwein die Veränderung der Strukturmerkmale auch nicht an diesen selbst auf, sondern anhand von außerliterarischen Fakten. Die Ergebnisse des Buches bleiben voneinander

getrennt, und können, obwohl sie im Einzelnen durchaus Richtiges aussagen, damit weder die Entwicklung der Schauerliteratur von 1765 bis 1915, noch die Zusammenhänge von Werk und Rezipient schlüssig aufzeigen. Brunhilde Janßen (Marburg)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Eberle, Matthias: *Individuum und Landschaft. Zur Entstehung und Entwicklung der Landschaftsmalerei*. Anabas-Verlag, Gießen 1979 (293 S., br., 36, — DM)

Der materialreich belegten Grundthese dieser Untersuchung zufolge reflektiert sich in den wechselnden Darstellungsgesetzen des Motivs Landschaft ein bestimmtes Naturverhältnis der Menschen: »Ohne das Leben 'gegenüber' der Natur in der Stadt und bei Hofe und ohne deren erlebte Naturferne ... gäbe es keine Landschaftsmalerei.« (8) Die Explikation dieses Ansatzes beginnt mit der Analyse der sozialhistorisch begründeten Bedeutungsverschiebungen in Wort- und Begriffsgeschichte. Erst zu Anfang des 19. Jh. setzt sich als Bezeichnung für eine reizvolle Gegend oder ihr gemaltes Abbild der Ausdruck »Landschaft« allgemein durch, während er vorher Name für unterschiedliche Institutionen war. Diese Entwicklung verläuft bis zuletzt widerspruchsvoll: während sich Schopenhauer resignativ von der Gesellschaft abwendet, um sein Interesse der rohen und unberührten Natur zuzuwenden, pointiert Courbet die Bedeutung der außerhalb der Zivilisation liegenden Natur »als Garant von Freiheit und Zukunft« (27). — Leider verfolgt Eberle an keiner Stelle diese sich auf Rousseau und die französische Revolution berufende Traditionslinie der Schule von Fontainebleau weiter. — Vor dem Hintergrund der Entwicklung von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft wird der Begriffswandel von Landschaft plausibel. Mit den Vertretern einer Philosophie der Landschaft (Simmel, J. Ritter u. a.; vgl. 33ff.) ist Eberle sich darin einig, daß Landschaft erst als ästhetisch-sinnliche Komposition des kontemplativen (erholungssuchenden) Betrachters entsteht. Nicht nur die Bilder, sondern auch das kunsttheoretische und philosophische Denken des Spätmittelalters und der Renaissance — Boccaccio, Cusanus, Alberti und Ficino — legen Zeugnis ab von diesem Prozeß der Veränderung der bürgerlichen Bewußtseinsformen. Sie geben »Auskunft über ... den psychischen und geistigen Habitus des neuzeitlichen Individuums.« (63) Von besonderem Einfluß auf diese Entwicklung ist die zu Beginn des 16. Jh. einsetzende Sammlertätigkeit sowie die gesellschaftliche Stellung des Künstlers als Kapitalist und Lohnarbeiter in einem, wie Eberle am Beispiel Dürers belegen kann (vgl. 84ff. u. 164).

Bedenklich ist indessen die leitende These, Landschaft konstituiere sich als einheitliche Schöpfung des *Subjekts* (12f.; pass.). In dieser Funktion erscheinen wechselweise ein imaginäres Kollektivsubjekt (»das sich seiner [des Malers] Kunst bedient«, 114), der Maler selbst, die Auftraggeber und Mäzene sowie der Betrachter der Bilder. Daß selbst die scheinbar eingelöste Vorstellung von der »subjektiven« Landschaft lediglich dem Selbstverständnis der Maler und ihrer Zeitgenossen zum Ausdruck verhilft, die schließlich die Grundlage der vieldeutigen Autonomiethese bilden wird, führt Eberle ebenso wenig aus, wie er die Polivalenz der Stilfigur Subjektivität in der Kunst zu erklären versucht. Wie wenig hilfreich die so ungenau bestimmte Subjekt-Kategorie für diese Analysen ist, wird bei der Betrachtung der Landschaften Dürers offenbar; behauptet die Ausgangsthese: »Dürer ... kam zur Landschaft [!], man möchte sagen notwendig, aufgrund bestimmter historischer und individueller Voraussetzungen« (160), so steht neben diesem glatten Reduktionismus die Erkenntnis, Dürer dürfe als »Vater der neuzeitlichen Landschaft« (173) gelten. Eberle schwankt permanent zwischen dem Bemühen, eine Erklärung für die Kreativität der Subjekte zu geben, und dem Versuch, den Nachweis ihrer Determiniertheit und Heteronomie zu führen. — Allerdings muß konzediert

werden, daß diese Unsicherheit eine Vieldeutigkeit signalisiert, die in den meisten Untersuchungen zum Gegenstand überspielt wird (diese Deutungen beziehen sich zu meist auf Goethes kanonische Bestimmung der Landschaft; vgl. zuletzt R. Piepmeier, Art. »Landschaft« im Hist. Wb. d. Philos. V.).

Eine weitere Konsequenz des reduktionistischen Verfahrens ist, daß Eberle zwar erkennt, daß die mit der Landschaftsmalerei einhergehenden Veränderungen der Bewußtseinsformen mit denen der herrschenden Ideologie korrespondieren, aber nicht aufzeigt, daß sie sich nicht in ihr erschöpfen. Statt die eidetischen Umsetzungen der Bewußtseinsstrukturen in ihrer jeweiligen Besonderheit zum Ausgangspunkt zu nehmen, um sie als relativ autonome Zeichensysteme zu untersuchen, schiebt er *vor* die Einzelanalyse den ganzen Komplex sozialhistorischer Erkenntnisse, die danach nicht ihrerseits in neuem Licht erscheinen können. Der Erkenntniswert, den Eberles theoretisches Instrumentarium zuläßt, bleibt so, trotz der zahlreich zusammengetragenen und kenntnisreich aufbereiteten Literatur, vergleichsweise gering. Die spezifische Komposition der einzelnen Werke erscheint als notwendige Resultante eines Determinationszusammenhangs, aus dem sie vorgeblich mühelos deduzierbar ist. Die Sozialgeschichte verkümmert zum objektiven Geist der Malerei. So »ist« die gewiß neue persönliche Fragestellung Dürers »ein direkter Reflex [!] der Verstrickung des neuzeitlichen Individuums in ein System übergreifender sachlicher Beziehungen, in ein unabhängig von ihm [?] existierendes Naturverhältnis.« (49) Die künstlerische Darstellung erscheint als Illustration, die nicht über den Stufenrand ihrer epochalen Zeitgenossenschaft hinauszugehen vermag. Dieses Verfahren blockiert die Erkenntnis, daß gerade der Topos Landschaft Elemente eines Naturverhältnisses ankündigt und bewahrt (*locus amoenus*), die weder von den hegemonialen und ökonomischen Formationen ihres gesellschaftlichen Korrelats noch von der erlebten Insuffizienz der einzelnen restlos assimiliert werden.

Trotz dieser Bedenken sei nachdrücklich auf den außergewöhnlich hohen Gebrauchswert dieses Bandes hingewiesen. Zum ersten Mal nämlich wird hier der umfassende Versuch unternommen, das Genre Landschaft in seiner ganzen kulturellen Breite aufzunehmen, die sozialhistorischen, ökonomischen, künstlerischen und biographischen Konstitutionselemente der Landschaftsdarstellung zu erfassen und in den Zusammenhang der Genese bürgerlicher Bewußtseinsformen zu stellen. Gerade an den Unstimmigkeiten wird deutlich, wie eng die Arbeit ihrem Thema auf der Spur geblieben ist. Eberle ist, besonders deutlich in seinen exemplarischen Einzeluntersuchungen zu Cranach d. Ä. (65ff.), Lorrain (174 u. pass.), J. A. Koch und C. D. Friedrich (200ff.), nicht der Versuchung eines glättenden und gefälligen, alle Widersprüche übertünchenden Verfahrens erlegen.

Ralf Konersmann (Münster)

Möller, Heino R.: Innenräume — Aussenwelten. Studien zur Darstellung bürgerlicher Privatheit in Kunst und Warenwerbung. Anabas-Verlag, Gießen 1981 (228 S., br., 34,- DM)

Das Buch hält, was der Titel verspricht. Vor allem anhand von Reproduktionen aus Malerei und Werbung tragen sorgfältige Bildanalysen ein facettenreiches Material zur Privatsphäre zusammen. Deren Entstehung durch den Gegensatz zur Außenwelt des Geschäfts wird gezeigt, ihre Verklärung zum Ort, »wo man sich erst als Mensch entfalten kann« (7). Das Interieur der Wohnung entspricht der Innerlichkeit, das Fenster steht für die Beziehung zur Außenwelt. Da fürs Privatleben als das eigentliche Leben außer der Arbeit der bürgerliche Mensch auch bereit ist, Geld auszugeben, konzentriert sich eine vielgliedrige Industrie mit ihrer Warenästhetik darauf. Die Wohnung als der Hauptort von »Freizeit« und »Konsum« wird von ihr neu erbaut aus Waren. Privatheit wird permanent öffentlich konstituiert, die Sphäre ist daher nur scheinprivat und Ort der »Entinnerlichung deklarerter Innerlichkeit« (13). Die »Aushöhlung der Privatheit

in ihrer Entfaltung zum Warensystem« unter perfekter Ausbeutung der Kunst erscheint als »künstliche Einrichtung öffentlich fungierender Privatinteressen« (81). Möller interpretiert dies als »Vorgang der Zerstörung bürgerlicher Kultur im Kapitalismus« (81). Analysen zum »bürgerlichen Rückzug in eine absolute Privatheit« bei Jules Verne und Arnold Böcklin, sowie ein Anhang über das Privatreich der idealen bürgerlichen Hausfrau im Kochbuch der Henriette Davidis runden diese nützliche Sammlung von Materialien und Studien zur bürgerlichen Privatheit ab. Leider fehlt die Auseinandersetzung mit neuen Formen »alternativen« Rückzugs ins Private ebenso wie mit dem feministischen Versuch der Politisierung des »Persönlichen«. Überhaupt kommen die Menschen weniger als Handelnde, denn als Behandelte vor.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Lenzen, Klaus-Dieter: *Kinderkultur — die sanfte Anpassung*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1978 (224 S., br., 7,80 DM)

Bauer, Karl W., und Heinz Hengst: *Wirklichkeit aus zweiter Hand — Kindheit in der Erfahrungswelt von Spielwaren und Medienprodukten*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (238 S., br., 8,80 DM)

Im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren verstärkten Thematisierung von Kindheit — als Dokumentation der Geschichtlichkeit eines abgesonderten gesellschaftlichen Status Kindheit wie im Blick darauf, was Kindheit aktuell bedeutet — richtet sich das Interesse, speziell von Pädagogen und Medienpädagogen, immer mehr auf die *Gesamtheit* der heutigen Kinderkultur-Industrie und ihre Auswirkungen, statt auf die herkömmliche Analyse *einzelner* Medien. Erinnert sei, neben den hier besprochenen Titeln, an die entsprechenden Aufsätze in »Kursbuch« 34/1973 (»Kinder«), an Heft 27/1977 von »Ästhetik und Kommunikation« (»Kindermedien«) oder an den von Bauer und Hengst herausgegebenen Sammelband »Kritische Stichwörter Kinderkultur«, der zwei Jahre vor ihrem oben genannten Buch im Wilhelm Fink Verlag erschienen ist.

Klaus-Dieter Lenzen schrieb seine Untersuchung auf dem Hintergrund mehrjähriger Erfahrungen in einer Eingangsstufen-Klasse und als Bezugsperson in einem Vorschulprojekt; Erfahrungen, die allerdings breiter dargestellt sein sollten, zumal angesichts der von Lenzen aufgehäuften wissenschaftlichen Zugänge (Kulturgeschichte, Kommunikationstheorie, Psychologie, Pädagogik). Vermutungen über die Effekte der Massenmedien als neue Sozialisationsagenturen gibt es viele; was aber fehlt, sind wissenschaftlich fundierte, genaue Beobachtungen von Kindern im Umgang mit dem immer weiter gespannten Medienverbund.

Nach einer Problematisierung des Begriffs »Kinderkultur« (ein Kulturbegriff »nach dem Lebensalter der konsumierenden Personen?« (11) — Ist in unserer Gesellschaft Kultur nicht immer und zuallererst Klassenkultur?) formuliert Lenzen sein Vorhaben: Kinderkultur soll »als ein die kindliche Sozialisation bestimmendes medienübergreifendes Programm« (13) beschrieben werden — im Unterschied aber zu manchen kulturpessimistischen Positionen der Gegenwart als durchaus althergebrachtes Programm, allenfalls mit teilweise neuen, umfangreicheren Mitteln. An Vorläufer heutiger Kinderkulturwaren (und die sie jeweils bestimmenden ökonomischen und politischen Entwicklungen und Interessen) beständig zu erinnern, bleibt dann auch Charakteristikum des ganzen Bandes. Mit einigen der von Lenzen angegriffenen Autoren (vgl. z.B. 29) meine ich allerdings, daß die heute erreichte Quantität an Phantasie-Waren (für Erwachsene wie für Kinder) stärker zu qualitativen Veränderungen in Verhalten, Bewußtsein, Triebökonomie ihrer Konsumenten geführt hat (die im Detail noch zu untersuchen sind), als dies von Lenzen gesehen wird. Ihm geht es — nach der Analyse einzelner Bestandteile von Kinderkultur (Kap. 3) und einem vorangestellten Abriss der Geschichte bürgerlicher und proletarischer Kindheit — in erster Linie um die Ableitung

der Sozialisierungseffekte der (Kinder-)Massenkultur aus deren Warencharakter. In Anlehnung an Horst Holzers Funktionsbestimmung der kapitalistischen Massenkommunikation verfolgt Lenzen die bewußtseinsformierende Seite des Sektors Kinderkultur weiter, und er mißt die Gebrauchswertversprechen der Unterhaltungswaren von Buntheit, Spiel, Spaß — oder mehr an die Adresse von Eltern und berufsmäßigen Erziehern gerichtet: von Kreativität und spielendem Lernen — an den gleichfalls nach Holzer definierten Kommunikationsansprüchen von Kindern, z.B. Realitätserklärung, Identitätsfindung, Spieltätigkeit. Lenzen unterscheidet zwischen einem »ideologischen Rahmenprogramm« (wozu auch die Umstellung der Kinder mit Niedlichkeits-Signalen, Kindchen-Schemata gehört, K.B.), das sehr allgemein auf die Dressur zur Systemkonformität abzielt, und zwei speziellen Dimensionen dieses Programms (...): der *pädagogischen*, auf 'Massenerziehung und Massenbeeinflussung' abzielenden Linie und der *therapeutischen* (92), auf psychische Stabilisierung gerichteten Linie.

Was Lenzen hier in großen Zügen umreißt, führt er in den Kapiteln 5-7 detailliert und teilweise sehr spannend aus: Spiel, Phantasie und Kreativität, dem Verwertungsinteresse unterworfen, als Kernstücke des ideologischen Rahmenprogramms; die Spielpädagogik der Kinderkultur, welche mit ihren Impulsen konträr steht zur Programmatik etwa von Vorschul-Curricula, die soziales Lernen fördern wollen; und schließlich — im Gegensatz zur von der Spieltherapie intendierten produktiven Verarbeitung konfliktreicher Erfahrungen — die Therapie der Kinderkultur, die etwa das Spielprinzip der Wiederholung pervertiert in Wiederholungszwang: ständige Konsumimpulse treffen auf einen Zirkel von Erwartungen und Enttäuschungen bei den Konsumenten.

Der Band schließt ab mit Vorschlägen zur Produktion einer anderen Kinderkultur durch Erwachsene *und* Kinder in Kindergarten, Schule usw. oder auch mit Hilfe einer neuen, weniger am tradierten Kulturbegriff orientierten Museumspädagogik, die das Moment des Handelns (gegenüber nur verbaler und/oder bildlicher Vermittlung) in den Vordergrund rückt.

Konzentriert sich Lenzen, wie Bauer/Hengst in ihrer Besprechung von dessen Monographie bemerken (51ff.), »bei der Untersuchung der Kinderkultur auf die Objekt- und Angebotseite«, ist seine Studie »eindeutig manipulationstheoretisch fundiert« (52), so liegt das Hauptinteresse der Verfasser von »Wirklichkeit aus zweiter Hand« bei der vorurteilsfreien Analyse des Gebrauchs, den die Kinder in den verschiedensten Situationen von den audiovisuellen Massenmedien und dem von ihnen bestimmten Medienverbund machen. »Wirklichkeit aus zweiter Hand« ist deshalb keineswegs diffamatorisch oder bejammernd gemeint, sondern beschrieben wird die zunehmende Mediatisierung der Erfahrung im Kontext der zunehmenden Industrialisierung und Technisierung aller Lebensbereiche: Die Kinder »sehen die erste Welt mit Augen an, deren Sehvermögen sich in der Betrachtung der zweiten herausbildete.« (55) Immer wieder gehen die Autoren gegen eine Haltung an, bei welcher die weniger durch audiovisuelle Medien geprägten Aneignungsformen von Erwachsenen, die ihre Kindheit vor den 60er Jahren erlebt haben, verabsolutiert und die Kommunikations- und Konsumformen heutiger Kinder als Verkümmern und falsches Bewußtsein denunziert werden (vgl. etwa 59).

Von David Riesman, dessen an US-amerikanischen Verhältnissen entwickelte sozialpsychologische Untersuchung (»Die einsame Masse«, 1950) über die Verschiebung von einem »innengeleiteten« zu einem »außengeleiteten« Sozialtypus und die damit einhergehende wachsende Bedeutung der Sozialisationsagenturen peer group und Massenmedien ausführlich referiert wird, übernehmen Bauer/Hengst den Vergleich heutiger Medienkinder mit im neuen Land geborenen Einwandererkindern, die der Elterngeneration insofern überlegen sind, als sie sich unbelastet und offen auf das Neue einlassen können. So wenig — wie die Autoren bei ihrer keineswegs unkritischen Darstellung des

Medienverbunds mehrfach betonen — sich schlüssige Aussagen über dessen Wirkungen machen lassen, so dringend müsse doch die Frage gestellt werden, ob neue Verarbeitungs- und Ausdrucksformen, wie die Kinder sie im Umgang mit den neuen Kulturwaren entwickeln, »für die Bewältigung der Zukunft und für das Überleben der Menschheit unabdingbar sein könnten«: »Ganzheitliche Formen der Wahrnehmung«, »Intuition und Synthesefähigkeit« gegenüber der Überbewertung des analytischen Denkens, die von einem Menschenbild herrührt, »das den vollkommenen Erwachsenen (...) als lesenden und herstellend-produktiven vorstellt.« (57)

Die zweite Hauptargumentationslinie im ersten, allgemeineren Teil des Buches gilt — gegen oder trotz einer nie zuvor in solchem Ausmaß gekannten Pädagogisierung von Kindheit — der These von der Angleichung der Erfahrungen und Aneignungsprozesse von Kindern und Erwachsenen. (Vgl. auch den soeben in der edition suhrkamp, Nr. 1081, erschienenen Band »Kindheit als Fiktion«, mit einem Beitrag von Heinz Hengst: »Tendenzen der Liquidierung von Kindheit«.) Stichwortartig: aus ähnlich entfremdeten Verhältnissen in Berufsarbeit und Schul-Arbeit resultiert ein ähnlich kompensatorischer Gebrauch der Produkte der Zerstreungskultur; für Erwachsene wie für Kinder gewinnen konsumtive und passive Verhaltensformen an Bedeutung. Die gemeinschaftsstiftende Funktion der Massenmedien — oder genereller: der Freizeitindustrie — auch und gerade in der und für die Familie ist am deutlichsten ablesbar an Konzeption und Nutzung von Freizeitparks (»'Schocking' ... und sonntags ins Phantasialand«, 165ff.) und am Fernsehen (»Sehenhören. Signale aus der ersten Welt«, 71ff.), wenn Kinder häufig eher das für Erwachsene bestimmte Programm als das eigentliche Kinderprogramm sehen und umgekehrt Erwachsene, so sehr sie dafür pädagogische Motive vorschreiben mögen, Kinderprogramme, besonders die Zeichentrickserien.

Neben den genannten Einzelanalysen enthält der 2. Teil sechs weitere »Skizzen«, betitelt wie jene nach den je primär angesprochenen Sinnesorganen: »Höresehen. Tonkonserven als Erlebnisfolien«, »Fühlen 1. Teens für die Teens«, »Spielen. Big Jim und die Computer«, »Naschen. Vom Cola-Eis zur Kinderkneipe« (gemeint ist Mc Donald's), »Fühlen 2. Freundschaft mit Pferden«, »Lesen. Es war einmal ...?«, sowie eine abschließende Betrachtung über »Medienerfahrungen als Generationsproblem«.

Die Attraktivität der dargestellten Produkte bzw. des Medien- und Artikelverbunds liegt zuallererst darin, daß die (Kinder-)Kulturwaren oft in weniger von elterlichen oder schulischen Lehrern beobachteten Situationen und — wenn nicht als unterhaltsame Tröster im Alleinsein — in der Subkultur der Gleichaltrigen bzw. als Anerkennung und Geborgenheit stiftender gemeinsamer Bezugspunkt mit der Gleichaltrigengruppe genutzt werden. Was sich als Klischees denunzieren läßt, kommt andererseits dem Sicherheitsbedürfnis der Rezipienten entgegen: »sich wiederholende (also verlässliche, K.B.) Effekte, Schablonen und Rituale« (104). Weniger überzeugend als solche Einschätzungen erscheint mir eine weitere, damit verknüpfte Interpretationslinie: Wurden schon die vermuteten neuen Wahrnehmungsqualitäten (s.o.) nur in diffuser Begrifflichkeit benannt, so sind auch einzelne Beispiele für den behaupteten produktiven, umdeutenden Umgang mit den Medienbotschaften wenig einleuchtend — so sehr ich die grundsätzliche Position der Autoren teile, daß bloße Ideologiekritik nichts ausrichtet. Zu dem Kinospielefilm »Krieg der Sterne« heißt es (89; vgl. ähnlich z.B. 109), daß die Kinder dessen faschistoide Elemente vielfach gar nicht wahrnehmen (was sicher zutrifft), eben weil sie sich den Film selektiv aneignen und sich vor allem für die technischen Details, die Tricks, die Effekte interessieren, um die dann alle Gespräche kreisen. Was aber ist das anderes als Ausdruck von instrumentellem Denken, als Einübung in eine von Bauer/Hengst selbst an anderer Stelle problematisierte »abstrakte Wahrnehmungs- und Reaktionshaltung«, als Zeichen von »industrialisiertem Bewußtsein« (147)?

Karin Buselmeier (Heidelberg)

Baacke, Dieter, und Theda Kluth (Hrsg.): *Praxisfeld Medienarbeit. Beispiele und Informationen*. Juventa Verlag, München 1980 (238 S., br., 18,- DM)

Möglichst handfeste Praxishilfe für die außerschulische Medienarbeit möchte dieser Band bieten. Bemerkenswert zunächst der Bericht über ein Filmprojekt, in dem eine Gruppe sogenannter Rocker sich selbst darstellt (Wahl/Vieser). Eindrucksvoll wird hier gezeigt, wie es diesen oft schwierigen Außenseitern im Jugendhaus unter kompetenter Anleitung gelingt, sich im Film so darzustellen, wie sie sich selbst sehen, und dadurch als Gruppe ein bewußteres und aktiveres Verhältnis zu sich selbst und zu ihrer Umgebung zu organisieren. Dagegen zeigt der Text von Behrendt/Weber über »Medienarbeit mit ausländischen Jugendlichen in einem Freizeitheim«, daß Technik und der Wunsch, ein Produkt herzustellen, pädagogische Arbeit auch behindern kann. Oder wie soll man außerschulische Jugendarbeit bewerten, die sich »ihre« Jugendlichen erst auf eine recht konspirative Art und Weise aussuchen muß, damit sie dann ihre — z.T. ziemlich unausgegrenzten — Vorstellungen durchsetzen kann? Wieviele Möglichkeiten demgegenüber die Arbeit mit einem verhältnismäßig einfachen Mittel wie einer Dia-Serie bieten kann, demonstrieren Platzbecker/Rittelmeyer. — Der selbstkritische Beitrag über »Arbeit mit dem Medium Hörfunk im Stadtteil« (Wessel) krankt etwas daran, daß ein möglicherweise zentraler Grund für das Scheitern des Projekts nicht diskutiert wird: das Fehlen einer konkreten politischen Konzeption. Ein Ziel wie »politische Partizipation im unmittelbaren Lebenszusammenhang« (35) bleibt zu unspezifisch, wenn nicht geklärt wird, wer woran zu welchem Zweck partizipieren kann und soll. — Außerdem enthält Teil I einen Bericht über die »Diskussion um den Deutschen Jugendfotopreis« (Kloten/Kluth) und zwei Aufsätze über Kinderfilmarbeit: einen lesenswerten »Erfahrungsbericht« über »Kinderkino in einem kommerziellen Filmtheater« (Sikorski) und einen Beitrag über »'Dritte Welt' in der Kinderfilmarbeit« (Dütting), der den anderen Aufsatz insofern weiterführt als er einige Bemerkungen zur Spezifik kindlicher Filmaneignung macht.

Eine hilfreiche Ergänzung dazu bieten die gründlichen Praxishinweise zur »Organisation von Kinderfilmwochen« (Grütgen) im Teil II, der Organisationsmodelle außerschulischer Medienarbeit vorstellt. Eingeleitet wird dieser Teil durch eine Bestandsaufnahme der »Organisation der Medienpraxis in der außerschulischen Jugendarbeit« (Kluth), die auch manche nützlichen konkreten Vorschläge und Forderungen für die Veränderung der bislang primär auf die schulische Medienarbeit ausgerichteten Organisation etwa der Bildstellen enthält. Daneben stellt Teil II ein bemerkenswertes Organisationsmodell für Kooperation in der kommunalen Medienarbeit vor, den »jugend filmclub köln e.v. — medien informations zentrum« (Franken), und berichtet schließlich über »Medienarbeit in einer Landesbildstelle« (Krämer/Wicher) — ein Aufsatz, der auch eine Reihe von inhaltlichen Anregungen für die außerschulische Medienarbeit bietet. Abgeschlossen wird der Band durch drei kurze Verzeichnisse: von Videogruppen, von Verleihern von Kinder- und Jugendfilmen und von Literatur zur Medienarbeit.
Volker Schubert (Marburg)

Herrmann, Ulrich, Susanne Renftle und Lutz Roth: *Bibliographie zur Geschichte der Kindheit, Jugend und Familie*. Juventa Verlag, München 1980 (254 S., br., 24,80 DM)

Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Weiterentwicklung der traditionellen historischen Pädagogik, wie sie hierzulande von Ariès' »Geschichte der Kindheit« einerseits und von einer sich sozialwissenschaftlich orientierenden Geschichtsforschung andererseits angeregt wurden, legen der Tübinger Pädagoge und seine Mitarbeiter diese Bibliographie vor, der als nächstes Forschungsberichte zur Geschichte der Kindheit und zur Entstehung des Konzepts »Jugend« im 18. und 19. Jahrhundert folgen sollen, ebenfalls gefördert von der DFG.

Bis 1978 sind vor allem deutschsprachige Arbeiten (Monographien) erfaßt, ergänzt um die repräsentativen Studien aus dem englischen, französischen und amerikanischen Raum, soweit sie sich auf das 18. und 19. Jahrhundert beziehen; allerdings wurde der Zeitraum nach 1945 nicht mehr berücksichtigt. Außer der Aufteilung in die drei großen Bereiche »Kindheit und historische Kinderforschung«, »Jugend und historische Jugendforschung« und »Familie und historische Familienforschung«, die jeweils die Sparten »Zeitschriften, Periodika, Themenhefte«, »Literatur-, Forschungs- und Kongreßberichte«, »Darstellungen«, »Quellensammlungen« und »Einzelthemen« aufweisen, sind die drei Teilbibliographien unter dem letzten Rubrum in zahlreiche thematische Unterpunkte gegliedert: bei »Kindheit« etwa von der »historischen Anthropologie und Psychologie des Kindesalters« über »Medizingeschichte« und »Säuglingsfürsorge« bis zur »Kindheit in der schönen Literatur« oder in der Kunst. Eine solche Feingliederung erleichtert sicherlich den themenspezifischen Überblick, erschwert aber die thematisch querliegende oder übergreifende Suche. Ein Stichwortverzeichnis hätte dabei helfen können; das vorhandene Autorenregister nützt wenig.

So muß bei Gebrauch vermutlich jeweils ein größeres Themenspektrum durchgesehen werden, wobei vor allem die erstellten Inhaltsübersichten bei Sammelwerken eine kleine Entschädigung bieten. Da die Autoren bei ihrer Auswahl der schätzungsweise rund 2700 Titel nicht Vollständigkeit, sondern Repräsentativität für ein hier nicht expliziertes Konzept der »Sozialgeschichte und der Historischen Sozialisationsforschung« angestrebt haben, erübrigen sich die Suche und der Nachweis dieser oder jener Unterlassung. Wer sich mit diesen Forschungsfeldern wissenschaftlich befaßt, wird mit dieser nützlichen (allerdings wahrscheinlich rasch veraltenden) Bibliographie gewiß weit vorankommen, aber letztlich nicht der eignen Recherche hinsichtlich der speziellen Fragestellung entraten können.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Soziologie

Die folgenden Rezensionen entstanden im Rahmen eines Frauenseminars mit der Zielstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten und -behinderungen der Frauen in der Familie ebenso zu untersuchen wie die Funktion der Familie für die Stabilisierung der Gesellschaft. Da die Gedankenbahnen vieler Wissenschaftler der jeweils herrschenden Nachfrage folgen, fanden wir besonders viele Verfechter der Familienform als alleinigen Ort weiblicher Existenz. Dieses Auftragsdenken angesichts geringerer Arbeitskräftenachfrage erschwerte die Arbeit und macht den hier wiedergegebenen ausschnittshaften Überblick ungleichgewichtig. Insgesamt gibt es zu viele Bücher über die Familie und zu wenig wirkliche Forschungen. Eine Geschichtsschreibung und Analyse der gegenwärtigen Form vom Standpunkt der Frauen steht noch aus. Um die brauchbaren Materialien und Theorieversuche aus der unübersehbaren Bücherflut, die im Laufe der Jahre zum Familienproblem sich aufgehäuft hat, für ein alternatives »Familienprojekt« aufzubereiten, wollen wir eine kommentierte Familienbibliographie erstellen. Wir bitten um Mitarbeit bei der Erfassung der Titel wie insbesondere beim Rezensieren.

Donzelot, Jaques: Die Ordnung der Familie. Aus d. franz. v. U. Raulff. Mit einem Nachwort v. Gilles Deleuze. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (252 S., Ln., 36,- DM)

Donzelot versucht, die Entwicklung der Familie als Form des Zusammenlebens von der vorindustriellen feudalen Gesellschaft zur liberalen bürgerlichen Industriegesellschaft zu verfolgen. Die von ihm marxistisch bezeichnete Ansicht, die Familie sei Ankerpunkt des Privateigentums und Vermittlerin der kapitalistischen Gesellschaftsord-

nung, erscheint Donzelot zu wenig. Die Wandlung der Familie (z.B. Ehescheidung) wäre dann nur als Krise der bürgerlichen Ordnung, als Widerspruch zum kapitalistischen System zu sehen. Der Ansicht der Feministinnen, die Familie sei patriarchalischer Unterdrückungsmechanismus, hält er entgegen, daß viele Entwicklungen der Familie nur mit aktiver Hilfe der Frau möglich waren und die Frau über die Familie zu sozialer Bedeutung kam. Größte Wirkung hatten seiner Ansicht die psychoanalytischen Theorien auf die Familie. Er selbst möchte allen drei theoretischen Versuchen entraten.

Er will die Wandlungsfähigkeit der Familie zeigen und wie sie zusammen mit den sozialen Institutionen ein gelungener Teil der bürgerlichen Gesellschaft werden konnte, d.h. wie sie die Ordnung einer liberalen Gesellschaft verinnerlichte. Unter liberaler Gesellschaft versteht er Sicherung des »physischen Lebens«. Allerdings beinhaltet das Zusammenspiel der sozialen Institutionen und der Familie auch eine Bevormundung und Verwaltung des Einzelnen, die von der geringsten Tätigkeit bis zum letzten Gedanken reiche. Die Familie: ein paradiesisches Gefängnis.

Anhand von zeitgenössischen Veröffentlichungen, Diskussionen und vorherrschenden Gesellschaftstheorien beschreibt Donzelot die Entwicklung der heutigen sozialen Institutionen, und wie sie ihre spezifische Gestalt annahmen. Seine Daten und Beispiele stammen aus Frankreich.

Im vorrevolutionären Frankreich war die Familie in die starre Hierarchie des Staates fest eingegliedert. Sie war Subjekt und Objekt zugleich: Subjekt durch ihre innere Gestalt. Die Frau, die Kinder und die zum Haus gehörenden Personen waren dem Familienoberhaupt verpflichtet. Er bürgte für sie gegenüber dem Staat, sorgte für Ordnung und für die Versorgung jedes Mitgliedes. Objekt dadurch, daß der Staat Schutz gewährte und die Familie zur Staatserhaltung beitrug (Militärdienst, Fron, u.a.). Solidaritätsnetze (z.B. Stände, Dorfgemeinschaften) und Abhängigkeitsblöcke feudaler und kirchlicher Art bestimmten das weitere Umfeld der Familie. Im Wechsel von diesen feudalen Strukturen zur liberalen Industriegesellschaft entstanden viele soziale Probleme und neue politische und gesellschaftliche Ideen. Die Zahl der Hilfesuchenden und Armen erhöhte sich rapide. Die durch Armut bedingten Probleme (Banden, Ausnutzung sozialer Einrichtungen, u.a.) verschärfen sich und wurden verstärkt durch die langsame Zerstörung der alten sozialen Netze im Wandel der Lebensbedingungen und Sitten (z.B. Verstädterung). Reichtum wurde nicht mehr geschaffen, um den Staat zu erhalten und mit Geld zu versorgen, sondern der Staat galt als Mittel zur Schaffung von Reichtum, indem er Produktion und Gesellschaft steuerte. In der Medizin »entdeckte« man, daß allein die Seele das regulative Prinzip des Körpers war, d.h. sie allein bestimmte den Charakter eines Menschen. Diese Entwicklungen schlugen sich in den Staatsideen nieder. Man erhoffte sich einen Staat, der das Gebäude seiner Bürger organisierte und an alle unabhängig von veralteten Familienzugehörigkeiten Fürsorge, Arbeit, Erziehung und Gesundheit austeilte, ohne zu dem Alptraum des totalitären Staates abzugleiten, der zwar die Bedürfnisse aller befriedigte, allerdings auch alles gleichschaltete.

Dem liberalen Staat stellten sich folgende Probleme: Wie beseitigt man den Pauperismus, ohne die Staatsgewalt zu erhöhen? Wie diszipliniert man die arbeitende Klasse, die nicht mehr an die alten Gemeinschaften gebunden war, und wie schafft man ein führendes Bürgertum? Im feudalen Frankreich hatte man alles von oben herab mit Gewalt gelöst. Die Industriegesellschaft mit ihrem damals kolonialistischen Eifer war auf die Bevölkerung angewiesen (Völkervermehrungs-, Völkerverbesserungstheorien, etc.).

Der Gedanke des »Erziehens« entstand. Die Dienerschaft, als verderbender Faktor, sollte ausgeschaltet werden. Mit den Ratschlägen des Hausarztes verhalf die Ehefrau dem Kind zu einer geschützten Freiheit.

Die Entstehung der philanthropischen Gesellschaften und Umorientierung der alten

barmherzigen und einschließenden Institutionen (z.B. Klöster spezialisierten sich auf arme Mädchen, die ihre Mitgift erarbeiten konnten und sich rein hielten) lösten die Probleme der sozial schwachen Schichten. Hauptsächlich zwei Ideen charakterisierten diese Entwicklung:

Fürsorgepol: Der Staat fungierte als formales Mittel, um eine Reihe von Ratschlägen und Vorschlägen loszuwerden, indem man die Frage der ökonomischen Moral verschob. Der Staat war nicht mehr der feudale Apparat, der für die Versorgung zuständig war, d.h. seine Vorschläge waren nicht mehr Befehle. Er gab die Mittel zur Selbständigkeit, indem er Sparsamkeit lehrte. Mangelhafte finanzielle Selbständigkeit und Fürsorgeersuchen wurden als Sittenlosigkeit gesehen, was zu wirtschaftlicher Bevormundung bis zum Entzug der privaten Rechte führte.

Medizinisch-hygienischer Pol: Der Staat diente als materielles Mittel, um die Zerstörung der Gesellschaft durch physische und moralische Schwächung der Bevölkerung, durch Aufkommen von Kämpfen und Konflikten zu verhindern. Von einfachen Kindersammelstellen (18. Jhdt.), deren Kosten schließlich zu hoch wurden, ging man über, die Mütter als staatliche Ammen zu bezahlen (1840). Kirchliche und staatliche Institutionen beschäftigten sich mit dem Aufbau von Familien (z.B. soziale Fürsorge, eine Sozialwohnung erlangte man erst, wenn man geheiratet hatte). Mit dem Beruf der Frau als Hausmutter gelang es, die Frau, damals billigste Arbeitskraft der Industrie, aufzuwerten und die alten Heiratsregelungen einer Standesgesellschaft aufzubrechen. Die Frau erfuhr Schutz und wurde als Bewacherin des Mannes installiert. So beinhaltete die Umstrukturierung der Unterschichtenfamilie das Herauskommen aus den alten Abhängigkeiten und stellte gleichzeitig eine Verwaltung dieser Schichten dar.

Später vereinigten sich diese Strömungen, als man das Kind als den Vorläufer des Erwachsenen und seine Entwicklung in den Vordergrund stellte. Es galt alles auszuschalten, was eine Jugend »gefährdete« oder »gefährlich« machte (z.B. Kinderschutzgesetz 1870, Schulpflicht als praktischer Schutz des Kindes vor der Ausbeutung der Eltern). Die Hauptschwierigkeiten dieser Entwicklung waren schließlich: Wie unterschied man die »echte« von der »künstlichen« Armut, denn davon machte man die sozialen Maßnahmen abhängig. Wie beseitigte man die familiären und individuellen Widerstände und Unstetigkeiten? Wie erreichte man ein Höchstmaß an Abstimmung einerseits der Familien und andererseits der Prozeduren der Sozialisation?

Im vierten Kapitel beschreibt Donzelot detailliert, wie mit der Entwicklung der Justiz, Psychiatrie und Pädagogik die sozialen Probleme geregelt werden konnten.

In der Rechtsprechung benötigte man ein Ermittlungs-, Klassifikations- und Interpretationsverfahren, um urteilen zu können. Die Fürsorge wurde zum Erkunden ausgesendet. Eine Einkreisung der Familie etablierte sich schließlich. Deutlich sieht man dies an Vorschlägen für Sozialarbeiter.

Neue Gesetze erleichterten trotz positiver Züge oft den Einstieg der Justiz in die Familie. Die Frau erhielt z.B. Mitspracherecht in den Belangen der Kinder. Ehestreitigkeiten über Kinderaufenthalte erfuhren eine Regelung durch die Justiz. In den Klassifikationsverfahren begann man, nach der Urteilsfähigkeit (1900) des Delinquenten zu fragen. Strafe oder Erziehung waren als Urteil möglich. Die Psychiatrie, die damals nur anhand von Symptomen Perverse, Hysterische, Debile und Normale unterschied, wurde zu Hilfe gerufen. Pathologie des Willens kennzeichnete einen Hysterischen, Pathologie der Rasse einen Deblen. Als Vereinigung beider Defekte zählte der Typ des Perversen. (Als Lehrbeispiel eines Perversen galt der Vagabund. Von 1890-1900 füllte er die Psychiatrie voll aus.) Auch die Schule und das Militär baten die Psychiatrie um Rat, um ihre Erziehungsmethoden effizienter abstimmen zu können.

Der Gedanke, daß der Erwachsene durch seine Kindheit geprägt wird, führte zu der Idee des sich »entwickelnden Delinquenten«. Man befaßte sich nicht mehr allein mit

der Suche und Absonderung der Perversen, sondern es galt, den Jugendlichen vor einer schädlichen Entwicklung zu schützen. Die Familie und das Milieu bestimmten die Entwicklung eines Kindes. Aus dem Schulverhalten beurteilte man die Entwicklungstendenzen und richtete danach die prophylaktischen Maßnahmen. Die Psychoanalyse entwickelte allmählich eine feine Abstufung der Erziehungs- und Diagnosemöglichkeiten. Selbst im Wandel der Begriffe spiegelt sich diese Entwicklung wider. Statt Menschen anormal, später irregulär zu nennen, sprach man von einer gefährdeten Jugend. So entstand das heutige Fürsorgesystem und Jugendgericht. Gut aufeinander abgestimmt, haben sie eine ganze Palette von Möglichkeiten: die Verwarnung (der Jugendrichter als Vater), die überwachte Rückkehr eines Jugendlichen in die Familie, das halbgeschlossene Heim, das geschlossene Heim und das Gefängnis. Heimkarrieren sind Beispiele, die den Schutz und die Kontrolle zeigen.

Das letzte Kapitel ist dem psychischen Umfeld der Familie gewidmet. Es zeigt, wie die Familie schließlich freiwillig die Normen verinnerlichte. Im feudalen Frankreich verwaltete die Kirche die Sexualität unter dem Gesichtspunkt der Familienmoral. Als Verheirathungsinstanz beherrschte sie die Familie, erhielt dadurch ihre Macht und stellte als Gegenleistung der Familie Einschließungsanstalten für widerspenstige Söhne und Töchter zur Verfügung. Zu Beginn der industriellen Gesellschaft konnte sich der Arzt dazuschalten. Mit Hygienevorschriften und Volksgesundheitsideen im Gesellschaftsinteresse fand er Eingang in die Familie (medizinisch ratsame Ehen, Eugenik, Kampagnen gegen Geschlechtskrankheiten, usw.). Diskussion über freie Abtreibung, Abschaffung der Familie, freie Partnerwahl (1906) einerseits und Rückkehr der Familie zur alten hierarchisch gegliederten Form, als ein Bevölkerungsvermehrungsinstrument andererseits, sind zu finden. Beide Richtungen haben sich in Gesetzen niedergeschlagen und zeigten stark dirigistische und totalitäre Züge (in den Abhandlungen wurde Hitlers »Mein Kampf« zitiert). Bei den Gesetzen handelt es sich z.B. um die Einführung der Ehescheidung oder die Verbote, für Verhütungsmittel zu werben. Die Familie nahm Ideen aus beiden Richtungen auf und erfuhr dadurch eine Stabilisierung und freiere Form. Sie wurde zum Instrument, mit dem man für Qualität und optimale Entwicklung des Nachwuchses sorgte (die Familie erzog im Unterschied zur allgemeinen Schule, die unterrichtete). Sie übernahm die Sexualerziehung. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, benötigte sie die Psychoanalyse, die das Kind zu diagnostizieren half und Erziehungsvorschläge bereitstellte. Eheberatungsstellen, Familienplanungsstellen usw. halfen, falsche Entwicklungen zu vermeiden. Die seelische Verwaltung ist eingetreten. In der Funktionsweise der Psychoanalyse sieht Donzelot den Grund, warum die Familie freiwillig mitmachen konnte und wie die Psychoanalyse zum Stabilisator von Familie und Staat werden konnte.

Eine kurze Zusammenfassung der Faktoren: Die Form der Psychoanalyse integriert die alten sexualverwaltenden Institutionen Kirche und Arzt, denn Anamnese und Test ähneln Beichte und ärztlicher Untersuchung. Der Dirigismus, der die alten Institutionen kennzeichnete, ist gebannt. Die Psychoanalyse lehnt es ab zu klassifizieren. Das Subjekt ist am Urteil beteiligt und kann es in Frage stellen. Der Psychoanalytiker zeigt eine Verbindung zwischen dem benannten Problem und Kommunikationsstörungen als Ursache auf. Die Störherde werden gesucht und benannt. Es sind falsche Bilder bzw. falsche Wünsche, die mit den Realitäten nicht übereinstimmen. Es gilt, entweder die Realität zu ändern, will man die Bilder behalten, oder die Bilder zu ändern, will man die Realität nicht verändern. So kann man sich nach Belieben auf ein persönliches Glück im festen Rahmen des Staates einpendeln.

Gabriele Gollnick (Hamburg)

Métral, Marie O.: Die Ehe, Analyse einer Institution. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1981 (345 S., br., 16,- DM)

Ariès berichtet in seinem Vorwort zu Métral als wesentlich die Zielsetzung, herauszufinden, »daß die Macht auch andere Schaltstellen und Kanäle als die der Arbeit benutzt« (12). Die Autorin untersucht Liebe, Ehe und das Paar, darin zum einen die Funktion des christlichen Diskurses zur Ehe, das Bündnis von Sexualität und Liebe unter der für sie evidenten Annahme, »daß wir innerhalb und außerhalb der Ehe unter einer Herrschaft der sexuellen Unterdrückung leiden« (17), zum anderen das »neue Bewußtsein von der Sexualität« (245) in der Antipsychiatrie, der Kommune- und der Frauenbewegung.

Am umfangreichen historischen Material arbeitet sie heraus, daß die Ehe in den Dienst der Jungfräulichkeit gestellt wurde. Das Christentum verachtete und schützte die Ehe, indem es eine relative Enthaltsamkeit mit Monogamie gleichsetzte und die Institution als Schutz vor Pathologie und Heilung von Begierde anerkannte (45f). Frauen traten auf als Werkzeuge (Gottes oder ihres Mannes), »Haus, Haushalt, häuslicher Herd: alles Metaphern, um die eheliche Beziehung als eine substantielle Einheit zu denken und nicht als Assoziation« (68). Eine Ehefrau fand ihre Bestimmung im Gebären; eine »ungeschlechtliche« Jungfrau übte die einzige erotische Kunst des Christentums: die Askese (105). Durch Heiligung der unreinen Praxis in der Ehe gewann die Kirche zugleich Macht über diese Institution. »Die Macht des Asketismus eröffnete ihr einen Herrschaftsraum, dessen Grenzen nicht mehr abzusehen sind.« (105) Zwar veranschaulicht Métral die kirchliche Herrschaft überzeugend, jedoch liest sie sich als Zweck in sich, weil kein Nutzen solcher Herrschaft für den ehelichen und außerehelichen Bereich auch nur angedeutet wird. Im Abschnitt über »Liebe« und »Paar« kommt sie zu dem Ergebnis: »Als gemeinsamer Zug ... der Diskurse und Praktiken, durch die die Menschen ein Bewußtsein von ihrem Gefühlsleben erlangten, stellt sich freilich immer heraus, daß die Freundschaft als Grundlage der Liebe erscheint und niemals die Sexualität« (112). Als Gegensatz zu Waren- und Tauschbeziehungen und damit zur Ehe führt sie an die höfische Liebe (10.-14. Jhdt.), die als praktische Kritik das Modell des »Verhältnisses aus Zuneigung« darstellte. Sinnlichkeit tritt als Dienst an der Liebe auf und würde gelebt in der »asag«, der nichtehelichen Erotik, in der die geschlechtliche Vereinigung ausgespart bliebe, die jedoch von großer Zärtlichkeit — auch körperlicher — geprägt sei. Vorbilder für Liebende seien die verheiratete Frau und der zölibatäre Mann. In der »asag«, die ein zweideutiges Ziel habe, »da (sie) zugleich Verzicht auf Lust und Streben nach Lust ist« (134), sieht Métral Befreiungsansätze für die Frau, da deren Lust im Mittelpunkt stünde. Daß diese Befreiung in einem Herrschaftsverhältnis gelebt wird (adlige Frau — nichtadliger Mann), findet in der einzig auf Sexualität ausgerichteten Untersuchung keine Berücksichtigung. Die höfische Enthaltsamkeit als Abgrenzung zur Ehe wird, so führt die Autorin aus (hier folgt sie Hugo von St. Viktor), kirchlich mit der Ehe zusammengebracht. So gelingt es, die Liebe für die Stabilität der Ehe zu nutzen, den Verzicht auf genitale Sexualität als Ausdruck der Liebe allgemein zu behaupten. Lust außerhalb der ehelichen Fortpflanzung mit Sünde zusammenzubringen (wie Thomas von Aquin), ist ein weiterer Schritt. »Die einzig sexuelle Lust, die zugelassen wird, beschränkt sich auf den Koitus, der die Möglichkeit einer Befruchtung nicht ausschließt.« (181) Als Beispiel dafür, daß das Christentum eine hierarchische, jedoch niemals explizit geäußerte Ordnung der Lüste aufstellte, nimmt Métral die Lust am Essen, deren Kunst, das Kochen, niemals verfolgt wurde. — Als spezifische Herrschaftsform scheint ihr die Legitimation der Lust durch Verbot. »Die einzig berechnete Lust ist die negierte Lust; eine Lust, die ihre Existenzberechtigung in etwas hat, das nicht unbedingt Lust bereitet« (182).

Die Konzentration auf die genitale Sexualität verführt die Autorin, in jeder nicht-

ehelichen Liebesform eine spezifische Alternative zu sehen. So ordnet sie alle übrigen Lebensbereiche dem bestimmenden Primat einer befriedigenden Sexualität unter. Im letzten Teil ihres Buches verändert sich der Blickwinkel Métrals von der Ehe zur Familie, indem sie als Resultat einer Untersuchung der Familie unter dem Ancien Régime diese Form des Zusammenlebens als »Opium für die Arbeiterklasse« (216/17) bezeichnet, als ein von der Bourgeoisie gefüllter Wert, der die Mittellosigkeit der Arbeiter »ausgleichen« solle. Über materielle Notwendigkeiten solcher Lebensformen kein Wort.

In ihrem materialreichen Kapitel über den »Anschluß des Christentums an die Mystik des Paares« (228) führt Métral vor, wie die Kirche Lust und Sexualität voneinander trennt und letztere als »Liebesband im Kind« (237) überhöht. Ohne die Wahl zu begründen, führt sie nun Antipsychiatrie und Kommunebewegung ein, vor deren Hintergrund sie die »Krise der Ehe und Familie« (257) abhandelt. Hier, im neuen »Bewußtsein von der Sexualität (gilt) der sexuelle Genuß ... nun als Notwendigkeit« (245). »Unser gehöriges Verlangen nach Lüsten«, »nicht mehr der Imperativ des Überlebens« (245), treibe den Menschen. Métral will die »Lust aus den Mauern des Paares ... befreien«, »die sexuelle Praxis« durch Verbalisierung verbessern; sie bedauert, daß die Arbeit die Menschen vom ehelichen und damit sexuellen Leben abhält, denkt sich die liberale Gesellschaft als eine, die »freie Sexualität« als Zwang vorschreibt. Sie schließt sich Cooper an, der den Kindern eine »Vielzahl von männlichen und weiblichen Vorbildern« (273) anbieten will. Die Ehe sei eine mögliche Form, um die Paarbeziehung (als Liebende) zu realisieren, zugleich aber sollten die Einzelnen vielfältige Verhältnisse zu anderen haben. Ihre allgemeine Resignation (da »vor der Allmacht des Staates das gesellschaftliche Leben verschwunden ist«; 274), führt die Autorin zu solch vereinzelt und verstreuten Vorstellungen, die darauf verzichten, die Kraft, die solche Veränderungen durchsetzen soll, anzugeben und auch nicht das Bedingungsgefüge, das mit verändert gehörte. Gesellschaft erscheint ihr als Struktur von oben, in der von oben die Elemente verschoben gehören. Die handelnden, liebenden und leidenden Menschen fügen sich dann nur ein.

Abschließend geht die Autorin noch auf die Kritik von Irigaray am psychoanalytischen Diskurs bzw. an der Freudschen Bestimmung von menschlicher Sexualität ein, die von Irigaray als ausschließlich männlich definierte gewertet wird. Métral fordert die Beibehaltung der Form der Ehe und lediglich eine Inhaltsveränderung: die Liebe solle von der sexuellen Treue entbunden werden, die Paargeschichte solle an eine Gruppe gebunden werden. Dann wäre »die Ethik ... auf eine Freiheit gegründet, die nichts anderes ist als die Bewegung, in der die Wellen jeder Reproduktion von Gattung und Kultur sich brechen.« (309)

Für historische Forschungen ist dieses Buch wegen seines vielen Materials wichtig. Die Analyse selbst steht jedoch weitgehend auf dem Kopf. Ideen machen Geschichte und liefern Maßstäbe für »Liebe«, »Sexualität« usw. Unterderhand wird zudem ein fester Gegenstand »Sexualität« behauptet und sein Schicksal durch die Jahrhunderte verfolgt, als ob nicht Sexualität selber historisch konstituiert wäre. Ein Versuch, Sexualität, Liebe und Produktion zusammenzubringen, wird nicht gemacht.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Langer-El Sayed, Ingrid: Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1980 (269 S., br., 9,80 DM)

Den Schwerpunkt des Buches bildet ein Überblick über die Sozial- und Familienpolitik vom deutschen Kaiserreich bis zur sozial-liberalen Koalition, um die Familienpolitik durchschaubarer zu machen und die Diskussion zu versachlichen. Die Entwicklungen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten (wie das gestiegene Selbstbewußtsein der Frauen, sinkende Heirats- und Geburtenraten, gestiegene Scheidungsquoten) »...lassen sich

als Zeichen und möglicherweise Teil einer Entwicklung deuten, der durch den Gesetzgeber weder gegengesteuert werden muß noch darf — wenn man die Freiheit des Individuums ernst nimmt« (16). Dennoch blieben Ehe und Familie als Institutionen unangefochten. Innerhalb der Bevölkerung habe, maßgeblich mitbeeinflusst durch die Frauenbewegung, ein Wandel der Einstellungen stattgefunden, so zu Sexualität, Familie, »Rolle der Frau« usw. Aber ungeachtet dessen werde die gegenwärtige Diskussion um die Familie »... vor allem von Auffassungen bestimmt, die sich in ausgetretenen konservativ-ideologischen Pfaden bewegen« (39). Immer schon sei die Familie dann in den Mittelpunkt gerückt worden, wenn bestehende Verhältnisse gefährdet schienen — ihr werde also eine ordnungspolitische Funktion zugeschrieben. Das Buch enthält eine Fülle von Materialien: zur Geschichte der bürgerlichen Kleinfamilie, der Entwicklung des bürgerlichen Familienbegriffs, der Familie im bürgerlichen Recht, der Geschichte der Familienpolitik und außerdem Stellungnahmen der drei großen Parteien und der beiden Kirchen zur Familie. Das 1900 entstandene bürgerliche Gesetzbuch war, so die Autorin, beeinflusst vom Familienbild des letzten Jahrhunderts, dessen Stützpunkt die Vorherrschaft des Mannes war. Das wird beispielsweise deutlich an der Pflicht der Frau, den Namen des Mannes zu tragen, der rechtlichen Ungleichstellung unehelicher Kinder, dem Verbot der Abtreibung etc.

Obwohl inzwischen viele dieser Bestimmungen verändert worden seien, meint die Autorin, bestimme die Grundstruktur des bürgerlichen Rechts noch heute unsere geltende Rechtsordnung »... und alle Veränderungen müssen dieser Grundstruktur und den sie vertretenden politischen Gruppen sehr mühsam abgerungen werden« (57). Schlimm sei z. B., daß das Strafrecht auch heute den Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe nicht vorsehe.

Drei Konfliktbereiche führt die Autorin vor, um an ihnen familienpolitische Probleme und den Diskussionsstand aufzuzeigen: Reform des §218, Ehe- und Familienrechtsreformen und »Wirtschaftliche Hilfen und sonstige Maßnahmen für die Familie«. Als symptomatisch erscheint ihr, daß von den Reformvorhaben der SPD/FDP-Koalition nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Unionsparteien mehr oder weniger »reformiertes Stückwerk« übrigbleibe. Als Beispiel mag hier das Leitbild der sogenannten Hausfrauenehe dienen, das bis zum »Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts« (1976) galt. Demnach erfüllt die Frau ihre Verpflichtung, zum Unterhalt der Familie beizutragen, »in der Regel durch die Führung des Haushalts«, und Erwerbstätigkeit war ihr nur gestattet, »soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist«. Dieser Paragraph wurde dahingehend verändert, daß nun beide Ehepartner zur Berufstätigkeit berechtigt sind. Die Hausarbeit wird der Unterhaltungspflicht durch Erwerbstätigkeit ausdrücklich gleichgesetzt, wodurch sich nach Meinung der Autorin das Leitbild der Hausfrauenehe ein Stück weit erhalten habe. In der Regel seien es ja doch die Frauen, die die Haushaltsführung übernehmen. Die Autorin schlägt stattdessen als gesetzliches Eheleitbild die »Erwerbstätigen-Ehe« vor. Nur das konsequente Ausgehen von einer eigenen »Erwerbs-Biographie« der Frauen könne viele heutige Probleme lösen, wie z. B. »... die Diskriminierungen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ... oder auch ihre Isolierung als 'Nur-Hausfrauen' (und) nicht zuletzt ihren mangelnden politischen Einfluß« (214).

Diese Betonung des juristischen Bereichs hat sicher ihre Berechtigung. Doch um wirksam die Lösung der aufgeführten Probleme voranzutreiben, ist es wohl notwendig, daß die Frauen auch »von unten« Veränderungen mittragen, d. h. sich in der Frauenbewegung, in Parteien, Gewerkschaften usw. engagieren und für ihre Interessen eintreten. Insgesamt ist das Buch sehr informativ und recht gut verständlich geschrieben.

Erika Niehoff (Hamburg)

Hermann, Ludolf, und Anton Rauscher: *Die Familie — Partner des Staates, Eine Auseinandersetzung mit falschen Gesellschaftstheorien*. Seewald Verlag, Stuttgart 1978 (68 S., br., 6,80 DM)

Dies Buch richtet sich gegen die Familienpolitik der sozialliberalen Bundesregierung. Hermann wirft in seinem Aufsatz dem 2. Familienbericht vor, den Wert der Familie entschieden zu gering einzuschätzen. Die soziologische Sicht sei falsch, weil so Gesellschaft lediglich beschrieben und analysiert werden könne, aber die Wirkung der normativen Elemente nicht dingfest zu machen seien. (13) Es erschreckt ihn, daß auch innerhalb der Kirche und der CDU ein »modernes Ehe- und Familienverständnis« gefordert würde. (10f) Überall entdeckt er linke Weltverbesserer, für die ausgemacht sei, »daß die Familie eine höchst unglückliche Veranstaltung der Natur zur Schädigung der kindlichen Bildungs- und Entwicklungschancen darstellt« (11). Demgegenüber stellt für ihn Familie den Sinn des Lebens dar: »In der Familie wächst man auf, aus ihr heraus emanzipiert man sich so selbstbewußt, daß man schließlich eine eigene Familie gründen muß (Hervorhebung M.E.), und auch jeder spätere Fluchtversuch in die Selbstverwirklichung endet nahezu unweigerlich bei der neuen Verwirklichung von Familie.« (9)

Unter der Überschrift »marxistische Einseitigkeiten« bezeichnet er u.a. die Einführung der Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen, die geplante Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und die Bafög-Leistungen des Staates als Angriff auf die Familie. In sieben Thesen erläutert er seine Vorstellungen von Familienpolitik, von denen ich drei herausgreife: a) »In der Familie muß nicht nur Partnerschaft verwirklicht werden, sondern auch Autorität.« b) »Die Familie hat den Heranwachsenden darauf vorzubereiten, daß sein Leben vor allem durch Pflichterfüllung einen Sinn erhält.« c) »Selbstverwirklichung kann allenfalls ein Ideal der Amöbe sein.« (28-33)

Für Hermann sind Autorität und Pflichterfüllung Werte an sich, sie werden inhaltlich nicht gefüllt. Es wird nur gegen Andersdenkende polemisiert, die im Untertitel angekündigte Auseinandersetzung mit Theorien findet nicht statt.

Auch Rauscher geht in seinem Aufsatz von der Prämisse aus, die Familie stelle einen Wert an sich dar. (54) Sein Anspruch an Familienpolitik richtet sich konsequenterweise auf Stärkung der Institution Familie und nicht auf Verbesserungen für ihre einzelnen Mitglieder. Neben einem dynamisierten Kindergeld (44) fordert er Erziehungsgeld für die nichtberufstätige Mutter. (53) Der Bundesregierung wirft er vor, zu wenig für Familien zu tun, das Kindergeld mache nur 4,39 % der gesamten Sozialleistungen aus. (40) Die Lage der Familien habe sich seit 1969 durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und hoher Inflationsrate verschärft. (38) Außerfamiliäre Hilfen, wie das von der Bundesregierung geförderte Projekt »Tagesmütter«, lehnt er entschieden ab. (52) Bei seiner Auseinandersetzung mit dem 2. Familienbericht der Bundesregierung wiederholt er Hermanns Argumente von der falschen soziologischen = funktionalen Betrachtungsweise, die die Familie als eigenen unverwechselbaren Wert in Frage stelle. (56f) Er zitiert einzelne Passagen des Berichts und kommentiert sie. Eine seiner Folgerungen ist das drohende Schreckgespenst einer »gesellschaftlich beauftragten und kontrollierten Familie«, die »zum Instrument der Heranzüchtung eines neuen Menschen, der immer weniger zu personalen Bezügen und Bindungen fähig ist, dafür aber immer stärker im Sog einer sogenannten gesellschaftlichen Solidarität aufgeht.« (62) Emanzipation der Frau durch außerfamiliäre Erziehungseinrichtungen lehnt er ab. (63) Die Verfasser dieser beiden Aufsätze verstecken ihren Anspruch auf männliche Privilegien hinter dem Ruf nach Bewahrung und Erhaltung von Werten, die nicht hinterfragt werden dürfen.

Margot Engel (Hamburg-Reinbek)

Günther, Henning: *Alarm um die Familie*, Verlag der Liebenzeller Mission, Bad Liebenzell 1979 (64 S., br., 3,80 DM)

Günther ist Professor für Sozialpädagogik. Er hält die Familie für die einzige Lebensform, die ein humanes und vertrauensvolles Zusammenleben ermöglicht und in der Kinder optimal heranwachsen können. Neuerdings sieht er sie vielen zerstörenden Entwicklungen ausgesetzt, die er beschreiben will. Er meint, ein negatives Bild der Familie breite sich aus, denn in den Massenmedien sei nur noch die zerrüttete Familie Thema, in der Wissenschaft diskutiere man allein über »Rollenzwänge« und die »soziale Funktion« der Familie, die Geschichte der Familie werde immer als Verfall dargestellt oder die Familie erscheine als Fallstudie in der Psychiatrie. Weitere schwächende Faktoren seien die Flucht der Frau aus der Familie, die Abtreibung, leichte Scheidungen und eine gesellschaftliche Kinderfeindlichkeit. Am Beispiel des Entwurfs für ein neues Jugendhilfegesetz (1978 Regierungsvorlage SPD/FDP) will Günther zeigen, daß auch in der Politik die Auflösung der Familie betrieben werde. Er meint, dadurch, daß in diesem Gesetz die Erziehung überbewertet werde, daß »vorbeugendes« staatliches Eingreifen bei Erziehungsnotständen sehr betont sei, die soziale Hilfe mit Therapie gekoppelt wäre und von bereitgestellten Erziehungsplänen gesprochen werde, der Staat übermäßig viel Macht erhalte und zum allgemeinen Erzieher werde, vielleicht sogar ein Staat entstehe, in dem jeder therapiert und der Therapeut Staatsbeamter würde. Im Hintergrund des Gesetzes und mit Hilfe des Gesetzes sieht er als Lebensgemeinschaft und Lernform die Gruppe entstehen. Das Konzept der Gruppe hält er für gefährlich. Eine Gruppe könne nicht Verantwortung tragen, d.h. nicht erziehen. In der Gruppe würden Verhaltensweisen durch »planvolles Üben« (z.B. Rollenspiele) angenommen. Planvolles Üben wäre ein Lernbegriff aus der Verhaltensforschung, der selbst im Umgang mit Tieren im Tierexperiment »irgendwo barbarisch« sei (38). Ein Kind lerne durch liebende Identifikation, durch die Suche nach Grenzen und durch Erproben. Nur wenn es die vertrauensvolle Liebe einer Mutter erführe, den Vater als Mann erlebe, könne es eine Identität entwickeln. Nur in der Familie wären diese Grundlagen gegeben. Er zitiert die konservative Psychologie, Bittner, Stierlin, aber auch Erikson, und spricht von Innigkeit, Nähe und der Versöhnung des Konfliktes der Geschlechter. Gruppendynamik sei wissenschaftlich umstritten, erzeuge oft suchtähnliche Abhängigkeit und in ihr wirkten »hypnotische, paranoide und terroristische Tendenzen«. Die Bejahung der Familie erfolgt bei ihm nicht nur mit Argumenten aus der Psychoanalyse, sondern wird mit noch größerer Vehemenz aus dem Christentum abgeleitet: Die Familie wäre ein Nacherleben der Gottesgeschichte (Gott als Vater, Jesus als Sohn, Maria als Mater dolorosa, die Nachfolge Christi in brüderlicher und schwesterlicher Gemeinschaft). Den Vorwurf, die Familie wäre immer patriarchalisch angelegt, beantwortet er mit der Feststellung, zwar wäre die Beschreibung zutreffend, »aber die Anzeichen sprechen dafür, daß mit dem Sturz des Vaters und seiner Einordnung in untergeordnete Funktionen des mütterlichen Service sich auch die Familie auflöst« (61). Er analysiert wenig, diffamiert aber um so mehr (z.B. einige seiner Adjektive: spießig (9), kleinkariert (9), kommunistisch (28)). Zitate sind nicht gekennzeichnet, so daß Gesetzestexte und ihre Auslegung manchmal nicht zu unterscheiden sind und das ganze Buch einer Wahlkampfbroschüre ähnelt. Er begründet seine Ablehnung von Jugendzentren mit dem Argument, in ihnen würde »die geistige Existenz der CDU/CSU und anderer Mittelparteien langsam ausgetrocknet« (24).

Gabriele Gollnick (Hamburg)

Hepp, Gerd: *Die bedrohte Familie*, Ploetz Verlag, Freiburg/Würzburg 1979 (128 S., br., 7,90 DM)

Für Hepp ist die Familie die »natürliche und universelle Primärform menschlicher Existenz«, die »ihre Legitimation primär nicht aus der Gesellschaft, sondern aus dem

Menschen selbst bezieht« (93). Er findet seinen Standpunkt bestätigt in Art. 16 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Art. 6 GG, die beide die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellen, und dies naturrechtlich begründen. Bei der amtierenden sozialliberalen Regierung sieht er Tendenzen, die Familie als relativierbaren Wert zu betrachten, auf den man eines Tages ganz verzichten könnte (7f).

Seine These von der Familie als Grundeinrichtung menschlicher Gesellschaft begründet Hepp mit einem Zitat des amerikanischen Anthropologen Murdock (ohne Quellenangabe), der aufgrund einer systematischen Untersuchung von etwa 250 Gesellschaften verschiedener Kulturkreise zu dieser Erkenntnis gekommen sei (11). Als weiteren Beleg für seine These skizziert er die Familie in ihren verschiedenen Formen vom alten Griechenland, über das antike Rom bis zu unserer Gesellschaft. Er vergleicht Größe, Aufgaben, Autoritätsstrukturen und das Verhältnis Familie-Gesellschaft (16-41). Die heutige Ehe und damit die Familie sei durch »Über-Emotionalisierung« und »Über-Erotisierung« gefährdet (70). Die sachlichen Gründe für eine Eheschließung in Zeiten vor der Industrialisierung hätten sich vorteilhaft für den Bestand der Ehe ausgewirkt (19).

Die heutige Familienstruktur belegt der Autor mit einer Reihe statistischen Materials. Seine besondere Aufmerksamkeit richtet er auf die Bevölkerungsentwicklung. Er hält die Geburtenziffer für zu gering und fordert daher großzügige staatliche Unterstützung für nichtberufstätige Mütter. Damit möchte er den Trend zur Ein-Kind-Familie und zum »single« (Alleinlebender) umkehren oder zumindest aufhalten. Die wachsende Zahl von Scheidungen, die rückläufige Zahl von Eheschließungen, die Tolerierung der 'Ehe ohne Trauschein', der Geburtenrückgang und das neue Scheidungsrecht sowie die Neuregelung des elterlichen Sorgerechts sind für Hepp Symptome für eine Bedrohung der Institution Familie.

Interessant erscheint mir sein Partnerschaftsbegriff als Leitbild elterlicher Beziehungen. Die im 2. Familienbericht der Bundesregierung gezeichnete Vertauschbarkeit von Vater- und Mutterrolle lehnt er ab, da die »natürliche Geneigtheit und Disposition für spezifische männliche und weibliche Rollen« dadurch verneint würde. Eine solche Forderung können einer »kulturellen Verödung und Verarmung Vorschub« leisten. Auch gefährde eine unklare Rollenverteilung zwischen Mann und Frau die geschlechtliche Identitätsfindung des Kindes entscheidend. Folgende Definition des Partnerbegriffs scheint ihm sinnvoll: »Jeder Ehepartner (solle) seinen, nicht aber den gleichen Teil zur Ganzheit des Familienlebens beitragen... Partnerschaft bedeutet deshalb ein Sicherzählen in personeller Hinsicht und in wichtigen Funktionen... wechselseitige Stütze und Solidarität in allen Wechselfällen und Krisensituationen des Lebens...« (53) Die »Emanzipation der Frau von Familie, von Mutterschaft sowie Kindererziehung« nehme allmählich Formen an, die den künftigen Bestand unserer Kultur und Gesellschaft ernsthaft gefährdeten. Familienfragen seien in erster Linie Frauenfragen (58). Er wolle der Frau nicht die prinzipielle Berechtigung zu beruflicher Tätigkeit und beruflicher Karriere absprechen, doch seien im Falle von Kindern deren legitime Interessen zu berücksichtigen. Und für Hepp ist dies nur möglich, wenn unsere Gesellschaft die Hausfrauen- und Mutterrolle wieder mit der »notwendigen und gebührenden Achtung« ausstattet (58). Ein Arbeitsplatz mit eintönigen Arbeitsabläufen und Abhängigkeiten, wie ihn viele berufstätige Frauen haben, lasse wenig Raum für menschliche und soziale Kontakte. Die Doppelbelastung von Beruf und Familie erweise sich oft als Quelle vielfältiger Konflikte. Stattdessen wünscht Hepp sich die Mutter als »echtes Kommunikationszentrum« und »Vermittlerin von Werthaltungen«. Durch pädagogische Weiterbildung werde sie zur verantwortungsvollen Mutter, die auch tatkräftig den Kindern bei den Hausaufgaben helfe (58). Außerhäusliche Kontakte könne sie in Weiterbildungskursen und in »Betätigung mit gesellschaftlicher Verantwortung im Rahmen von Gemeinde, Kirche, Nachbarschaftshilfe oder sonstigen Gruppierungen« übernehmen.

Hier eröffne sich ein »soziales Betätigungsfeld, in dem sie Selbstverwirklichung und Sinnhaftigkeit auf eine neue und oft befriedigendere Art erfahren« können als in einer eintönigen Berufsarbeit (59). Solche karitative Tätigkeit verfestigt m.E. jedoch die Abhängigkeit der Frau vom Mann und widerspricht damit einer Selbstverwirklichung der Frau. Zur Aufrechterhaltung der Ehe scheint Hepp jedes Opfer der Frau recht, doch welchen Beitrag erbringt der Mann?

Die These vom Funktionsverlust der Familie (mit der er in einem früheren Kapitel arbeitete) weist Hepp mit der Begründung zurück, daß man nur von einer Verlagerung einzelner Funktionsteile sprechen könne. Restfunktionen seien erhalten geblieben, und neue hinzugekommen. Der überall beschriebene Funktionsverlust beziehe sich nicht auf die Kernfamilie, sondern auf Verwandtschaftsgruppen (75). Die Hauptfunktion der heutigen Familie sei die Erziehung/Sozialisation der Kinder. Hepp beschreibt die im Hause bleibende Mutter als einzigen Garanten für eine gedeihliche Entwicklung von Kleinkind und Schulkind (87ff.). Außerdem habe die Familie die Funktion des Spannungsabbaus. Sie leiste damit einen »wichtigen Beitrag zur psychischen Regeneration und Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft in unserer Gesellschaft« (82).

Am Ende des Buches finden sich in einer 30-seitigen Dokumentation Auszüge aus familienpolitischen Programmen und Stellungnahmen von CDU, SPD und evangelischer und katholischer Kirche; außerdem die geltenden Bestimmungen über das elterliche Sorgerecht sowie dazu Gesetzentwürfe der Parteien. Hepps Buch ist ein Plädoyer für die Nur-Hausfrau und Mutter. Er argumentiert mit dem Wohlergehen des Kindes und natürlicher (biologisch begründeter) Rollenverteilung der Geschlechter. Dies aus männlich-egoistischer Sicht geschriebene Buch bietet Familienwerte als wissenschaftliche Erkenntnisse an. Obwohl die Familie aus Vater, Mutter und Kind(ern) besteht, wird die Funktion des Vaters in der heutigen Familie nicht behandelt.

Margot Engel (Hamburg-Reinbek)

Lasch, Christopher: *Geborgenheit. Die Bedrohung der Familie in der modernen Welt.* Verlag Steinhausen, München 1981 (286 S., Ln., 32, — DM)

Der Autor, vom Verlag als »ein führender amerikanischer Sozialkritiker« angekündigt, stellt sich als Untersuchungsfrage: »Warum ist das Familienleben so schwierig geworden, die Ehe so zerbrechlich, sind die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern so voller Feindseligkeiten und Anschuldigungen?« (17) Für Lasch ist die Familie *die* prägende Instanz, die über die Weiterentwicklung der Einzelnen hauptsächlich entscheidet, zunehmend habe sie die Aufgabe übernommen, ihre Mitglieder vor einer feindlichen Gesellschaft zu schützen. Wie sehr die Familie seit dem 19. Jahrhundert bedroht werde, zeige die emotionale Überfrachtung der Eltern-Kind-Beziehung, zeigten die rebellierenden Frauen, die mehr suchten als das eheliche Glück, sowie die radikale Trennung von öffentlich und privat, da die Arbeit keine Erfüllung mehr bringe. »Staat« und »Gesellschaft« werden von Lasch synonym verwandt und in dieser Einheit stellen sie das entfremdete »Außen« dar, das die Kindererziehung an sich reißt, durch Werbung die Frau selbständiger werden läßt (40) und durch Mediziner, Psychologen usw. in die Familie eindringt, ja die Elternschaft »proletarisert« (31ff.) und somit dem Industrieproletariat gleichsetzt, da beide unfähig sind, ohne Anleitung zu handeln. Nach diesem Einstieg, der manipulationstheoretisch beschreibt, wie Ideen und Moral die Individuen täuschen und leiteten, wendet sich der Autor der Entwicklung der amerikanischen Sozialwissenschaften zu. Der Leser erfährt wenig über die Inhalte der einzelnen Theorien, aber daß es einen Wechsel von evolutionären und historischen zu funktionalen Analysen gegeben habe, in denen die Familie nun (Beginn des 20. Jh.) als »Einheit von Individuen und Interaktion« (52) angesehen würden.

Sein Fazit: für die Soziologie wird die Ehe wichtig (als Kameradschaft) und die Erzie-

hungsfunktion der Familie nimmt ab. Mitte der dreißiger Jahre — so Lasch — tritt die Psychologie auf, orientiert an den Schriften von Freud; er liefert eine Art Literaturbericht, der jeweils die Psychoanalyse für seine Forschungen heranzog (Malinowski, Mead). Alle behandelten Untersuchungen bezeichnete er begründungslos entweder als »reformistische« oder als »revisionistische«; die Feministinnen gar haben das Thema verfehlt, denn »es steht weit mehr auf dem Spiel als die Psychologie der Frau« (104), nämlich die Familiensoziologie. Lasch sichtet den Kampf für einen unveränderbaren Freud und sein Anliegen ist es, den Kritikern und Nachfolgern Freuds (unter diesem Aspekt wird auch Parsons abgehandelt) ihre »Untreue« zu beweisen. An den Forschungen zum autoritären Charakter von Fromm u. a. ist für ihn wichtig, daß »nichts darüber ausgesagt (wird), daß das autoritäre Individuum weniger unter einer starken Familie, als unter dem Mangel an Familie überhaupt leidet« (123), denn »in Wirklichkeit ist die Abhängigkeit des Faschismus von der Familie rein rhetorisch und sentimental« (121), daher — sagt der Autor — waren diese Forschungen überflüssig und ihrer Zeit nicht angemessen. »Er (der Faschismus) herrscht durch Terror, psychologische Manipulation und primitive Loyalität der Blutsbrüderschaft.« (121) — In den 60er und 70er Jahren wird — so der Autor — die Familie unter dem Stichwort »eheliche Partnerschaft« abgehandelt, da die Ehe »das seelische Bedürfnis nach 'Zweierbeziehung' erfüllt« (Rogers, May, Maslow) (173). Lasch führt die von ihm als »Feldzug« bezeichnete Kampagne gegen die romantische Liebe vor, in der »Freude am Sex aus rein instinkthafter Entspannung«, »unverstellte«, »ursprünglich« (175) die Ehe aus unerfüllbaren (romantischen) Werten befreien sollte. In dem nun folgenden Anstieg der Therapieangebote würden seelische Gesundheit und persönliche Befreiung gleichgesetzt mit der »Abwesenheit innerer Zwänge« (177), was bliebe, seien die äußeren, die auf der »organisierten Gewalt des Staates beruhen« (177). Für Lasch sind die Theoretiker (darunter faßt er Therapeuten und Wissenschaftler) resigniert und gezeichnet von der »Angst vor der Zukunft«. Er kämpft gegen die Kritik am Privatismus der Familie, indem er die zunehmende Gewalttätigkeit der Gesellschaft, das Degenerieren der sexuellen Beziehungen zu sexuellem Kampf (181) und die nun auch im häuslichen Bereich auftretenden Widersprüche, die zuvor nur in der Arbeitswelt zu finden waren, aufführt. Die Argumentation, daß die Familiengefühle abkühlen sollen (Slater), damit die durch den Ödipus entstehende sexuelle Leidenschaft gesunden könne (186), wird von Lasch als »Extremismus« und »erbarmungsloses Schinden der Kleinfamilie« (186) kritisiert. Für ihn wollen solche Ansätze den unlösbaren »Konflikt zwischen Natur und Kultur« abschaffen (188) und scheitern, da sie weit hinter Freud zurückfallen, indem sie die Illusion schürten, »daß seelische Freiheit und ... Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten« wiederherzustellen sei, was für Lasch eindeutig von Freud negiert wurde. Für Lasch wurde die Familie zerstört, weil sie nicht in der Lage war, »ihre Mitglieder vor äußeren Gefahren zu bewahren« (196) und der von anderen kritisierte Mutterkult käme nicht deswegen nicht zustande, weil der Vater abwesend sei, sondern weil »er zuhause schwach und nachgiebig ist« (196) — die Macht der Mütter entstünde dadurch, daß »sie ihre eigene Verrücktheit jedem aufzwingt«. Für Lasch soll die Familie abschirmen, auf das Leben vorbereiten und behüten (201).

Gesellschaft und Familie stehen für ihn in einem unversöhnlichen Gegensatz und einseitigem Abhängigkeitsverhältnis, in dem »die Gesellschaft« versucht, Kontrolle über die Familie auszuüben; mehr oder weniger ohnmächtig bleibt die Institution (darin der Einzelne) 'auf der Strecke'. Lasch weist allen Ansätzen zeitliches Überholtsein nach, erarbeitet aber keinen eigenen Zugriff, was gleichbedeutend ist mit der Nichtverantwortung seiner eingangs gestellten Frage, sondern klagt an (auf knapp 30 Seiten), daß »der Staat nicht nur den Körper des Individuums, sondern soviel von seinem Geistesleben, wie er habhaft wird«, kontrolliere (233). Das Privatleben wird »politisch beherrscht«, der Einzelne ist »jetzt dem sozialen Dirigismus unterworfen«. Es wird der

Eindruck vermittelt, die Einzelnen bleiben hilflos und objektiv ohne Möglichkeit einzugreifen der Gesellschaft ausgeliefert. — Obwohl Lasch häufig psychologische Argumente (vgl. das Kapitel »Kultur und Persönlichkeit«) ins Feld führt, interessiert ihn in Wirklichkeit die Entwicklung der Einzelnen innerhalb der Familie nicht; die Frauen z. B., die Kritik formulieren an ihrer Funktion in dieser privaten Institution — treten bei ihm immer dann auf, wenn — wie sich im nachhinein herausstellte — für das Falsche gekämpft wurde (Enttabuisierung der Sexualität führte zum »cool sex«, die Kritik am Penisneid wird für den Autor zum Neid auf den Penis). Unhistorisch und ohne erkennbaren Nutzen ist die Herangehensweise seiner eigenen Kritik, die sich nicht mit Maßstäben aus der Wirklichkeit speist, sondern die »Abweichung« einer Theorie von einer anderen darstellt, sodaß er selbst den jeweiligen Ansätzen nicht gerecht werden kann, da er sie nicht mißt an dem, was ihr eigener Anspruch war.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Wiegmann, Barbelies: Ende der Hausfrauenehe, Plädoyer gegen eine trügerische Existenzgrundlage, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (155 S., br., 5,80 DM)

Die Autorin ist Rechtsanwältin, verheiratet und Mutter zweier Kinder. Um ihre eigene Betroffenheit darzustellen, erklärt sie, sie hätte sofort und gern zu arbeiten aufgehört, hätte ihr Mann, auch Jurist, es ihr jemals ernsthaft nahegelegt. Dennoch will sie die Frauen vor der Hausfrauenehe warnen, weil so viele Ehen scheitern und die wirtschaftliche Situation geschiedener Frauen »trostlose Wirklichkeit« ist, die sie als Rechtsanwältin mit ansehen müsse. Ihr Buch soll »zufriedene Familien-Hausfrauen« nicht beunruhigen, aber zur Diskussion mit ihren Kindern anregen und Frauen, deren Ehen schwierig oder zerbrochen sind, versichern, daß die Schwierigkeiten nicht auf »persönlicher Schuld« beruhen, daß »sie damit nicht allein dastehen«, sowie »Wege aufzeigen, aus den Problemen herauszufinden« (8). Sie läßt sechs geschiedene, ehemalige Hausfrauen zu Wort kommen. Es sind meist von ihren Männern verlassene Frauen mit Kindern. Sie erzählen Vorgeschichte, Verlauf, vor allem aber das bitterböse Ende ihrer Ehe, wie sie es erlitten, und den Kampf um Unterhalt, der entweder gar nicht gezahlt wird oder zu gering ist. Nach der Scheidung sind fast alle trotz der finanziellen Schwierigkeiten zufriedener und selbständiger. Diese Gesprächsprotokolle machen etwa die Hälfte des Buches aus. Die letzten beiden Frauen ragen durch bessere Ausbildung und höheren sozialen Status der Elternhäuser etwas heraus, was die Autorin vermuten läßt, daß sie die im Buch anschließend ausgeführte weibliche Verzichtshaltung, sie nennt es »Deformation ... von Kindheit an« (125), durch alle Schichten hindurchgeht. Aus diesem Grunde habe sie die Berichte dieser beiden Frauen an den Schluß bzw. vor das Kapitel »Frauen verzichten« gestellt. Die Autorin führt an, daß im Unterschied zu früher die Ehen heute auf getrennten Arbeitsbereichen basieren und Kommunikation und Gefühl die »fast einzige Brücke zwischen den Ehepartnern« bilden. Für Hausfrauen sei die Ehe Existenzgrundlage, obwohl die Zahl der Scheidungen steige. Hierzu werden verschiedene Untersuchungen angeführt. Dennoch planen die Frauen ihr Leben wie die Berufsausbildung immer noch im Hinblick auf eine lebenslange Ehe. Wiegmann interviewte sieben Gymnasiastinnen, die dies bestätigten. Wenn eine Hausfrauenehe aber zerbricht, erhalten nur wenige Frauen Unterhalt, wie sie in einem Kapitel »Recht auf Unterhalt« ausführt. Der »bundesdeutsche (männliche) Blätterwald« — »Spiegel und Bayernkurier ... auf derselben Ebene« — stelle dies zwar meist gegenteilig dar, aber außer dem Rentenausgleich habe die Eherechtsreform vom 1.7.1977 »im Prinzip alles beim alten gelassen« (47). Sie belegt dies mit Hinweis auf eine Sekundäranalyse des Max-Planck-Instituts, allerdings basierend auf Zahlen von 1973/74. Nach ihrer Meinung liegt das an den ohnehin niedrigen Gehältern der Männer, deren Zahlungsunwilligkeit oder deren »Zynismus« beim Kampf um das Sorgerecht. Der Kampf um die Kin-

der werde seit gut einem Jahrzehnt nicht nur von den wirklich engagierten Vätern, sondern auch von zahlungsunwilligen Vätern, die schnell eine Ersatzmutter und damit eine sog. Voll-Familie nebst gesicherter Einkommenslage bieten, geführt. Die Tatsache, daß Frauen, wenn sie mit einem neuen Partner zusammenleben, ihren Unterhaltsanspruch verwirken, hält sie für einen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes, da Männer nach der Scheidung auch nicht nach ihrem Privatleben gefragt würden.

Die Autorin plädiert aus mehreren Gründen gegen eine Hausfrauenehe: fast jede 3. Ehe scheitert, der Unterhalt sei unsicher, die berufliche Eingliederung schwierig, die Alterssicherung minimal. Während der Ehe seien die Machtverhältnisse ungleich, denn das Gehalt des Mannes begründe seine Macht. Die Arbeitsteilung und die daraus resultierenden unterschiedlichen Freizeitvorstellungen entfernten Mann und Frau voneinander. Der Mann erwarte Ruhe und Erholung, die Frau hingegen Anregung und außerhäusige Unternehmungen. Die am Ende des Buches skizzierte Alternative einer partnerschaftlichen Ehe, in der beide berufstätig sind (sich mit anderen einen Arbeitsplatz teilen oder teilzeitbeschäftigt sind) und sich auch beide um die Erziehung der Kinder kümmern (im 1. Lebensjahr des Kindes je 6 Monate Urlaub bei vollem Lohnausgleich für Väter und Mütter, dann auf 2 Jahre reduzierte Arbeitszeit, mittelfristig den 6-Stunden-Tag, langfristig den 5-Stunden-Tag) zielt »auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie« (147). Hoffnung für eine entsprechende Bereitschaft der Männer, sich mehr in der Familie zu engagieren, zieht Wiegmann aus Interviews mit 16-17jährigen Gymnasiasten, wovon 4 Antworten abgedruckt wurden. Erziehung in Kinderkrippen sei zu fordern für alle »allein erziehenden Elternteile, die darauf angewiesen sind oder diese aus bestimmten Gründen bevorzugen« (147). Wie ihre thesenartig aufgestellten Forderungen durchzusetzen wären, zeigt sie nicht auf. Da die Autorin sich auch an Frauen wendet, die sich in familiären Schwierigkeiten befinden, wären Scheidungsratschläge oder entsprechende Literaturhinweise für diese Frauen hilfreich gewesen.

Renate Becker (Hamburg)

Jurczyk, Karin: Frauenarbeit und Frauenrolle. Forschungsbericht aus dem Sonderforschungsbereich 101 der Universität München, Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1978 (145 S., br., 18, — DM)

»... das Anliegen dieser Arbeit ist, ... die Variabilität der Frauenrolle, determiniert durch ihre Funktion in der Familie, sowie das für die Frauen jeweilig diskriminierende Verhältnis Frau-Familie und Frau-Beruf und die Bedingtheit der Diskriminierung durch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ... aufzuzeigen.« (10) An Hand umfassender Literatur analysiert die Autorin den Zusammenhang zwischen Familienpolitik, unter die sie auch die Sozialpolitik faßt, und Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland.

Sie geht chronologisch vor, beginnend mit der Entstehung der Familienpolitik etwa Ende des ersten Weltkrieges, als mit der Einführung von Rationalisierungen, besonders dem Fließband, die sogenannten Frauenindustrien entstanden und immer mehr Ehefrauen und Mütter in den Produktionsbereich einbezogen worden sind, was eine Bedrohung für die Familie bedeutet habe. Es folgen Darstellungen der Entwicklung der Familienpolitik in der Weimarer Zeit, im Nationalsozialismus, dessen Familienpolitik nur eine extreme Fortführung vorhergehender Politik gewesen sei, in der Nachkriegszeit, als die Frauen einen großen Beitrag zum Wiederaufbau geleistet hätten und in den siebziger Jahren.

»Frauen interessieren nie als Frauen, ... sie interessieren stets nur in ihrer Funktionalität für etwas; primär in ihrer Funktionalität für die Familie, schwankend für den Arbeitsmarkt.« (2) An der Familienpolitik ließe sich die Situation der Frau in der Gesellschaft ablesen. Familienpolitische Maßnahmen bildeten in sich einen Widerspruch, in-

dem sie gleichzeitig kurzfristige ökonomische und langfristige ideologische Interessen (wie den Erhalt der Familie) verfolgten. Frauen seien heute für das Funktionieren des Arbeitsmarktes unersetzlich geworden; würden sie als Reservarmee in die Betriebe gerufen, so nicht nur, weil es ein Überangebot an Arbeitsplätzen gäbe, sondern weil ein Bedarf an billigen und fügsamen Arbeitskräften bestehe. Andererseits verstärke sich der Leistungsdruck auf die Familie, für deren Funktionieren hauptsächlich die Frau verantwortlich sei. Sie müsse die Mängel der immer einseitiger werdenden Arbeit (aller berufstätigen Familienmitglieder) kompensieren, die Arbeitskraft müsse reproduziert, die Probleme der Arbeitslosigkeit aufgefangen werden. Somit würden gesellschaftliche Probleme in die Privatheit der Familie verlagert. »Frauen sollen den steigenden Anforderungen an ihre Arbeit in der Familie gerecht werden, gleichzeitig sollen sie voll gleichberechtigt einen Beruf ausüben.« (131) Ist eine Frau dieser Doppelbelastung nicht gewachsen, so sei das ihr persönliches Problem. Der obige »... Widerspruch wird von Familienpolitik 'progressiver' Richtung eher zugedeckt als erkennbar gemacht« (131). Jurczyk erwähnt kurz am Ende des Buches eine Tendenz der Frauen, mit der Situation in der Familie unzufrieden zu sein und eigene Berufsinteressen zu entwickeln. Was bedeutet das für die Frauen, zeigt sich hier eine Möglichkeit der Veränderung ab? Ist es der Anfang aus den diskriminierenden Verhältnissen auszubrechen, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, statt nur zu funktionieren? Jurczyk sagt dazu nur, daß diese Tendenzen das Dilemma der Familienpolitik verstärken — Orientierungen gibt sie nicht.

Das Buch gibt einen kompakten, relativ verständlichen Überblick über die Situation der erwerbstätigen Frauen von 1918 bis 1975, sowie die (staatlichen und juristischen) Maßnahmen, die zur Erhaltung der Familie dienen. Barbara Ketelhut (Hamburg)

Psychologie

Jantzen, Wolfgang: Grundriß einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie. Studien zur Kritischen Psychologie, Band 19, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (238 S., br., 15, — DM)

Zentral für Jantzen ist die Frage, wie die Wirklichkeit des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Wirklichkeit des individuellen Menschen wird, wie also die Gesetzmäßigkeiten der individuellen Entwicklung zu fassen sind. Die besonderen Merkmale menschlicher Tätigkeit entfalten sich nach Jantzen in der kindlichen Entwicklung beim Übergang von der vorherrschenden Form des 'Anpassungslernens' zum 'Aneignungslernen', durch die Herausbildung ihrer »Struktureigenschaft von Arbeit«. Nach der Darstellung der Besonderheit psychischer Funktionen und menschlicher Bedürfnisse auf der Ebene der Aneignung geht der Autor auf die Bedingungen menschlicher Entwicklungsbehinderung ein. Als allgemeinste Kategorie psychischer Erkrankung und Behinderung sieht er die schon früher von ihm entwickelte Kategorie der 'Isolation' an: »Isolation ist als Kategorie zu begreifen, die als allgemeinste Abstraktion die Totalität von Identitätszerstörung, Behinderung, Zerstörung des Subjekts widerspiegelt« (36). Psychische Folgeprozesse von Isolation werden an verschiedenen Beispielen aufgezeigt (Sensorische Deprivation, Wolfskinder, Folter, Arbeitslosigkeit) und allgemein in einem Modell dargestellt.

Charakteristisch ist, daß unter Bedingungen der Isolation Lernen nicht oder nicht adäquat in der »Zone der nächsten Entwicklung« (Wygotski) stattfinden kann; »der bisher adäquate Wahrnehmungsprozeß nunmehr zu Teilen inadäquat wird« (50). Konflikte, die aus dieser Widersprüchlichkeit erwachsen, seien zwar kurzfristig kompensierbar, die langfristige Aufrechterhaltung isolierender Bedingungen führt jedoch zu tief-

greifenden psychischen Umstrukturierungen: »Schutzreflexe gegen belastende Inhalte (Verdrängung, soziale Herausbildung des 'Unbewußten'), Übernahme von Normen, die der eigenen Bedürfnisbefriedigung entgegenstehen (Über-Ich-Bildung) und psychosomatische (oder besser psychovegetative) Störungen stellen Adaptationsmöglichkeiten des menschlichen Organismus unter isolierenden Bedingungen dar.« (66)

Zur Entwicklung eines Kategoriensystems, das den Niederschlag kapitalistischer Logik in alle gesellschaftlichen Bereiche faßbar macht, greift Jantzen auf Überlegungen der »Demokratischen Psychiatrie« (bes. Basaglia) und dem in der psychosozialen Versorgung Dänemarks praktizierten »Normalisierungsprinzip« zurück und präzisiert sie durch die von Sève entwickelte Kategorie der 'Individualitätsform'. Die »Individualitätsform des Behinderten und psychisch Kranken« als Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse kann er so charakterisieren als nicht verwertbare Arbeitskraft, als »Arbeitskraft minderer Gütes«. In ideologischer Hinsicht sei sie gekennzeichnet durch die Individualisierung der gesellschaftlichen Konstitution von Behinderung und psychischer Erkrankung. Solcherart findet sie in den Familien, gesellschaftlichen Institutionen, etc. ebenso ihren Niederschlag, wie in den klassischen Lehrbüchern der Psychiatrie und der psychologischen Testdiagnostik. Die der individuellen Entfaltung widersprüchlich gegenüberstehende Logik der kapitalistischen Verhältnisse begründet nach Jantzen, warum der Standpunkt des Therapeuten nur die reale Entwicklungslogik des individuellen Menschen sein kann. Zur Verdeutlichung dieser Grundposition stellt er seine therapeutische Vorgehensweise an einem konkreten Fall dar, und leitet daraus 'Prinzipien der therapeutischen Arbeit' ab (134ff.): Die Tätigkeit des Therapeuten muß von »radikaler Parteinahme für den Klienten« mit dem Ziel der Aufhebung isolierender Bedingungen und der Erhöhung seiner Realitätskontrolle bestimmt sein. Das bedeutet: Demokratisierung und Entmystifizierung des Therapieprozesses; absolute Eindeutigkeit im Handeln; Einbettung des Klienten in stabile Lern- und Kooperationsbeziehungen, etc.

Jantzen präzisiert seine Überlegungen zur Struktur des pädagogischen und therapeutischen Beratungs- und Behandlungsprozesses unter zwei Aspekten: 1. Aus der »Struktur des Umschlags von im gesellschaftlichen Erbe verfügbaren Gesetzmäßigkeiten in individuelle Fähigkeiten« leitet er die allgemeine therapeutische Konsequenz ab, daß nicht der Klient an sich Gegenstand der Therapie sei, sondern die Strukturierung und Anleitung seines Aneignungsprozesses: »Gegenstand der Therapie (ist) die Strukturierung der Zone der nächsten Entwicklung im Hinblick auf erhöhte Realitätskontrolle« (152). Die diagnostische Tätigkeit richtet sich entsprechend »auf die Vermittlung des Informationsaustauschprozesses zwischen Individuum und objektiver Realität« (153). Ihre Eingriffspunkte liegen in der Analyse der realen Entwicklung des Individuums, seiner Handlungsfähigkeiten und -grenzen, Wünsche und Bedürfnisse. Dabei sind besonders Handlungs- und Aufgabenstrukturanalyse — Vorgehensweisen, die der Handlungstheorie entlehnt sind — unmittelbare Ausgangspunkte der Organisation und Reorganisation der Lern- und Lebensprozesse des Klienten. 2. Jantzen verdeutlicht diese Zusammenhänge an der Frage, »wie das Verhältnis der Struktur und der Aneignung des gesellschaftlichen Erbes einerseits und dem Durchlaufen verschiedener entwicklungspsychologischer Etappen und Stufen der Lernfähigkeit andererseits zu begreifen ist« (163). Dabei greift er zur konkreteren Bestimmung der Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlich organisierten Formen des Informationsaustausches und dem individuellen Aufbau von Realitätskontrolle auf die Theorie von Piaget zurück: Durch eine Verknüpfung von Piagets Phasenkonzeption mit gesellschaftlichen Kategorien wie mit der neuropsychologischen »Theorie der dynamischen Lokalisation« (Luria) erhofft er sich wichtige Erkenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten der Strukturierung von Aneignungsprozessen, die gerade für eine entwicklungsadäquate therapeutische und pädagogische Tätigkeit von außerordentlicher Bedeutung sind.

Abschließend erörtert der Autor einige allgemein-therapeutische Fragen unter Einbeziehung der für die Verhaltenstherapie wesentlichen Überlegungen von Kanfer ('Verhaltensformel'). Seiner Auffassung nach hat die Verhaltenstherapie die bisher exakteste Diagnose und Organisation von strukturierten Lernfeldern hervorgebracht, deren Reinterpretation »eine von der Entwicklungslogik der Klienten her nicht nur vertretbare, sondern dann auch nachdrücklich zu fordernde integrative und synthetische Verwendung verhaltenstherapeutischer Techniken« (178) ermöglichen sollte. Ihre Begrenztheiten lägen darin begründet, daß sie Lernen nur auf der Ebene der Anpassung erfaßt, somit die spezifischen Charakteristika menschlichen Lernens verfehle. Dies versucht Jantzen durch die Anwendung der Verhaltensformel auf der Ebene der Aneignung aufzuheben. Die Anwendung spezieller therapeutischer Verfahren (symptombezogene verhaltenstherapeutische Techniken, Logopädie, rhythmisch-motorische Übungen, etc.) ist somit nach Jantzen allgemein dann angebracht, wenn sie im Rahmen der dargelegten therapeutischen Grundprinzipien zu legitimieren ist.

Jantzen wendet sich in seinen Überlegungen entschieden gegen eine Auffassung psychischer Störungen, die ihre Spezifik nur innerhalb des Individuums sucht (sog. »medizinisches Modell«). Er stellt dem eine Sichtweise entgegen, die die Entstehung psychischer Störungen aus dem realen Lebensprozeß des Individuums mit seinen vielfältigen Beziehungen begreift. Entprechend dem handlungstheoretischen Grundansatz ist sein primäres Interesse auf psychologische Regulationsprozesse der individuellen Tätigkeit gerichtet. Dabei steht die Analyse kognitiver Prozesse (Wahrnehmung, Lernen, etc.) und praktischer Fähigkeiten im Vordergrund. Die Darstellung ist zwar z.T. etwas kompliziert; durch psychologische Forschungsbeispiele, Modelldarstellungen und zwei ausführliche Fallbeispiele verdeutlicht Jantzen jedoch seine Überlegungen und zeigt ihre praktische Relevanz.

Klaus Döring / Jörg Ebeling (Gießen)

Fengler, Christa und Thomas: Alltag in der Anstalt. Wenn Sozialpsychiatrie praktisch wird. Eine ethnomethodologische Untersuchung. Psychiatrie-Verlag, Rehburg-Loccum 1981 (390 S., br., 20,— DM)

Was kommt heraus, wenn ein Soziologenehepaar den Betrieb auf den Aufnahmestationen eines deutschen psychiatrischen Landeskrankenhauses 19 Monate unter die Lupe nimmt? Auf jeden Fall eine Genauigkeit in der Dokumentation von typischen Routinen und Ereignissen im Alltag der stationären Psychiatrie wie sie im deutschsprachigen Raum bisher ohne Beispiel ist. Psychiatrische Soziologie geht meist von einer spezifischen theoretischen Erklärungsfigur aus (etwa die vom psychiatrischen Krankenhaus als »totaler Institution« oder einer soziologischen Theorie psychischen Leidens wie dem »labeling approach«), für die sie empirische Beweise oder Illustrationen sammelt. In Bezug auf das psychiatrische Krankenhaus oder das traditionelle psychopathologische Krankheitsverständnis ist soziologische Forschung meist als kritische Entlarvungsstrategie angelegt worden. Es sollte (und konnte wohl auch weitgehend) gezeigt werden, daß eine psychiatrische Anstalt in ihrem sozialen Innenleben gegen die Realisierung von Prinzipien wie Normalisierung oder gar Heilung organisiert ist oder daß die psychiatrische Diagnostik weit davon entfernt ist, die besondere psychosoziale Problemlage von Patienten zu erfassen, sondern vielmehr gesellschaftlich diskriminierte soziale Typen schafft. Psychiatrische Soziologen wollen häufig Mythen und Ideologien der Psychiatrie als Institution und als Wissenschaft aufdecken und zerstören und sehr häufig wählen sie dazu subversive Forschungsstrategien (wie etwa Rosenhan, der simulierende Versuchspersonen in die psychiatrische Maschine schickte). Die Fenglers erheben für sich auch den Anspruch, »radikale Forscher« zu sein (306) und zugleich sind sie mit Billigung der Klinikleitung monatelang auf den Stationen. Wie paßt das zusammen? Ist es die Ausnahmesituation des ersten Landeskrankenhauses in der Bundesrepublik, dessen

Leitungsgruppe sich der Reformpsychiatrie zurechnet? Wird die Radikalität der Forscher durch die Radikalität des Veränderungswillens in der Klinik ermöglicht? Weder das eine, noch das andere — wird man antworten müssen. Von zaghaften Ausbrüchen aus der psychiatrischen Traditionslinie abgesehen, enthält das Buch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich in der untersuchten Anstalt eine tiefgreifende Umgestaltung vollziehen würde (nach der Lektüre versteht man die Wut jener Gruppe besser, die vor drei Jahren mit einer polemischen Broschüre ihre Hoffnung begraben hat, daß sich in dieser Klinik radikale Veränderungen durchsetzen lassen). Insofern halte ich den Untertitel des Buches, der vom Praktischwerden der Sozialpsychiatrie spricht, für unangemessen. Und auch die Radikalität der Forscher ist von völlig anderer Qualität als es die gängige Verwendungsweise dieses Begriffs vermuten läßt.

Die Fenglers beanspruchen eine Radikalität, die zugleich Parteilichkeit verweigert. Sie fragen ausdrücklich nicht: »Wird in diesem Krankenhaus gute Arbeit getan? Kommen die Ärzte zu richtigen Diagnosen? Ist das gebrauchte Diagnostiksystem der Psychopathologie überhaupt gültig und zuverlässig? Was ist eigentlich 'Geisteskrankheit' und wie entsteht sie? Ist das wirklich 'Therapie', was hier gemacht wird?« (258f.) Radikal wird vielmehr der Frage nachgegangen, wie der Anstaltsalltag durch das Handeln und Deuten der beteiligten Personen in seiner spezifischen Typik und Geordnetheit produziert wird. Wenn wir im gängigen sozialwissenschaftlichen Jargon das Typische einer psychiatrischen Anstalt mit deren »Struktur« zu erklären versuchen, dann ist das nicht nur oberflächlich, sondern macht die handelnden Individuen zu bloßen Marionetten oder Vollzugsorganen von Strukturen. Sie können dann als Opfer dieser Strukturen mit unserem Mitleid rechnen oder sie stehen unter der Anklage, daß sie sich bewußt mit der Inhumanität der Strukturen identifizieren und das unmenschliche Geschäft zu ihrer »eigenen Sache« gemacht haben. Die Fenglers zeigen, daß die Anstalt als »gelebte Ordnung« (77) zu begreifen ist, die durch die Mitglieder nicht automatenhaft nach einem vorfabrizierten Plan abgewickelt wird, sondern sie wird in einem fortlaufenden Herstellungsprozeß immer wieder neu geschaffen.

Diesen Herstellungsprozeß entschlüsseln uns die Autoren in seinen subtilen Mechanismen, denn er besteht ja nicht in expliziten Absprachen und Planungen. Er besteht aus Äußerungen, Andeutungen, nichtsprachlichen Nuancen und »sprachlosen« Routinehandlungen, die auf ein »stilles Hintergrundwissen« verweisen, das für eine spezifische Institution seine typische Gestalt hat. Es muß »durch den Forscher ausdrücklich gemacht werden« (78). Das tun die Fenglers mit einer bewundernswerten Liebe zum Detail und mit großer Behutsamkeit vor allem für jene Praktiken des Pflegepersonals, durch die auf der Station Sicherheit und geordnete Verhältnisse hergestellt werden. Mir war bislang nie so klar, wie zentral diese Ansprüche das Innenleben einer psychiatrischen Station prägen. Im Unterschied zum »therapeutischen Personal« (Ärzte, Sozialarbeiter, Psychologen), dessen Handlungsperspektive sich von den jeweils unterstellten Bedingungen des individuellen Krankheitsgeschehens ableitet, ist für das Pflegepersonal die kollektive Ordnung der Station die wesentliche Orientierung, der alle anderen Ziele nachgeordnet werden (215). Jede therapeutische Maßnahme, die eine Gefährdung des geordneten Ablaufs befürchten läßt, hat eine gute Chance, an dem Boykott des Pflegepersonals zu scheitern. Für die umstrittenen Waffen der psychiatrischen Rüstkammer (Fixieren, Medikamente, Trennen) wird ein Arzt bei ihrer Anordnung oder auch bei ihrer Zurückweisung nach einem therapeutischen Kalkül argumentieren und handeln, für den Pfleger oder die Schwester sind es in erster Linie Sicherheitsüberlegungen. Das Pflegepersonal erwartet von Angehörigen der therapeutischen Berufsgruppen, daß sie diese Überlegungen respektieren (die Autoren nennen das die »Loyalitätsmaxime«) und in seiner Allgegenwart hat es auch alle Möglichkeiten, den eigenen Berufsalltag, aber auch den Handlungsspielraum für die Patienten nach eigenen Maxi-

men und Normalitätsvorstellungen zu definieren und zu bewältigen.

Wohl hat das Buch auch ein ausführliches Kapitel über die spezifischen Arbeitsweisen des Arztes, über das »medizinische Modell« im praktischen Vollzug, über die oft bescheidenen Möglichkeiten psychiatrischer Therapie und über die erstaunliche Nähe professioneller Überlegungen zu der Rationalität alltäglicher Handlungsmuster. Trotzdem bleibt es wesentlich Dokument für die überragende Rolle, die das Pflegepersonal für die Herstellung der Vollzugswirklichkeit in der Anstalt hat. Da erhebt sich allerdings beim Leser die Frage, ob diese Akzentuierung auf eine selektive Optik der Forscher zurückzuführen ist. Sie sind ja so etwas wie eine methodische Komplizenschaft mit dem Pflegepersonal eingegangen (145). Sie wollten sich ja ihre Chance auf eine kontinuierliche Beobachtung des Stationsgeschehens nicht dadurch vertun, daß sie als illoyal eingeschätzt werden könnten oder ihrem ganzen Habitus nach zu sehr dem neuen Establishment der sich sozialpsychiatrisch gebenden Reformerguppe zugerechnet würden. Ist dadurch die Sichtweise zu einseitig von den Problemen und Bewältigungsmustern des Pflegepersonals dominiert worden? Sind die Patienten so total unter der pflegerischen Kontrolle, daß sie den Alltag auf der Station so wenig aktiv gestalten können. In diesem Buch erscheinen sie als diffuses Material mit Störqualitäten, das erst durch die pflegerischen Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen in eine spezifische Konfiguration gebracht wird. Wohl vermitteln die ausführlichen Auszüge aus Gesprächsprotokollen — eine wahre Fundgrube des psychiatrischen Diskurses — durchaus anschauliche Beispiele für Patienten und ihre spezifischen Sichtweisen und Bewältigungsstrategien, doch die Fengersler interessieren sich nur für die spezifische Rationalität der pflegerischen Alltagsroutine.

Würde man das Leben in der Anstalt unter dem Gesichtspunkt der Machtverteilung analysieren, würden sich die Schwerpunktsetzungen der Soziologen wahrscheinlich bestätigen, doch das hätten sie explizieren müssen. Es hätte eine Überlegung sein können, daß vor allem jener Wirklichkeitsausschnitt zu dokumentieren und zu analysieren sei, in dem sich der Normalvollzug der Anstalt herstellt und an dem jede Reform der Psychiatrie zentral ansetzen muß. Man hätte aber sehr wohl auch die Entscheidung treffen können, die Anstalt aus der Sicht der Patienten zu rekonstruieren, für die sie ja angeblich »veranstaltet« wird und in der sie so wenig Möglichkeiten haben, ihre spezifischen Bedürfnisse zu artikulieren und ihre Lebensprobleme zu lösen oder zu normalisieren. In wenigen empirischen Studien, die ich kenne, wird dem Leser ein so offener Einblick in die Werkstatt des Forschers geboten, in seine Reflexionen und vor allem in sein spezifisches theoretisches Denkgebäude. Es war wohl sicher nicht die Absicht der Fengersler, eine lehrbuchartige Einführung in die Ethnomethodologie zu schreiben. Sie haben es trotzdem in einer Weise getan, die ohne Beispiel ist, zumindest im deutschen Sprachraum. Wenn man einst unter großen Mühen die Initiationsriten in diese soziologische Geheimwissenschaft hinter sich gebracht hat, dann kann man sich nachträglich nur ärgern, daß es dieses Buch noch nicht gab. Zwar sind die theoretischen Passagen für sich genommen komplex und wenn sie in einem geschlossenen Kapitel vorweg angeboten worden wären, wären sie wahrscheinlich ungenießbar, doch sie kommen in so dosierter Form und jeweils eingebunden in eine inhaltliche Fragestellung, daß sie zugänglich werden.

Allerdings sollte man auch die Grenzen der Ethnomethodologie nicht unterschlagen, die in dem Buch der Fengersler ebenfalls deutlich zu erkennen sind. Wohl hat der handlungstheoretische Ansatz der Autoren Dimensionen der Wirklichkeitskonstitution im institutionellen Alltag sichtbar gemacht, die einer rein funktionalistischen Betrachtungsweise unzugänglich bleiben. Trotzdem ist damit das Problem der gesellschaftlichen Funktionalität von Institutionen nicht erledigt. Es ist ja wohl kaum ein Zufall, daß sich das Pflegepersonal an Maximen von Sicherheit und Ordnung orientiert und das

weit über ein Maß hinaus, das durch die Eigenlogik großer bürokratisierter Institutionen festgelegt ist. Hier kommt man nicht daran vorbei, das gesellschaftliche Mandat der Anstaltspsychiatrie zu analysieren und der Frage nachzugehen, wie es den alltagspragmatischen Handlungsrahmen in der Institution vordefiniert. Eine ethnomethodologische Konzeption grenzt sich mit guten Gründen von normativistischen Theorien ab, in denen das Handeln der Subjekte aus unterstellten Strukturvorgaben deduziert wird, doch ist sie in der strikten Zurückweisung solcher Annahmen in der Gefahr, gesellschaftliche Realität auf intersubjektive Verhandlungsprozesse und -ergebnisse zu reduzieren. Sie interessiert sich für die intersubjektiv organisierten Aneignungsprozesse von Realität — und hat dabei gegenüber rein psychologischen Konzepten erhebliche Erkenntnisvorteile —, doch die konkret-historischen Bedingungen und Strukturen dieser Realität bleiben ihr unzugänglich. Eine Betrachtungsweise der psychiatrischen Anstalten, die deren sozialgeschichtlichen und sozialpolitischen Strukturrahmen systematisch ausblendet, kann der Gefahr des Reduktionismus nicht entgehen.

Und wie paßt dieses Buch in die aktuelle Diskussion um die Zukunft der psychiatrischen Großkrankenhäuser? Es liefert dazu keinen kritischen Kommentar oder problemlos kopierbare Argumente. Das ist genau die Form von Parteilichkeit, die die Autoren für sich ablehnen. Mich hat diese »ethnomethodologische Indifferenz« (so heißt das im Jargon) bei anderen Arbeiten oft geärgert. In diesem Buch ist mir zum erstenmal deutlich geworden, daß diese Grundhaltung wichtig sein kann und nicht nur eine wissenschaftlich bemäntelte Ausrede darstellt. Die subtilen, untergründigen Praktiken, die den Anstaltsalltag herstellen und die in diesem Buch so präzise dokumentiert werden, sind ein Bereich, der durch noch so heiß diskutierte programmatische Reformziele nicht erreicht wird. Es macht die Radikalität dieses Buches aus, daß es die grundlegenden Mechanismen aufzeigt, die die Anstalt aufrechterhalten. Es ist die praktisch hergestellte spezifische Kombination des gesellschaftlichen Mandats der Psychiatrie, durch den gesellschaftlichen Ausschluß von psychisch auffälligen Individuen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu garantieren und dieses Mandat als große Bürokratie ordnungsgemäß abzuwickeln. Dieses Ineinandergreifen von Sicherheitsinteressen und bürokratischen Ordnungsleistungen ist oft als das Spezifikum der Anstaltspsychiatrie theoretisch abgeleitet worden, aber bislang ist noch nie aufgezeigt worden, wie sich diese Konfiguration in den alltäglichen Routinen durchsetzt. Mir ist jetzt klarer geworden, was wir fordern, wenn wir sagen, die Auflösung der Großkrankenhäuser müsse vor allem deren innere Logik durchbrechen. Zugleich ist mir aber auch klar geworden, wie schwierig das ist und daß es überhaupt nicht erreichbar ist, wenn die Reformentwicklung am Pflegepersonal vorbei betrieben wird.

Das Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die wissen wollen, was eigentlich verändert werden soll!

Heinrich Keupp (München)

Geschichte

Wieszt, József: KPD-Politik in der Krise 1928-1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismusthese und RGO-Politik zu führen. Materialis-Verlag, Frankfurt/M. 1980 (2. Auflage) (744 S., br., 64,- DM)

Die umfangreiche Studie von Wieszt ist bereits 1976 in erster Auflage erschienen. Da sie, von einem kleinen linken Verlag herausgebracht, nicht allzu bekannt ist, andererseits aber wichtiges und interessantes Material enthält, dürfte eine Rezension anlässlich der zweiten Auflage sinnvoll sein.

Ansatzpunkt der Untersuchung ist die Änderung der »Kominternpolitik« bzw. »tak-

tik« (15) 1928, deren Ursache aber nicht wie üblich auf sowjetische innenpolitische Fraktionskämpfe reduziert, sondern primär als Ergebnis der Analyse tatsächlicher Veränderungen der internationalen Lage durch die Komintern begriffen und ernst genommen wird. Sehr differenziert werden dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede der theoretischen Positionen Stalins und Bucharins bezüglich der »dritten Periode« der Nachkriegsentwicklung verdeutlicht (17ff.). Gleichzeitig aber unterzieht Wieszt diese »Oberflächenanalyse« (33) der Komintern einer harten Kritik. Als für die politische Praxis folgenswerter Fehler stellt er die Folgerung heraus, daß durch das Zusammenwachsen von Staat, Kapital und reformistischer Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die »Transformation des ökonomischen Kampfes in einen objektiv politischen Kampf« (61) zu konstatieren sei. Die Übernahme dieser KI-Position durch die westeuropäischen Mitgliedsparteien und speziell die KPD erklärt Wieszt aus dem Fehlen eigener theoretischer Kapazitäten und aus dem Fehlen einer spontanen revolutionären Bewegung (33f.). In einer Situation, in der die politische Praxis der KPD gekennzeichnet gewesen sei durch eine »mehr oder weniger reformistische Tagespolitik«, verbunden mit »abstrakter Identifizierung mit der Revolution in Rußland« und der »Hoffnung auf den Beginn einer neuen Revolution in Deutschland« (35), konnte die neue ultralinke Politik auf die Zustimmung großer Teile der KPD-Mitgliedschaft rechnen, auf eine »Mentalität« (37), die bis in die Führung der KPD hineinreichte.

Andererseits betont Wieszt, daß die Durchsetzung der neuen Taktik, vor allem in der Roten Gewerkschaftsinternationale, auf den einmütigen, allerdings graduell unterschiedlichen Widerstand der deutschen Kommunisten traf, der nur schrittweise überwunden wurde (vgl. 79ff.). Detailliert wird die Argumentation der »Rechten« (91ff.) und »Versöhnler« (110ff.) in der KPD referiert. Die endgültige Durchsetzung der »Thälmann-Linie« — »eine gewerkschaftliche Linie, wenn auch eine mit offensivem Habitus« (119) — mußte in den ökonomischen Kämpfen im Herbst 1928 ihre Tauglichkeit erweisen. Wieszt belegt, daß schon in diesem Zeitraum das Scheitern der ultralinken Politik im Betriebsbereich offensichtlich wurde, von der KPD mit allerhand Schönfärbereien als Problem verdrängt (128ff., 164ff.).

Breiten Raum nimmt die Darstellung der Sozialfaschismusthese ein, wobei Wieszt eine anschauliche Verbindung systematischer Elemente und genetischer Entwicklung herstellt. Er wendet sich dabei u.a. gegen apologetische Versuche (zuletzt v. Plato), allein dem Gewerkschaftsverantwortlichen der KPD, Merker, die Schuld an Überspitzungen der Sozialfaschismusthese zuzuschreiben. Eindeutig belegt Wieszt, daß die Kritik des ZK 1930 sich durch »Widersprüchlichkeit, Halbheiten und Unterstellungen« (275) auszeichnete, daß Merker nicht allein stand und lediglich die »Rolle eines Sündenbocks« (23) übernahm, ohne daß die KPD ihre Linie nach 1930 tatsächlich grundlegend korrigiert hätte. Allerdings wird durchaus registriert, daß die KPD im Sommer 1930 den Schwerpunkt ihrer Propaganda vorübergehend auf den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und die Brüning-Regierung verlagerte (292), bis nach dem 11. EKKI-Plenum im März 1931 wieder der »Hauptschlag« gegen die SPD gerichtet (304) und auf dieser Linie der Volksentscheid gegen die preußische Regierung unterstützt wurde (307ff.). Jede Glaubwürdigkeit spricht Wieszt dem Generalstreikappell am 20. Juli 1932 ab, für ihn ist er lediglich eine »Inkonsequenz« (320); hier macht es sich Wieszt m.E. zu einfach, zumal der ganze Kontext der »Antifaschistischen Aktion« unerwähnt bleibt. Im übrigen ist die Behauptung, diese Aktion habe nichts eingebracht und die eigenen Anhänger nur »verwirrt« (335), mit dem Stimmengewinn der KPD bei den Novemberwahlen schlecht zu vermitteln.

Einen weiteren Schwerpunkt der Studie bildet die Darstellung der RGO. Auch hier wird der Widerstand in den Reihen der KPD gegen die ultralinke Politik (362ff.) und die mangelnde Verankerung — namentlich am Beispiel der 1. Reichskonferenz der

RGO (387ff.) — deutlich. Die kommunistische Politik seit 1928 weise insgesamt die »Kominterntheoretiker als schlechte Schüler von Marx und Engels aus« (577); die »Symptome von Berührungsangst gegenüber der Demokratie der Weimarer Republik« (578) zeigten aber auch, daß sie die Hinweise Lenins auf den Zusammenhang von demokratischem und sozialistischem Kampf nicht verstanden hätten. Der Inhalt der Komintern-Politik, die »Revolution aus ökonomischen Kämpfen herauszuentwickeln« (581), sei auch durch den VII. Weltkongreß von 1935 nicht überwunden worden. Lediglich den ohnehin unvermittelten »'revolutionären' Überbau« (582) habe man entfernt.

Auch wenn man die politischen Thesen, die dankenswert offen dargelegt werden, nicht oder nur partiell teilt, so ist die Studie doch ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Jahren vor 1933.

Axel Schildt (Hamburg)

Wunderer, Hartmann: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890 – 1933). Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1980 (303 S., br., 38, – DM)

Im Mittelpunkt der Arbeit steht »das Verhältnis der Arbeiterparteien SPD bzw. KPD zu ihren Vorfeldorganisationen sowie zu den sich in diesen Gruppen ausdrückenden Bedürfnissen, Interessen, 'Mentalitäten', Stimmungslagen etc.« (13). Das methodologische Verfahren der soziologischen Organisationsgeschichte, versetzt mit Elementen kritischer Ideologiekritik, ist dabei eher traditionell, der gewählte Gegenstand allerdings ist in der Geschichtsschreibung zur Geschichte der Arbeiterbewegung bislang wenig beachtet worden.

Unter Kultur- und Massenorganisationen werden Organisationen verstanden, die als Vorfeld- oder Nebenorganisationen parteipolitisch an SPD oder KPD gebunden waren. Der Begriff der Massenorganisation wird, entsprechend dem zeitgenössischen Selbstverständnis, nur auf die kommunistisch geführten Vorfeldorganisationen angewandt. Die behandelten Organisationen existierten über einen längeren Zeitraum, waren von der Basis her organisiert, dienten nicht bloß den politischen Interessen einer Partei, haben sich aber gleichwohl in politischer Absicht artikuliert (38). Sie wurden kein Rekrutierungsfeld für Parteimitglieder, sondern dienten eher als Stimmungsbarometer für das »tatsächliche Handlungspotential« der Parteianhänger (222). Der Untertitel des Buches ist insofern mißverständlich, als über die sozialdemokratischen Arbeiterkulturorganisationen (Arbeitersportbewegung, Arbeitersängerbewegung, Naturfreundebewegung u.a.) weitaus knapper als über die kommunistischen Organisationen (Roter Frontkämpferbund, Rote Hilfe u.a.) berichtet wird, so daß insgesamt ein deutliches Schwergewicht auf der Weimarer Republik liegt. Der Anspruch nach einer »vergleichenden Analyse« (219) wird nicht befriedigend eingelöst, da die Kulturpolitik der SPD in der Weimarer Republik nur wenig berücksichtigt wird. Die historisch früheren sozialdemokratischen Arbeiterkulturorganisationen werden als »Folie zur Analyse der kommunistischen Arbeiterorganisationen« benutzt (17). Voraussetzungslos sind Aussagen über so disparate Organisationen jedoch nicht zu verallgemeinern. Notwendig wäre die Frage nach den Ursachen für die Gründung von Vorfeldorganisationen in verschiedenartigen Bereichen gewesen, eine Aufdifferenzierung der Kulturorganisationen nach ihrer Funktion im Reproduktionszyklus der Arbeiterklasse, um von daher einen eigenständigen Kulturbegriff zu gewinnen, der als Vergleichsmaßstab hätte fungieren können.

Die sozialdemokratische Arbeiterkulturbewegung kennzeichnet Wunderer als proletarische Variante eines Konglomerates bildungsbürgerlich-neuhumanistischer und marxistischer Elemente (75), ohne den Einfluß marxistischer Elemente im Einzelnen nachweisen zu können. Die Mitglieder der Organisationen verstanden sich im umfassenden

Sinn den politischen Zielen der SPD verbunden, die ihrerseits von einem klassenneutralen Kulturbegriff her die Überlegenheit einer von der Arbeiterschaft vertretenen all-gemeinmenschlichen Kultur gegenüber bürgerlichen Werten und Normen vertrat. Im Gegensatz zur KPD verfügte die SPD über keine »strategische oder taktische Konzeption« in ihrer Kulturpolitik (223), rechnete die Arbeiterkultur aber eher der Privatsphäre zu. Ein Widerspruch in der Praxis sozialdemokratischer Kulturorganisationen wird in der Vermittlung elementaren und berufsspezifischen Wissens, der dadurch bewirkten Immunisierung gegenüber bürgerlich-nationalistischen Bestrebungen, und dem aus der Klassik übernommenen Fetisch, durch Bildung zur politischen Emanzipation zu gelangen, gesehen. Mit der staatstragenden Funktion der SPD in der Weimarer Republik wurde der politische Anspruch der Vorfeldorganisationen zunehmend preisgegeben, stattdessen die bürgerliche Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit reproduziert und mehr und mehr kleinbürgerliche Kulturformen übernommen.

Stand die SPD ihren Vorfeldorganisationen eher politisch interesselos gegenüber, so suchte die KPD unter Außerachtlassung der konkreten Arbeit dieser Organisationen, diese politisch zu instrumentalisieren. Da den kommunistischen Vorfeldorganisationen meist KPD-Funktionäre vorstanden, später von ihnen die Sozialfaschismusthese übernommen wurde und Wahlkampfempfehlungen ausgesprochen wurden, waren diese deutlich als Nebenorganisationen der Partei zu erkennen und damit eine Barriere für Nichtorganisierte gesetzt. Die kommunistischen Organisationen konnten sich trotz des zeitweiligen Versuchs, Einheitsfrontpolitik von unten zu betreiben und Massenorganisationen zu werden, kaum aus ihrer »Lagermentalität« befreien. Den Verlust des Kontaktes zu den Massen suchte die KPD 1924 durch die erste Reichs-Agitpropkonferenz auszugleichen. Diese Bemühungen zogen wie die Linkswendung 1928 jeweils zahlreiche Gründungen von Vorfeldorganisationen nach sich, in welche die parteiinternen Kontroversen mitübernommen wurden, wie exemplarisch an der Roten Hilfe ausgeführt wird. Der ultralinke Kurs von KPD und Kommunistischer Internationale war hauptverantwortlich dafür, daß die Partei keine Erklärung für die Differenz zwischen ihrer gesellschaftlichen Analyse und der ausbleibenden Wirkung ihrer »Massenorganisationen« fand. Die begrenzte Reichweite der kommunistischen Vorfeldorganisationen hat für Wunderer auch zu tun mit dem Festhalten am »fiktiven« Anspruch auf Überparteilichkeit. Hier werden m.E. die Grenzen einer zu stark empiristisch verfahrenen Geschichtswissenschaft deutlich: die theoretische Begründung des Zusammenhanges von proletarischer und gesellschaftlicher Emanzipation — Thema der Marx'schen Früh-schriften — wird mit keinem Wort erwähnt, stattdessen begnügt sich der Autor mit der Feststellung der zeitgenössischen Sozialdemokratie, die Taktik der KPD sei »zu Recht als leicht durchschaubares Täuschungsmanöver« empfunden worden (225).

Die RGO-Politik wurde leicht zeitversetzt auch auf die Vorfeldorganisationen übertragen. Die KPD suchte nicht mehr über das Anknüpfen an die jeweils konkreten Bedürfnisse, die den Kulturorganisationen zu Grunde lagen, die Befriedigung dieser Bedürfnisse in einen politischen Kontext zu stellen, also Einheitsfront von unten zu machen, sondern suchte faktisch die Organisationen einseitig für den politischen Kampf zu funktionalisieren und betrieb damit »Einheitsfront mit sich selbst«, wie der Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale selbstkritisch anmerkte (227).

Die Vorfeldorganisationen wären dazu prädestiniert gewesen, zum Zustandekommen einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus beizutragen. Dieses Scheitern und die Spaltung der Arbeiterkulturbewegung verfolgt Wunderer exemplarisch an der sozialistischen Freidenkerbewegung. Dieser Organisation wird vergleichsweise breiter Raum gewidmet, was aus einem historischen Interesse heraus verständlich ist, sich jedoch nicht ohne weiteres aus dem systematischen Argumentationszusammenhang ergibt. Die Bedeutung der Freidenker scheint überbewertet, wenn die Kirche, ge-

gen deren Einfluß die Freidenker vor allem kämpften, noch 1928 als die »bedeutendste ideologische Gegnerin der Arbeiterbewegung« bezeichnet wird (157). Linkswendung und RGO-Strategie der KPD, die Trennung der politischen Funktion und Zielsetzung von den sozialen Anknüpfungspunkten, gelten als maßgeblich verantwortlich für die Spaltung der Freidenker wie der Arbeiterkulturbewegung überhaupt, mithin Wegbereiter des Sieges der Faschisten. Diese am einseitigen Muster: SPD gleich Politik von unten, KPD gleich Politik von oben, gewonnene Bewertung findet sich in der Geschichte der Vorfeldorganisationen selbst nicht ohne weiteres bestätigt. Dort wird von Pressionen der Sozialdemokratie gegen kommunistische Freidenker erzählt oder berichtet, daß sich die Reichsleitung der Naturfreundebewegung offen zur SPD bekannte und kommunistische Mitglieder ausschloß (197), also genau das parteipolitische Verhalten in den Vorfeldorganisationen praktizierte, das Wunderer an der KPD kritisiert.

Trotz der methodologischen Schwächen und einem nicht immer systematischen Aufbau — vielleicht wäre die Konzentration auf weniger Organisationen zuträglicher gewesen — ist dem auf breiter Quellenbasis stehenden Material Anregendes und auch Neues zu entnehmen. Vor allem regt es zur Weiterarbeit an Fragestellungen an, über deren historische Bewußtwerdung auch Impulse für aktuell notwendige Konzepte für eine politische Kultur zu erschließen sind.

Lothar Knatz (Bremen)

Bers, Günter (Hrsg.): »Rote Tage« im Rheinland. Demonstrationen des Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB) im Gau Mittelrhein 1925 — 1928. Einhorn-Press-Verlag, Wentorf bei Hamburg 1980 (232 S., br., 30, — DM)

Im Rahmen der Schriftenreihe »Die Arbeiterbewegung im Rheinland« (herausgegeben von G. Bers und M. Klöcker) wird eine Dokumentation vorgestellt, die das öffentliche Auftreten des RFB näher untersuchen will. Die Herausgeber der Schriftenreihe verfolgen die Intention, durch räumlich und zeitlich begrenzte Untersuchungen Quellen zur regionalen Arbeiterbewegung zu erschließen. Neben Lokalhistorikern und Wissenschaftlern zur Geschichte der Arbeiterbewegung sind auch Lehrer und Studenten als Zielgruppen angesprochen.

Auf 175 Seiten — das sind 3/4 des Buches — werden im *vollen Wortlaut* Polizeiprotokolle und Presseartikel (hauptsächlich aus den KPD-Tageszeitungen »Sozialistische Republik«, Köln, und deren Kopfblatt »Arbeiterzeitung«, Aachen) zu den jährlichen Großveranstaltungen des RFB-Gau Mittelrhein wiedergegeben, die in den Städten Aachen, Düren, Euskirchen, Köln und Trier stattfanden. G. Bers hat das Material in sorgfältiger Kleinarbeit aus den Landes- und Stadtarchiven des Rheinlandes sowie durch systematische Zeitungsauswertung zusammengetragen; zusätzliche Anmerkungen, Kurzbiographien, Chronologie, Orts- und Personenregister erleichtern die Handhabung der Dokumentation. In einer kurzgefaßten Einführung skizziert der Herausgeber Geschichte und Funktion des RFB-Mittelrhein, der im Vergleich zu anderen Gauen auf Grund der alliierten Besatzungszeit nicht sehr stark entwickelt war; leider wird eine Aufstellung der Wahlergebnisse vermißt, die einen plastischeren Eindruck vom Kräfteverhältnis der Arbeiterparteien im katholisch-konservativen Rheinland vermittelt hätten. Das Hauptaugenmerk gilt dem öffentlichen Auftreten des RFB in Form der »Roten Tage«, die nach Auffassung von G. Bers noch an keiner anderen Stelle wissenschaftlich untersucht wurden, obwohl sie Mitte der 20er Jahre eine neuartige und höchst wirkungsvolle Propagandaform darstellten (24f., 29).

G. Bers bleibt in seiner Einführung dicht an den vorgelegten Presse- und Polizeiberichten, mit denen er »ein annähernd genaues und quellennahes Bild« (44) zu erreichen glaubt; eine kritische Auseinandersetzung mit dem Material wird leider vermieden. Seine methodische Vorgehensweise ist rein organisationsgeschichtlich, soziale und klassenmäßige Bedingungen werden weitestgehend ausgeblendet. Lediglich in einigen

Fußnoten erfährt man u.a., daß für viele Mitglieder der Kauf einer Bundeskleidung eine finanzielle Belastung gewesen war, oder daß viele Arbeiter zu Fuß zu den »Roten Tagen« kommen mußten, weil sie das Fahrgeld nicht aufbringen konnten, oder daß gegen Ende der 20er Jahre ein Großteil der Mitglieder bereits arbeitslos waren. Ansonsten werden Klassenlage und politische Bedingungen nicht untersucht, unter denen sich die Massenorganisationen der Arbeiterschaft herausbildeten und gegen Militarismus und Faschismus zu kämpfen hatten. Als Folge vermag der Autor kaum zwischen dem »paramilitärischen« (6) Auftreten des RFB und dem des Stahlhelms zu unterscheiden; doch einer totalitaristischen Gleichsetzung auf der Erscheinungsebene versucht Bers durch eingehende Detailaufarbeitung zu begegnen.

Die vermeintliche Militanz fand vor allem bei den überwachenden Behörden besondere Aufmerksamkeit, weil man kommunistische Putschabsichten vermutete. So wurde jeder mitgeführte Knüppel als Verstoß gegen die Auflage, Waffen mitzuführen, gehandelt, während Stahlhelm und später SA-Schlägertruppen zahlreiche Schußwaffen bei sich trugen. Zweifellos gab es in den Reihen des RFB Mitglieder, die in der Diskussion recht »hemdsärmelig« auftraten; aber Bers' Darstellung zeigt, daß die Auseinandersetzungen immer in Konfrontation mit faschistischen Organisationen entfacht wurden: So kam ein RFBler bei einem Zusammenstoß mit dem Stahlhelm durch Bauchschuß ums Leben (18, 51). Und sogar das rabiate Auftreten einzelner RFB-Mitglieder ließ den Verdacht aufkommen, daß es sich um eingeschleuste Provokateure handelte, welche dem Polizeipräsidenten genügend Anlaß boten, gegen die Organisation rechtlich einzuschreiten (Demonstrationsverbot Ende 1927 bis Anfang 1928).

Damit wurde dem RFB im Gau Mittelrhein erneut sein politisches Tätigkeitsfeld erheblich beschnitten, wie es bereits zur Zeit der Besetzung durch die Interalliierte Rheinlandkommission bis Anfang 1926 geschah: Die Militärverwaltung intervenierte stets dann, wenn sie ihre militärischen Sicherheitsinteressen gefährdet sah; auf diese Weise wurde schon die Rätebewegung während der Novemberrevolution und des Kapp-Putsches strikt unterbunden. In der Regel wurde dabei die KPD durch Zeitungs-, Demonstrations- oder sogar Organisationsverbote z.B. bei Wahlkämpfen erheblich behindert. Die zwischenzeitliche Liberalisierung (1926/1927) erlaubte einen starken Aufschwung der RFB-Bewegung, nicht zuletzt durch die große Werbewirkung des Roten Tages sowie durch die Aktionen zur Reichspräsidentenwahl und zur Fürstenenteignung; Mitte 1926 besaß der Gau Mittelrhein ca. 2700 Mitglieder, wobei ein Großteil nicht in der KPD organisiert war (17, 47). Die wachsende Brutalität des faschistischen Straßenterrors veranlaßte die RFB-Führung, in der Öffentlichkeit Provokationen zu vermeiden und durch strikte Einhaltung der polizeilichen Auflagen ein Verbot zu verhindern. Nach dem RFB-Verbot im Mai 1929 verfolgte man hauptsächlich eine antifaschistische Stoßrichtung, wobei die RFB-Führung — trotz aller Kritik — versuchte, mit dem zahlenmäßig wesentlich stärkeren »Reichsbanner« zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Ein wirksames »Kampfmittel« waren — vor allem nach dem Organisationsverbot — die RFB-Musikkapellen, so daß die Nationalsozialisten immer wieder das Gerücht verbreiteten, die Schalmaien-Kapellen sowie die gesamte RFB-Agitation sei von den Juden gestiftet und finanziert worden (41).

Trotz der angesprochenen Kritikpunkte ist das Bemühen G. Bers uneingeschränkt zu unterstützen, die regionale Arbeiterbewegung an Hand von in Vergessenheit geratenen Quellen aufzuarbeiten. Gerade sein Beispiel der *Zeitungsanalyse* weist auf die bisher viel zu wenig genutzte Möglichkeit hin, die damalige vielfältige, dezidiert parteipolitisch orientierte Tagespresse für die Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung auszuwerten. Man erhält nicht allein Informationen über die Politik der Arbeiterparteien in den Betrieben und Kommunalparlamenten, sondern zugleich einen mannigfaltigen und eindrucksvollen Überblick über die Tätigkeit der unzähligen Neben- und (mehr

oder weniger) ungebundenen Arbeiterorganisationen.

Aus diesem Grund nahm die Berichterstattung über die Roten Tage in der KPD-Presse einen breiten Raum ein und verdrängte mitunter politisch gewichtigere Ereignisse von der ersten Seite; schließlich wollten die Genossen auch etwas von ihrem Roten Tag erfahren — zumal die bürgerliche Presse diese Ereignisse totschwieg. Dadurch erweisen sich die Artikel als wahre Fundgruben mit einem »großen historischen Quellenwert« (34), nicht zuletzt auch über die lokale Arbeiterkultur- und Sportbewegung. Agitprop-Gruppen (Blaue Blusen, Köln), Arbeitersportler, Theatervereine, Musikkapellen, etc. nutzten die Roten Tage, um in der Öffentlichkeit aufzutreten und für sich zu werben. In diesem Sinne muß die Tätigkeit des RFB und die Bedeutung der Roten Tage sowie ihre Darstellung in der kommunistischen Tagespresse verstanden werden: Agitation und Propaganda waren das Hauptbetätigungsfeld. Die Skepsis G. Bers gegenüber den »Berufs-Demonstranten« (28) kann daher nicht akzeptiert werden, da das Auftreten eines RFBlers zur Diskussion herausfordern mußte und auf diese Weise die Darstellung der KPD-Politik möglich wurde; somit ging es auf den Roten Tagen nicht nur um »Flagge zeigen«, sondern auch um die Diskussion von aktuellen Tagesfragen — wie z.B. auch die Haltung der KPD zum Dawes-Plan (27). Aber die Verknüpfung von Form und Inhalt wird in dem Buch zu wenig geleistet. Rainer Balluff (Köln)

Brückner, Peter: Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1980 (155 S., br., 8,50 DM)

Es gibt nicht nur den großen Widerstand, sondern auch die kleinen Formen der Opposition, den individuellen Versuch, sich dem Zugriff der Faschisten zu entziehen. Davon handelt dieses Stück Autobiographie. Eine individuelle Widerstandsform ist die Schwejkade: »Als wieder einmal ein hoher Militär wegen Unfähigkeit abgelöst worden war und die Partei die (konservative) Generalität zu beschimpfen begann, trennte ich coram publico das Hakenkreuz von meiner Uniform ab: die Wehrmachtuniform sei seiner nicht mehr würdig.« (129) Die meisten Verweigerungsformen, von denen Brückner berichtet, sind alltäglicher, gewöhnlicher. Er stellt einen Jugendlichen vor auf der Suche nach dem *Abseits*; darunter versteht er Orte, »die leer von Macht sind« (16). Ein entscheidendes Ereignis ist die Bekanntschaft mit dem »glücklichen Abseits« eines »alternativen Milieus« (95): er lernt eine Frau kennen, bei der er nicht nur die verbotenen literarischen und politischen Texte bekommen kann, sondern vor allem endlose Gespräche darüber.

Wichtig ist die Fähigkeit, die verschiedenen miteinander konkurrierenden Instanzen gegeneinander ausspielen zu können — HJ, Schule, Kirche, Armee usw. 1936 läßt Brückner sich taufen, um zum Konfirmationsunterricht zugelassen zu werden; das ist eine Form, den Dissens zum System zu artikulieren, mit der er aber nicht ganz einverstanden ist: »Es war ein Moment der Differenz, das nicht eigentlich das 'meine' war ein zufälliges, nicht angeeignetes, sinnarmes Moment der Nicht-Übereinstimmung.« (29) Gewissermaßen als Ausgleich nimmt er dann als einziger in Jungvolk-Uniform am Konfirmations-Zeremoniell teil. »Ich wählte ihre Uniform als Mittel meines Protests, doch es war ihre Verkehrsform, die ich zum Inhalt meines Protests gemacht hatte.« (30) Die Zitate demonstrieren zugleich ein allgemeines Merkmal des Buches: die manchmal etwas zu feine, geradezu verschmockte Schreibweise, die alles mit Bedeutung auflädt. Christa Wolfs »Kindheitsmuster« oder Ruth Rehmanns »Der Mann auf der Kanzel« sind da ungleich näher an der Sache, genauer im Detail, mehr von der inhaltlichen Dramatik bestimmt als von der Dramatik der Begriffe. Zugleich prägt Brückner aber eine Reihe interessanter, fruchtbarer Kategorien. Eine halbbewußte Widerstandsform nennt er *Umwegleistung*. Das Thema »Landkarte« im Erdkundeunterricht wird durch »ein nicht gefordertes Interesse« (41) besetzt, etwa an historischem Kartenvergleich, an der Herr-

stellung und am Vertrieb von Landkarten. Die »Politisierung 'von oben'« wird mit einer »Historisierung 'von unten'« beantwortet (41). Wenn der HJ-Dienst durch solche *Umwegleistungen* ausgefüllt wird — z. B. die Auslegung des Dienstes als Pfadfinderei, was nach 1938 nicht mehr erwünscht ist —, kann das von oben jedoch immer zugleich als Zustimmung gewertet werden. Dann werden verstärkt ideologische und paramilitärische Leistungen erwartet — »und so lenkte meine pfadfinderhafte Zustimmung gerade solche Elemente des Dienstes auf mich, denen sie mich entziehen sollte« (51). 1938 gibt es einen repressiven Schub in Schule und Internat; der Bereich der unmittelbaren Kontrolle wird ausgedehnt, die kontrollierenden Instanzen werden vereinheitlicht. Brückner nennt das »Faschisierung«. Damit verändert sich die Form seiner Eingliederung in das System. An die Stelle des permanenten Konfliktes tritt die *Fassade*. Es wird »die Grenze zwischen *privat* und *öffentlich*, zwischen Subjekt und Dienst oder Schule präzisiert. Schüler, HJ-Mitglied, Internatszögling, 'Ich' zu sein, das wurden jetzt 'Rollen'.« (53) In dem Maße, in dem »Staat, Gesellschaft und Schule sich als ein Ganzes interpretieren ..., beginnt er [Brückner] sich zu 'spalten'« (62). Brückner sieht auch die Gefahr: die Nähe zur inneren Emigration. Er hält den Aufbau von Verhaltensfassaden aber nicht nur für einen »in unseren Kulturen unvermeidbaren Entwicklungsschritt«, sondern auch für »unentbehrlich, nicht zuletzt als Entwicklungsbedingung für eine politische Opposition« (53). Ein zentraler Begriff ist für ihn die *behütende Abstraktion*. Damit meint er die Trennung der großen Geschichte von der individuellen Lebensgeschichte. Sollte sie dann aber nicht eher *korrumpierende Abstraktion* heißen? Denn die Trennung von Geschichte und Lebensgeschichte ermöglicht doch die bewußtlose Komplizenschaft mit dem System. Auf jeden Fall gibt es Politisierungsschübe dort, wo die Geschichte in die Lebensgeschichte hineinbricht und die behütende Abstraktion verschwindet, beispielsweise als er eine Ärztin kennenlernt: »Ich verliebte mich damals in Politik.« (98)

Brückner zeigt, daß Widerstand und Mitlaufen nicht als absolute Gegensätze aufgefaßt werden dürfen. »Anscheinend haben diese drei Wege — zum Handlungsgehilfen des Systems, zum Widerstand, zum bloßen Überleben — eine längere gemeinsame Strecke; auf ihr erwirbt man sich ... 'Selbstbeherrschung', Selbstdisziplin. Eine Fähigkeit ..., die es uns gestattet, an Plänen, Entwürfen, Hoffnungen auch dann festzuhalten, wenn 'Offenheit' sich verbietet« (65). Aber »sie ist auch ein Stück verinnerlichter Herrschaft«, meint Brückner. »Gerade in den Tugenden, die der einzelne benötigen wird, um dem Zugriff von Herrschaft zu widerstehen, wird er partiell 'gleichgeschaltet'.« (65) Brückner zeigt immer wieder, daß vor der Faschisierung nur sicher ist, wer widerstehend in das System hineingeht. Das Abseits als unsicherer Ort — so könnten viele Passagen überschrieben sein. Aber der Text bleibt merkwürdig zwiespältig. Man findet Sätze wie diesen: »Wer nicht wenigstens etwas zum Faschisten taugt, taugt auch nicht zum Widerstand gegen den Faschismus.« (6) Man findet aber auch die entgegengesetzte Position, wie sie im Titel signalisiert ist: den Traum vom Sprung, vom »Sprung aus dem bürgerlichen Wesen, d. h. aus der faktischen Normalität« (117). So findet sich im ganzen Text parallel zur bestimmten Negation die abstrakte Negation. Da wird die Differenz von bürgerlicher Gesellschaft und Nationalsozialismus für »eher gering« gehalten (144); die »These von der Komplizenschaft der Deutschen mit dem Faschismus« ist für ihn »keine 'These', sondern eine unabweisbare Erfahrung« (102). Der Text ist durchzogen von einer Kette von Gleichsetzungen: Normalität = bürgerliche Gesellschaft = Deutschland = Volk = Nationalsozialismus. Die totalisierende Kritik findet sich immer dann, wenn der Horizont unmittelbarer Erfahrung überschritten wird und Aussagen über den Gesamtzusammenhang gemacht werden. Es ist, als ob Brückner die Kunst der Widerspruchsanalyse für sich selbst reservierte. Das ergibt zwei scharf getrennte Gegenstandsbereiche: den individuellen widersprüchlichen Widerstand und

die als widerspruchslös gedachten gesellschaftlichen Verhältnisse. Was Widerstand ist, läßt sich jedoch vom Standpunkt des einzelnen aus kaum begreifen. Was individuell als Widerstand gemeint ist, kann in die Stabilisierung der Herrschaft durchaus eingehen. Brückner weiß das und weiß es nicht. Vielleicht ist es diese Inkonsequenz, die ihm so viele genaue Einsichten darüber ermöglicht, wie der Dissens zum NS-Staat gelebt worden ist.

Rolf Nemitz (Berlin / West)

Focke, Harald, und Uwe Reimer: *Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen.* (Alltag unterm Hakenkreuz, Band 2), Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980 (254 S., br., 6,80 DM)

Alltagsgeschichte hat Konjunktur. Didaktiker reiten ein neues Steckenpferd. Zu den Vorreitern in der praktischen Umsetzung einer neuerdings zum Trend gewordenen Entwicklung, allerdings ohne theoretische Verquastheit, gehören zwei Taschenbücher aus der Reihe *rororo-aktuell*, die den Alltag im Nationalsozialismus schildern. Nach dem 1979 erschienenen, inzwischen in der 5. Auflage vorliegenden ersten Band »Alltag unterm Hakenkreuz« mit den Themen Jugend, Schule, Familie und Arbeit (vgl. die Besprechung in *Argument* 117), haben die beiden Hamburger Lehrer Harald Focke und Uwe Reimer ein zweites Buch wiederum für Jugendliche, historisch interessierte Laien und Mittlere politischer wie historischer Bildung vorgelegt. Mit der Kategorie »Alltag« kennzeichnen Focke/Reimer den durchgängigen konzeptionellen Ansatzpunkt ihrer auf drei Bände geplanten Reihe über den Nationalsozialismus: Sie geben dem Begriff »NS-Diktatur« dadurch Gestalt, daß sie das Leben im »Dritten Reich« aus der »Sicht von unten« aufgreifen, am persönlichen, tagtäglichen Erfahrungsbereich einfacher Bürger ansetzen und diese direkt zu Wort kommen lassen.

»Alltag der Entrechteten« schildert in vier Kapiteln (Widerstand, Juden, Konzentrationslager und Besatzung) den Umgang der Nazis mit ihren Gegnern: »wie die Anti-Nazis den Widerstand organisierten, ihre Erfolge, ihr Scheitern; wie die Juden aus dem öffentlichen Leben verdrängt wurden; wie die Verfolgten in den Konzentrationslagern lebten und wie sie sich wehrten; wie die Polen verklavt wurden und was sie dem entgegenseetzten.« Das Kapitel »Widerstand« erfaßt mit einer Vielzahl bislang unveröffentlichter Quellen die personelle Breite der am Widerstand beteiligten Gruppen und Personen, das Spektrum ihrer Aktivitäten und die Vielfalt ihrer Organisationsformen. Deutlich wird: der Kampf gegen die Nazis war nicht erst eine Erscheinung der späten dreißiger Jahre oder der Kriegszeit. Unmittelbar nach der Machtübernahme leiteten die Nazis eine erbarmungslose Verfolgung ihrer Gegner ein. Die ersten Opfer waren die organisierten Kommunisten. Massenverhaftungen ohne gesetzliche Grundlage, Folterungen und Morde waren die Mittel, mit denen die SA diese politische Opposition zerschlug. Im Juni 1933 erfaßte der offene Terror die Sozialdemokraten.

Das Material, das die Autoren im Kapitel »Juden« verarbeitet haben, ergibt eine anschauliche, differenzierte Dokumentation unterschiedlicher Formen sukzessiver Entrechtung. Der dargestellte Katalog der Maßnahmen zeigt, wie gering von vornherein Erfolgsmöglichkeiten jüdischen Widerstands gegen Nazi-Anordnungen und ein dichtes Kontrollsystem bleiben mußten, das schließlich in Form von Gettos seine Vorstufe zur »Endlösung« fand.

Das Ausmaß der Verhaftung von Nazi-Gegnern erschöpfte schon bald nach der Machtübernahme die Gefängnis Kapazitäten. Neue Zwangsunterkünfte mußten her: leerstehende Fabrikgebäude, Kasernen, alte Schiffe. Focke/Reimer machen in ihrem Kapitel über die Konzentrationslager deutlich, wie es in den im Frühjahr 1933 von der SA eingerichteten »wilden KZ« zugeht, deren Leitung ab 1934 an staatliche Stellen überging. Wegen der Staatsaufsicht bleiben die Lager rechtsfreie Räume. Die Autoren legen den Schwerpunkt ihrer Darstellung auf die frühe Phase der Konzentrationslager.

Doch wird auch hinreichend geschildert, wie z.B. der Tagesablauf der Häftlinge in einem der Arbeits- und Vernichtungslager wie Auschwitz und Majdanek aussah.

Erstmals in anschaulicher Form präsentieren die Autoren in ihrem Kapitel »Besatzung« die Jahre der Nazi-Herrschaft in Polen zwischen 1939 und 1945: Der Leser geht mit einer BdM-Führerin in den gerade von der Wehrmacht eroberten »Warthegau«, sieht die Vertreibung der Polen, begleitet die berüchtigten »Einsatzgruppen« und erlebt, wie die Pläne Hitlers und Himmlers zur Verstümmelung des polnischen Bildungswesens in die Tat umgesetzt wurden. Die alltäglichen Schikanen gegenüber der Bevölkerung, die Versklavung der »Fremdarbeiter« und die gnadenlose Unrechtsjustiz werden auf beklemmende Weise ebenso lebendig wie der Terror der SS an der polnischen Widerstandsbewegung.

Focke/Reimer erheben ausdrücklich nicht den Anspruch, eine eigenständige Forschungsleistung vorzulegen. Sie verstehen ihre Publikationen als Lese- und Vermittlungsbücher, als Geschichte in Geschichten, die eine tiefere Betroffenheit auslösen sollen, als dies die oft routinierte Abhandlung der Nazi-Herrschaft in Schulbüchern oder wissenschaftlichen Publikationen für ein breites Publikum zu leisten vermag. Neben den Erinnerungen »kleiner Leute«, die bislang nicht zu Wort kamen, haben die Autoren vieles zusammengetragen, ausgewertet und übersichtlich sowie in leicht lesbare Form dargestellt, was üblicherweise nur einem kleinen Personenkreis zugänglich ist oder zu Unrecht vergessen wurde.

Den Autoren ist zuzustimmen, wenn sie für eine »Vorverlegung des Interesses am Nationalsozialismus« plädieren: Denn »bei den Nazis gab's nie Frieden. Längst als die Panzer rollten, Kanonen donnerten und Juden in den Gaskammern starben, hatte sich der menschenfeindliche Charakter des Regimes offenbart. Dies gilt es, jenen zu verdeutlichen, die die Schrecken allein nach Millionen von Toten messen ... Nur wer den Nazi-Terror der frühen Jahre nicht verharmlost, schärft seinen Blick für Gefährdungen bürgerlicher Freiheiten.« Man könnte ergänzen: auch für neo-nazistische Umtriebe und für das, was Gerechtigkeit heißt.

Günter Mohrmann (Bremen)

Billstein, Aurel: *Fremdarbeiter in unserer Stadt. Kriegsgefangene und deportierte »fremdvölkische Arbeitskräfte« 1939 – 1945 am Beispiel Krefeld.* Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1980 (196 S., br., 15,- DM)

Die Geschichte der nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter und der in der Kriegswirtschaft eingesetzten Kriegsgefangenen ist bislang noch nicht hinreichend erforscht. Aurel Billstein kann deshalb mit seinem Buch zumindest für die Bundesrepublik ein Novum vorlegen: eine lokalgeschichtliche Darstellung der Geschichte der Zwangsarbeiter im faschistischen Deutschland sowie einen Beitrag zur Geschichte des Widerstandes in Krefeld.

Die in zwei Teile gegliederte Darstellung skizziert in ihrem ersten Teil die »Anwerbung« der zivilen Zwangsarbeiter — von den etwa 14 Millionen nach Hitlerdeutschland Verschleppten kam nur etwa ein Prozent »freiwillig« —, vermerkt im weiteren Verlauf die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Nationalitäten: Polen und Sowjetbürger wurden mit Abstand am schlechtesten versorgt, untergebracht und entlohnt, zugleich am härtesten ausgebeutet, und stellt zusammenfassend fest, daß es sich zweifelsohne um »Zwangsarbeiter« (30) handelt.

In diesem Teil der Darstellung fällt auf, daß neuere Veröffentlichungen zu diesem Thema nicht verarbeitet wurden, was jedoch gelohnt hätte. Zudem hält sich Billstein in der Darstellung sehr eng an Hans Pfahlmanns Arbeit aus dem Jahre 1968 (»Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945«, Darmstadt), welche jedoch durch neuere Forschungen in verschiedenen Schlußfolgerungen modifiziert wurde.

Billstein kommt deshalb erst zu neuen Erkenntnissen, als er sich der Situation in Krefeld zuwendet. Er beschreibt detailliert den Todesweg eines polnischen Zwangsarbeiters, der wegen einer Liebesbeziehung zu einer Deutschen von der Gestapo zur »Sonderbehandlung« (lies: Erhängung) in das KL Sachsenhausen überwiesen wurde. Andere wurden z.B. wegen »Arbeitsbummelei« in ein »Arbeitserziehungslager« (AEL) eingeliefert, d.i. ein befristeter Aufenthalt in einem KL-ähnlichen Straflager.

Im zweiten Teil, »Dokumente und Aussagen« überschrieben, stellt Billstein mit z.T. bislang unveröffentlichten Dokumenten verschiedener Provenienz die Lebens- oder treffender: die Sterbebedingungen der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen dar. In einem weiteren Unterkapitel wird die mörderische Ausbeutung durch die Industrie, den Profiteuren dieser Sklavenarbeit, dokumentiert. Bei der geringsten Auflehnung gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen wurde sofort die Gestapo eingeschaltet, diese überwies kurzerhand die Betroffenen in ein KZ, was oftmals den Tod bedeutete, oder ließ sie sofort in Krefeld hinrichten. Der zweite Teil wird beschlossen durch Dokumente über die Widerstandstätigkeit und die Solidarität deutscher Antifaschisten.

Im Anhang ist verzeichnet, daß von 500 in Gestapoakten erwähnten Fremdarbeitern 380 umkamen, von 76 Geburten starben innerhalb eines Jahres 60, von 100 von der Gestapo Festgenommenen wurden zumindest 15 hingerichtet oder anderweitig ermordet. Das Gros der Toten (54 %) stammte aus der Sowjetunion, es finden sich Polen, Belgier, Niederländer, Franzosen und Italiener neben ihnen. In Krefeld starben die Zwangsarbeiter an insgesamt 43 verschiedenen Todesursachen. 35 Firmen, darunter Konzernbetriebe, ließen die Sklavenarbeiter unter unwürdigen Verhältnissen in 58 Lagern hausen.

Billsteins Verdienst ist zweifellos, die Geschehnisse anschaulich, konkret darzustellen. Von den ausgewählten Dokumenten geht Betroffenheit aus, die z.B. von in der Jugendarbeit Tätigen genutzt werden sollte, dieses bislang nur am Rande behandelte Kapitel in eine Darstellung des faschistischen Terrorregimes einzubeziehen, schon allein, weil »die Zahl der in Nazi-Deutschland umgekommenen, 'fremdvölkischen Arbeitskräfte' etwa der Zahl der aus Nazi-Deutschland in die Todeslager deportierten Juden entspricht.« (10)

Gewiß, es ist kein Buch der Theoriebildung, wie auch das doch recht dürftige Literaturverzeichnis illustriert. Die vorliegende Darstellung ist aber trotz verschiedener formaler Mängel ein wichtiger Schritt der Erforschung dieses Teils der faschistischen Wirklichkeit und damit ein notwendiger Schritt hin zur Theoriebildung.

Manfred Grieger (Dortmund)

• • •

Berichtigung

In meiner Besprechung in *Argument* 129, S.760, habe ich geschrieben, daß einer der drei rezensierten Autoren kürzlich ein Jahr in Moskau vergeblich auf Archivzugang gewartet habe. Der Betreffende hat mir mitgeteilt, daß er während seines Moskauaufenthaltes keinen Antrag auf Archivbenutzung gestellt hat. Ich bedaure meine fehlerhafte Information.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

Abdel-Malek, Anouar, geb. 1924; Prof. f. Sozialforschung am CNRS (Paris); Koordinator der UNO-Universität, Tokio. V.: *Ägypten: Militärgesellschaft* (1971); *La pensée politique arabe contemporaine* (1970).

Balluff, Rainer, geb. 1948; Studium der Chemie, Soziologie, Politik und Geschichte. A.: Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik.

Becker, Renate, geb. 1943; Studium der Soziologie. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg und in der SPD.

Buselmeier, Karin, geb. 1941; Dozentin für Ästhetik und Kommunikation an der Fachhochschule Frankfurt, FB Sozialpädagogik. V.: *Frauen in der spanischen Revolution* (1978). A.: Medientheorie; Medienpädagogik; Spielpädagogik.

Demele, Ottwald, Dr. rer. pol., geb. 1945; Hochschulassistent an der FU Berlin. V.: *Monopoltheorie kontrovers* (zus. mit W. Semmler, 1980); *Ursachen der Inflation* (1981). A.: Inflationstheorie; Konjunkturtheorie.

Döring, Klaus, geb. 1954; Studium der Psychologie.

Ebeling, Jörg, geb. 1953; Studium der Psychologie in Gießen.

Engel, Margot, geb. 1942; Studium der Soziologie. Mitglied der SPD.

Fritsch, Christian, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am Deutschen Seminar der Univ. Tübingen. A.: Exilliteratur; materialistische Literaturtheorie. Mitglied in GEW und BdWi.

Götze, Karl-Heinz, Dr. phil., geb. 1947; Lektor an der Univ. Nizza; Redakteur des *Argument*. V.: *Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz* (1980). A.: Gegenwartsliteratur; Literatur des 19. Jh.; Geschichte der Germanistik.

Gollnick, Gabriele, geb. 1955; Studium der Mathematik. A.: Verallgemeinerte Steuerungen; Familiensoziologie.

Gransow, Volker, Dr. phil., geb. 1945; Privatdozent an der FU Berlin und der Univ. Bielefeld. V.: *Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung* (1980). A.: Politische Kultur; Politische Soziologie. Mitglied der SPD, GEW und DVPW.

Grieger, Manfred, geb. 1960; Studium der Geschichte und Publizistik. A.: Faschismusforschung; Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitglied im MSB Spartakus und GEW.

Haug, Wolfgang Fritz, Prof. Dr. phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. V.: *Kritik der Warenästhetik* (⁶1977); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (²1976); *Theorien über Ideologie* (1979); zus. mit Projekt Ideologie-Theorie, PIT, in *Argument-Sonderband 40*); *Zeitungsroman* (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

Hauser, Kornelia, geb. 1954; Soziologie-Studium, Doktorandin. Mitarbeit an: *Frauenformen* (*Argument-Sonderband AS 45*, 1980). A.: Frauenbewegung; Arbeiterbewegung; Sexualität und Herrschaft. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.

Hinz, Manfred, geb. 1952; Dipl. rer. pol., A.: Politik im deutschen Idealismus; Bündnis avantgardistischer Kunst und reaktionärer Politik in Italien.

Jäger, Michael, geb. 1946; Doktorand. V.: zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. V.: *Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus* (1980; in *Argument-Sonderband 51*). A.: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.

Janßen, Brunhilde, geb. 1953; Doktorandin. V.: *Marburger Ringvorlesung 'Frau und Wissenschaft'* (Mithrsg.). A.: Phantastische Literatur; Literatur der deutschen Romantik; Frauenbewegung. Mitglied der GEW.

Johansen, Baber, Prof. Dr. phil., geb. 1936; Hochschullehrer. V.: *Muhammad Husain Haikal. Europa und der Orient im Weltbild eines ägyptischen Liberalen* (1967). *The Claims of Men and the Claims of God. The Limits of Government Authority in Hanafite Law* (1980). Mitglied in ÖTV, BdWi.

Kallscheuer, Otto, geb. 1950; wiss. Assistent an der FU Berlin. V.: *Zwei Kulturen* (Mitverf., 1978); *Den Staat diskutieren* (Hrsg., zus. mit E. Altvater, 1979). A.: Erkenntnistheorie und politische Theorie; Geschichte des Marxismus; Eurokommunismus. Mitglied der ÖTV.

Keutelbut, Barbara, geb. 1956; Studium der Soziologie. A.: Familiengeschichte; Sexualität und Herrschaft.

Keupp, Heinrich, Prof.Dr.phil., geb. 1943; Hochschullehrer für Psychologie. V.: *Abweichung und Alltagsroutine* (1976); *Normalität und Abweichung* (Hrsg., 1979). A.: Sozialpsychiatrie; Medizinsoziologie. Mitglied in GEW und DGSP.

Knatz, Lothar, geb. 1953; Studium der Geschichte; arbeitet im Forschungsprojekt »Historische Wissenschaftsforschung« an der Uni Bremen. A.: Geschichte der Arbeiterbewegung; Wissenschaftsgeschichte.

Konersmann, Ralf, geb. 1955; Studium der Philosophie und Germanistik. V.: Buchbesprechungen und Wörterbuchartikel. A.: Literatur und Philosophie des frühen 19. Jh. in Deutschland; Subjektivität, Utopie, Ideologie.

Kübler, Hans-Dieter, Dr. rer. soz., geb. 1947; Wiss.Ass. und Privatdozent an der Univ. Münster. V.: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A.: Kommunikationsforschung; Kulturwissenschaft; Medienwissenschaft und Medienpädagogik. Mitglied in GEW, Kulturpolitische Gesellschaft, DGpuK, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Studienkreis Rundfunk und Geschichte.

Mansilla, H.C.F., Prof.Dr.phil., geb. 1942; Prof. an der Univ. Barcelona. V.: *Der südamerikanische Reformismus* (1977); *Entwicklung als Nachahmung* (1978).

Mohrmann, Günter, geb. 1950; Doktorand an der Univ. Bremen; Studienreferendar. A.: Parteienforschung; Ost-West-Beziehungen; Nationalsozialismus.

Nemitz, Rolf, geb. 1948; Wiss. Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin, Redakteur des *Argument*. Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation und Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

Niehoff, Erika, geb. 1951; Studium der Soziologie. V.: Mitarbeit an *Projekt Frauengrundstudium* (1980). A.: Frauenbewegung; Arbeiterbewegung. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.

Pfefferer-Wolf, Hans, Dr.med., geb. 1950; Neurologische Klinik des Klinikums Charlottenburg der FU Berlin. A.: Psychiatriereform; Persönlichkeitstheorie; Ideologietheorie der Medizin/Psychiatrie. Mitglied in DGSP und ÖTV.

Pohlit, Ulrike, geb. 1956; Studium der Romanistik an der FU Berlin. Mitglied in ÖTV und SFBW.

Rätzfel, Nora, Dipl.-Päd., geb. 1948; wiss. Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin. V.: Mitautorin von *Automationsarbeit: Empirie*, 3 Bde. (1980f., AS 43, 55 und 67); *Ausätze zur Bildungsreform und Hochschulsozialisation*. A.: Automationsforschung, Frau und Arbeit. Mitglied in ÖTV und SFBW.

Schildt, Axel, geb. 1951; Doktorand und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. A.: Geschichte der Weimarer Republik; Faschismustheorie; Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitglied in GEW und BdWi.

Schönleiter, Wolf, geb. 1953; Sozialarbeiter grad., Mitarbeiter beim Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt, z.Zt. Studium der Soziologie. V.: Aufsätze zur Theorie und Praxis der Sozialarbeit.

Schubert, Volker, geb. 1952; Doktorand. A.: allgemeine Erziehungstheorie; Literatur- und Mediendidaktik.

Schutte, Jürgen, Dr.phil., geb. 1938; Ass.-Prof. an der FU Berlin. V.: *Frühformen bürgerlicher Agitation in Thomas Murners 'Großem Lutherischen Narren' (1522)* (1971); *Lyrik des deutschen Naturalismus* (1976). A.: Literatur des 16., 19. und 20. Jh.

Weiss, Peter, geb. 1916; lebt als Schriftsteller in Stockholm. V.: *Ästhetik des Widerstands* (1975-1981); *Notizbücher 1971-1980* (1981).

Zinser, Hartmut, geb. 1944; Lehrbeauftragter an der FU Berlin. V.: *Der Mythos des Mutterrechts* (1981). A.: Mythenrezeption; Psychoanalyse, Theorie der Gesellschaft.

Summaries

Baber Johansen: Islam and the State in Imperialism (II)

Religion and social order have been closely related in the Islamic world. In the course of the Middle East being integrated in the capitalist world market, the old socio-economic order is destroyed or weakened, Islamic law is reduced to cult and the laws of marriage, family and inheritance, and the state is transformed into a secularized state whose main task is to establish a sector with a capitalist economic and social order. The majority of the Muslims have had negative experience with this capitalist sector and with the secularized state. That is why since the end of the direct colonial rule, there has been a growing demand for a return to an Islamic state.

Anouar Abdel-Malek: Prometheus Bound: Visions of the »Crisis«

The »crisis« has to be viewed not only as a crisis of world economy but as a crisis of the Western civilizational project. The production of historical surplus used to provide a high standard of productivity and culture in a small part of the world, but this process is now running amok: it is accompanied by more and more wars and increasing self-destruction. There is a big potential of unitary forces in social structures and civilizational patterns of the Tricontinent, a potential widely ignored by socialist thinking and politics. Historical determinism together with ignoring the diversity of civilizational models and the dimensions of culture and spirituality have submitted socialist politics to the threat of unbound Prometheus. What could save us from World War III is an alliance of the anti-growth perspective of alternative life in the centre with the unitary approaches of social development and social power in the Third World.

H.C.F. Mansilla: Collective Identity, Social Perception of Natural Resources and Goals of Development in Latin America

The collective preconscious in Latin America has adopted the norms and goals of social development in metropolitan countries. Economic growth and consumerism are inscribed in the cultural identity of the masses but articulated with anti-imperialism. Thus underdevelopment is seen as an impact of imperialist dominance, while industrialisation and modernisation become the core of an autochthonous way to socialism. The seemingly, unavoidable implication is the ecological and demographic catastrophe in the Third World, which can already be anticipated not only in the big cities, but also e.g. in the »development« of the Amazon area.

Projekt Automation und Qualifikation, Nora Räthzel: The Cultural Identity of Skilled Workers

With the development of automation part of the bases of the old cultural identity of skilled workers is breaking down. While manual skills and practical experience allowed the worker to develop his identity in opposition to intellectuals and to women, the new work demands mainly intellectual skills. So the workers find themselves in a position they used to despise. The article shows how employers intervene and try to organize a new identity which is articulated with the private interests of factory-owners. Finally, some ideas are given as to how a new identity could be developed by the workers themselves.

Otto Kallscheuer: How to Learn from Antonio Gramsci?

This contribution to the 2nd People's University (Berlin, 1981) criticizes a prevailing tendency in Western German Marxist discussions to construct conceptual models for socialist »hegemonic policy« out of Gramsci's writings: Learning from Gramsci means taking his concepts primarily as symptoms of social problems and historical constellations — not just as solutions to them. This kind of »symptomatic reading« is exemplified for the Gramscian concept of »cultural hegemony«. The predominant role of »organic intellectuals« in Gramsci must also be seen as a compensation for missing cultural cohesion and social identity of the »working class« in the Italian national history.

Ottwald Demele: A New Type of Economic Crisis?

The present economic situation is interpreted not in terms of cycle but is viewed as a new type of crisis. This is due to the fact that each recession has its specific features. If the general cyclical problem is blended with special issues such as environmental pollution, the character of the present economic crisis gets blurred. As a consequence, there is no demand for stepping up economic activity because the environment would get even more polluted and the raw materials exhausted even earlier as a result. Therefore society's pressure to solve unemployment problem is decreasing.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Inhaltsverzeichnis

23. Jahrgang 1981

Nr. 125 — 130

Argument-Verlag Berlin 1981

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberdtztl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten (ab 1.1.82: 12,— DM/9,— DM bzw. 9,80 DM/7,50 DM). — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1981. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. — 1. — 7. Tausend Dezember 1981.

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	125/ 1
Verlagsmitteilungen: Sonderverkauf	126/167
Zum vorliegenden Heft	126/167
Kommunistische Eskommunikation — antikommunistische Denunziation	126/169
Neuer Argument-Service: Bücher, die uns weiterbringen	126/263
Zum vorliegenden Heft	127/313
Verlagsmitteilungen	127/314
Editorial: Veränderungen bei den ständigen Mitarbeitern und in der Redaktion	128/479
Verlagsmitteilungen	128/480
Editorial, Veränderung in der Redaktion, in der Rezensionsabteilung; Neue Preise ..	129/625
Zur Diskussion gestellt: Vorstoß zur Gründung einer Frauenredaktion im Argument (F. Haug)	129/627
Das Argument-Konzept	130/777
AS-Programm 1982	130/779
Zum vorliegenden Heft	130/780
Projekt Frauenredaktion	130/781

Aufsätze

<i>Anouar Abdel-Malek</i> : Prometheus in Fesseln	130/812
<i>Detlev Albers</i> : Ostwind — Westwind in Europa	129/704
<i>Günther Anders</i> : Über die Esoterik der philosophischen Sprache	128/491
<i>Kurt Bayertz, Wolfgang v.d. Daele, Michael Heidelberger, Erika Hickel, Michael Jäger, Wolfgang Krohn, Lars Lambrecht, Jürgen Mittelstraß, Jörg Sandkühler, Tilman Spengler, Michael Wolff</i> : Materialistische Wissenschaftsgeschichte — Eine Umfrage	126/222
<i>Ilse Bindseil</i> : Krankheit und Metapher — Zu Susan Sontags Gesellschaftskritik	125/ 70
<i>Wolfgang Braun, Armin Steil</i> : Politik der gewerkschaftlichen Orientierung: Flucht in die abstrakte Negation?	127/399
<i>Volker Braun</i> : »Der Stoff zum Leben«; »Verfahrensfrage«	125/ 53
<i>ders.</i> : Geschichten von Hinze und Kunze	128/487
<i>Margherita v. Breniano</i> : Philosophie als Beruf	128/506
<i>Gerhard Brosius, Harald Mattfeldt</i> : Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms	125/ 3
<i>Wolfgang v.d. Daele</i> : s.u. Kurt Bayertz	
<i>Michael Daxner</i> : Die Zerstörung politisierter Wissenschaft	125/ 48
<i>Ottwald Demele</i> : Neuer Typ von Wirtschaftskrise?	130/856
<i>Eberhard Göbel</i> : Zur sozialen Lage der Studenten	126/237
<i>Karl-Heinz Götzke</i> : Gedächtnis — Romane über die Studentenbewegung	127/367
<i>ders.</i> : Formatwechsel — Abermals zur Kritik-Praxis von »Sozialismus«	130/850
<i>Helmut Gollwitzer</i> : Volk + Universität = Volksuniversität	128/481
<i>Volker Gransow, Claus Offe</i> : Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik	128/551
<i>Wolfgang Harich</i> : Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik	127/315
<i>Frigga Haug</i> : Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung	129/649
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Orientierungsversuche materialistischer Philosophie — Ein fragmentarischer Literaturbericht	128/516
<i>ders.</i> : Strukturelle Hegemonie	129/628
<i>Michael Heidelberger</i> : s.u. Kurt Bayertz	
<i>Erika Hickel</i> : s.u. Kurt Bayertz	
<i>Rolf Hosfeld, Michael Kreuzer</i> : Eine einsame Provokation — Die West-Berliner Inszenierung der Ermittlung von Peter Weiss und die Problematik juristischer Faschismusbewältigung	125/ 61
<i>Michael Jäger</i> : s.u. Kurt Bayertz	

<i>Baber Johansen: Islam und Staat im Imperialismus (I)</i>	129/690
<i>ders.: Islam und Staat im Imperialismus (II)</i>	130/787
<i>Otto Kallscheuer: Wie von Gramsci lernen?</i>	130/843
<i>Michael Kreutzer: s.u. Rolf Hoffeld</i>	
<i>Friedhelm Kröll: Biographie. Ein Sozialforschungsweg?</i>	126/181
<i>Wolfgang Krohn: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Lars Lambrecht: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Alfred Lorenzer: Möglichkeiten qualitativer Inhaltsanalyse: Tiefenhermeneutische Interpretation zwischen Ideologiekritik und Psychoanalyse</i>	126/170
<i>H. C. F. Mansilla: Kollektive Identität und Ökologie in Lateinamerika</i>	130/823
<i>Gert Mattenklott: Was interessiert Marxisten am Frühling?</i>	125/ 56
<i>Harald Mattfeldt: s.u. Gerhard Brosius</i>	
<i>Henning Melber: Staat in der Dritten Welt — Zur Analyse von Herrschaft in Ländern Afrikas</i>	126/207
<i>Jürgen Mittelstraß: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Claus Offe: s.u. Volker Gransow</i>	
<i>Nora Räthzel: Thesen zur kulturellen Identität von Facharbeitern</i>	130/838
<i>Rainer Rilling: Die »Social Relations of Science Movement« — Gewerkschaftliche Organisierung und politische Linksorientierung in der britischen Wissenschaft 1917-1945</i>	125/ 29
<i>José María Ripalda: Marx, Hegel und die Philosophie — Kritik neuerer Untersuchungen</i>	128/533
<i>Hermann Rotermund: Das Potential der Jugendkultur</i>	129/678
<i>Jörg Sandkühler: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Dorothee Sölle: Vater und Mutter unser im Himmel. Anfragen feministischer Theologie</i>	129/665
<i>Tilman Spengler: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Armin Steil: s.u. Wolfgang Braun</i>	
<i>Edward P. Thompson: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation</i>	127/326
<i>Thomas Waldhubel: Widersprüche im Studentenleben — Thesen zur Vergesellschaftung in der Hochschule</i>	127/383
<i>Peter Weisz: Dante, Der Reporter</i>	130/782
<i>Gerhard Wegner: Tansania — auf dem Weg zum Sozialismus?</i>	126/197
<i>Raymond Williams: Die Politik der atomaren Abrüstung</i>	127/352
<i>Arnim Wöhrle: Gesellschaftspolitische Programmatik der Gewerkschaften seit 1919</i>	125/ 16
<i>Michael Wolff: s.u. Kurt Bayertz</i>	
<i>Erich Wulff: Psychoanalyse und Realität</i>	128/540

Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen

<i>Jörg Hallerbach: Alternativen zur kapitalistischen Technik. Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (5)</i>	125/ 73
<i>Günther Bachmann: Sozialistische Umweltpolitik. Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (6)</i>	126/253
<i>Martin Meyer-Renschhausen: Ökologische Probleme der Energiewirtschaft. Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (7)</i>	127/406
<i>Knut Krusewitz: Ökologie und Militär. Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (8)</i>	128/565

Fachübersichten

<i>Arbeitsgruppe des Projekts »Regionale Sozialgeschichte«: Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse</i>	126/239
--	---------

Themenausschreibungen

<i>Umgang mit Alltagsgütern (Bernd Jürgen Warneken)</i>	126/260
---	---------

Kongreßberichte

IV. Russell-Tribunal (<i>W. Ackermann</i>)	125/ 89
Sommerhochschule in Hamburg: Wissenschaft für Arbeitnehmer (<i>J. Lange/W. Dör- bage</i>)	125/ 91
Language and History. 14. History Workshop (<i>G. Mischkowski/M. Eidenbenz</i>)	125/ 92
Linke Sozialdemokraten und bundesdeutsche Linke — Diskussion am Beispiel der »Herforder Thesen« (<i>W. Elfferding</i>)	125/ 94
Reformismus in Weimar (<i>M. Scholing</i>)	125/ 98
1. Philosophinnen-Symposium (<i>U. Menzer</i>)	125/102
2. Sozialistische Konferenz: »Der herrschende Block und die Alternativen der Lin- ken« (<i>W. Elfferding/M. Jäger</i>)	126/264
Mikroelektronik in der Produktionstechnik (<i>W. v. Treeck</i>)	126/268
Fachtagung des BdWi: »Demokratische Wissenschaft, psychotherapeutische Praxis und psychosoziale Versorgung« (<i>I. Schütte</i>)	126/270
Sportmotorische Lernprozesse und Persönlichkeitsentwicklung im Erwachsenensport (<i>K. Maase</i>)	126/273
Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Westeuropa — Vergleiche und Möglichkeiten der Zusammenarbeit (<i>C. Leggewie</i>)	126/274
Welche Bedürfnisse steuern die technische Entwicklung? (<i>F. Haug</i>)	127/416
»Religion und Sozialismus« (<i>K. Kreppel</i>)	128/576
»Faschismus in der Kinder- und Jugendliteratur« (<i>U. Perina</i>)	128/577
Aus der Geschichte lernen — Leben lernen. 2. Volksuni (<i>S. Howald</i>) (<i>K. Hauser</i>) ...	129/713
	129/714
Kongreß Lehrerausbildung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ...	129/716
Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen im Bereich des Sozialwe- sens (<i>H. Oblenburg</i>)	129/717
Soziale Dimensionen der technologischen Entwicklung (<i>K. Schmahl/E. Sens</i>)	129/719
»Psychiatrie und deutscher Faschismus« (<i>H. Pfefferer-Wolf</i>)	130/864
Sozialismus und nationale Identität in Zeiten der Krise (<i>V. Gransow</i>)	130/866
Der Paradigma-Wechsel in der Fernsehforschung und seine medienpädagogischen Konsequenzen (<i>H.-D. Kübler</i>)	130/868

Dokumentation

<i>Ernesto Cardenal</i> : Sie griffen aus Liebe zu den Waffen	125/104
Herforder Thesen (Auszüge)	125/109
Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung zu den Forschungen des Endokrinologen Prof. Dr. Günter Dörner zum Thema Homosexualität	127/420
Aufruf: Bücher für Nicaragua	128/515
Permanentes Tribunal der Völker über El Salvador	128/580
Aufruf zur Entkriminalisierung der Homosexualität	130/869
Erklärung für eine neue Wohnungspolitik	130/870
»Widerspruch« — eine neue theoretische Zeitschrift für die Schweiz	130/872

Intervention

Leserbrief (<i>A. Wohlfahrt</i>)	125/114
<i>E. Holler</i> : Was heißt zweite Kultur?	129/711
<i>B. Dauer</i> zum Thema Frieden und Abrüstung im Argument	130/873

Besprechungen**Philosophie**

<i>Agnoli, Johannes</i> : s.u. Mandel, Ernest	
<i>Autorenkollektiv</i> : Ästhetik heute (<i>C. Friemert</i>)	127/425
<i>Billing, Hans</i> : Wittgensteins Sprachspielkonzeption (<i>P. Schmidt</i>)	126/281

<i>Bischoff, Joachim</i> (Hrsg.): Grundbegriffe der marxistischen Theorie (<i>W.F. Haug</i>) ...	130/875
<i>Bloch, Ernst, u.a.</i> (Hrsg.): Marxismus und Anthropologie. Festschrift für Leo Kofler (<i>W. Schönleiter</i>) ...	130/884
<i>Christian, Petra</i> : Einheit und Zwiespalt. Zum hegelianisierenden Denken in der Philosophie und Soziologie Georg Simmels (<i>W. Jung</i>) ...	125/118
<i>Colletti, Lucio</i> : Il tramonto dell'ideologia (<i>M. Hinz</i>) ...	130/878
<i>Danto, Arthur</i> : Analytische Handlungsphilosophie (<i>J. Tuguntke</i>) ...	126/281
<i>Gorz, André</i> : Abschied vom Proletariat (<i>M. Jäger</i>) ...	130/876
<i>Fischer-Lichte, Erika</i> : Bedeutung. Probleme einer semiotischen Hermeneutik und Ästhetik (<i>I. Bindseil</i>) ...	126/282
<i>Furth, Peter</i> (Hrsg.): Arbeit und Reflexion (<i>J.M. Ripalda</i>) ...	128/533
<i>Horster, Detlef</i> : Habermas zur Einführung (<i>W. Kunstmann</i>) ...	126/277
<i>Kittsteiner, Heinz Dieter</i> : Naturabsicht und unsichtbare Hand (<i>W. Jung</i>) ...	127/424
<i>Koselleck, Reinhart</i> : Vergangene Zukunft (<i>C. Albert</i>) ...	127/423
<i>Krauss, Werner</i> : Zur Anthropologie des 18. Jahrhunderts (<i>W. Rügemer</i>) ...	125/115
<i>Lange, Ernst Michael</i> : Das Prinzip Arbeit (<i>O. Kelling</i>) ...	127/430
<i>Lindtner, Burckhardt, und W. Martin Lüdtkke</i> (Hrsg.): Materialien zur ästhetischen Theorie Theodor W. Adornos (<i>M. Schneider</i>) ...	125/121
<i>Lüdtkke, Martin</i> : s.u. <i>Lindtner, Burckhardt</i>	
<i>Mandel, Ernest, und Johannes Agnoli</i> : Offener Marxismus (<i>K. Priester</i>) ...	129/722
<i>McCarthy, Thomas</i> : Kritik der Verständigungsverhältnisse (<i>W. Kunstmann</i>) ...	126/277
<i>Mercier-Josa, Solange</i> : Pour lire Hegel et Marx (<i>J.M. Ripalda</i>) ...	128/533
<i>Norman, Richard, und Sean Sayers</i> : Hegel, Marx and Dialectic: A Debate. (<i>J.M. Ripalda</i>) ...	128/533
<i>Ramsey, Frank P.</i> : Grundlagen. Abhandlungen zur Philosophie, Logik, Mathematik und Wirtschaftswissenschaft (<i>M. Lönz</i>) ...	126/279
<i>Röhr, Werner</i> : Aneignung und Persönlichkeit (<i>M. Winkler</i>) ...	129/727
<i>Sablins, Marshall</i> : Kultur und praktische Vernunft (<i>H. Zinser</i>) ...	130/880
<i>Sauerland, Karol</i> : Einführung in die Ästhetik Adornos (<i>Th. Bremer</i>) ...	127/428
<i>Sayers, Sean</i> : s.u. <i>Norman, Richard</i>	
<i>Schaff, Adam</i> : Stereotypen und das menschliche Handeln (<i>R. Konersmann</i>) ...	130/882
<i>Schoch, Bruno</i> : Marxismus in Frankreich seit 1945 (<i>U. Wacker</i>) ...	129/724
<i>Schulz, Walter</i> : Ich und Welt. Philosophie der Subjektivität (<i>R. Konersmann</i>) ...	125/117
<i>Sève, Lucien</i> : Une introduction à la philosophie marxiste (<i>W. Kowalsky</i>) ...	129/723
<i>Simmen, J.</i> : Kunst-Ideal oder Augenschein (<i>R. Konersmann</i>) ...	127/429
<i>Steigerwald, Robert</i> : Bürgerliche Philosophie und Revisionismus in Deutschland (<i>C. Knobloch</i>) ...	129/726
<i>Stentzler, Friedrich</i> : Versuch über den Tausch (<i>R. Konersmann</i>) ...	130/881
<i>Tillich, Paul</i> : Die sozialistische Entscheidung (<i>M. Blankenburg</i>) ...	125/119
<i>Zeltner, Hermann</i> : Sozialphilosophie. Die Kategorien der menschlichen Sozialität (<i>C. Knobloch</i>) ...	125/116

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Althaus, Hans Peter, Helmut Henne und Herbert Ernst Wiegand</i> (Hrsg.): Lexikon der Germanistischen Linguistik (<i>H. Woetzel</i>) ...	127/431
<i>Arnold, Heinz Ludwig</i> (Hrsg.): Georg Büchner (<i>U. Seelbach</i>) ...	127/435
<i>Barkowski, Hans, u.a.</i> : Deutsch für ausländische Arbeiter (<i>D. Rösler</i>) ...	128/583
<i>Barkowski, Hans, Ulrike Harnisch und Sigrid Kumm</i> : Handbuch für den Deutschunterricht mit ausländischen Arbeitern (<i>D. Rösler</i>) ...	128/584
<i>Binder, Hartmut</i> (Hrsg.): Kafka-Handbuch (<i>H. Schmidt</i>) ...	125/124
<i>Blumensath, Heinz, und Gundel Mattenklott</i> (Hrsg.): Autorenlesung des Workshop-Schreiben (<i>H. Rudloff</i>) ...	129/733
<i>Boal, Augusto</i> : Theater der Unterdrückten (<i>U. Pohlitz</i>) ...	130/887
<i>Bock, Stephan</i> : Literatur, Gesellschaft, Nation (<i>C. Fritsch</i>) ...	130/886

<i>Bumke, Joachim</i> : Mäzene im Mittelalter (<i>U. Seelbach</i>)	126 / 285
<i>Fischer, Jens</i> : s.u. <i>Thomsen, Christian</i>	
<i>Götze, Karl-Heinz</i> : Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz (<i>H.-J. Ruckhäberle</i>)	126 / 284
<i>Hallmann, Claus</i> : Perry Rhodan — Analyse einer Science-Fiction-Romanheftserie (<i>Chr. Sauer</i>)	127 / 439
<i>Hanisch, Ulrike</i> : s.u. <i>Barkowski, Hans</i>	
<i>Henrici, Gert</i> : Sprachunterricht in der Lehrerbildung (<i>H. Schweizer</i>)	128 / 582
<i>Hensel, Horst</i> : Werkkreis oder Die Organisierung politischer Literaturarbeit (<i>U. Naumann</i>)	127 / 438
<i>Henne, Helmut</i> : s.u. <i>Althaus, Hans Peter</i>	
<i>Hickethier, Knut</i> : Das Fernsehspiel in der Bundesrepublik (<i>S. Zielinski</i>)	127 / 436
<i>Kießling, Wolfgang</i> : Exil in Lateinamerika (<i>B. Frei</i>)	128 / 587
<i>Klotz, Volker</i> : Abenteuer-Romane (<i>J. Schutte</i>)	130 / 888
<i>Kumm, Sigrid</i> : s.u. <i>Barkowski, Hans</i>	
<i>Lützel, Paul Michael, und Egon Schwarz</i> (Hrsg.): Deutsche Literatur in der Bundesrepublik nach 1965 (<i>F. Dietschreit</i>)	128 / 587
<i>Mainusch, Herbert</i> (Hrsg.): Literatur im Unterricht (<i>G. Alfs</i>)	129 / 731
<i>Mattenklott, Gundel</i> : Literarische Geselligkeit — Schreiben in der Schule (<i>H. Rudloff</i>)	129 / 732
<i>Mattenklott, Gundel</i> : s.u. <i>Blumensath, Heinz</i>	
<i>Meyer, Meinert Arnd</i> (Hrsg.): Fremdsprachenunterricht in der Sekundarstufe II (<i>D. Rösler</i>)	128 / 583
<i>Müller-Michaels, Harro</i> : Positionen der Deutschdidaktik seit 1949 (<i>U. Ammon</i>)	128 / 581
<i>Nössig, Manfred, u.a.</i> : Literaturdebatten in der Weimarer Republik (<i>C. Fritsch</i>)	129 / 730
<i>Pasolini, Pier Paolo</i> : Ketzelerfahrungen (<i>E. Kölsch</i>)	125 / 127
<i>Piepho, Hans-Eberhard</i> : Deutsch als Fremdsprache in Unterrichtsskizzen (<i>D. Rösler</i>)	128 / 584
<i>Röther, Klaus</i> : Die Germanistenverbände und ihre Tagungen (<i>C. Poell</i>)	129 / 728
<i>Schebera, Jürgen</i> : Hanns Eisler im USA-Exil (<i>C. Albert</i>) Zweite Fassung	127 / 421
<i>Schlaffer, Hannelore</i> : Wilhelm Meister (<i>H. Schmidt</i>)	127 / 433
<i>Schmitt, Peter</i> : Faust und die »Deutsche Misere«. Studien zu Brechts dialektischer Theaterkonzeption (<i>C. Albert</i>)	126 / 286
<i>Schumann, Klaus</i> : Weltbild und Poetik (<i>C. Albert</i>)	125 / 124
<i>Schwarz, Egon</i> : s.u. <i>Lützel, Paul</i>	
<i>Thomsen, Christian, und Jens Malte Fischer</i> (Hrsg.): Phantastik in Literatur und Kunst (<i>B. Janßen</i>)	130 / 889
<i>Trautwein, Wolfgang</i> : Schauerliteratur im 18. und 19. Jhd. (<i>B. Janßen</i>)	130 / 889
<i>Weijenberg, Jan</i> : Authentizität gesprochener Sprache in Lehrwerken für Deutsch als Fremdsprache (<i>D. Rösler</i>)	128 / 583
<i>Weydt, Harald</i> (Hrsg.): Die Partikeln der deutschen Sprache (<i>C. Sauer</i>)	125 / 122
<i>Wiegand, Herbert Ernst</i> : s.u. <i>Althaus, Hans Peter</i>	
<i>Zeller, Michael</i> (Hrsg.): Aufbrüche: Abschiede. Studien zur deutschen Literatur seit 1968 (<i>H. Peitsch</i>)	125 / 126

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Armanski, Gerhard</i> : Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus (<i>D. Kramer</i>)	126 / 290
<i>Baacke, Dieter, und Theda Kluth</i> (Hrsg.): Praxisfeld Medienarbeit (<i>V. Schubert</i>)	130 / 897
<i>Barth, Helmut</i> (Hrsg.): Zum Kulturprogramm des deutschen Proletariats im 19. Jhd. (<i>D. Kramer</i>)	127 / 440
<i>Bauer, Karl W., und Heinz Hengst</i> : Wirklichkeit aus zweiter Hand (<i>K. Buselmeier</i>)	130 / 894
<i>Eberle, Matthias</i> : Individuum und Landschaft (<i>R. Konersmann</i>)	130 / 892
<i>Eisenstein, Sergej</i> : Eine nicht gleichmütige Natur (<i>R. Mangel</i>)	129 / 734
<i>Glaser, Hermann, u.a.</i> (Hrsg.): Industriekultur in Nürnberg (<i>D. Kramer</i>)	129 / 735
<i>Hengst, Heinz</i> : s.u. <i>Bauer, Karl W.</i>	

<i>Henze, Hans-Werner: Zwischen den Kulturen. Neue Aspekte der musikalischen Ästhetik I (A. Bünz-Elfferding)</i>	126 / 287
<i>Herrmann, Ulrich, u.a.: Bibliographie zur Geschichte der Kindheit, Jugend und Familie (H.-D. Kübler)</i>	130 / 897
<i>Huck, Gerhard (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit (K. Maase)</i>	126 / 288
<i>IG Druck und Papier, NRW (Hrsg.): Neue Medientechniken (A. Soppe)</i>	128 / 594
<i>Kluth, Theda: s.u. Baacke, Dieter</i>	
<i>Kosyk, K.: s.u. Rüden, Peter</i>	
<i>Kreuzer, Helmut (Hrsg.): Fernsehforschung und Fernsehkritik (W. Faulstich)</i>	128 / 591
<i>Lenzen, Klaus-Dieter: Kinderkultur — die sanfte Anpassung (K. Buselmeier)</i>	130 / 894
<i>Leuschner, Udo: Zeitungs-Geschichte (A. Soppe)</i>	128 / 595
<i>Meyn, Hermann: Massenmedien in der BRD (H.-D. Kübler)</i>	128 / 589
<i>Möller, Heino R.: Innenräume / Außenwelten (W.F. Haug)</i>	130 / 893
<i>Prabl, Hans-Werner, und Albrecht Steinicke: Der Millionen-Urlaub (D. Kramer)</i> ..	126 / 290
<i>Rambow, Gunter, u.a.: Die Fotoaktion als sozialer Eingriff (M. Schneider)</i>	127 / 443
<i>Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur (D. Kramer)</i>	127 / 440
<i>Rüden, Peter von (Hrsg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918 (D. Kramer)</i>	127 / 440
<i>Rüden, P. und K. Kosyk (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918 (D. Kramer)</i>	127 / 440
<i>Rupp, Erik P.: Bildschirmtext (S. Zielinski)</i>	128 / 593
<i>Scherhorn, Gerhard: Verbrauchererziehung in der BRD (W.F. Haug)</i>	125 / 131
<i>Schivelbusch, Wolfgang: Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft. Eine Geschichte der Genußmittel (M. Blankenburg)</i>	125 / 129
<i>Sontag, Susan: Krankheit und Metapher (I. Bindseil)</i>	125 / 70
<i>Steinicke, Albrecht: s.u. Prabl, Hans-Werner</i>	
<i>Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Ein anderer Rundfunk — eine andere Republik (R.v.d. Grün)</i>	128 / 590
<i>Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Portraits der deutschen Presse (A. Soppe)</i>	128 / 595
<i>Voigt, Wolfgang: Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden (D. Kramer)</i> ..	129 / 737
<i>Winter, Ilse: Alltag und Arbeiter in der Fannystraße (D. Kramer)</i>	129 / 737
Soziologie	
<i>Baumann, U., u.a.: Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher (C. Stellmach)</i>	129 / 742
<i>Beck, Ulrich, Michael Brater und Hansjürgen Daheim: Soziologie der Arbeit und der Berufe (M. Bochow)</i>	128 / 597
<i>Bergmann, Waltraut, u.a.: Soziologie im Faschismus 1933-1945 (L. Lambrecht)</i>	129 / 741
<i>Brater, Michael: s.u. Beck, Ulrich</i>	
<i>Clarke, John, u.a.: Jugendkultur als Widerstand (N. Rätzsel)</i>	129 / 747
<i>Corrigan, P., und P. Leonard: Social Work Practice under Capitalism (W. Schönleiter)</i>	127 / 447
<i>Daheim, Hansjürgen: s.u. Beck, Ulrich</i>	
<i>Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie (G. Gollnick)</i>	130 / 898
<i>Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken (H. Melber)</i>	126 / 293
<i>Fiebach, Joachim: Literatur der Befreiung in Afrika (H. Melber)</i>	126 / 296
<i>Frerichs, Petra: Bürgerliche Autobiographie und proletarische Selbstdarstellung (H. Peitsch)</i>	127 / 444
<i>Grathoff, Richard: s.u. Sprondel, Walter</i>	
<i>Günter, Henning: Der Alarm um die Familie (G. Gollnick)</i>	130 / 906
<i>Hach, Jürgen: Gesellschaft und Religion in der BRD (T. Schöfthaler)</i>	125 / 138
<i>Hammerich, Kurt, und Michael Klein (Hrsg.): Materialien zur Soziologie des Alltags (G. Beiersdorf und D. Schöttker)</i>	126 / 291
<i>Hanke, Helmut: Freizeit in der DDR (V. Gransow)</i>	125 / 139
<i>Heinsohn, Gunnar, u.a.: Menschenproduktion (M. Herzer)</i>	125 / 135

<i>Hepp, Gerd</i> : Die bedrohte Familie (<i>M. Engel</i>)	130/906
<i>Herkommer, Sebastian, und Heinz Bierbaum</i> : Industriosozologie (<i>A. Oppolzer</i>)	125/132
<i>Hermann, Ludolf, und Anton Rauscher</i> : Die Familie — Partner des Staates (<i>M. Engel</i>)	130/905
<i>Heuer, Hans, und Rudolf Schäfer</i> : Stadtfucht (<i>J. Petsch</i>)	125/137
<i>Holtmann, Dieter</i> : Berufliche Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein (<i>C. Stellmach</i>)	129/742
<i>Jurczyk, Karin</i> : Frauenarbeit und Frauenrolle (<i>B. Ketelhu</i>)	130/911
<i>Katterle, Siegfried, und Karl Krahn (Hrsg.)</i> : Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen (<i>S. Metz-Göckel</i>)	128/600
<i>Kossodo, Blandena Lee</i> : Die Frau in Afrika. Zwischen Tradition und Befreiung (<i>H. Melber</i>)	126/295
<i>Kuczynski, Jürgen</i> : Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd.1 (<i>C. Knobloch</i>)	128/596
<i>Langer-El Sayed, Ingrid</i> : Familienpolitik (<i>E. Niehoff</i>)	130/903
<i>Lasch, Christopher</i> : Geborgenheit. Die Bedrohung der Familie in der modernen Welt (<i>K. Hauser</i>)	130/908
Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR (<i>F. Haug</i>)	129/739
<i>Leonard, P.</i> : s.u. <i>Corrigan, P.</i>	
<i>Lück, Helmut E. (Hrsg.)</i> : Sozialforschung durch Bürgerinitiativen (<i>I. Büchenschütz, S. Metz-Göckel, U. Koch</i>)	128/601
<i>Métral, Marie O.</i> : Die Ehe. Analyse einer Institution (<i>K. Hauser</i>)	130/902
<i>Mezger, Werner</i> : Discokultur. Die jugendliche Superscene (<i>F. Dietschreit</i>)	129/746
<i>Rauscher, Anton</i> : s.u. <i>Hermann, Ludolf</i>	
<i>Rilling, Rainer</i> : Sozialismus in der DDR (<i>M. Langhof</i>)	125/140
<i>Schäuble, Gerhard</i> : Die Humanisierung der Industriearbeit (<i>H.-J. Weißbach</i>)	128/599
<i>Schindele, Eva</i> : Mieter stören (<i>U. Terlinden</i>)	125/136
<i>Sprondel, Walter M., und Richard Grathoff (Hrsg.)</i> : Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften (<i>G. Beiersdorf und D. Schöttker</i>)	126/291
<i>Turner, John F.C.</i> : Verelendung durch Architektur. Plädoyer für eine politische Gegenarchitektur in der Dritten Welt (<i>J. Petsch</i>)	126/298
<i>van den Daele, Wolfgang, u.a. (Hrsg.)</i> : Geplante Forschung (<i>H.J. Weißbach</i>)	127/448
<i>Wiegmann, Barbelies</i> : Ende der Hausfrauenehe (<i>R. Becker</i>)	130/910
<i>Weymann, Ansgar</i> : Handbuch für die Soziologie der Weiterbildung (<i>J. Hallerbach</i>)	127/445

Erziehungswissenschaft

<i>Hinte, Wolfgang</i> : Non-direktive Pädagogik (<i>H. Schweizer</i>)	129/750
<i>Hinz, Detlef</i> : s.u. <i>Jaide, Walter</i>	
<i>Hopf, Christel, Knut Nevermann und Ingo Richter</i> : Schulaufsicht und Schule (<i>A. Schäfer</i>)	128/604
<i>Hurrelmann, Klaus</i> : s.u. <i>Schön, Bärbel</i>	
<i>Jaide, Walter, und Detlef Hinz</i> : Jugendliche im Bildungsurlaub (<i>D. Grün</i>)	128/606
<i>Jung, Manfred, und Werner Zimmermann</i> : Kommentierte Bibliographie Pädagogik (<i>J. Stary</i>)	125/144
<i>Kupffer, Heinrich</i> : Erziehung — Angriff auf die Freiheit (<i>B. Mehdorn</i>)	128/608
<i>Leirmann, W., und F. Pöggeler (Hrsg.)</i> : Erwachsenenbildung in fünf Kontinenten (<i>B. Weißbach</i>)	129/753
<i>Lochner, Rudolf</i> : Phänomene der Erziehung (<i>A. Schäfer</i>)	129/752
<i>Lüers, Ulf</i> : Jugendarbeit im Zugriff von Verwaltung und Politik (<i>J. Gottschalk-Scheibenpflug</i>)	128/606
<i>Nevermann, Knut, und Ingo Richter (Hrsg.)</i> : Verfassung und Verwaltung der Schule (<i>A. Schäfer</i>)	128/603
<i>Nevermann, Knut</i> : s.u. <i>Hopf, Christel</i>	
<i>Petrat, Gerhard</i> : Schulunterricht (<i>A. Schäfer</i>)	129/749

<i>Pöggeler, F.:</i> s.u. <i>Leirmann, W.</i>	
<i>Richter, Ingo:</i> s.u. <i>Hopf, Christel</i>	
<i>Richter, Ingo:</i> s.u. <i>Nevermann, Knut</i>	
<i>Schön, Bärbel, und Klaus Hurrelmann:</i> Schulalltag und Empirie (H.-D. Kübler) ...	125/141
<i>Zimmermann, Werner:</i> s.u. <i>Jung, Manfred</i>	

Psychologie

<i>Fengler, Christa, und Thomas Fengler:</i> Alltag in der Anstalt (H. Keupp)	130/914
<i>Jantzen, Wolfgang:</i> Grundriß einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie (K. Döring, J. Ebeling)	130/912
<i>Keseling, Gisbert:</i> Sprache als Abbild und Werkzeug (S. Tinkl)	125/147
<i>Meyer, Heinz:</i> Frau-Sein. Genetische Disposition und gesellschaftliche Prägung (H.-J. Hildebrandt)	125/146

Geschichte

<i>Bergmann, Klaus, u.a. (Hrsg.):</i> Handbuch der Geschichtsdidaktik (H. Haumann) ..	128/614
<i>Bers, Günter (Hrsg.):</i> »Rote Tage« im Rheinland. Demonstrationen des Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB) im Gau Mittelrhein 1925-1928 (R. Balluff)	130/921
<i>Billstein, Aurel:</i> Fremdarbeiter in unserer Stadt (M. Grieger) ..	130/926
<i>Brandenburg, Alexander (Hrsg.):</i> Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstands (J. Bruhn)	127/451
<i>Brandstätter, H.:</i> Asperg. Ein deutsches Gefängnis (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239
<i>Brückner, Peter:</i> Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945 (R. Nemitz)	130/923
<i>Drobisch, Klaus, u.a.:</i> Faschismus in Deutschland. Faschismus in der Gegenwart (A. Schildt)	125/151
<i>Druzinin, N.M.:</i> Erinnerungen und Gedanken eines Historikers (H.-H. Nolte)	125/157
<i>Eichholtz, Dietrich, und Kurt Gossweiler:</i> Faschismusforschung (A. Schildt)	125/151
<i>Engelmann, Bernd:</i> Preußen (E. Opolka)	125/157
<i>Focke, Harald, und Uwe Reimer:</i> Alltag der Entrechteten (G. Mohrmann)	130/925
<i>Gossweiler, Kurt:</i> s.u. <i>Eichholtz, Dietrich</i>	
<i>Haumann, Heiko:</i> Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917 (H.-H. Nolte)	129/756
<i>Haumann, Heiko (Hrsg.):</i> Vom Hotzenwald bis Wyhl (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239
<i>Henkel, M., und R. Täuber:</i> Maschinenstürmer (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239
<i>Hroch, Miroslav, und Josef Petrán:</i> Das 17. Jahrhundert (U. Wacker)	128/609
<i>Jeggle, Utz:</i> Kiebingen — eine Heimatgeschichte (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239
<i>Kriedte, Peter:</i> Spätfeudalismus und Handelskapital (H.-H. Nolte)	128/611
<i>Kuhnigk, Armin:</i> Karl Schapper (H.-A. Marsiske)	127/457
<i>Kulemann, Peter:</i> Am Beispiel des Austromarxismus (V. Gransow)	129/756
<i>Le Congrès de Tours.</i> Edition critique (W. Kowalsky)	125/155
<i>Löw, Raimund:</i> Otto Bauer und die russische Revolution (B. Frei)	129/754
<i>Löwe, Heinz-Dietrich:</i> Antisemitismus und reaktionäre Utopie (H.-H. Nolte)	129/756
<i>Luthardt, Wolfgang (Hrsg.):</i> Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik (V. Gransow)	127/456
<i>Marx, Karl:</i> Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert (R. Köppler)	129/760
<i>Mutius, Bernhard v.:</i> Die Rosa Luxemburg-Legende, Bd.1 (P. Strutyński)	125/154
<i>Petrán, Josef:</i> s.u. <i>Hroch, Miroslav</i>	
<i>Piper, E.:</i> Der Aufstand der Ciompi (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239
<i>Poppinga, Onno, u.a.:</i> Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand (Projekt Regionale Sozialgeschichte)	126/239

<i>Reimer, Uwe: s.u. Focke, Harald</i>	
<i>Rexbeuser, Rex: Dumawahlen und lokale Gesellschaft (H.-H. Nolte)</i>	129/756
<i>Rudé, Georges: Ideology and Popular Protest (H. Bosch)</i>	128/612
<i>Sachße, Ch., und F. Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland (G. Mischkowsky)</i>	127/450
<i>Samuel, Raphael (Hrsg.): People's History and Socialist Theory (G. Mischkowsky)</i>	125/156
<i>Scharfe, M. (Hrsg.): Das andere Tübingen (Projekt Regionale Sozialgeschichte)</i>	126/239
<i>Schleifstein, Joseph: Die »Sozialfaschismus«-These (J. C. Rehmann)</i>	125/148
<i>Schröder W. (Hrsg.): Moderne Stadtgeschichte (Projekt Regionale Sozialgeschichte)</i>	126/239
<i>Stolle, Uta: Arbeiterpolitik im Betrieb (1900-1933) (R. Balluff)</i>	127/453
<i>Tauber, R.: s.u. Henkel, M.</i>	
<i>Tennstedt, F.: s.u. Sachße, Ch.</i>	
<i>Thompson, Edward P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie (Projekt Regionale Sozialgeschichte)</i>	126/239
<i>Wendorff, Rudolf: Zeit und Kultur (J. Schültke)</i>	129/762
<i>Wieszti, József: KPD-Politik in der Krise 1928-1932 (A. Schildt)</i>	130/917
<i>Wünderich, Volker: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung (R. Balluff)</i>	127/453
<i>Wunderer, Hartmann: Arbeitervereine und Arbeiterparteien (L. Knatz)</i>	130/919
<i>Zang, G. (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region (Projekt Regionale Sozialgeschichte)</i>	126/239
<i>Ziebur, Gilbert: Frankreich 1789-1870 (P. Schöttler)</i>	127/458

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Aron, Raymond: Clausewitz. Den Krieg denken (W. Kunstmann)</i>	128/615
<i>Aspetsberger, Friedbert: Literarisches Leben im Austrofaschismus (E. Volker)</i>	127/467
<i>Bamberg, Hans-Dieter, u.a. (Hrsg.): Hochschulen und Gewerkschaften (H. Kühn)</i>	125/161
<i>Barrett, Michèle: Woman's Oppression Today (F. Haug)</i>	129/770
<i>Blüm, Norbert: Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht (H.W. Weizenzen)</i>	127/464
<i>Bruder, Wolfgang, und Thomas Ellwein (Hrsg.): Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit (G.-U. Watzlawczik)</i>	126/301
<i>Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968 (J. Heilmann)</i>	126/306
<i>Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Freiheit ohne Krieg? (W. Kunstmann)</i>	128/618
<i>Depe, Frank: Autonomie und Integration (M. Jäger)</i>	125/159
<i>Ellwein, Thomas: s.u. Bruder, Wolfgang</i>	
<i>Fangmann, Helmut D.: Justiz gegen Demokratie (H.-A. Lennartz)</i>	126/307
<i>Flickinger, Hans Georg: Neben der Macht (S. Dietrich)</i>	128/619
<i>Gutjahr-Löser, Peter: CSU. Portrait einer Partei (K.-E. Lohmann)</i>	126/299
<i>Jelpeke, Ulla (Hrsg.): Das höchste Glück auf Erden (K. Hauser)</i>	129/771
<i>Kalbitz, Rainer: Aussperungen in der Bundesrepublik (T. Hagelstange)</i>	125/165
<i>Klein, Harald: Koalitionsfreiheit im pluralistischen Sozialstaat (C. Seegert)</i>	126/309
<i>Kliemt, Hartmut: Zustimmungstheorien der Staatsrechtfertigung (C. Stein)</i>	128/621
<i>Koch, Egmont, R., und Fritz Vahrenholt (Hrsg.): Im Ernstfall hilflos? Katastrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen (R. Czeskleba-Dupont)</i>	126/304
<i>Kühn, Hagen: Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens (M. Regus)</i>	126/303
<i>Meulenbelt, Anja: Feminismus und Sozialismus — eine Einleitung (M. Lüdeman)</i>	129/764
<i>Mitchell, Juliet: Frauenbewegung — Frauenbefreiung (S. Andresen)</i>	129/766
<i>Montanmitbestimmung. Geschichte, Idee, Wirklichkeit (H.W. Weizenzen)</i>	125/163
<i>Montanmitbestimmung. Dokumente ihrer Entstehung (H.W. Weizenzen)</i>	125/163
<i>Niggemann, Heinz: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus (F. Haug)</i>	128/622
<i>Rossanda, Rossana: Einmischung (K. Hauser)</i>	129/763
<i>Ravaioli, Carla: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung (K. Hauser)</i>	129/768

<i>Rowbotham, Sheila, u.a.: Beyond The Fragments (F. Haug)</i>	129 / 772
<i>Rowbotham, Sheila, u.a.: Nach dem Scherbenegericht (F. Haug)</i>	129 / 772
<i>Schacht, Kurt: Die F.D.P. Zur Geschichte und Politik (R. Budde)</i>	126 / 300
<i>Schönbohm, Wulf: CDU. Portrait einer Partei (K.-E. Lohmann)</i>	126 / 299
<i>Siegfried, Klaus-Jörg: Klerikalfaschismus (E. Volker)</i>	127 / 466
<i>Staritz, Dietrich (Hrsg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik (K.-E. Lohmann)</i>	126 / 299
<i>Treu, Hans-Eckbert: Stabilität und Wandel in der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften (K. Lauschke)</i>	127 / 462
<i>Vahrenholt, Fritz: s.u. Koch, Egmont</i>	
<i>Wassermann, Rudolf (Hrsg.): BGB. Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Band 3: Besonderes Schuldrecht (U. Reifner)</i>	126 / 310
<i>Wilke, Manfred: Die Funktionäre (H.W. Weitzen)</i>	127 / 460

Ökonomie

<i>Bauer, Adolf: s.u. Paucke, Horst</i>	
<i>Buhr, Manfred, und Günther Kröber (Hrsg.): Mensch — Wissenschaft — Technik (G. Bachmann)</i>	126 / 253
<i>Heseler, Heiner: Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung (R. Katzenstein)</i>	127 / 468
<i>Köhler, Johann: Der Charakter der Kosten für den Umweltschutz (G. Bachmann)</i> ..	126 / 256
<i>Kröber, Günther: s.u. Buhr, Manfred</i>	
<i>Kutzschbauch, Kurt: Stoff- und energiewirtschaftliche Aspekte der Umweltnutzung (G. Bachmann)</i>	126 / 258
<i>Leonhardt, Alfred, und Gerhard Speer: Umweltproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus (G. Bachmann)</i>	126 / 253
<i>Lindblom, Charles E.: Jenseits von Markt und Staat (S. Hefti)</i>	127 / 474
<i>Lojter, M.N.: Naturressourcen (G. Bachmann)</i>	126 / 256
<i>Maier, Harry: Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums? (G. Bachmann)</i>	126 / 253
<i>Minc, Aleksej Aleksandrovic: Die ökonomische Bewertung der Naturressourcen (G. Bachmann)</i>	126 / 256
<i>Nick, Harry: Zur materiell-technischen Basis in der DDR (G. Bachmann)</i>	126 / 258
<i>Neef, E., und Vera Neef (Hrsg.): Sozialistische Landeskultur (G. Bachmann)</i>	126 / 254
<i>Nowikow, R.A.: Die Zusammenarbeit im Bereich des Schutzes und Verbesserung der Umwelt (G. Bachmann)</i>	126 / 253
<i>Paucke, Horst, und Adolf Bauer: Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit (G. Bachmann)</i>	126 / 258
<i>Richter, H. (Hrsg.): Beiträge zur planmäßigen Gestaltung der Landschaft (G. Bachmann)</i>	126 / 254
<i>Roos, Hans, und Günter Streibel: Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen (G. Bachmann)</i>	126 / 258
<i>Speer, Gerhard: s.u. Leonhardt, Alfred</i>	
<i>Streibel, Günter: s.u. Roos, Hans</i>	
<i>Weise, Peter, u.a.: Neue Mikroökonomie (G. Brosius)</i>	127 / 471


**betrifft:
erziehung**
10'81*Schulmaterialien der Wirtschaft:*

Geldverschwendung

Bildungsforschung: Tausend blinde

Hühner finden ein Korn

Bürgerinitiative Schülertagesstätte:

Keine Aufbewahrungsanstalt

Rollenfixierung in Mathebüchern:

Heidi darf alle Teller abtrocknen

Pädagogen gegen den Rüstungswahnsinn:

Tolle Resonanz bei

Lehrerinnen und Lehrern

Lehreralltag: Zwischen Dienen und Lehren*Ausländerkinder:* Lehrer helfen Lehrern*Die Schule der 80er Jahre:*

Dieter Galas contra Walter Rasch

Interview mit Bruno Bettelheim:

Unsere Kinder, die kleinen Idioten

Plädoyer für die Abschaffung des

Mathematikunterrichts

»Löcher im Stundenplan«

Wenn Fernsehen Schule macht

b:e-Reportage

Summerhill am River Kwai

Beilage: **b:e extra** »Praktikum«

Ich kann den Namen »Tausch« nicht mehr hören

Semester-Praktikum

Erziehungspraxis vor dem Studium

14. Jg. 1981

11'81

Kurt F.K. Franke: Nationale Wahrheiten?

Der Beginn des 2. Weltkrieges in Europäischen Schulbüchern

Wie wird der Beginn der europäischen Katastrophe in den Schulbüchern Englands, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion den Jugendlichen erklärt?

Auslassungen und Defizite bestimmen das Bild.

Die Schule der 80er Jahre: Wolf-Dietrich

Hasenlever contra Jürgen Girgensohn

F. Menze: Freitag, 6. Stunde oder:

Rezepte für Vertretungsstunden

G. Wagener: Ein Rechtsradikaler packt aus

M. Rudnick/W. Schmid-Oumard: Todeswünsche und Schulalltag

H.C. Kirsch: Kinderbuch — Bestürzende Fehlentwicklung

14. Jg. 1981

blätter **133**

Demokratie und Recht

96 '81

Nachrichten und Berichte zu

Honduras

Cancun

Libanon

Horn von Afrika

Äthiopien — Die umstrittene Revolution

Flüchtlinge am Horn von Afrika

Die ungelöste nationale Frage

Gleichberechtigung der Frauen

Chile

Die Diktatur institutionalisiert
ihren Terror

Solidaritätsarbeit

Das BMZ streicht dem Bundeskongreß
die Gelder

Umwelt

Umwelt, Rohstoffe, Dritte Welt

Rezension

*Tagungshinweise und
Zeitschriftenübersicht*

11. Jg. 1981

2 '81

P. Römer: Wolfgang Abendroths Beitrag
zur Verteidigung demokratischer Positionen
in der Bundesrepublik Deutschland

U. Reifner: Erfolgs- und Zugangsbarrieren
in der Justiz. Eine kritische Bestandsauf-
nahme der empirischen Forschung

W. Holtfort: Zum Landesverrat MdL Dr.
Cremer, Markt-Triefenstein

3 '81

E. Fried: Ersteinsatz von Atomwaffen

P. Derleder: Bilanz und Perspektiven der
sozialstaatlichen Intervention zur Gewähr-
leistung ausreichenden Mietwohnraums in
den städtischen Ballungsgebieten

K. Böwer: Die Entwicklung der Berufsver-
bote-Rechtsprechung der Arbeitsgerichte
in NRW

D. Engels: Hausbesetzung ist kein Haus-
friedensbruch

M. Fabricius-Brand: Instandbesetzung
contra Stadtzerstörung und Wohnungsnot

Entscheidungen

Rechtsstellung der Gefangenenmitverant-
wortung — Fristlose Kündigung wegen
unterlassener Distanzierung von Hausbe-
setzungen — Sprayer von Parolen als
Straftat nach §§ 129, 129a StGB — Ableh-
nung eines Einbürgerungsantrags wegen
DKP-Mitgliedschaft

5. Jg. 1981

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten:
DM/sFr 35,—/ÖS 260,— (für Studenten, Zwildienstle-
stende und andere einkommenschwache Gruppen nach
Selbsteinschätzung: DM/sFr 25,—/ÖS 190,—, Einzel-
verkaufspreis: DM/sFr 4,—/ÖS 30,—, Informationszen-
trum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.:
0761 / 74003

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich —
Einzelheft 7,50 DM, im Jahresabo 6,50 DM, für Studen-
ten 5,50 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 34,
5000 Köln 51

FORVM

Internationale Zeitschrift links von der Mitte

333 / 334 '81

Forum des Forums: Philosophenmord.
PLO/Zion

Forumkommentare

F. Duve: It never rains in Southern California

G. Nennung: Wien verlieren?

Krieg & Frieden: die Neudrohnen kommen!

E. Broda: Kernwaffenkrieg. Führer durch das Rüstungslabyrinth

Berlin

F. Teufel: Neuer Roter Wedding. Gespräch im besetzten Haus

heidi pataki: gehirnwäsche. gedicht

Polen: bergab

V. Georg: Warschauer Rührei. Tagebuch

Dokument: Wir wählen unseren Direktor. Solidarnosc-Entwurf zur Arbeiterselbstverwaltung

M. Siegert: Nix Nomenklatura. Machtkampf im Betrieb

Österreich

H. Pataki: Ich habe das Unrecht gespürt. Gespräch mit Kärntner Slowenen.

Psychoanalyse

F. Geyrhofer: Orgie als Hoffnung. Das Lebenswerk des Otto Grob

28. Jg. 1981

L'80

17'81

J. Strasser:

Sicherheit als destruktives Ideal

H. Palmer: Wem dienen die Dienste?

J. Kraft: Abrüstung oder der Glaube an die Unvernunft

J. Huber: Jenseits von Markt und Staat

S. Burgdorff: Wohin gehen die Gewerkschaften

F.-W. Matthies: Demütige Anrede 1004

Z. Herbert: Der Spiegel

C. Stern: Paradies am Westsee

M. Markovic: Jugoslawien und die europäische Krise

Grass/Matthies: Ein Briefwechsel

18'81

Wie christlich ist das organisierte Christentum?

P. Bichsel: Wie christlich sind die Christen?

J. Liebing: Kurt Scharf — ein politischer Christ

M. Zabel: Den Staat liebhaben und Kriege führen können. Moralische Aufrüstung für die 80er Jahre?

J. Kelter: Drei Gedichte

U. Jaeggi: Grundrisse

N. Birnbaum: Die amerikanischen Krisen

J. Fuchs/R. Havemann: Zwei Briefe zum Thema »deutsche Nation«

Herausgeber: Günther Nennung. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 40,— DM, 260 ÖS, Studentenabo 33,— DM, 220 ÖS. — Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien, Tel.: 933353.

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kostka, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,—, Jahresabo DM 50,— (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistisches Politik ★

44 '81

Neoliberale Konterrevolution — Die neue amerikanische Herausforderung auf dem Weltmarkt?

E. Altwater: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution

U. Müller-Plantenberg: Die mögliche historisch-politische Bedeutung der dritten großen Depression

C. Mouffe: Die Demokratie und die neue Rechte

T. Ferguson/J. Rogers: Der Sieg Reagans

T. Hurtienne: Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung

M. Bühler: Weltmarkt, internationale Arbeitsteilung und nationale Reproduktion

11. Jg. 1981

psychologie heute

11 '81

Titelthema: Schwangerschaft

C. Spezzano: Streß im Mutterleib

Interview

Gespräch mit Hans-Georg Behr: »Ein Junke ist ein verhinderter Spießbürger«

Lehrbücher

R. Hogan/D. Schroeder: Die sieben »Sünden« der Psychologie

Vererbung

T. Saum: An der Viehzucht orientiert

Psychoboom

P. Schmincke: Diagnose: Unheilbar religiös

Behinderte

C. Schwerdt: Lieben ohne »schön« zu sein

Dritter Ort

J. Schnorrenberg: Die zwecklose Nische

8. Jg. 1981

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber, Monica Moebis, Rüdiger Runge; Redaktionsassistent: Katrin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Monatlich. — Einzelheft 5,80 DM, Jahresabo 58,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

rote blätter

SOCIALISM IN THE WORLD

10'81

USA auf Kriegskurs
Gewerkschaften und Frieden
Plant die Bourgeoisie Selbstmord?
Polen
Marburger Studentenprozesse
Ästhetik des Widerstands
Gespräche mit Männern
Ein alternativer Sportverein
Psychoboom
Schwierigkeiten einer Lesbe
Im Portrait: Westernhagen

11'81

Hochschulen:
Die Streicher kommen
Startbahn West
Bonner Friedensdemo
Ungerer-Ausstellung
Ägypten — Ende eines Mythos
Weiblichkeitsideologie
Wohin steuert Frankreich?
Polen und Sowjetunion
11. Jg. 1981

22

On Concepts of Self-Management and Participation
u.a. M. Drulović: Participation, autogestion, socialisme
J.P. Cotten: L'autogestion — le mot et la chose.
V. Fay: La participation ou le contrôle ouvrier en régime capitaliste
W.F. Haug: Le concept d'autogestion dans la théorie marxiste
V. Bourdet: L'Etat et l'autogestion

23

Self-Management and Participation in the Yugoslav Experience
u.a. M. Nikolić: The Theoretical Bases of the Development of Socialist Self-Management in Yugoslavia
O. Weiss: L'attraction actuelle de la conception de l'autogestion

24

Self-Management and Participation in the Practice and Strategies of Socialism
u.a. K. Coates/T. Topham: Workers' Control and Self-Management in Great-Britain
M. Shafiq: L'autogestion dans l'expérience historique des sociétés arabo-musulmanes
P. Vusković: Popular Participation in the Transitional Stages to Socialism. A Chilean Experience
A. Walravens: Workers' Participation, Institutions and Experiments. The Dutch Case
5. Jg. 1981

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: F. Sommerfeld, Dr. K. Deitz, E. Eckhardt, H. Kohn, M. Tannenhäuser. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2,— DM. Jahresabo 19,80 DM — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund.

Editor: International Conference «Socialism in the World», Cavtat, and IC «Kommunist», NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westbetlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

SOZIALISMUS

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

5 '81

BRD — Spar-Gesellschaft

Opposition innerhalb des DGB?
 DGB-Sparvorschlag: Ernst gemeint?
 Arbeitslosengeld: Kein Tabu mehr
 Haushalt ohne Schminke
 Kranke Gesundheit
 Arbeitsplätze — aber wie?
 Verursacher — Sozialdemokratie
 Labour Party nach links?

Sozialdemokratie

»In der SPD ist nichts zu machen«
 Interview mit D. Kellermann (Unabhängige Sozialdemokraten)

Arbeitsplätze

»Stahlwerk jetzt!« gescheitert? Diskussion mit Vertretern der BI

Analyse: Arbeitsmarkt im Umbruch

Türkei: Roßkur für die Wirtschaft

Ästhetik des Widerstands

Im Auge des Sturms: Zu Peter Weiss

Eurokommunismus

Interview mit G. McLennan (CP-GB)
 Der X. Parteitag der PCE

*El Salvador ... ein weiteres Vietnam**Marxistische Theorie*

G. Napolitano/PCI: Programmpartei und demokratischer Zentralismus

SoST: Arbeiterselbstverwaltung in Yu

Gewerkschaften

Positionen zum Welt-Textil-Abkommen
 Kurs Richtung Sackgasse: Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB)

Autonomie und Gewalt

7. Jg. 1981

Redaktion: W. Breum, G. Cuppers, H. Kuhls, M. Laufenberg, W. Pachali, M. Resch, E. Schneider, D. Schwan, C. Thomasberger. Redaktionsbeirat: J. Bischoff, K. Maldaner — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260230, 2000 Hamburg 26

136 '81

Hubbuch

»Sie müssen Volksbilder malen«
 Gespräch über Karl Hubbuch von Helmut Goettl, Wolfgang Hartmann, Richard Hiepe und Ernst Antonie
 Mit Hubbuch für den Frieden.
 Ein Aufruf der Redaktion *tendenzen*
 R. Somville: Der Pflasterstein in der Pfütze. Über die Ausstellung »Les Réalismes — entre Révolution et Réaction« in Paris
 R. Hiepe: Magischer Mann Lenin. Ernst Rudolf Vogenauers Buchzeichen für Revolutionäre 1924

Westkunst

W. Marshall: Der große Treck zurück. Die »Westkunst« und die Zeitgenossen

Neue Wilde

J. Beckelmann: Sprung auf, marschmarsch, ins Irrationale! Notizen über die sogenannte »Neue Malerei aus Deutschland«

W.J. Stock: Bauchlastig und betriebsam. Zur »neuen Malerei«

U. Krempel: No Future für die Wilden?

K. Brandt: Kunstmarkt-Kreisläufe. Anmerkungen zur aktuellen Kunstszene

Außerhalb der Schwerpunkte:

R. Hiepe: Der Zeichner Peter Mell

R. Schoch: Zum Werk von M.M. Prechtel

A.-M. Kassay: Gespräch mit H. Platschek

U. Weitz: Mit-Mensch. Über eine Ausstellung im Stuttgarter Rathaus

E. Westermeyer: Trilogie Wahlkampf

U. Jenni: Gespräch mit A. Hrdlicka

22. Jg. 1981

Redaktion: H.v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marshall, C. Nissen, C. Schellermann, J. Scherkerp, G. Sprigath, G. Zingel. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,— DM (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

vorgänge

53 '81

Zeitfragen, Kommentare (in Auszügen)

J. Brauch: Neutronenwaffe

E. Fischer: Kanzler und Kirche

H. Ortner: Gefängnisse

Thema: Was unsere Kinder krank macht

H. Stierlin: Wieviel Familie braucht ein Kind?

C. Köttgen: Probleme von Kindern und Jugendlichen

R. Lempp: Schulangst

H. Kupffer: Das Kind als Prototyp des beurteilten Menschen

E. Kilali: »Was unsere Kinder krank macht«

Y. Schütze: Die isolierte Kleinfamilie

A. Overbeck: Zur gegenwärtigen Rolle der Frau in der Familie

W. Sachs: Geschwindigkeit und Lebenschancen

H. Ostermeyer: Gewalt gegen Kinder

H.-L. v. Canitz: Muß der Vater ein Mann sein?

E. v. Braunmühl: Wie Alfred F. vom Erziehungssopfer zum politischen Gefangenen wurde

Kritik

U. Schmidbauer-Schleibner: Zur positiven Subversion unserer Einstellung zu Kindern

S. Ott: Von der Faszination des Denkens

Dokumentation

Humanistische Union: Forderungen zur Verbesserung der Kinderbehandlung

Eidgenössische Kommission für Jugendfragen: Thesen zu den Jugendunruhen 1980

20. Jg. 1981

Erscheint zweimonatlich bei: Europäische Verlagsanstalt, Savignystr. 61-63, 6000 Frankfurt/Main 1 — Einzelheft 12,— DM; Jahresabo 52,— DM; jeweils zuzgl. Versandkosten.

Zeitschrift für Soziologie

4 '81

Theorie

F.H. Tenbruck: Emile Durkheim oder die Geburt der Gesellschaft aus dem Geist der Soziologie

W. Bergmann: Zeit, Handlung und Sozialität bei G.H. Mead

Schichtung und Mobilität

V. Kraus/D. Weintraub: Community Structure and the Status Attainment Process of the Jewish Population in Israel

Arbeit und Betrieb

W. Rippe/W. Pippke: Aufstiegszufriedenheit: Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang von Aufstiegswunsch, -möglichkeit und -zufriedenheit bei kaufmännischen Angestellten

H. Lühring/H.D. Seibel: Beanspruchung durch die Arbeit und psychische Gesundheit: Auswirkungen von Diskrepanzen zwischen Arbeitserfahrungen und Arbeitserwartungen bei Industriearbeitern

Methoden

W.J. Hoag/K.R. Allerbeck: Interviewer- und Situationseffekte in Umfragen: Eine log-lineare Analyse

Forschungsnotiz

E. Allardt: Ethnic Mobilization and Minority Resources

Mitteilungen

10. Jg. 1981

Herausgeber: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. — Herausbergremium: P. Flora, T. Harder, R. Klima, W. Lipp, M. Sprondel. — Redaktion: R. Klima. — Vierteljährlich: Einzelheft 23,25 DM — Jahresabo 76,— DM — Studentenabo 44,— DM — Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, Herdweg 63, 7000 Stuttgart 1

Eine neue sozialistische Monatszeitschrift

Eine neue sozialistische Zeitschrift? Ja, wir sind überzeugt, den linken Zeitschriftenmarkt um mehr als nur ein neues Titelblatt zu bereichern. Die Krise der westdeutschen Linken und ihrer Politik hat uns zusammengeführt, eine Redaktion aus unterschiedlichen politischen Traditionen (dem SB, der SPD (Prokla und SOAK), dem Spektrum der DKP/SEW (SI), der „ML-Bewegung“ (Redaktionen der „hefte“ und der „Z“) und der „Revier“ .

Eine Koalition politischer Kräfte, die vor einiger Zeit noch ziemlich undenkbar gewesen wäre. Wir haben erste Erfahrungen in der Sozialistischen Konferenz miteinander gemacht, in der Grünen Partei oder in anderen Sektoren der Wahlbewegung (AL), bei der Diskussion eines Neuentwurfs gesellschaftlicher Utopie, der Erörterung neuer Fragen und Probleme, wie der Ökologie und der Kritik der „Neuen Lehre“ von Bahro u.a. Die Schlußfolgerungen dieser Erfahrungen und die Neuorientierung unseres politischen Denkens zielt in die gleiche Richtung – einer neuen **Initiative Sozialistischer Politik** jenseits des linken Ghettos.

Nach Veröffentlichung unserer Diskussionsplattform im Sommer '81 erscheint jetzt im Oktober die Nullnummer der Zeitschrift. Hier ein Einblick in den Inhalt:

Frankreich seit Mai '81, eine historische Wende für Europa? Gespräche mit – Etienne Balibar, Gerard Molina, Thierry Paquot, Alexandre Adler und Christine Buci-Glucksmann. **Friedenspolitik** – Aufsätze zu Russell und Krefeld, Exterminismuskussion, DGB-Friedensinitiative, außenpolitische Strategie der USA und Souveränität der BRD, mit Beiträgen von R. Fenchel, R. Fücks, Goltermann/Stamm und anderen.

Berlin – Straßenschlachten, Häuserkämpfe und linke Politik im „Modell Deutschland“. **Wirtschaftspolitik und Haushaltsdebatte** – es diskutieren Hübner/Stanger (Prokla), Prof. Berger (Bielefeld), Redaktion Revier, Sost und andere.

SPD und grün/alternative Listen – Interview mit ausgetretenen Sozialdemokraten aus Hessen (USPD), Bericht zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen, zur kommenden Bürgerschaftswahl und Erfahrungen mit der Bunten Liste in Hamburg und einiges mehr.

Moderne Zeiten könnt ihr ab 10. Oktober in allen linken Buchläden oder direkt von uns kriegen, ebenso die Diskussionsplattform.

Einen ausführlichen **Prospekt** senden wir gegen 50 Pf Rückporto ebenso gerne zu, wie unsere **Diskussionsplattform** der MODERNE ZEITEN (dafür bitte 4,- DM beilegen). Einzelpreis der Zeitschrift monatlich 4,- DM, Abonnement 48,- DM. **Bestellungen an:** MODERNE ZEITEN, SOAK Verlag, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 1 76 18 oder 32 34 17

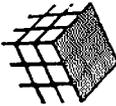
MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Die (ganz natürliche) Tragetasche gibt's umsonst. Vom Vorwärts.

Viele wissen es schon. Am **Vorwärts** hat sich eine Menge geändert. Wir haben die Erfahrungen unserer Leser berücksichtigt. Zur gründlichen Hintergrund-Berichterstattung kommt mehr Aktuelles. Und noch mehr von dem, was nur im **Vorwärts** zu lesen ist. Denn der **Vorwärts** ist ein Stück Gegenöffentlichkeit. So beim Thema Nord-Süd. Oder der Friedenspolitik. Bei Fragen von Umwelt und Energie. Beim Eintreten für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Der **Vorwärts** hat Profil. An ihm reiben sich viele. Es lohnt sich, ihn zu lesen. Probieren Sie mal. Dafür kriegen Sie auch was geschenkt.

Das Maß
Zuherwürft
für die
Wasserwaage



Die Vorwärts Ausgabe
vom 7. August 1972
8 Seiten Reprint

Schicken Sie nur drei Wochen lang den **Vorwärts**. Kostenlos. Unverbindlich. Wenn Sie danach innerhalb von 10 Tagen nichts vom mir hören oder lesen bekommen, schenke ich den **Vorwärts** weiter. Woche für Woche für mindestens ein Jahr. Das kostet im Monat 8,50 Mark (für Studenten und Schüler 5,00 Mark). Gleichzeitg bekomme ich das angekreuzte Geschenk:

Die Jete-Tasche Das Reprint
 Den Zauberwürfel Das Reprint

Und das kann ich auf jeden Fall behalten.

Name: _____
 Anschrift: _____

 Unterschrift: _____

AR



Tragetasche
Jute
40 x 40 cm

Am Vorwärts, Postfach 207910, 5100 Bonn



BEFREIUNG

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WISSENSCHAFT
NUMMER 21 7,50 DM



Gedanken zur Lage

H. P. Thompson, Editor
H. P. Thompson, Editor

Nr. 21 Gedanken zur Lage

Edward P. Thompson
Megatote

Rudolf Bahro

Zu einem Neuansatz der
Friedensbewegung in Deutschland
(im Anschluß an E.P. Thompsons
Aufsatz über „Exterminismus“)

Herbert Ammon, Peter Brandt
Wege zur Lösung der
„Deutschen Frage“

Olivier Roy

Die kalkulierten Risiken
der Sowjetunion in Afghanistan

Cornelius Castoriadis

Im Angesicht des Krieges

112 Seiten

7,50 DM

BEFREIUNG erscheint ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes (ca. 100 Seiten) ca. DM 6,-, Doppelheft DM 9,-. Abonnements für 4 Hefte DM 20,- incl. Versand. Institutions-Abonnements für 4 Hefte DM 60,- incl. Versand. Bestellungen direkt an die Redaktionsadresse. Einzelhefte auch über den Buchhandel.

Redaktionsadresse: Redaktion Befreiung,
Martin-Luther-Straße 78, 1000 Berlin 62.

Unsere

„Klirrende“*

Stimme“

FORMAT: 31 X 47 cm
GEWICHT: 50 gr
STÜCKZAHL: 42.000 (tägl.)

Ab Oktober in Hamburg mit einem Regionalteil
im Heft des Journal Nr. 3 zum Häuserkampf.

von Jürgen Schäfer



Eine Woche lang kann die „lar“ kostenlos in

Augenschein genommen werden:

Wegen dieses Adjektivs
standen im Frühjahr 81
zwei Staatsanwälte nebst
einer Hundertschaft Poli-
zeidamer mit einem
Durchsuchungsbehl auf
der Matte, zusätzlich wur-
den bisher rund 50 Blatt Pa-
per zu diesem Thema für
offizielle Aktanordner pro-
duziert.

Anfragen bitte an:

die Tageszeitung:

Wallstr. 11-12

1000 Berlin 65

Abteilung

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Bock, Stephan</i> : Literatur, Gesellschaft, Nation (<i>C. Fritsch</i>)	886
<i>Boal, Augusto</i> : Theater der Unterdrückten (<i>U. Pöblit</i>)	887
<i>Klotz, Volker</i> : Abenteuer-Romane (<i>J. Schutte</i>)	888
<i>Thomsen, Christian, und Jens Malte Fischer</i> (Hrsg.): Phantastik in Literatur und Kunst (<i>B. Janßen</i>)	889
<i>Trautwein, Wolfgang</i> : Schauerliteratur im 18. und 19. Jhd. (<i>B. Janßen</i>)	889

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Eberle, Matthias</i> : Individuum und Landschaft (<i>R. Konersmann</i>)	892
<i>Möller, Heino R.</i> : Innenräume / Außenwelten (<i>W. F. Haug</i>)	893
<i>Lenzen, Klaus-Dieter</i> : Kinderkultur — die sanfte Anpassung (<i>K. Buselmeier</i>)	894
<i>Bauer, Karl W., und Heinz Hengst</i> : Wirklichkeit aus zweiter Hand (<i>K. Buselmeier</i>)	894
<i>Baacke, Dieter, und Theda Kluth</i> (Hrsg.): Praxisfeld Medienarbeit (<i>V. Schubert</i>)	897
<i>Herrmann, Ulrich, u.a.</i> : Bibliographie zur Geschichte der Kindheit, Jugend und Familie (<i>H.-D. Kübler</i>)	897

Soziologie

<i>Donzelot, Jacques</i> : Die Ordnung der Familie (<i>G. Gollnick</i>)	898
<i>Métral, Marie O.</i> : Die Ehe (<i>K. Hauser</i>)	902
<i>Langer-El Sayed, Ingrid</i> : Familienpolitik (<i>E. Nieboff</i>)	903
<i>Hermann, Ludolf, und Anton Rauscher</i> : Die Familie — Partner des Staates (<i>M. Engel</i>)	905
<i>Günther, Henning</i> : Der Alarm um die Familie (<i>G. Gollnick</i>)	906
<i>Hepp, Gerd</i> : Die bedrohte Familie (<i>M. Engel</i>)	906
<i>Lasch, Christopher</i> : Geborgenheit (<i>K. Hauser</i>)	908
<i>Wiegmann, Barbelies</i> : Ende der Hausfrauenehe (<i>R. Becker</i>)	910
<i>Jurczyk, Karin</i> : Frauenarbeit und Frauenrolle (<i>B. Ketelbut</i>)	911

Psychologie

<i>Jantzen, Wolfgang</i> : Grundriß einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie (<i>K. Döring, J. Ebeling</i>)	912
<i>Fengler, Christa u. Thomas</i> : Alltag in der Anstalt (<i>H. Keupp</i>)	914

Geschichte

<i>Wiesz, József</i> : KPD-Politik in der Krise 1928-1932 (<i>A. Schildt</i>)	917
<i>Wunderer, Hartmann</i> : Arbeitervereine und Arbeiterparteien (<i>L. Knatz</i>)	919
<i>Bers, Günter</i> (Hrsg.): »Rote Tage« im Rheinland (<i>R. Balluff</i>)	921
<i>Brückner, Peter</i> : Das Abseits als sicherer Ort (<i>R. Nemitz</i>)	923
<i>Focke, Harald, und Uwe Reimer</i> : Alltag der Entrechteten (<i>G. Mohrmann</i>)	925
<i>Billstein, Aurel</i> : Fremdarbeiter in unserer Stadt (<i>M. Grieger</i>)	926

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Ponstr. 133, Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34, Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10, Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9, Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesabeckstr. 3, Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Händenbergstr. 4-5, Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99, Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29, Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31, Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32, Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40, Tel.: 030/8913825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46, Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a, Tel.: 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10, Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westend 22, Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46, Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steinort 56, Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothakstraße, Tel.: 0421/217023
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlagener Str. 3, Tel.: 0615/175230
Dortmund: Buch International, Königswall 22, Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62, Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194, Tel.: 0203/372123
Erlangen: Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8, Tel.: 0201/231923
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15, Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1, Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77, Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schillenberger Weg 1, Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26, Tel.: 040/449778
arbeiterbuch, Grindelhof 45, Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67, Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19, Tel.: 0511/117173
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Hamburger Allee 37, Tel.: 0511/313955
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Ploek 64a, Tel.: 06221/12633
Kassel: ABC-Buchladen, Goethestr. 77, Tel.: 0561/77704
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5, Tel.: 0561/15642
Köln 1: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Fleischmengersgasse 31, Tel.: 0221/215770
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zulpicher Str. 197, Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15, Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28, Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19, 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b, Tel.: 089/2809522
Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66, Tel.: 089/2811767
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16, Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekernhof 34, Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25, Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1, Tel.: 0441/13949
Regensburg: Libresso Buchhandlung, Glockengasse 7, Tel.: 0941/561538
Saarbrücken: der buchladen, Bath/Paul, Johannisstr. 3, Tel.: 0681/31171
Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13, Tel.: 0681/36559
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31, Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14, Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20, Tel.: 07071/212929
Schweiz: Basel: Buchhandlung Der Funke, Lindenberg 23, Tel.: 061/520277
Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41, Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7, Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11, Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122, Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18, Tel.: 0222/433221
Wien 1: Buchhandlung Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20, Tel.: 0222/421234